

**Deutsches  
Zentrum  
für  
Altersfragen**

---

**Beiträge zur  
Gerontologie und  
Altenarbeit**

---

**92**

**DIE GESELLSCHAFTLICHE  
GESTALTBARKEIT VON  
ALTERSVERLÄUFEN**

---

**herausgegeben  
von  
Hans-Joachim  
von Kondratowitz**

---

**Berlin,  
im November  
1994**



**Deutsches Zentrum  
für Altersfragen e.V.**

**Beiträge zur  
Gerontologie und  
Altenarbeit**

**92**

**Manfred-von-Richthofen-Straße 2 · 12101 Berlin · Tel. 030/786 60 71**

# **DIE GESELLSCHAFTLICHE GESTALTBARKEIT VON ALTERSVERLÄUFEN**

**herausgegeben  
von  
Hans-Joachim von Kondratowitz**

**Berlin, im November 1994**



Beiträge zur  
Gerontologie und  
Altenarbeit

Deutsches Zentrum  
für Altersfragen e.V.

Marken-von-Richtlinien-Straße 2 · 12101 Berlin · Tel. 030/788 88 71

DIE GESELLSCHAFTLICHE  
GESTALTBARKEIT VON  
ALTERSVERLÄUFEN

Herausgegeben  
von  
Hans-Joachim von Kondratowitz

ISBN 3-88962-128-7  
ISSN 0175-8365

Die gesellschaftliche Gestaltbarkeit von Altersverläufen  
Berlin: DZA 1994  
(Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit Bd. 92)  
Hrsg. Kondratowitz, Hans-Joachim von

Das Deutsche Zentrum für Altersfragen e.V. (DZA) wird institutionell  
gefördert vom Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS)  
und der Senatsverwaltung für Soziales, Berlin.

## VORWORT

Das DZA hat im Jahre 1991 eine Arbeitstagung veranstaltet unter dem Titel: Die gesellschaftliche Gestaltbarkeit individueller Lebensplanung und Lebensverläufe.

Dem Veranstalter ging es um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Begrenzungen gesellschaftspolitischer Normierung bezogen auf individuelle Prioritätensetzung. Die Beiträge dieses Bandes setzen sich auseinander mit den Wirkungen und Wirkungsmöglichkeiten sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Regelungen in den Lebenswelten und in der konkreten Lebensgestaltung von Gruppen und Individuen. Die politische Gestaltbarkeit individueller Lebensplanung und Lebensverläufe findet ihre Grenze in den ihren Gestaltungszielen zuwider laufenden kulturellen Prägungen und individuellen Interessensausrichtungen, in der Unfähigkeit, die Lebenswirklichkeit umfassend auf kurze und mittlere Sicht zu verändern. Das Normierungsbestreben ist seinerseits begrenzt, Inkompatibilitäten zwischen Politikbereichen und innerhalb der Politikbereiche sind der Gestaltung immanent.

Dieser Band enthält Beiträge aus der o.g. Tagung des DZA. Dies erklärt ihren deutlich unterschiedlichen Charakter: Es finden sich ausformulierte wissenschaftliche Beiträge ebenso wie ausführlichere Diskussionsanmerkungen. Die Mehrzahl der Beiträge war zudem 1992 abgeschlossen. Eine Reihe der Beiträge ist deutlich geprägt durch den Zeitpunkt ihres Entstehens - bedingt durch den Transformationsprozeß in den "neuen Bundesländern" oder auch durch den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Pflegeversicherung. Die Heterogenität der Beiträge und ihre Zeitprägung vermindern unseres Erachtens nicht die Bedeutung dieses Sammelbandes; sie sind dem herausgebenden Institut bewußt, sie müssen durch den Leser und Nutzer in Rechnung gestellt werden. Durch die Autoren selbst sind sie nicht zu verantworten.

Das GZ hat im Jahre 1991 eine Arbeitstagung veranstaltet unter dem  
 Titel: Die gesellschaftliche Gestaltbarkeit individueller Lebensplanung  
 und Lebensverläufe.

Der Veranstalter ging es um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit  
 den Möglichkeiten und Begrenzungen gesellschaftspolitischer Maßnahmen  
 gegenüber der individuellen Lebensgestaltung. Die Beiträge dieses Bandes  
 setzen sich auseinander mit den Wirkungen und Wirkungsmöglichkeiten sozial-  
 politischer und wirtschaftspolitischer Regelungen in den Lebensverläufen und  
 in der weiteren Lebensgestaltung von Gruppen und Individuen. Die Beiträge  
 zum gesellschaftswissenschaftlichen Lebensplanung und Lebensverläufe finden  
 ihre Orientierung in den thematischen Zusammenhängen zwischen individuellen  
 Planungen und individuellen Lebensverläufen. In der Individualität  
 die Lebensverläufe umfasst und diese und andere Ziele zu verfolgen.  
 Das Themenangebot ist zentraler Natur, interdisziplinär  
 zwischen Politikwissenschaft und Sozialwissenschaft steht der  
 Gestaltungswissenschaft.

Dieser Band enthält Beiträge aus der 9. Tagung des GZ. Dies erklärt  
 ihren deutlich unterschiedlichen Charakter: Es finden sich auswertende  
 wissenschaftliche Beiträge ebenso wie ausübliche Diskussionsbeiträge.  
 Die Beiträge der Beiträge war zudem 1992 abgeschlossen. Eine Reihe der Bei-  
 träge ist deutlich geprägt durch den Zeitpunkt ihres Entstehens - bedingt  
 durch den Transformationsprozess in den "neuen Bundesländern" oder auch  
 durch den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur PT-Gesetzgebung. Die  
 Heterogenität der Beiträge und ihre zeitliche Veränderung werden durch  
 eine nicht die Bedeutung dieses Sammelbandes; sie sind dem herausgegebenen  
 Institut gewidmet, sie müssen durch den Leser und Nutzer in Kenntnis der  
 Stelle werden, durch die Autoren selbst sind sie nicht zu verwechseln.

Die Herausgeberin: Gesellschaftliche Gestaltbarkeit von Lebensverläufen  
 Berlin, im November 1992 (29. Dr. Ingrid Isenhardt, Dr. Ingrid Isenhardt)  
 von Ingrid Isenhardt, Dr. Ingrid Isenhardt

Das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) wird unterstützt durch  
 das Bundesministerium für Frauen und Senioren (BMFSFJ) und  
 die Senatsverwaltung für Soziales, Berlin.

Inhaltsverzeichnis

HANS-JOACHIM VON KONDRATOWITZ

Die zukünftige Dominanz prekärer "Normalitäten"  
Zur gesellschaftlichen Gestaltbarkeit von  
Lebens- und Altersverläufen

TEIL I:ENTBERUFUNGSVORGÄNGE UND HANDLUNGALTERNATIVEN  
IN DEN ALTEN UND NEUEN BUNDESLÄNDERN

JÜRGEN WOLF

Die "soziale Logik" von Entberufungsstrategien  
im Vergleich der alten und der neuen Bundesländer

GERHARD NAEGELE

Frühverrentete zwischen "neuen Alten" (West) und  
"neuen Armen" (Ost)? Überlegungen zu gerontologi-  
schen Distinktionskriterien

ECKHARD PRILLER

Vorzeitiger Ausstieg aus dem Erwerbsleben in den  
neuen Bundesländern - Gesellschaftliche Dimensio-  
nen und subjektive Auswirkungen

PETER WETZEL

Von der Chemiemetropole zur Vorruhestandsregion:  
Der Industriestandort Leuna/Merseburg im Umbruch

GUDRUN PRENGEL/ROLAND SCHMIDT

Einige Hinweise auf Deutungsmuster und Bewälti-  
gungsstrategien "freigesetzter" Älterer im  
Prozeß der gesellschaftlichen Transformation

TEIL II:GESTALTUNGSOPTIONEN STAATLICHER POLITIKEN

CHRISTOPH BEHREND

Zur Frage der Gestaltbarkeit von Erwerbsstrukturen oder: Wie kann ein künftiger Arbeitskräftemangel bewältigt werden?

TEIL III:PFLEGEMANAGEMENT UND SELBSTREALISIERUNG

URSULA DALLINGER

Die Pflege alter Eltern - Balanceakt zwischen Normerfüllung und Individualisierungschancen im weiblichen Lebenslauf

MARIANNE HEINEMANN-KNOCH

Thesen zur Altenpflegearbeit von Frauen

PETER ZEMAN

Informelle und formelle Helfer in der häuslichen Versorgung alter Menschen - Sozialpolitische Verknüpfungskonzepte und Alltagsinteraktionen

ADALBERT EVERS

Entgelt für häusliche Pflegeleistungen. Überlegungen zur Analyse eines internationalen Trends

## EMPIRISCHE DOMINANZ PRÄKARER "NORMALITÄTEN"

sozialwissenschaftliche Gestaltung von Lebensverläufen

Wissenschaftler von Kardrasowitz

1. Die Überfälligkeit eines "doppelten Vergleichs"

Die Überfälligkeit eines "doppelten Vergleichs"

1. "Normalität" der Lebensverläufe in der Krise I

2. "Normalität" der Lebensverläufe in der Krise II

3. Pflege als "sozialer Normalhorizont"

4. Literaturverzeichnis

1. Die Überfälligkeit eines "doppelten Vergleichs"

Der vorliegende erste kursorische Durchsicht des vorliegenden Bandes zeigt eine charakteristische Eigenschaft, die vermutlich noch viele Sammelbände sozialwissenschaftlichen Inhalts in den nächsten Jahren auszeichnen dürfte: Eine als dringlich erachtete Thematik der gesellschaftspolitischen Diskussion - hier: die gesellschaftliche Sozialarbeit von Lebensverläufen - wird aufgrund der historischen Gegebenheiten heute in der Bundesrepublik sinnvollerweise in zwei Vergleichszusammenhänge hineingestellt werden und erhält gerade dadurch eine zusätzliche Brisanz und unebene Dynamik.

Zur einen gelangt die deutsch-deutsche Vereinigung zum einen einzelnen Querlesen und Nacharbeiten einzelner geicherter sozialwissenschaftlicher Befunde, die sich dem aber allzuoft als recht "westdeutsch" begrenzt und insgesamt verallgemeinerbar herausstellen, sondern in dem neuen Bundesländer häufig geradezu gegenläufige Entwicklungen und mit unterschiedlichem Bedeutungswert verschiedene soziale Tatsachen repräsentieren. Das zwingt wiederum die gegenseitig bestehenden Debatten zur grundsätzlichen Revision des Modells des modernen Wohlfahrtsstaates (oder doch seiner wesentlichen Elemente), das jeweils vertritt, welche Strategien, Perspektiven und Programme zu bestimmten gesellschaftspolitischen Problemen in anderen europäischen Staaten bzw. anderen eurasieneuropäischen Wohlfahrtsstaaten erzwungen zu implementieren versucht bzw. und jeweiligen konkreten Bedingungen angepasst werden sind. Eine Orientierung auf den sozialwissenschaftlich sensiblen Vergleich - und dies kann sogar in doppelter Hinsicht - wird dann die sozialwissenschaftlichen



DIE ZUKÜNFTIGE DOMINANZ PREKÄRER "NORMALITÄTEN"  
Zur gesellschaftlichen Gestaltung von Lebensverläufen

von Hans-Joachim von Kondratowitz

Inhalt:

1. Die Unerläßlichkeit eines "doppelten Vergleichs"
2. "Normalität" der Lebensverläufe in der Krise I
3. "Normalität" der Lebensverläufe in der Krise II
4. Pflege als "neuer Normalhorizont"

Literaturverzeichnis

1. Die Unerläßlichkeit eines "doppelten Vergleichs"

Bereits eine erste kursorische Durchsicht des vorliegenden Bandes zeigt eine charakteristische Eigenschaft, die vermutlich noch viele Sammelbände sozialwissenschaftlichen Inhalts in den nächsten Jahren auszeichnen dürfte: eine als dringlich erachtete Thematik der gesellschaftspolitischen Diskussion - hier: die gesellschaftliche Gestaltbarkeit von Lebensverläufen - muß aufgrund der historischen Gegebenheiten heute in der Bundesrepublik sinnvollerweise in zwei Vergleichszusammenhänge hineingestellt werden und erhält gerade dadurch eine zusätzliche Brisanz und ungeahnte Dynamik.

Zum einen zwingt die deutsch-deutsche Vereinigung zum immer erneuten Querlesen und Neubewerten scheinbar gesicherter sozialwissenschaftlicher Befunde, die sich dann aber allzuoft als recht "westdeutsch"-begrenzt und keineswegs verallgemeinerbar herausstellen, sondern in den neuen Bundesländern häufig geradezu gegenläufige Entwicklungen und mit unterschiedlichem Bedeutungsgelalt versehene soziale Tatsachen repräsentieren. Zum zweiten erfordern es die gegenwärtig anstehenden Debatten zur grundsätzlichen Revision des Modells des modernen Wohlfahrtsstaates (oder doch seiner wesentlichen Elemente), daß man sich versichert, welche Strategien, Perspektiven und Programme zu bestimmten gesellschaftspolitischen Problemen in anderen europäischen Staaten bzw. anderen außereuropäischen Wohlfahrtsstaaten erwogen, zu implementieren versucht bzw. den jeweiligen konkreten Bedingungen angepaßt worden sind. Eine Orientierung auf den sozialwissenschaftlich sensibilisierten Vergleich - und dies dann sogar in doppelter Hinsicht - wird dann die sozialwissenschaftliche

Erörterung solcher Themen zumindest in Deutschland, ob man will oder nicht, bestimmen müssen.

In eben diesem Sinne finden sich im vorliegenden Band beide Vergleichsperspektiven in nahezu allen Beiträgen. Aus Gründen der inhaltlichen Konzentration sind dabei zwei gerontologisch dominante Problemkomplexe ins Zentrum des Sammelbandes gerückt worden: zum einen die Phase des Übergangs in den Ruhestand im Kontext gesellschaftlicher Entberuflichungsvorgänge, zum zweiten die gesellschaftliche Thematisierung der Pflege und die sie begleitenden komplexen sozialen Prozesse. Die Präsenz des angesprochenen "doppelten Vergleichs" weist heute allerdings noch ein bezeichnendes Mißverhältnis auf: die deutsch-deutsche Kontrastierung wird hier fast ausschließlich im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Dynamik und Verarbeitung von Entberuflichungsprozessen angesprochen, während Dimensionen eines internationalen Vergleichs mehrheitlich beim Thema der Pflege zum Tragen kommen. Diese Disproportion ist nicht nur der gegenwärtig noch uneinheitlichen Materiallage geschuldet, sondern darin reflektieren sich auch politische Konjunkturen, die dem neu zu gestaltenden sozialpolitischen Feld einen vielfältigeren Aufmerksamkeitsbonus verleihen und damit dem internationalen Vergleich einen gegenwärtig höheren Rang geben. Aber zweifellos wird in der Zukunft, auch und gerade als Folge der Pflegeversicherung, die Gewichtung und Einschätzung von Pflegearrangements im deutsch-deutschen Vergleich eine bedeutendere Rolle spielen als sie es jetzt in diesem Band tun kann.

Schwierigkeiten bei der Herstellung solcher Vergleichsperspektiven sind jedoch nur zum kleineren Teil auf Ungleichgewichtigkeiten im empirischen Material zurückzuführen. Sie liegen im Grunde - dies die These - in der Gleichzeitigkeit und wechselseitigen Überlagerung mehrerer gesellschaftlicher Prozesse, die sich als Ausdruck des demographischen Wandels in dauerhaften Anforderungen an die zukünftigen Alterskohorten in Deutschland niederschlagen werden. Alle diese Prozesse scheinen es zu tun zu haben mit dem permanenten Austarieren einer "prekären Normalität" im Lebenslauf. Diese kann vor allem deshalb prekär genannt werden, weil es sich um die gleichzeitige Konfrontation mit dem Verlust einer "Normalität" ("Normalarbeitsverhältnis" und "Normalbiographie") und dem Erscheinen einer neuen Normalität ("Pflege" als "Altersschicksal") handelt. Oder pointierter ausgedrückt: auf kontinuierliche Erwerbsverläufe wird in Zukunft immer weniger als "Normalität" gerechnet werden können, aber mit Auf-

gaben eines Pflegemanagements der eigenen Eltern und dann der eigenen Pflege konfrontiert zu werden, dürfte zum gesellschaftlichen "Normalfall" werden. Nimmt man diese Tendenz nun noch ernst auf dem Hintergrund unterschiedlicher Normalitätshorizonte in den beiden deutschen Teilgebieten und macht sich zugleich klar, daß sich mit den vergangenen und zukünftigen "Normalitäten" eine Fülle von sozialpolitischen Regulatorien und Institutionen zwangsläufig verbinden, so wird die Komplexität der zukünftigen Konstellationen überdeutlich. Einige zusätzliche Bemerkungen sollen nun folgen.

## 2. "Normalität" der Lebensverläufe in der Krise I

Schon seit geraumer Zeit und lange vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und den durch sie markierten sozialen Verwerfungen war es in der bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen Diskussion nicht mehr zu verkennen, daß mit der Voraussetzung einer "Normalität" von Arbeitsbeziehungen und Lebensverlauf nicht länger überzeugend zu argumentieren war. Vielmehr ließen die sozioökonomischen Daten und die zunehmend disparater werdenden empirischen Belege es immer fragwürdiger erscheinen, solche Normalitätsannahmen als dominantes, ja geradezu epochales Charakteristikum der aktuellen Industriegesellschaft zu behaupten. Es gehörte überdies, wie OSTERLAND richtig festgestellt hat, zur besonderen Ironie der Situation, daß die Karriere der Erklärungskraft dieses Konzepts sich gerade dann zeigte, als eben diese "Normalität" als grundlegender Tatbestand einer Ausweitung und tendenziellen Verallgemeinerung der Lohnarbeitserfahrung selbst schon brüchig wurde. "Solange man davon ausgehen konnte, es gäbe eine 'Normalität' von Arbeitsverhältnissen und Lebensverlauf, blieb sie eher unbemerkt: Erst eine Entwicklung in jüngerer Zeit, die mit Etiketten wie 'neuer Individualisierungsschub' und 'Erosion des Normalarbeitsverhältnisses' versehen wird, brachte zum Vorschein, daß sich über ein rundes Vierteljahrhundert hierzulande etwas vollzogen hatte, was offenbar für 'normal' gehalten wurde und als Standard eine gewisse Allgemeinverbindlichkeit beanspruchen konnte" (OSTERLAND 1990, 350).

Diese gegenwärtige Dissoziation der "Normalbiographie" bzw. des "Normalarbeitsverhältnisses" sollte allerdings nicht daran hindern, sich noch einmal die überragende Bedeutung dieser Perspektive ins Gedächtnis zu rufen. Denn die dauerhafte Herausbildung des "Normalarbeitsverhältnisses" nach der ökonomischen

mischen Rekonstruktion in Deutschland war ja mehr als nur die langfristig erfolgreiche Verallgemeinerung einer tarifrechtlich und finanziell hinreichend gesicherten kontinuierlichen Vollerwerbstätigkeit. Dieses Konstrukt stellte auch gleichzeitig eine essentielle normative Grundlage des bundesdeutschen Sozialstaats dar und zentrale Schutz- und Beteiligungsrechte dieser Sozialordnung und die Funktionsprinzipien des sozialen Sicherungssystems sind ohne die stillschweigende oder explizite Präsenz dieses Konstrukts nicht denkbar (vgl. MÜCKENBERGER 1985). Insoweit stellt dieses "Normalitätsverhältnis" als Gestaltungstypus auch der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung der "Normalbiographie" mit ihren spezifischen Erwartungshaltungen, Verbindlichkeitsannahmen und kulturellen Definitionen (vgl. z.B. KOHLI 1985; 1988; LEVY 1977) den entsprechenden Rahmen und ist ohne es gar nicht hinreichend verständlich.

Allerdings ist schon bald von verschiedenen Beobachtern darauf hingewiesen worden, daß diese historische Justierung des "Normalarbeitsverhältnisses" bzw. der "Normalbiographie" zum weitaus überwiegenden Teil eine männliche Erfahrungswelt wiedergibt. Die weibliche Normalbiographie war bereits im Ansatz durch Diskontinuitäten, durch den Zwang zu Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses (wenn es denn überhaupt bestand), durch ausschließliche oder zumindest zeitweilige Familienarbeit u.ä.m. geprägt (vgl. allgemein: SØRENSEN 1990). Dies zeigt sicherlich, daß die klassische Konzeption des (männlichen) "Normalarbeitsverhältnisses" immer auch die weibliche Normalbiographie, zumindest bis in die späten siebziger Jahre, als ein notwendiges Komplement zur emotionalen und versorgungsmäßigen Sicherung desselben verstanden hat. Jenseits dieser Reproduktionslogik wird man sicher auch sagen können, daß diese beiden gesellschaftsspezifischen "Normalitäten" sich bei der männlichen Normalbiographie eher mit der Ausbildung rigider Orientierungen, bei der weiblichen Normalbiographie mit (erforderter) Flexibilität assoziieren und damit auf durchaus unterschiedliche potentielle Bewältigungsmuster für die Zeit der Krise dieser Normalitätsannahmen hinweisen.

Als Ende der 70er Jahre sich in der Bundesrepublik diese tiefgreifende Krise unabweisbar abzeichnete, wurde auch klar, daß diese potentiellen Bewältigungsmuster keineswegs allzu optimistisch interpretiert werden durften: die "Erosion des Normalarbeitsverhältnisses" schlug sich in allgemeinen Flexibilisierungsprozessen in der Arbeits- und Sozialpolitik, in Entnormierungs-

strategien der Arbeitsverhältnisse, besonders aber in der Ausformung unregulierter oder marginaler Beschäftigungsformen nieder. Für die männlichen "Normalarbeitsverhältnisse" und die angelagerten Normalbiographien bedeutete dies vor allem Infragestellung wesentlicher arbeitspolitischer Grundentscheidungen und die gezielte Beseitigung einer Reihe von bisher verbindlichen Regeln der Arbeitsgestaltung (s. MÜCKENBERGER 1985). Gleichzeitig vermittelte die Entstehung und Ausbreitung von neuen Beschäftigungsformen denjenigen Gruppen, die langfristig nicht (mehr) damit rechnen können, in ein "Normalarbeitsverhältnis" Eintritt zu finden, wie Jugendliche und Frauen mittleren Alters, ein bestimmtes Handlungsfeld, das in bezeichnender Weise oszilliert zwischen dem Gewinn individueller Spielräume und dem Verlust von sozialen Rechten. OSTERLAND hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der Wunsch verheirateter Frauen, heute eine Teilzeitarbeit anzustreben, sich trotz zunehmender Erwerbsbeteiligung der Frauen in eine erneute Stabilisierung der alten unterschiedlichen "Normalbiographien" entlang der Trennung der Geschlechter entwickeln könnte. "Unter dem Gesichtspunkt der Konsequenzen für die Normalbiographie ist allerdings die Konzentration dieser Beschäftigungsformen auf die jüngeren Altersgruppen von größerer Bedeutung, denn die männlichen Jugendlichen befinden sich hier inzwischen in einer Situation, die sich der 'normalen' weiblichen angleicht: Für beide ist die gesicherte lebenslange Vollzeitbeschäftigung nicht (mehr) Grundlage der Lebensplanung. Sie teilen die Unsicherheit und Diskontinuität einer Erwerbssituation, welche bei den älteren Jahrgängen vorwiegend nur für die Frauen galt. Die Jahrgänge, deren Erwerbsbiographie während der ökonomischen Krise begann, haben offenkundig erhebliche Schwierigkeiten, ungeachtet ihrer Qualifikation, entsprechende dauerhafte Vollarbeitsplätze zu erhalten. Nicht wenige unter ihnen sind darum auf Arbeit in den prekären Verhältnissen der Grauzone angewiesen und gezwungen, auf Schutzrechte, Sozialabsicherung, Einkommen, Karriereabsichten usw. zumindest partiell zu verzichten" (OSTERLAND 1990, 356).

Es ist diese Situation in der Bundesrepublik gewesen, in die die Vereinigung mit dem ostdeutschen Staat fiel und die nun eine zusätzliche Dynamik ins Spiel brachte: die aus dem massiven Freisetzungszustand ganzer Alterskohorten entstandenen Frustrationen und Enttäuschungen der Beschäftigten, vor allem mittleren Alters, als auch die existentielle Herausforderung, sich mit dem durch die Vereinigung verbundenen raschen Wandel produktiv auseinandersetzen zu müssen. Dies gilt noch um so eher, als gerade in der alten DDR ein besonderer Typ eines, wenn man so will, "Normalarbeitsverhältnisses" vorzufinden

war, der gesellschaftlich systematisch hergestellt wurde und die Einstellungen und Mentalitäten der DDR-Bewohner tiefgreifend geprägt hat.

### 3. "Normalität der Lebensverläufe in der Krise II

Überhaupt von einem "Normalarbeitsverhältnis" in der DDR zu sprechen, ist sicherlich riskant. Denn zwangsläufig eingeschlossen in dieses Konzept ist immer auch dessen konkreter historischer Hintergrund als Voraussetzungsrahmen: die offensive Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit und ihren jeweiligen Organisationen, die letztendlich tarifrechtliche Bindung von Arbeitsverhältnissen, ihre jeweilige arbeits- und sozialrechtliche Einbettung als Ausdruck wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung. Daß es aber diese konkreten Aushandlungsbedingungen in der staatssozialistischen Gesellschaft nicht gegeben hat, ist bekannt - insoweit würden in der Tat entscheidende Prämissen für die Verwendung dieser Kategorie fehlen. Trotzdem lassen sich charakteristische Unterschiede als auch vergleichbare Bedingungen angeben, die es rechtfertigen könnten, von einem "institutionalisierten Normalarbeitsverhältnis" in der DDR zu reden.

Sicherlich zentral für die Wahrnehmung der Arbeitsverhältnisse in der DDR war die ideologische Prämisse von der angeblich strukturellen Interessensidentität zwischen Werktätigen und sozialistischem Staat, die dadurch erreicht sei, daß der Kapitalismus mit seiner Aneignungslogik durch eine sozialistische Gesellschaft mit ihren charakteristischen Entscheidungsprozessen ersetzt worden war. Nachdem die Existenz von grundsätzlichen Widersprüchen in der sozialistischen Gesellschaft damit erfolgreich wegdefiniert worden war, war es dann folgerichtig die Aufgabe des Arbeits- und Sozialrechts (z.B. des Gesetzbuchs der Arbeit von 1961), die immer lösbaren, weil nichtantagonistischen Konflikte z.B. zwischen Beschäftigten und Betriebsleitung sozusagen kleinzuarbeiten und in dafür vorgesehenen Instanzen (wie z.B. den Konfliktkommissionen) zu regeln. Nur bei deutlicher politischer Gegnerschaft, mit der man sich - im Selbstverständnis der DDR - außerhalb der "sozialistischen Menschengemeinschaft" (ein Slogan der späten 60er Jahre in der DDR) gestellt habe, wurden diese Prinzipien fallengelassen und durch offene sicherheitspolitische Pressionen ersetzt.

Wurde also durch diesen Definitionsrahmen bereits eine Zuschreibung der "Normalität" für die überwältigende Mehrheit der "Mitmachenden" erreicht, so gewann das institutionalisierte "Normalarbeitsverhältnis" der DDR seine entscheidende Kraft durch das Belohnungsangebot für die erwähnte Mitmachbereitschaft: die grundsätzliche staatliche Arbeitsplatzgarantie für nahezu alle Beschäftigte in der DDR. Es ist natürlich auch diese Garantie gewesen, die als indirektes Fluktuationshemmnis begriffen wurde und zum Ausgangspunkt der mannigfachen Studien der DDR-Soziologie über die Stellung der Kollektive im Betrieb bereits seit den frühen 60er Jahren wurde und die unter verschiedenen Überschriften und wechselnden ideologischen Konjunkturen behandelt wurden ("Betriebsklima" um 1965, "Sozialistische Gemeinschaftsarbeit" um 1968, "Lebensweise"-Diskussion um 1975 etc.). In den achtziger Jahren erweiterte sich die Perspektive in den Kulturwissenschaften der DDR hin zu einem Versuch, das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Kollektiven bzw. im Betrieb über das innerbetriebliche Initiierungspotential von Rationalisierungsprozessen hinaus als Alltagsressource der Menschen zu sehen, wenn auch öffentlich nie so weit gegangen wurde, die informellen Austausch- und Unterstützungsprozesse zur Kompensation der Mangelgesellschaft als einen solchen "sozialen Kitt" zu dechiffrieren.

Daß diesem, mit viel ideologischer Anstrengung eingeführten Begriff des "Kollektivs" trotzdem auch eine bestimmte reale Qualität zukam, wurde erst dann ganz deutlich, als die DDR als selbständige Ökonomie zu bestehen aufgehört hatte und damit auch gleichzeitig viele Betriebe zusammenbrachen, da sie sich im Wettbewerb mit westlichen Unternehmen nicht durchsetzen konnten oder auch in ihrer Durchsetzung gehindert wurden. Es wurde schnell klar, was zumindest in der Bundesrepublik nicht immer realisiert worden war: jenseits ihrer fragwürdigen ökonomischen Effektivität waren die Betriebe so etwas wie wichtige regionale oder lokale sozial- und gesundheitspolitische Leistungszentren, mittels derer viele wichtige Bedürfnisse am Ort befriedigt werden konnten. Zu denken ist hier nur an die Bereitstellung von Dienstleistungen wie den Kinderkrippen, der Dispensairebetreuung, den Verkaufsstellen für spezifische Güter, aber auch an die Organisation von sozialen Gelegenheiten, in denen sich die Mitarbeiter des Betriebes über ihre individuelle Existenz als "Werkstätiger" hinaus als gemeinschaftlich Arbeitende und Lebende erfahren sollten. Dieser Versuch einer Gemeinschaftsproduktion war doch immerhin insoweit erfolgreich, als damit eine dauernde Einübung in

die Werte einer "Arbeitsgesellschaft" vorgenommen wurde. Und es ist heute unter allen Beobachtern der alten DDR wohl einhellige Meinung, daß diese DDR in viel stärkerem Maße als "Arbeitsgesellschaft" angesehen werden muß als das für die gleichzeitige Situation in der alten Bundesrepublik galt.

Behält man diese soziale Konstellation im Bewußtsein, wird sicherlich klar, welche ungeheuren sozialen Einbrüche durch die Vereinigung und ihre Folgewirkungen in kürzester Zeit in den neuen Bundesländern zu verarbeiten waren. Besonders dramatisch wird man aber die sozialen Wirkungen für die weitestgehend gezwungenermaßen in den Ruhestand gehenden Beschäftigten in den neuen Bundesländern nennen müssen - die vorliegenden Beiträge dieses Bandes geben dafür vielfältige Belege. Der Hinweis auf einen erzwungenen Eintritt in den Ruhestand bezieht sich keineswegs nur auf die vielen Vorruhestandsfälle (unter welchen materiellen Bedingungen auch immer), sondern begreift auch jene "Bürger im höheren Lebensalter" (dies der offizielle DDR-Terminus) ein, die formell bereits die Altersgrenze erreicht haben. Denn mit in den Erwartungshorizont eines DDR-Rentners war immer die sehr oft realisierte Möglichkeit der Weiterarbeit im Betrieb einbegriffen und es hat lange und vielfältige Diskussionen über die Motivlage dieser Rentner in der DDR-Soziologie und Leitungswissenschaft gegeben, vor allem darüber, ob eher der Zwang zur Weiterarbeit aufgrund der niedrigen Renten oder der Wunsch, weiter im Kollektiv der Arbeitskollegen zu wirken, dafür verantwortlich zu machen sei (vgl. dazu: von KONDRATOWITZ 1978, hier: 99-105). Allerdings waren schon lange vor der Wende in der DDR die Zeichen für einen unaufhaltsamen Rückgang der Rentnerarbeit nicht mehr zu verkennen: die Eigenrationalität der Betriebe wirkte unverkennbar in Richtung auf deren Abbau und dies trotz mancher Versuche, eigene Rentnerarbeitsplätze mit spezifischen Belastungsgrenzen auszubilden.

Zum Rentnerstatus in der DDR gehörte allerdings auch noch eine weitere Dimension der "sozialistischen Alterswahrnehmung": in der DDR bildeten sich nämlich bereits seit ihrer Gründung und in direkter Verbindung dazu spezifische Altersbilder aus, die zumindest bis in die frühen 80er Jahre einen nicht unbedeutenden Rang einnahmen und die kurz erläutert werden sollten. Drei normativ deutlich geschiedene Altersbilder sind es, die die Alterswahrnehmung der frühen Jahre der DDR bis in die sechziger Jahre hinein do-

minierten: der Parteiveteran, der Veteran der Arbeit und der Rentner. Gemeinsam ist ihnen die Bindung an den Austritt aus dem Arbeitsleben nach dem Passieren einer chronologischen Marke und der Beginn einer nachberuflichen Lebensphase. Aber ebenso auffällig ist die entscheidende Differenz in ihrer Wertigkeit. Daß man sich für den "gewöhnlichen" Werk tätigen mit dem glanzlosen Begriff "Rentner" beschied und den achtunggebietenden Status "Veteran" für die in der Partei und/oder der Gewerkschaft organisierten Werk tätigen reservierte, demonstriert deutlich die innere hierarchische Ordnung dieser Altersbilder. Diese Ordnung war zuallererst historisch begründet: in der Gründungsphase der DDR und den nachfolgenden Jahren wurde vor allem mit hochpositiv besetzten Vorbildfunktionen gearbeitet: "Veteranen", ohnehin durch SED- oder Gewerkschaftsmitgliedschaft geadelt, waren vor allem "Veteranen des sozialistischen Aufbaus", "Rentner" waren jene nicht-oppositionellen, mitmachbereiten älteren Werk tätigen, die aber gleichwohl in den Kreis der potentiell für den Sozialismus Ansprechbaren aufgenommen waren. Bald aber wurde diese hierarchische Differenzierung aufgegeben: schon in den späten fünfziger Jahren fällt auf, daß Aktivitäten, die bis dahin exklusiv den Veteranen zugedacht waren, nun mit dem stillschweigend eingeführten Zusatz "und Rentnern" erscheinen. Dies machte in der Gegenwart natürlich um so mehr Sinn, als in den späten siebziger und achtziger Jahren Werk tätige in das Rentenalter kamen, deren Kindheit und frühe Jugend zwar noch vom Ende der Weimarer Republik und vom Faschismus geprägt worden war, die aber bereits - und dies zunehmend - den überwiegenden Teil ihres Arbeitslebens in der DDR verbracht und sich auch den dort herrschenden Organisationszwängen gebeugt hatten, dadurch aber auch eine Trennung in "Veteranen" und "Rentner" obsolet machten. Seit den siebziger Jahren formt sich daher so etwas wie ein Leitbild des "ideellen Gesamtrentners" in der DDR aus, das mit dem seitdem üblichen Terminus des "Bürgers im höheren Lebensalter" umschrieben wird und in der Ära Honecker zuerst rechtlich, später konzeptionell weiter ausdifferenziert wurde (vgl. auch: von KONDRATOWITZ 1988, bes. 515-518).

Trotz dieser offensichtlichen "Normalisierung" des Rentnerstatus demonstrierten aber vielfältige Aktivitäten der Betriebsgewerkschaftsleitungen, der Veteranenkommissionen usw. in den Betrieben, daß die sorgende Umhegung des "Bürgers im höheren Lebensalter" symbolisch den Rentnern gerade durch die Betriebsbezogenheit, also durch jene Menschen, die sie kannten und einschätz-

zen konnten, ein bestimmtes Maß an Anerkennung und Akzeptanz vermittelt haben dürfte, was nun nach der Wende schmerzlich vermißt wird. Hinzu kommt nun aber auch die Allgegenwart von Freisetzungserfahrungen in der unmittelbaren Umwelt der Rentner, in den Familien, bei den Nachbarn (zumindest in bestimmten Regionen). Alle diese Erlebnisse und Eindrücke formen sich zu einem Krisenszenario des Alterserlebens, das über Jahrzehnte stabilisierte Erwartungen in schnell aufeinanderfolgenden Erfahrungsschüben radikal in Frage stellt und dazu in scharfen Kontrast setzt zu gleichzeitigen Lebenswelten und Erfahrungshorizonten in den alten Bundesländern. Diese durch die rapide Einigung geradezu zerschlagene "Normalität" der Rentner und Vorruheständler, aber auch der jüngeren und mittleren Alterskohorten zu transformieren in eine Perspektive der erneuten Kontinuitätssicherung, ist die bisher mißlungene Aufgabe gestaltungspolitischer Überlegungen in Deutschland.

#### 4. Pflege als "neuer Normalhorizont"

"Pflege" hat heute als gesellschaftspolitisches Thema in der öffentlichen Auseinandersetzung einen merkwürdig ambivalenten Status gewonnen. Noch vor zehn Jahren war die Diskussion über die verschiedenen diskutierten Sicherungsmodelle für den Fall der Pflegebedürftigkeit das Geschäft einer überschaubaren Anzahl von Praktikern und sozialpolitisch Interessierten aus dem Feld der institutionalisierten deutschen, z.T. auch internationalen Sozial- und Gesundheitspolitik. Was nun das Wissen über die letzten Details und Diskrepanzen zwischen einzelnen Entwürfen angeht, mag sich das bis heute vielleicht nicht einmal geändert haben. Aber was sich ohne jeden Zweifel geändert hat, ist der Umstand, daß heute so etwas wie eine "gesellschaftliche Einbettung" des Themas in den weiteren Umkreis sich überlagernder, verschiedener Diskussionszusammenhänge existiert und diese Einbettung so etwas wie den "zündenden Funken" für die Konjunktur dieses Themas geliefert hat.

Sehe ich recht, so sind es zumindest sechs solcher Diskussionszusammenhänge, die die "take-off"-Phase der Pflege auf den Weg gebracht haben, wobei ich es hier bei sparsamen Kommentierungen belassen will, zumal über die Auswahl der hier berücksichtigten Diskurse beim informierten Beobachter kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen dürften.

- a. Historisch wichtig war sicherlich die Diskussion über die Facetten einer Dienstleistungsgesellschaft, wie sie in der Folge der Verständigung über die postindustrielle Gesellschaft ausgearbeitet wurde. Sie hat der sozialen Dienstleistung überhaupt erst den adäquaten Rang in einem analytischen Rahmen wiedergegeben, der dominiert war von der Orientierung an der industriellen Lohnarbeit.
- b. Entscheidenden Einfluß hatte ebenso die feministische Frauenforschung, die durch die Analyse der Hausarbeit bzw. der "Familienarbeit" und der "Reproduktionsarbeit" erst den theoretischen Zugang ausformuliert hat, der heute eine reflektierte Betrachtung der in der Pflegesituation gebündelten strukturellen und subjektiven Faktoren ermöglicht.
- c. Im sozialmedizinischen Diskurs sind durch die Analyse des Entstehungszusammenhangs von chronischen Krankheiten Zugangsmöglichkeiten erschlossen wurden, um damit die soziale Verursachung wie auch die soziale Unterstützung solcher Krankheitsbilder besser verstehen zu lernen. Im Bereich der medizinischen Altersforschung gibt es allerdings in akutergeriatrischen Modellen auch konkurrierende Zugangsweisen, die zudem professionspolitische Abstützungen haben.
- d. Aus den Diskussionen zur Kritik des modernen Wohlfahrtsstaates wird in den letzten Jahren ein gesteigertes Interesse an der amerikanischen Kommunitarismusdebatte artikuliert. Der dort zentrale Gedanke, gerade partikularen, gemeinschaftsgebundenen Werthaltungen wieder gegenüber einer Tradition zu ihrem Recht zu verhelfen, die lediglich auf der Ebene der Interaktion vereinzelter Subjekte ansetzt, ist interessant für ein sozialpolitisches Verständnis, das jenseits des "starken Staates" auf die selbstregulative Kraft interaktiver sozialer Felder, auf neue Gemeinschaftsbildungen und damit auf eine neue Dienstleistungskultur setzt.
- e. In ethnologischen und kulturanthropologischen Studien sind Alltagshandeln und kulturelle Praktiken in familialen und gruppenspezifischen Situationen angesprochen worden. Der methodologische und inhaltliche Transfer solcher Fragestellungen für die Situationsanalyse hochindustrialisierter Länder ist aus diesem Forschungszusammenhang als Aufgabe hervorgegangen und wird seit längerem diskutiert und erprobt. Für die Pflegeforschung spielen solche mikropolitischen Perspektiven, zumindest in Deutschland, eine noch zu periphere Rolle.

- f. Den neuesten Kulminationspunkt findet das Thema der Pflege aber in der Diskussion über die Folgen des demographischen Wandels. Dies vor allem deswegen, weil sich in diesem Diskurs alle vorhergehenden Diskussionszusammenhänge paradigmatisch verschmelzen und thematisch sozusagen durch-exerzieren lassen (vgl. ZWISCHENBERICHT 1994; BRAUN et al. 1994).

Die folgende Aussage, die schlüssig die Pflege thematik in den Kontext des demographischen Wandels stellt, macht auch gleichzeitig eine besondere und damit recht prekäre Qualität des Themas "Pflege" offenbar. "Infolge des ungebrochenen Trends zur Hochaltrigkeit und infolge der Tatsache, daß immer mehr Menschen ein, bildlich gesprochen, 'biblisches Alter' erreichen sowie der mit hohem Alter zugleich steigenden Krankheitsprävalenz von gerontopsychiatrischen und somatischen Leiden, deren Folgen dann sozialrechtlich mit dem Begriff der Pflegebedürftigkeit gefaßt werden, sind auch Familienmitglieder unterschiedlicher verwandtschaftlicher Grade immer öfter mit den alltagsweltlichen und sozialrechtlichen Folgen von 'Pflege' befaßt. Sei es unmittelbar tangiert oder eher mittelbar im familiären Austausch, Pflege rückt prospektiv in den Normalhorizont von biographischen Zukunftsentwürfen und ist zugleich massenhaft präsent in der Gegenwart verschiedener Familien-generationen" (SCHMIDT 1992, 190-191).

Die faktische Spreizung des Themas der "Pflege" umfaßt also die strukturelle Ebene gesellschaftlicher Entwicklungen genauso wie die unmittelbare, kleinräumige, mikropolitische Ebene des Zwangs zur unmittelbaren Auseinandersetzung. Und es ist diese Situation der Ambivalenz, die bisher noch verhindert hat, daß das Thema "Pflege", wie SCHMIDT richtig fordert, ein bürgerschaftliches Thema würde, d.h. ein Thema, das in Foren, Diskussionszirkeln, Märkten des Austauschs u.ä.m. sozusagen zwischen den Fronten immer erneut ausgehandelt werden könnte (vgl. SCHMIDT 1992, 194-196). Im Gegensatz zum Ruhestand, über dessen Eintrittsmodalitäten zwar verhandelt werden kann, der aber doch angetreten wird, vor allem dann, wenn ihn die Beschäftigten selbst positiv besetzen, ist und bleibt bei der Pflege der Eintritt des Ernstfalls immer nur eine Wahrscheinlichkeit, die auch vermieden werden könnte. Diese "Normalität auf Abruf" ist bis heute ein wesentliches Element bei der immer erneuten biographischen Vertagung dieses neuralgischen Punktes in den Altersverläufen. Wie diese Sprachlosigkeit trotzdem organisatorische Gestalt annehmen könnte und Interessenartikulationen der Pflegenden formu-

liert werden, ist eine bedeutende Frage der Selbstorganisation der Zukunft. Beispiele für Erfolge ließen sich aus anderen europäischen Ländern durchzuführen (so z.B. England), aber an einem energischen Wissenstransfer mangelt es noch. Es dürfte dieser eines der vorrangigen Ziele der nächsten Jahre bei der gesellschaftlichen Dauerthematization der Pflege sein.

KOHLE 1988  
M. Kohle: Konzeptions- und Individualität in der Sozialpolitik, in: *Sozialpolitik*, H. 2, 1988, S. 1-10

v. KORNATOWITZ 1978  
H. v. Kornatowitz: Staatliche Sozialpolitik als Arbeitsvermittlung. Das Problem der "Bürger" im höheren Lebensalter. Ein Beitrag zur Wirtschaft- und Sozialpolitik. Anspruch und Realität. (II. Fassung zum Stand der DDR-Forschung). Deutschland Archiv/Sonderheft 1978

v. KORNATOWITZ 1988  
H. v. Kornatowitz: Zwischenorganisationen... Die Älteren in der DDR zwischen Väterangewandtschaft und Gesundheitsbeschädigung. In: *Zeitschrift für Sozialforschung*, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, in der FdR Bonn, Oktober 1988

LEVY 1977  
R. Levy: Der Lebenslauf als Statusbiographie. Stuttgart 1977

MICKELBERGER 1988  
U. Mickelberger: Die Krise der Normalarbeitsverhältnisse. In: *Zeitschrift für Sozialforschung*, H. 7 und 8, 1988

ÖSTERLAND 1980  
R. Osterland: "Normalbiographie" und "Normalarbeitsverhältnis". In: *Beitrag zur Sozialpolitik*, H. 2 (Hrsg.: Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile / Soziale Lage Sonderband 7). Göttingen 1980

SCHMIDT 1982  
R. Schmidt: Generationencharaktere und Partizipation. In: *Initiative und Engagement*, Reihe Politik für die eigene Generation Bd. 10. Stuttgart 1982

Literaturverzeichnis

- BRAUN et al. 1994 H. Braun; T. Klie; M. Kohnert; I. Lüders (Hrsg.): Zukunft der Pflege. Beiträge zur Pflegediskussion in Altenarbeit und Gerontologie. Melsungen 1994
- KOHLI 1985 M. Kohli: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1985, H. 1
- KOHLI 1988 M. Kohli: Normalbiographie und Individualität, in: Brose, H.G.; Hildebrandt, B. (Hrsg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen 1988
- v. KONDRATOWITZ 1978 H.J. von Kondratowitz: Staatliche Sozialpolitik als Arbeitskräfte lenkung. Das Problem der "Bürger im höheren Lebensalter". Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Anspruch und Realität (11. Tagung zum Stand der DDR-Forschung), Deutschland Archiv/Sonderheft 1978
- v. KONDRATOWITZ 1988 H.J. von Kondratowitz: Zumindest organisatorisch erfaßt... Die Älteren in der DDR zwischen Veteranenpathos und Geborgenheitsbeschwörung, in: Gläßner, G.J. (Hrsg.): Die DDR in der Ära Honecker. Opladen 1988
- LEVY 1977 R. Levy: Der Lebenslauf als Statusbiographie. Stuttgart 1977
- MÜCKENBERGER 1985 U. Mückenberger: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses, in: Zeitschrift für Sozialreform 1985, H. 7 und 8
- OSTERLAND 1990 M. Osterland: "Normalbiographie" und "Normalarbeitsverhältnis", in: Berger, P.A.; Hradil, S. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, (Soziale Welt Sonderband 7). Göttingen 1990
- SCHMIDT 1992 R. Schmidt: Seniorengenossenschaften und Pflegemanagement, in: Initiative 2. Lebensalter, Reihe Politik für die ältere Generation Bd. 10. Stuttgart 1992

SØRENSEN 1990

A. Sørensen: Unterschiede im Lebenslauf von Frauen und Männern, in: Mayer, K.U. (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel, (Sonderheft 31 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen 1990

ZWISCHENBERICHT 1994

Zwischenbericht der Enquête-Kommission Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/7876

HEIL 1:

ENTBEHRUNGSPFLEGE UND HILFSGESTALTUNGSALTERNATIVEN  
IN DEN ALTEN UND NEUEN BUNDESLÄNDERN



## 2. "Entberuflichung" VON ENTBERUFUNGSGESTÄNDLICHEN IN VERGLEICH DER ALTEN UND DER NEUEN BUNDESLÄNDER

von Egon Kroll

Inhalt:

1. Überblick
2. Entberuflichung weit: Die Normalalterung des frühen Ruhestands
3. Entberuflichung eng: Der Sprung in den frühen Ruhestand
4. Gibt es "post-spezifische" Folgen für die Individuen?
5. Fazit: Die ersehnte "Verfestigung" der Entberuflichung

### TEIL I:

#### ENTBERUFUNGSGESTÄNDLICHE UND HANDLUNGALTERNATIVEN

#### Literaturverzeichnis IN DEN ALTEN UND NEUEN BUNDESLÄNDERN

##### 1. Überblick

"Entberuflichung" gilt als ein Kernprozess im "Strukturwandel am Abend". Im wesentlichen ist damit die Entstehung einer "Alterszeit ohne Berufstätigkeit" (TENS 1990: 404 f.) gemeint, die sich verallgemeinert und - verstärkt durch die gestiegene Lebenserwartung - lebenszeitlich ausgedehnt hat. Überbei können zwei Prozesse unterschieden werden: der fundamentale, demographische Prozess der Herausbildung des Ruhestands als ausdifferenzierter Phase des menschlichen Lebenslaufs und der in den 70er Jahren einsetzende Trend zum frühen Ruhestand, mit dem die Entberuflichung sich auf ein zunehmend längeres Lebensalter vorverlagert hat. Mit der Rentenreform 1992 soll dieser zweite Prozess abgehalten und längerfristig verankert werden, waren die zuvor dominierende Strategien der Lebensarbeitszeitverlängerung vorwiegend arbeitsmarktpolitisch motiviert, so ist die neue, zielgruppenorientierte Strategie vorwiegend demographisch begründet. Angesichts einer alternden Bevölkerung wird der frühe Ruhestand als nicht sehr länger sinnvoll und finanzierbar angesehen. Der erste, grundlegende Entberuflichungsprozess, also die Existenz eines arbeitsmarktfreien Ruhestands, wird davon vorläufig nicht berührt. Angestrebt wird lediglich, die Lücke zwischen Arbeitsleben und Ruhestand allmählich auf die "normale" Altersgrenze des 65. Lebensjahres zu verschieben. Sie soll nach unten abgedichtet und nach oben - durch die Möglichkeit der Teilrenten und durch finanzielle Anreize zur Weiterarbeit - durchlässiger gemacht werden.

TEIL I

ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DER HANDELSRECHTSLEHRE  
IN DEN JÄHREN 1800 BIS 1850

## DIE "SOZIALE LOGIK" VON ENTBERUFUNGSSTRATEGIEN IM VERGLEICH DER ALTEN UND DER NEUEN BUNDESLÄNDER

von Jürgen Wolf

### Inhalt:

1. Überblick
2. Entberuflichung West: Die Normalisierung des frühen Ruhestands
3. Entberuflichung Ost: Der Sprung in den frühen Ruhestand
4. Gibt es "ost-spezifische" Folgen für die Individuen?
5. Ausblick: Die drohende "Veröstlichung" der Entberuflichung

Anmerkungen

Literaturverzeichnis

### 1. Überblick

"Entberuflichung" gilt als ein Kernprozeß im "Strukturwandel des Alters". Im wesentlichen ist damit die Entstehung einer "Alterszeit ohne Berufstätigkeit" (TEWS 1990: 484 f.) gemeint, die sich verallgemeinert und - verstärkt durch die gestiegene Lebenserwartung - lebenszeitlich ausgedehnt hat. Hierbei müssen zwei Prozesse unterschieden werden: der fundamentale, langfristige Prozeß der Herausbildung des Ruhestands als ausdifferenzierter Phase des modernen Lebenslaufs und der in den 70er Jahren einsetzende Trend zum frühen Ruhestand, mit dem die Entberuflichung sich auf ein zunehmend früheres Lebensalter vorverlagert hat. Mit der Rentenreform 1992 soll dieser zweite Prozeß angehalten und längerfristig revidiert werden. Waren die zuvor dominanten Strategien der Lebensarbeitszeitverkürzung vorwiegend arbeitsmarktpolitisch motiviert, so ist die neue, entgegengesetzte Strategie vorwiegend demographisch begründet. Angesichts einer alternden Bevölkerung wird der frühe Ruhestand als nicht mehr länger sinnvoll und finanzierbar angesehen. Der erste, grundlegende Entberuflichungsprozeß, also die Existenz eines erwerbsarbeitsfreien Ruhestands, wird davon vorläufig nicht berührt. Angestrebt wird lediglich, die Zäsur zwischen Arbeitsleben und Ruhestand allmählich auf die "normale" Altersgrenze des 65. Lebensjahres zu verschieben. Sie soll nach unten abgedichtet und nach oben - durch die Möglichkeit der Teilrente und durch finanzielle Anreize zur Weiterarbeit - durchlässiger gemacht werden.

Diese Beschreibung täuscht jedoch über die realen Probleme hinweg. Die Dynamik der Entberuflichung hat sich gerade beim zunehmend frühen Übergang in den Ruhestand gezeigt. Bei ihm handelt es sich um einen Trend, der auf den enger gewordenen Arbeitsmarkt und auf die Formen der betrieblichen Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse zurückgeht, und der auch auf der Seite der älteren Arbeitnehmer zu Erwartungen an eine relativ frühzeitige Beendigung des Erwerbslebens geführt hat. Der Prozeß der Entberuflichung fand in der alten Bundesrepublik über einen längeren Zeitraum und - zumindest bis zum Ende der 80er Jahre - im Rahmen eines eingespielten Akteursgefüges zwischen den Betrieben, den Arbeitnehmern mit ihren Vertretungen und der staatlichen Sozialpolitik statt. Der Trend zum frühen Ruhestand dürfte deshalb nur schwer und mit erheblichen Kosten - vermutlich vor allem für die Älteren selbst - rückgängig zu machen sein. Auch wenn man anerkennt, daß die Altersgrenzen zwischen Erwerbsleben und Ruhestand soziale Konstruktionen sind, dürfte deren Re-Konstruktion zugunsten einer Trendwende doch auf starke Beharrungskräfte stoßen (vgl. ausführlich hierzu KOHLI 1992a). Dieser Zusammenhang ist mit der Metapher der "sozialen Logik" von Entberuflichungsstrategien gemeint.

Die Arbeitsmarktkrise in den neuen Bundesländern hat zu Entberuflichungsphänomenen von bisher nicht gekanntem Ausmaß geführt. Gleichsam aus dem Stand wurden dort westliche Entberuflichungsniveaus erreicht und sogar übertroffen. Was auf den ersten Blick als bekanntes Muster erscheint, erweist sich bei genauerer Betrachtung jedoch als Kontrastfall zu den Erfahrungen in der "alten" Bundesrepublik. Die frühe Ausgliederung älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt ist in den neuen Bundesländern weder in einen betrieblichen Aushandlungsrahmen eingebettet, noch trifft sie auf entsprechende biographische Erwartungen bei den Individuen. Der Kontrast besteht deshalb weniger auf der Ebene der Arbeitsmarkteffekte als auf derjenigen der individuellen Folgen. Darüber hinaus konterkariert die Entwicklung in Ostdeutschland die politischen Impulse, die mit der Rentenreform zugunsten einer Rücknahme des Entberuflichungstrends eingeleitet wurden.

## 2. Entberuflichung West: Die Normalisierung des frühen Ruhestands

Wenn von Entberuflichung die Rede ist, wird damit üblicherweise die Entwicklung innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte gemeint. In diesem Zeitraum hat sich der Trend zum frühen Ruhestand herausgebildet. Er stellt eine der markantesten strukturellen Veränderungen in den westlichen Industrieländern dar. In der jüngsten Geschichte dieser Länder gibt es nicht viele Trends, die so konsistent und homogen sind wie dieser (vgl. KOHLI et al. 1989). Die immer früher einsetzende Entberuflichung ist also keineswegs ein deutscher Sonderweg, der etwa dem hiesigen Sozialsicherungssystem geschuldet wäre, sondern ein säkularer Trend, der nicht auf spezifische "Wohlfahrtsregimes" (ESPING-ANDERSEN 1990) begrenzt ist.

Der Ruhestand hat sich bis zum Beginn der 70er Jahre mit einem fast vollständigen Rückgang der Erwerbstätigkeit über dem 65. Lebensjahr als Bestandteil des "institutionalisierten" Normallebenslaufs (vgl. KOHLI 1985) herausgebildet und verallgemeinert. Seither hat sich auch die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Jahrgänge, vor allem der 60- bis 64jährigen, etwas weniger aber auch der 55- bis 59jährigen, deutlich reduziert. In der alten Bundesrepublik ist die Erwerbsbeteiligung der 60- bis 64jährigen Männer um mehr als die Hälfte zurückgegangen, nämlich von annähernd 73 % im Jahre 1970 auf knapp 32 % Ende der 80er Jahre, bei den Frauen von 22 % auf etwas über 10 % (vgl. ÜBERSICHT 1). Annähernd 70 Prozent der 60- bis 64jährigen Männer haben heute mit anderen Worten den Arbeitsmarkt bereits endgültig verlassen. Bei den Frauen wird dieser Trend durch ihre steigende generelle Erwerbsbeteiligung überlagert; die allgemeine Aussage gilt aber auch für sie: jede jüngere Kohorte fängt auf einem höheren Niveau der Erwerbsbeteiligung an und weist um das 60. Lebensjahr einen steileren Rückgang auf (vgl. JACOBS et al. 1991a: 59ff.).

Diese Entwicklung zeigt sich über alle Wirtschaftsbranchen hinweg. Sowohl in expandierenden als auch in kontrahierenden Industriezweigen, sowohl in "überalterten" als auch in Branchen mit "normaler" Altersstruktur fand ein Rückgang der Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer statt (vgl. JACOBS et al. 1991b). Diese Aussage gilt auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die in der einschlägigen Forschung üblicherweise nicht berücksichtigt werden (vgl. STUBIG/WAGNER 1991).

Übersicht 1 (aus Rosenow 1992)

Entwicklung der altersspezifischen Erwerbstätigenquoten in %							
alte Bundesländer				neue Bundesländer			
	Alter				Alter		
	55-59	60-64	>65		55-59	60-64	>65
<b>Männer</b>				<b>Männer</b>			
1970	87,1	72,9	19,3	*1989	93,7	77,2	12,5
1975	83,6	56,5	10,9	1990	87,8	76,0	5,7
1980	80,0	42,7	7,4	1991	69,0	28,4	4,6
1985	72,9	31,4	5,3				
1989	70,6	31,7	4,4				
<b>Frauen</b>				<b>Frauen</b>			
1970	36,7	22,2	6,5	*1989	77,8	29,7	4,6
1975	37,2	16,2	4,4	1990	73,3	27,5	3,5
1980	37,2	12,6	2,9	1991	36,6	8,1	1,1
1985	34,1	10,4	2,1				
1989	35,0	10,3	1,6				
Quelle: Stat. Bundesamt: „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1970-1988“ u. „Lange Reihen in der Wirtschaftsentwicklung“; eigene Berechnungen				*1989 Retrospektivdaten vom Panel 1990 Quelle: Sozioökonomisches Panel/Ost 1990, 1991; eigene Berechnungen			

Während man den langfristigen Trend - die Institutionalisierung des Ruhestands - modernisierungstheoretisch als Anpassung der Arbeitskräftestruktur an eine sich rationalisierende Wirtschaft interpretieren kann (vgl. PAMPEL/WILLIAMSON 1989), verlief der Trend zum frühen Ruhestand konjunkturabhängig, d.h. entlang der kurz- und mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Druck des Arbeitsmarktes dürfte somit hauptsächlich für den Entberuflichungstrend der letzten 20 Jahre verantwortlich sein. Explizit wurde dieser Zusammenhang noch bei der dezidiert arbeitsmarktpolitischen Begründung des bis Ende 1988 gültigen Vorruhestandsgesetzes hergestellt. Die staatliche Politik hat sich den Arbeitsmarkterfordernissen bis vor kurzem durch Veränderungen der Rentenzugangsvoraussetzungen angepaßt. Sie hat aber auch zugelassen, daß Betriebe und Gewerkschaften unterhalb dieser Ebene bestehende Institutionen, wie etwa die Arbeitslosen- und Invaliditätsversicherung, in reguläre Pfade des frühen Ausscheidens aus der Erwerbsarbeit verwandelt haben (vgl. KOHLI 1992b; WOLF 1993). Hierzu kommen noch betriebs- und branchenspezifische Vorruhestandsvereinbarungen. Die staatliche Politik hatte in diesem Prozeß zunehmend die Funktion, geregelte Auffangkanäle für die Effekte des "Freisetzung"-Drucks aus den Betrieben hieraus zu schaffen. Die verschiedenen Entberuflichungspfade, die von den betrieblichen Politiken zur "Personalanpassung durch Verrentung" (ROSENOW 1992a) genutzt oder auch neu geschaffen wurden, konnten durch die staatliche Politik teilweise geschlossen, teilweise auf andere, bestehende oder neu eröffnete Pfade umgelenkt werden. Der Trend wurde jedoch nicht angehalten. Das deutlichste Beispiel hierfür ist das Vorruhestandsgesetz, das 1984 - flankiert u.a. durch das Haushaltsstrukturgesetz - die Belastungen der Arbeitslosen- und Rentenversicherung durch die anschließende Nutzung von "59er"-Regelungen und Frühverrentung reduzieren sollte (vgl. KOHLI et al. 1989; JACOBS et al. 1991a). Es waren also weniger sozialstaatlich induzierte "Erdrutsche" (vgl. DIECK 1985), die zur Beschleunigung der Entberuflichung geführt haben, sondern vor allem Arrangements zwischen betrieblichen Anforderungen und den institutionalisierten Bedingungen des Alterssicherungssystems zur Bewältigung der Arbeitsmarktkrise, auch wenn deren Effekt von den sozialpolitischen Akteuren und den Trägern der öffentlichen Alterssicherungssysteme möglicherweise nicht in dieser Form intendiert war.

Grundlegend hierfür ist die Existenz und Verfügbarkeit des sozialen Sicherungssystems und die Tatsache, daß der Ruhestand - im Unterschied zur Arbeits-

losigkeit - ein normal erwartbarer und legitimer Teil des Lebenslaufs geworden ist. Neben betrieblichen Rationalisierungs- und Kostengründen führt diese Tatsache dazu, daß der frühe Ruhestand weithin als sozialverträglichste Maßnahme zur Reduktion und Anpassung des Arbeitskräftebestandes gilt. Hierfür ist auch die arbeitsrechtliche Regulierung der Produktionsbedingungen verantwortlich. Kündigungsschutzgesetz, Betriebsverfassungsgesetz und Tarifverträge bzw. Betriebsvereinbarungen begrenzen die Möglichkeit der altersselektiven Personalanpassung und machen es erforderlich, daß Strategien zur Frühausgliederung in einem Aushandlungsrahmen entwickelt werden müssen, der prinzipiell die Zustimmung der betroffenen älteren Arbeitnehmer einbezieht (vgl. ROSENOW 1992a; WOLF 1993).

Die älteren Arbeitnehmer selbst bilden einen Teil der hierbei zugrunde liegenden Interessenkoalition. Der frühe Ruhestand wird keineswegs von allen Betroffenen als erzwungen empfunden, sondern sogar vielfach als ein erworbenes und schutzbedürftiger Anspruch gesehen (vgl. KOHLI et al. 1989; BÄCKER/NAEGELE 1993). Mit der sukzessiven Absenkung der faktischen Altersgrenze hat sich der frühe Ruhestand allmählich normalisiert, das heißt, er wird als erwartbare Option der normalen Berufsbiographie wahrgenommen und nicht als Abweichung von ihr<sup>1)</sup>. Für die Individuen sind mit dem Entberuflichungstrend zunehmend Zwischenphasen zwischen dem Ausscheiden aus der Arbeit und dem Übergang in den Ruhestand getreten. Das bedeutendste Beispiel hierfür ist die sogenannte 59er-Regelung - die realistischerweise als 57er-Regelung zu bezeichnen ist -, mit der die Tatsache der Rentenberechtigung mit 60 Jahren bei vorheriger Arbeitslosigkeit ausgenutzt wird, um einen frühen Ruhestand zu erreichen<sup>2)</sup>. Ein direkter Wechsel vom Arbeitsplatz in die Rente ist nicht mehr unbedingt die Regel.

Bis heute ist der Trend zum frühen Ruhestand ungebrochen, und er spiegelt sich - wenn auch nur unzureichend - in der Rentenzugangsstatisik wieder (vgl. VDR 1991). Im Jahre 1990 lag beispielsweise der Rentenzugang mit 60 Jahren wegen vorheriger Arbeitslosigkeit für Männer bei deutlich über 13 %. Gegenüber den Vorjahren bedeutet dies eine Zunahme der Bedeutung dieses Pfades des frühen Berufsaustritts. Insgesamt nur 39 % der Männer nahmen die flexible und die normale Rentengrenze mit 63 und 65 Jahren in Anspruch. In der Arbeiter-Renten-Versicherung ist bei Männern noch immer die Erwerbsunfähigkeitsrente mit über 42 % die häufigste Rentenart. Auf der Seite der

Individuen treffen hier ungünstige Arbeitsmarkt- und Gesundheitsbedingungen zusammen (zur langfristigen Entwicklung vgl. REHFELD 1991).

Auf der generellen Ebene der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung stellt die frühe Entberuflichung einen weitgehend homogenen Trend dar. Die jeweiligen Modalitäten der Ausgliederung aus dem Erwerbsleben sind jedoch sehr heterogen. Im Zusammenspiel der beteiligten Akteure haben sich differenzierte Formen der Entberuflichung entwickelt, die für die Betroffenen günstigere oder ungünstigere Bedingungen des frühen Übergangs in den Ruhestand bewirken. Sie reichen von der zwangsweisen Arbeitslosigkeit bis hin zu betrieblichen Regelungen, die ein Wahlangebot hinsichtlich des Austrittszeitpunkts und einen weitgehenden Lohnausgleich bieten. Prinzipiell unterscheiden sie sich nach dem Grad der finanziellen Belastung, den persönlichen Anspruchsvoraussetzungen (muß man z.B. erst krank oder arbeitslos werden?) und des Verfahrens der Ausgliederung selbst (wer hat die Kontrolle über Art und Zeitpunkt des Ausscheidens?) (vgl. KOHLI et al. 1989; BÄCKER/NAEGELE 1993). Ein großer Teil der älteren Arbeitnehmer hat aber Optionen für den Ausstieg aus dem Arbeitsleben, und die präferierte Option besteht überwiegend im frühen Ruhestand<sup>3)</sup>.

### 3. Entberuflichung Ost: Der Sprung in den frühen Ruhestand

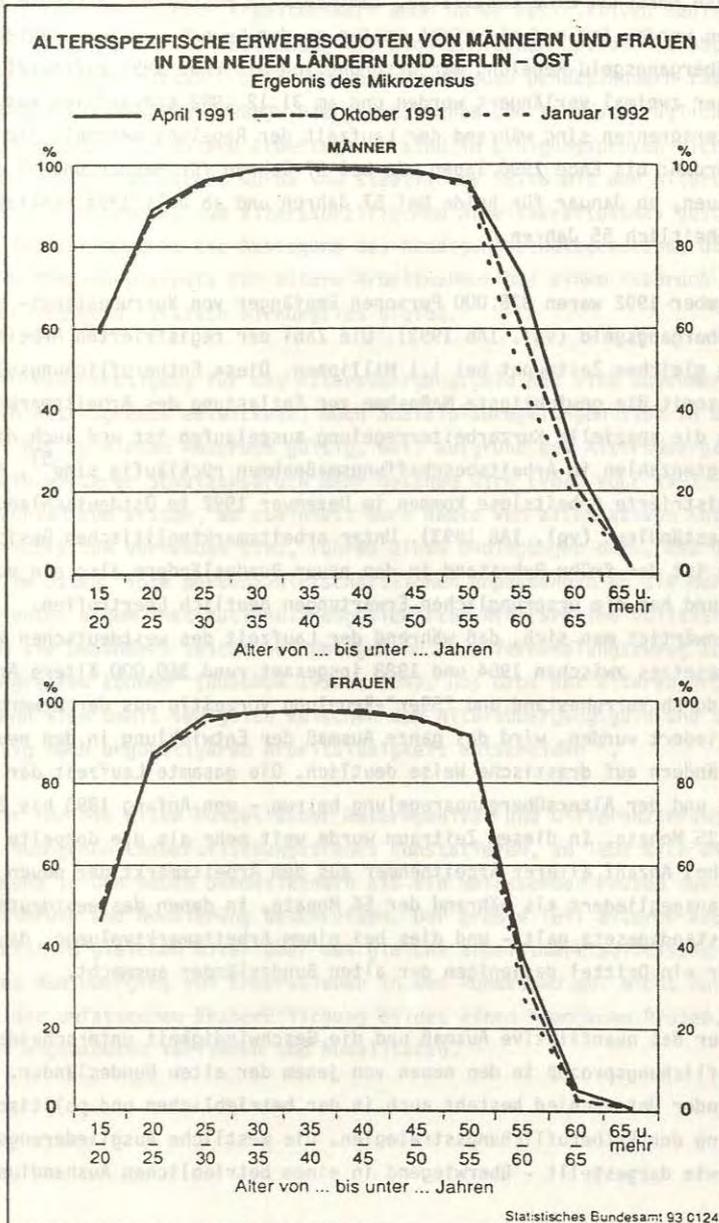
Bei der Entwicklung in den neuen Bundesländern fällt vor allem die Geschwindigkeit der Entberuflichung auf. Nie zuvor hat sich das Primat des Arbeitsmarktes für den Trend zum frühen Ruhestand derart eindeutig gezeigt. Die "Erdbebe" der Alterserwerbstätigkeit, die für die Alt-Bundesrepublik beschrieben wurden, verlieren in diesem Licht nachträglich viel von ihrer Dramatik und stellen sich eher als ein sanftes Heruntergleiten dar. Bis zur "Wende" wies die altersspezifische Erwerbsbeteiligung in der DDR ein weitgehend stabiles Muster auf. Die Altersgrenzen lagen bei 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer. Außer der Invalidenrente gab es keine Möglichkeit für einen frühen Übergang in den Ruhestand, es war im Gegenteil sogar die Erwerbstätigkeit von Rentnern in einem beachtlichen Ausmaß verbreitet: 38,1 % der 60- bis 64jährigen Frauen und 28,2 % der 65- bis 69jährigen Männer standen 1989 noch in einem Beschäftigungsverhältnis. Nur in dieser Gruppe der weiterarbeitenden Altersrentner hatte es seit den 70er Jahren einen Rückgang der Erwerbsbeteiligung gegeben: im Jahr 1972 waren noch 22,7 % der Rentner

weiterbeschäftigt; bis zum Jahr 1989 hat sich dieser Anteil auf 10,5 % reduziert (vgl. WINKLER 1990: 338 f.).

Vor diesem Hintergrund wird nun der Trend zum frühen Ruhestand, der sich in den westlichen Ländern längerfristig entwickeln und auch lebensweltlich normalisieren konnte, im Eiltempo nachgeholt und sogar überholt. Im Zeitraum von 1989 bis 1991 hat eine Entberuflichung stattgefunden, die in diesem Ausmaß und in dieser Schnelligkeit ohne Vergleich dasteht (vgl. ÜBERSICHT 1). Nur bei den 55- bis 59jährigen Frauen liegt die Erwerbstätigenquote noch leicht über derjenigen der alten Bundesländer. Hauptursache ist hierfür jedoch die sehr viel höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen während der DDR-Zeit; gegenüber 1989 bedeutet die Erwerbstätigenquote von 36,6 % im Jahre 1991 einen Rückgang auf deutlich weniger als die Hälfte. Laut Mikrozensus haben sich diese Daten bis zum Januar 1992 noch weiter nach unten verschoben (vgl. ÜBERSICHT 2): die Erwerbsquote<sup>4)</sup> der 55- bis 59jährigen Männer lag zu diesem Zeitpunkt bei gerade noch 47 %, bei den gleichaltrigen Frauen bei 28 %. Aus der Abbildung wird deutlich, daß die altersspezifischen Erwerbsquoten ab dem 55. Lebensjahr in der Abfolge der Meßzeitpunkte immer steiler abknicken. Berücksichtigt man, daß der Anteil der Erwerbslosen (die in dieser Darstellung mit einbezogen sind) unter den 55- bis 59jährigen Erwerbspersonen im Januar 1992 bei gut 21 % (Männer) bzw. bei rund 34 % (Frauen) lag und damit höher war als in allen anderen Altersgruppen (vgl. WIRTSCHAFT UND STATISTIK 1993), wird das tatsächliche Ausmaß des Entberuflichungsprozesses noch klarer. Die neuen Bundesländer haben sich einer Situation der vollständigen Entberuflichung ab dem 55. Lebensjahr angenähert.

Eingeleitet wurde diese Entwicklung im Februar 1990, als noch unter der Modrow-Regierung die "Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld" in Kraft trat. Von ihr machten rund 441.000 Männer ab 60 und Frauen ab 55 Jahren Gebrauch (kumulierte Zahl, vgl. BUNDESANSTALT 1991). Mit dem Einigungsvertrag wurde diese Regelung ab Oktober 1990 durch die Altersübergangsgeld-Regelung ersetzt. Diese stellt gleichsam eine verstaatlichte und zugleich rigidisierte Form der "59er"-Regelung dar: 55jährige und ältere Arbeitslose erhalten bis zum Erreichen eines Rentenanspruchs mit 60 Jahren ein Altersübergangsgeld in Höhe von 65 % des bisherigen Nettoeinkommens. Die älteren Arbeitslosen werden in eine andere sozialrechtliche Kategorie überführt, womit sie aus der Arbeitslosenstatistik und auch weitgehend aus dem

Übersicht 2 (aus Wirtschaft und Statistik 2/1993: 92)



öffentlichen Bewußtsein verschwinden. Letzteres ist deshalb der Fall, weil für diese Personen eine endgültige, zumindest im Westen wohl erprobte Regelung gefunden worden ist und sie nicht weiter zu den Erwerbspersonen zählen. Die Altersübergangsgeld-Regelung war ursprünglich bis Ende 1991 befristet, ist dann aber zweimal verlängert worden und am 31.12.1992 schließlich ausgelaufen. Die Altersgrenzen sind während der Laufzeit der Regelung mehrmals nachgebessert worden: bis Ende 1990 lagen sie bei 57 Jahren für Männer und 55 Jahren für Frauen, ab Januar für beide bei 57 Jahren und ab Juli 1992 schließlich bei einheitlich 55 Jahren.

Im Dezember 1992 waren 835.000 Personen Empfänger von Vorruhestands- oder Altersübergangsgeld (vgl. IAB 1993). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag zum gleichen Zeitpunkt bei 1,1 Millionen. Diese Entberuflichungsstrategie stellt somit die gewichtigste Maßnahme zur Entlastung des Arbeitsmarktes dar, nachdem die spezielle Kurzarbeiterregelung ausgelaufen ist und auch die Beschäftigtenzahlen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rückläufig sind<sup>5)</sup>. Auf 100 registrierte Arbeitslose kommen im Dezember 1992 in Ostdeutschland 76 "Vorruehständler" (vgl. IAB 1993). Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist der frühe Ruhestand in den neuen Bundesländern also ein voller Erfolg und hat die ursprünglichen Erwartungen deutlich übertroffen. Vergegenwärtigt man sich, daß während der Laufzeit des westdeutschen Vorruehstandsgesetzes zwischen 1984 und 1988 insgesamt rund 360.000 ältere Arbeitnehmer durch Vorruehstand und "59er"-Regelung vorzeitig aus der Erwerbsarbeit ausgegliedert wurden, wird das ganze Ausmaß der Entwicklung in den neuen Bundesländern auf drastische Weise deutlich. Die gesamte Laufzeit der Vorruehstands- und der Altersübergangsregelung betrug - von Anfang 1990 bis Ende 1992 - 35 Monate. In diesem Zeitraum wurde weit mehr als die doppelte (2,3fache) Anzahl älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer ausgegliedert als während der 56 Monate, in denen das westdeutsche Vorruehstandsgesetz galt - und dies bei einem Arbeitsmarktvolumen, das nur ungefähr ein Drittel desjenigen der alten Bundesländer ausmacht.

Nicht nur das quantitative Ausmaß und die Geschwindigkeit unterscheidet den Entberuflichungsprozeß in den neuen von jenem der alten Bundesländer. Ein entscheidender Unterschied besteht auch in der betrieblichen und politischen Regulierung der Entberuflichungsstrategien. Die westliche Ausgliederungspraxis geht - wie dargestellt - überwiegend in einem betrieblichen Aushandlungs-

rahmen vonstatten, der prinzipiell einen Konsens der beteiligten Akteure voraussetzt und den älteren Arbeitnehmern auch unter restriktiven Bedingungen eine Entscheidung und eine Abstimmung mit biographischen Optionen ermöglicht. Die Voraussetzungen dieser Praxis fehlen in den neuen Bundesländern fast vollständig (vgl. ROSENOW 1992b): Die gesetzlichen und tarifvertraglichen Schutzbestimmungen für ältere Arbeitnehmer sind im Einigungsprozeß nicht übernommen worden; umgekehrt wurde von staatlicher Seite mit dem Altersübergangsgeld ein Instrument zum altersspezifischen Arbeitskräfteabbau geschaffen; schließlich bewirkt die Auslegung des Kündigungsschutzgesetzes, daß der erweiterte Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer bei einem Anspruch auf Altersübergangsgeld faktisch wirkungslos bleibt.

Die Anspruchsberechtigung für das Altersübergangsgeld hat sich zunehmend zur faktischen Altersgrenze entwickelt. Auch Sozialplanregelungen sind in der Regel nur bis zu diesem Anspruch gültig, weil aufgrund des Altersübergangsgeldes kein weiterer Schutzanspruch mehr gesehen wird (vgl. WOLF 1991: 730ff.). Im Unterschied zum Westen, wo zumindest noch Reste von alternativen Entscheidungsmöglichkeiten vorhanden sind, führen diese Bedingungen dazu, daß die Betriebe im Osten "ihre personalwirtschaftlichen Anpassungen an die Marktökonomie unter einem institutionell abgesicherten Altersregime vollziehen, unter dem sie besonders leicht und weitgehend ohne Verhandlungszwang auf Ältere zugreifen können" (ROSENOW 1992b: 689). Das Gros der älteren Arbeitnehmer kann sich damit lediglich zwischen dem Altersübergangsgeld und der langfristig noch ungünstigeren Arbeitslosigkeit entscheiden<sup>6)</sup>.

Können wir für die alten Bundesländer Heterogenität und Differenzierung innerhalb des homogenen Entberuflichungstrends konstatieren, so läßt sich die Entberuflichung in den neuen Bundesländern als ein umfassender Prozeß der Entdifferenzierung und Normierung beschreiben. Der größte Teil älterer Arbeitnehmer tritt im gleichen Alter über das gleiche arbeitsmarktpolitische Instrument den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand an. Nicht nur die Tatsache der umfassenden Entberuflichung bildet einen homogenen Prozeß, auch die dabei angewandten Verfahren und Modalitäten.

#### 4. Gibt es "ost-spezifische" Folgen für die Individuen?

Während in den Altbundesländern ein früher Übergang in den Ruhestand während eines längeren Zeitraums zum Bestandteil des biographischen Erwartungshaushalts werden konnte, ist die Einführung der Frühausgliederung Älterer in den neuen Bundesländern auf biographische Erwartungen gestoßen, die sich auf eine Beteiligung an der Erwerbsarbeit bis zu den dort gültigen Rentengrenzen oder gar darüber hinaus gerichtet haben. Was im Westen allmählich "normal" werden konnte, ist im Osten plötzlich und unvorbereitet auf die Arbeitnehmer zugekommen. Dies umschreibt bereits einen zentralen Problembereich, der in der Einführungsphase zu einer schwierigen Lebenssituation der "Vorruehändler" geführt hat. Der nicht antizipierbare, als erzwungen und zu früh empfundene Übergang in den Ruhestand erhöht stark die Wahrscheinlichkeit einer problematischen Lebenssituation nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (vgl. zusammenfassend KOHLI et al. 1989: 25ff.; NAEGELE 1992: 306ff.). Dies ist aber ein allgemeingültiger Befund, der nichts darüber aussagt, ob die Spezifik des östlichen Entberuflichungsprozesses auch eine Spezifik auf der Seite der individuellen Folgen entspricht. Ließen sich die Problemgehalte auf diesen Zusammenhang reduzieren, könnte für die Situation in Ostdeutschland schnell Entwarnung gegeben werden. Nach einer Übergangsphase mit Anpassungshärten dürfte dann ein rascher Gewöhnungs- und Normalisierungsprozeß einsetzen, und die positiven und negativen Bedingungen der Lebenslage im frühen Ruhestand wären zunehmend mit den Erkenntnissen kompatibel, die aus der einschlägigen Forschung wohlbekannt sind.

Ostdeutsche Besonderheiten scheinen aber in der Tat vorzuliegen (ausführlich hierzu: WOLF 1991). Sie beginnen bei der Tatsache, daß die Entberuflichung bereits mit einem deutlich niedrigeren Lebensalter als im Westen einsetzt (vgl. MICHEL et al. 1992). Eine Optionalität im Sinne von Wahlchancen und Entscheidungsmöglichkeiten über Zeitpunkt und Verfahren des Ausscheidens aus der Arbeit existiert so gut wie gar nicht. Die Kontrolle über den Ausgliederungsprozeß liegt also eindeutig bei den Unternehmensleitungen oder auch der Treuhandanstalt. Weiterhin ist die finanzielle Absicherung ungünstig und unsicher. Die Reduktion des Einkommens um 35 % ist ein klarer Abstieg, wenn auch das Altersübergangsgeld wenigstens diesen Anspruch festhält und eine nochmalige Reduktion verhindert, die im Fall der Arbeitslosigkeit durch den Wechsel zur Arbeitslosenhilfe eintreten würde. Schließlich ist die altersspezifische Ent-

beruflichung nicht in einen Prozeß des intergenerationellen Austauschs von Arbeitsplätzen eingebunden. Dies ist - beispielsweise beim Vorruhestandsgesetz - in den alten Bundesländern vielfach der Fall gewesen und hat dem Vorruhestand eine zusätzliche moralische Legitimation verschafft.

Neben diesen Problemen gibt es auch für die ostdeutschen Vorruheständler "Gewinne" durch den frühen Ruhestand. In den wenigen bisher vorliegenden Untersuchungen wird jedoch deutlich, daß diese die wahrgenommenen "Verluste" nicht aufwiegen. 20 % der östlichen Befragten einer Repräsentativstudie verbinden "überhaupt keine schlechten Seiten" mit dem Ausscheiden aus der Berufsarbeit; unter den westlichen Befragten äußern sich jedoch 48 % in dieser Weise (vgl. TEWS 1992: 319). Das Altersübergangsgeld wird als bessere und beruhigendere Alternative der materiellen Sicherung gesehen als das Arbeitslosengeld und zugleich als eine Reduktion von Unsicherheit gegenüber der Entwicklung der weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten (vgl. ROSENOW 1992b: 693f.). Immerhin werden auch 43 % der befragten Vorruheständler aus einem kleinen ostberliner Sample (die allerdings noch die etwas günstigere "Modrow"-Vorruhestandsregelung in Anspruch genommen haben) zur Gruppe der "Zufriedenen" gezählt. Allerdings werden diese Gewinne der Entberuflichung durch die einzig verbleibende Alternative der Arbeitslosigkeit relativiert (vgl. ROSENOW 1992b: 694). Die Belastungen scheinen insgesamt doch zu überwiegen. Während auch international in westlichen Untersuchungen des frühen Ruhestands bei rund 30 % eine problembeladene Lebenssituation festgestellt wird (vgl. u.a. BRAITHWAITE/GIBSON 1987), scheinen die Verhältnisse in den neuen Bundesländern - grob gesagt - bis auf weiteres umgekehrt zu sein: ein nur wenig größerer Anteil kommt mit dem frühen Ruhestand gut zurecht.

Der entscheidende Hintergrund hierfür dürfte das "ostspezifische" Lebenslaufmuster sein, die Sozialisationserfahrungen und die gesellschaftliche Bedeutung der Erwerbsarbeit in der ehemaligen DDR. Die DDR war in wesentlich stärkerem Maße eine "Arbeitsgesellschaft" als die alte Bundesrepublik. Männer und Frauen waren gleichermaßen im Erwerbsprozeß eingebunden, mit längeren Arbeitszeiten und teilweise bis über die Rentengrenze hinaus. Die "betriebszentrierte Sozialpolitik" (vgl. AL-MASARWEH 1991) hat einen großen Teil sozialer und kultureller Leistungen an die Arbeitssphäre gekoppelt. Schließlich dürfte auch die symbolische Ebene der gesellschaftlichen Bewertung der Arbeit ("Arbeiter- und Bauernstaat") nicht nur pure Rhetorik gewesen sein. Die bio-

graphischen Normalerwartungen waren damit in einem umfassenden Sinn auf die Beteiligung am Erwerbsleben gerichtet.

Die Option des frühen Ruhestands wird im Westen - sofern die Bedingungen akzeptabel sind - vielfach offensiv gefordert und sogar als gleichsam moralisch gerechtfertigte Gegenleistung für die individuelle Lebensleistung verstanden - als eine Art Belohnung für die Aufbauleistungen, die Anstrengungen und Versagungen in der Nachkriegszeit, aber auch für Arbeitsleistungen überhaupt (vgl. WOLF 1988). Dabei treten die Älteren oft genug die Flucht aus der Arbeit an - vor den Arbeitsbelastungen oder auch einem gewissen sozialen Druck. Der Ruhestand hat andererseits aber auch Anziehungswirkungen: man will "noch etwas von ihm haben". Die Vorruheständler in den neuen Ländern teilen diese Voraussetzungen und Erfahrungen nicht. Die biographischen Normalitätserwartungen waren auf den dortigen - relativ späten - Rentenzeitpunkt gerichtet, wenn nicht sogar darüber hinaus. Auch wenn die Weiterbeschäftigung von Rentnern - in den Worten des Ifo-Instituts (vgl. FAZ, 31.8.1990) - ein Teil der verdeckten Arbeitslosigkeit in der DDR war, läßt sich nicht leugnen, daß Arbeit und betriebliche Einbindung den dominanten Modus der Vergesellschaftung auch der Älteren darstellten. Dies drückt sich auch in Untersuchungsergebnissen aus, nach denen die 50- bis 75jährigen Ostdeutschen wesentlich stärker als die Westdeutschen darüber klagen, daß sie nach dem Ausscheiden aus dem Beruf den Kontakt zu Kollegen vermissen (49 % der Ost-, 20 % der Westbefragten), daß ihnen die Arbeit fehlt, daß sie gegen ihren Willen nicht mehr berufstätig sind und das Gefühl haben, nicht mehr als vollwertig angesehen zu werden (vgl. TEWS 1992: 319). Der Kontrast wird noch schärfer, wenn wir Ergebnisse unserer eigenen Repräsentativbefragung von westdeutschen Vorruheständlern aus der chemischen Industrie zugrundelegen: nur 10 % von ihnen sehen überwiegend negative Seiten im frühen Ruhestand. Unter diesen überwiegen gesundheitliche und finanzielle Probleme (56 % bzw. 50 %); nur 26 % dieser kleinen Gruppe, also eine sehr geringe Anzahl der Vorruheständler insgesamt, klagen über mangelnden Kollegenkontakt (vgl. KOHLI et al. 1989: 125ff.)

Die Bedeutung der Weiterführung sozialer Kontakte zu Arbeitskollegen im Ruhestand hängt eng mit der Bedeutung dieser Kontakte während des Erwerbslebens zusammen. In der DDR war die Kollegenschaft sehr viel weniger ein Zweckverband als im Westen, sondern ein umfassender Sozialzusammenhang, der auch weitere Lebensbereiche umschloß. Maßgebend hierfür war das DDR-spezifische

Arbeitsverhältnis, das sich auf die Integration des "ganzen Menschen" bezog und auch Kultur- und Sozialleistungen der Betriebe eingeschlossen hat. Gerade wegen des permanenten Versagens des Plans waren im Arbeitsprozeß Grauzonen mit improvisierten Leistungen auf Gegenseitigkeit und sozialen Austauschbeziehungen innerhalb und zwischen den Betrieben erforderlich (vgl. ROTTENBURG 1991). Das Arbeitsverhältnis litt dadurch zweifellos unter einer "Funktionsüberlastung" (VOBRUBA 1991: 137), und es ermöglichte auch ein großes Maß an sozialer und politischer Kontrolle. Zugleich wurde aber auch die offiziell gewünschte "Betriebsverbundenheit" und soziale Integration der Beschäftigten tatsächlich befördert.

Die Betriebsbindung blieb in DDR-Zeiten auch unter den Älteren wesentlich stärker als im Westen erhalten. Eine zentrale Einrichtung hierfür waren die "Veteranenorganisationen" des FDGB (vgl. von KONDRATOWITZ 1988; TEIPEN 1992), die Leistungen wie den Besuch spezieller Veranstaltungen, die Vergabe von Ferienheimplätzen, verbilligtes oder kostenloses Werkkuchenessen, aber auch medizinische Betreuung und Hilfen bei Beschaffung und Renovierung von Wohnraum anboten. Diese betrieblich zentrierte Form der Vergesellschaftung der Älteren war einerseits ein Kontrollinstrument, das die Verteilung knapper Ressourcen monopolisiert und damit vom Wohlverhalten abhängig gemacht hat, sie hatte aber andererseits auch wichtige Integrationsfunktionen. Nach der "Wende" sind diese Leistungen dem Markt übertragen worden, wo man sie politisch und moralisch entlastet kaufen kann. Aber neben der sicherlich nicht unwichtigen Frage "kann ich es mir leisten?" kann diese Befreiung von Kontrolle bei den Älteren auch ein Gefühl der Abkoppelung von Unterstützung und der weiteren Entwicklung des Arbeitsbereiches im weiten Sinn bewirken<sup>7)</sup>.

Die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer aus der Erwerbsarbeit produziert somit nicht nur je individuelle, sondern auch umfassendere soziale Problemlagen. Sie bedeutet einen Einbruch im Modus der sozialen Integration und der gesellschaftlichen Partizipation, zumal deren frühere zentrale Instanz, der Betrieb und die über ihn vermittelten sozialen Leistungen, eine weitreichende Funktionseinbuße erlitten hat oder gar völlig verschwunden ist. Die Entberuflichung im Osten Deutschlands wird deshalb von einem großen Teil der Betroffenen als eine Versagung des Rechts auf Arbeit und als gesellschaftliche Desintegration erfahren. Sie können nicht einmal die Flucht aus der Arbeit antreten, denn sie haben überwiegend keine Wahl.

Neben der quantitativen Arbeitsmarktbilanz werden auch Aspekte der Qualifikations-Umschichtung und der Bewältigung der politischen "Altlasten" wichtig. Die Entberuflichung betrifft - bis zum Auslaufen der Altersübergangsgeld-Regelung - die Geburtsjahrgänge um 1930 bis 1937. 1949, bei Gründung der DDR, haben sie ihr Erwerbsleben begonnen. Ihre Lebensläufe sind somit eng mit dem Aufbau der DDR verwoben - bis hin zum Zusammenbruch des Systems, der für sie den Verlust des Arbeitsplatzes brachte. Es handelt sich um die Generation, die im passenden Alter für leitende Kaderfunktionen gewesen wäre. Doch der Staat und die Wirtschaft, für die ihre Angehörigen ein Leben lang tätig waren, ist verschwunden, und es wird ihnen nun gleichsam bescheinigt, daß sie für die Marktwirtschaft nicht mehr zu gebrauchen sind. Etwas weiter ausholend ließe sich davon sprechen, daß es sich bei den "Vorruehständlern" der neuen Bundesländer um eine exemplarische Generation handelt, mit der das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Pension geschickt oder "wegbilanziert" wird (in diese Richtung argumentiert auch ALY 1991). Diese einzigartige Parallelität von Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte dürfte neben den genannten anderen ungünstigen Folgen ein wesentlicher Grund dafür sein, daß die "Vorruehständler" in den neuen Bundesländern nicht als die aktiven "jungen Alten" wahrgenommen werden, sondern als besonders problematische Gruppe. In ihren Lebensgeschichten sedimentiert sich die tragische Erfahrung von Aufstieg und Fall eines Gesellschaftssystems, die im schlimmsten Fall als Scheitern der Biographie erlebt werden kann.

##### 5. Ausblick: Die drohende "Veröstlichung" der Entberuflichung

Der Vergleich der Entberuflichungsstrategien in den alten und den neuen Bundesländern zeigt vor allem, daß die entsprechenden sozialpolitischen Instrumente in ihren Wirkungen von der gesellschaftlichen "Umwelt" abhängen, in die sie implantiert werden. Zu dieser Umwelt gehören neben den wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Regelungen gleichwertig auch die sozialen Integrationsformen und die biographischen Erfahrungen und Erwartungen der Individuen. Darüber hinaus tritt auch die Bedeutung der zeitlichen Dimension klar hervor. Während es bei den Entberuflichungsstrategien in der alten Bundesrepublik üblicherweise Anlaufverzögerungen und Eingewöhnungsphasen gegeben hat (vgl. KOHLI et al. 1989), wurden die Betroffenen in den neuen Bundesländern ohne Möglichkeit, sich darauf einzustellen, mit einer Situation konfrontiert, für

die es für sie keinerlei Vorerfahrungen gab. Die Entberuflichung in den neuen Bundesländern ist in ihren Folgen also anders zu bewerten als der Trend zum frühen Ruhestand im Westen.

Die geschilderten Probleme dürften sich in einiger Zeit entschärfen - wenn der Verteilungsspielraum wachsen wird, die Entberuflichungsstrategien in einen anspruchsvolleren rechtlichen und sozialen Rahmen gestellt werden und sich auch in den neuen Ländern der frühe Ruhestand normalisiert haben wird. Für die heutigen Vorruheständler könnten diese Entwicklungen jedoch zu spät kommen. Zukünftige Arbeits-, Konsun- und Erlebenschancen, auf die die Jüngeren setzen können, werden ihnen nur beschränkt zugänglich sein. Auch eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt kommt für sie realistischerweise nicht mehr in Frage. Sie bilden eine Generation, für die die Entberuflichung zu einer "Vergesellschaftungslücke" (WOLF 1991) im Umbruch des Gesellschaftssystems geführt hat, die auch mit Sozialarbeit nur schwer zu beheben sein wird. Insgesamt dürfte die "ostspezifische" Problematik der Entberuflichung allerdings ein Übergangsphänomen darstellen, das sich voraussichtlich jedoch nicht kurzfristig erledigen, sondern einen längeren Prozeß der Anpassung erfordern wird<sup>8)</sup>.

Zukünftig werden die Folgen des Rentenreformgesetzes den ost- wie den westdeutschen Arbeitnehmern neue Anpassungsleistungen abverlangen. Die Wirksamkeit der politischen Signale zur Trendwende im Entberuflichungsprozeß können mit guten Gründen skeptisch eingeschätzt werden (vgl. BÄCKER/NAEGELE 1992; WOLF 1993). Die strategische Position älterer Arbeitnehmer hinsichtlich ihrer Ausgliederung aus der Erwerbsarbeit wird geschwächt, weil der Rückzug des Staates aus dem Akteursgefüge der Entberuflichungsstrategien zu einem Abbau von Rechtsansprüchen führt. Die Betriebe drängen auf die für sie vorteilhafteste Lösung, die ihnen die Kontrolle über das Austrittsgeschehen überläßt, so daß sie die benötigten und noch brauchbaren Arbeitskräfte länger halten und sich der anderen früh und ohne große Mehrkosten entledigen können (vgl. KOHLI 1992b). Die zurückliegenden Erfahrungen, auch mit Blick auf das Ausland, geben hierfür eine mögliche Entwicklungsrichtung an: unterhalb der angehobenen Normalaltersgrenze kann ein Fächer privat oder öffentlich finanzierter Pfade des frühen Ausscheidens für die "Problemgruppen" beibehalten oder neu geschaffen werden, oder die Älteren selbst werden stärker mit den Kosten des frühen Austritts belastet. Dieses Szenario dürfte einigermaßen realistisch

sein. Es läuft nicht auf die Ausweitung der Alterserwerbstätigkeit hinaus, sondern auf eine "Veröstlichung" der Entberuflichungsstrategien in Ost und West.

#### Anmerkungen:

- 1) "Möglicherweise nicht mehr wie bisher frühzeitig ausscheiden können" - nach der Ansicht von Arbeitsdirektoren der Stahlindustrie lautet so die neuartige Interpretation des "Pensionsschocks" (mündliche Mitteilung von Ulrich Stirn).
- 2) Mit den Arbeitnehmern wird in der Regel ein Aufhebungsvertrag für das Arbeitsverhältnis geschlossen und für die Zeit der Arbeitslosigkeit oftmals eine betriebliche Ausgleichszahlung geleistet. Ohne Zustimmung des Arbeitnehmers - die natürlich mehr oder weniger erzwungen werden kann - ist die Praktizierung dieser Regelung also nicht möglich. Die Variationsbreite für solche Regelungen ist seit der Verlängerung der Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosengeld für Ältere auf 32 Monate im Juli 1987 größer geworden. Trotz verschiedener Versuche, die Instrumentalisierung des sozialen Sicherungssystems gesetzlich einzuschränken, handelt es sich bei dieser Praxis um einen der wesentlichen Ausgliederungspfade für ältere Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben.
- 3) Diese Optionalität ist auch Voraussetzung für die Beobachtung, daß der Zeitpunkt des Übergangs in den Ruhestand zu einem großen Teil auch von der Familiensituation abhängt: arbeitende Ehepartner versuchen oftmals, den Zeitpunkt des Austritts aus der Erwerbsarbeit zu synchronisieren (vgl. ALLMENDINGER 1990).
- 4) Zu den Erwerbspersonen zählen auch Arbeitslose. In die Berechnung von Erwerbsquoten (die in der ÜBERSICHT 2 zugrundegelegt werden) gehen die Erwerbstätigen und die - als arbeitssuchend eingestuft - Arbeitslosen ein. Die Erwerbstätigenquote (die in der ÜBERSICHT 1 zugrundegelegt wird) bezieht sich dagegen nur auf den Anteil der tatsächlich Beschäftigten unter den Angehörigen der entsprechenden Altersgruppe.
- 5) Die vollständige Erfassung der Entberuflichungsstrategien in den neuen Bundesländern erfordert zusätzlich, die Ausgliederung der - Ende 1989 rund 280.000 - weiterarbeitenden Altersrentner einzubeziehen. Laut Expertenaussagen ist dies bereits im ersten Halbjahr 1990 parallel zum Vorruhestand umfassend erfolgt.
- 6) Meine Gespräche mit Betroffenen zeigen, daß zumindest anfangs die reguläre Arbeitslosigkeit deswegen als Alternative erwogen wurde, weil mit dieser nicht die vollständige Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt verbunden ist.

Entsprechende Hoffnungen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß dürften inzwischen jedoch nicht mehr bestehen.

- 7) Die Gewerkschaften, die in dieser Frage gleichsam der natürliche Akteur wären, erkennen die Anknüpfung an die Veteranenarbeit zwar als wichtige Aufgabe an, die arbeits- und tarifpolitischen Tagesprobleme dominieren jedoch die tatsächlichen Handlungsorientierungen. Außer guten Worten bleibt für die - nicht wenigen - Mitglieder im Vorruhestand oder Ruhestand nicht viel übrig (vgl. TEIPEN 1992).
- 8) Skepsis ist sicherlich auch gegenüber dem "verhalten optimistischen" Szenario (SCHWITZER 1992: 281) angebracht, nach dem die 50- bis 60jährigen nach dem Ausbluten des ostdeutschen Arbeitsmarktes wieder als "Aufbaugeneration" gebraucht werden könnten. Falls diese dann überhaupt noch bereit dazu wäre, dürfte dann aber eine Re-Migrationswelle Jüngerer aus dem Westen wahrscheinlicher sein.

#### Literaturverzeichnis

- ALLMENDINGER 1990 J. Allmendinger: Der Übergang in den Ruhestand von Ehepaaren. Auswirkungen individueller und familiärer Lebensverläufe, in: Mayer, K.U. (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel. Sonderheft 31 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen 1990, S. 272-303
- AL-MARSAWEH 1991 A. Al-Marsaweh: Abschied von der betriebszentrierten Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Sozialreform, 37(1991), S. 714-723
- ALY 1991 G. Aly: Vorruhestand und Klassenkampf, in: Die Tageszeitung (TAZ), 17.5.1991
- BÄCKER/NAEGELE 1992 G. Bäcker; G. Naegele: Geht die Entberuflichung des Alters zu Ende? Perspektiven einer Neuorganisation der Alterserwerbsarbeit, in: Naegele, G.; Tews, H.P. (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Alternende Gesellschaft - Folgen für die Politik. Opladen 1992, S. 135-157
- BANSEMIK/KUHLMEY 1992 G. Bansemir; A. Kuhlmei: Zur Situation älterer Arbeitnehmer und die Aufgabe der Berufstätigkeit: Vorruhestand, in: Schütz, R.-M.; Kuhlmei, A.; Tews, H.-P. (Hrsg.): Altern in Deutschland. 1. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie. Berlin 1992, S. 144-150

- BRAITHEWAITE/GIBSON 1987 V.A. Braithewaite; D.M. Gibson: Adjustment to retirement: What we know, and what we need to know, in: Ageing and Society, (1987)7, S. 1-18
- BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT 1991 Arbeitsmarkt in Zahlen. Aktuelle Eckdaten für das Beitrittsgebiet. März 1991. Nürnberg 1991
- DIECK 1985 M. Dieck: Prozesse im Zusammenhang mit der Senkung der faktischen Ruhestandsgrenzen, in: Dieck, M.; Naegele, G.; Schmidt, R. (Hrsg.): "Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration? Berlin 1985, S. 95-116
- ESPING-ANDERSEN 1990 G. Esping-Andersen: The three worlds of welfare capitalism. Princeton 1990
- INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG 1993 Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt (Neue Bundesländer). IAB-Werkstattbericht Nr. 1.1/15.1.1993. Nürnberg 1993
- JACOBS/KOHLI/REIN 1991a K. Jacobs; M. Kohli; M. Rein: Germany: The diversity of pathways, in: Kohli et al. (Hrsg.), S. 181-221
- JACOBS/KOHLI/REIN 1991b K. Jacobs; M. Kohli; M. Rein: Testing the industry mix hypothesis of early exit, in: Kohli et al. (Hrsg.), S. 67-96
- KOHLI 1985 M. Kohli: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1985)37, S. 1-29
- KOHLI 1992a M. Kohli: Altern in soziologischer Perspektive, in: Baltes, P.B.; Mittelstraß, J. (Hrsg.): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, New York 1992, S. 231-259
- KOHLI 1992b M. Kohli: Altersgrenzen als Manövriermasse? Das Verhältnis von Erwerbsleben und Ruhestand in einer alternden Gesellschaft, in: Strümpel, B.; Dierkes, M. (Hrsg.): Innovation und Beharrung in der Arbeitspolitik. München 1992, S. 177-208

- KOHLI/GANTHER/KÜNEMUND/  
MÜCKE et al. 1989 M. Kohli; C. Gather; H. Künemund;  
B. Mücke; M. Schürkmann; W. Voges;  
J. Wolf: Je früher - desto besser?  
Die Verkürzung des Erwerbslebens am  
Beispiel des Vorruhestands in der  
chemischen Industrie. Berlin 1989
- KOHLI/REIN/GUILLEMARD/  
van GUNSTEREN 1991 M. Kohli; M. Rein; A.-M. Guillemard;  
H. van Gunsteren (Hrsg.): Time for  
retirement. Comparative studies of  
early exit from the labor force.  
Cambridge 1991
- v. KONDRATOWITZ 1988 H.-J. von Kondratowitz: Zumindest or-  
ganisatorisch erfaßt... Die Älteren  
in der DDR zwischen Veteranenpathos  
und Geborgenheitsbeschwörung, in:  
Glaebner, G.J. (Hrsg.): Die DDR in der  
Ära Honecker. Opladen 1988, S. 514-528
- MICHEL/ERNST/RIEDEL 1992 M. Michel; J. Ernst; S. Riedel: Struk-  
turwandel in Ostdeutschland - eine  
Herausforderung für die Altenpolitik,  
in: Naegele, G.; Tews, H.P. (Hrsg.):  
Lebenslagen im Strukturwandel des  
Alters. Opladen 1992, S. 286-300
- NAEGELE 1992 G. Naegele: Zwischen Arbeit und Rente.  
Gesellschaftliche Chancen und Risiken  
älterer Arbeitnehmer. Augsburg 1992
- PAMPEL/WILLIAMSON 1989 F.C. Pampel; J.B. Williamson: Age,  
class, politics, and the welfare state.  
Cambridge 1989
- REHFELD 1990 U. Rehfeld: Das Rentenzugangsgeschehen  
im Zeitablauf, in: Deutsche Rentenver-  
sicherung, (1990)62, S. 682-712
- ROSENOW 1992a J. Rosenow: Personalanpassung durch  
Verrentung - Zur Regulierungslogik der  
altersselektiven Externalisierungs-  
strategie in bundesdeutschen Unterneh-  
men, in: Arbeit - Zeitschrift für  
Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung  
und Arbeitspolitik, (1992)1, S. 144-165
- ROSENOW 1992b J. Rosenow: Die Altersgrenzenpolitik  
in den neuen Bundesländern: Trends und  
Regulationsmechanismen im Transforma-  
tionsprozeß - Differenzen zur Entwick-  
lung in den alten Bundesländern, in:  
Zeitschrift für Sozialreform, (1992)38,  
S. 682-697

- ROTTENBURG 1991 R. Rottenburg: "Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen". Zum Verhältnis vertraglicher und nichtvertraglicher Beziehungen in einem VEB, in: Zeitschrift für Soziologie, (1991)20, S. 305-322
- SCHWITZER 1992 K.-P. Schwitzer: Theorie und Praxis des Alters und Alterns in Ostdeutschland, in: Naegele, G.; Tews, H.P. (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Opladen 1992, S. 273-285
- STUBIG/WAGNER 1991 H.-J. Stubig; G. Wagner: Trend zum vorzeitigen Ruhestand, in: Bundesarbeitsblatt 11/1991, S. 12-16
- TEIPEN 1992 C. Teipen: Von der Veteranenbetreuung zur Seniorenarbeit: Gewerkschaften und RentnerInnen in den neuen Bundesländern. Berlin 1992 (unveröffentl. Diplomarbeit)
- TEWS 1990 H.P. Tews: Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters, in: WSI-Mitteilungen, (1990)43, S. 478-492
- TEWS 1992 H.P. Tews: Altern Ost - Altern West: Ergebnisse zum deutsch-deutschen Vergleich, in: Naegele, G.; Tews, H.P. (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Opladen 1992, S. 314-325
- VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER 1991 VDR-Statistik Rentenzugang 1990. Frankfurt 1991
- VOBRUBA 1991 G. Vobruba: Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen. Frankfurt 1991
- WINKLER 1990 G. Winkler (Hrsg.): Sozialreport DDR 1990. Bonn Aktuell. Stuttgart 1990
- WIRTSCHAFT UND STATISTIK 1993 Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Ergebnisse des Mikrozensus April 1991 und der Mikrozensus-Zusatzerhebungen Oktober 1991 sowie Januar 1992, bearbeitet von Monika Hin und Hannelore Pöschl, in: Wirtschaft und Statistik, (1993)2, S. 91-97

WOLF 1988 J. Wolf: Die Moral des Ruhestands. Eine Fallstudie zur Ruhestandsregelung der deutschen Zigarettenindustrie. Berlin 1988 (Diss.phil.)

WOLF 1991 J. Wolf: Die Vergesellschaftungslücke. Der Vorruhestand in den neuen Bundesländern, in: Zeitschrift für Sozialreform, (1991)37, S. 723-735

WOLF 1993 J. Wolf: Soziale Sicherung beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben in Deutschland, in: Amann, A. (Hrsg.): Soziale Sicherung beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. Expertisen zu Vorbereitung des 1. Altenberichts der Bundesregierung. Berlin 1993

Der Beitrag zielt auf wichtige Unterscheidungsmerkmale in der Lebenslage von frühverrenteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland-Ost und Deutschland-West.

In Durchschnitt sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland-Ost in einem sehr viel früheren Alter von der Frühverrentung betroffen als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. In Durchschnitt liegt das Berufsaustrittsalter in Westdeutschlands heute beim 58. Lebensjahr, in Ostdeutschland vermutlich um mindestens 7 Jahre niedriger. Bei der Altersübergangsgeld-Regelung, das frühest mögliche gesetzliche Berufsaustrittsalter, liegt es zur Zeit bei 55 Jahren (zum 01.07.1991 vom 57. Lebensjahr herabgesetzt). Die davor gültige Vorruhestandsregelung sah das 55. Lebensjahr für Frauen bzw. das 63. Lebensjahr für Männer vor. Gegenüber lag in der "Altenrepublik" - von quantitativer aber eher zu vernachlässigende Sonderregelungen für einzelne Berufsgruppen (z.B. Berufssoldaten) und Branchen (z.B. Bergbau) abgesehen - die frühestmögliche gesetzliche Berufsaustrittsgrenze beim 58. Lebensjahr (Vorruhestandsgesetz).

Westdeutsche Forschungsergebnisse zu den individuellen Folgen von Frühverrentungen zeigen, daß die Anpassung an eine nachbarliche Situation um so



## FRÜHVERRENTETE ZWISCHEN "NEUEN ALTEN" (WEST) UND "NEUEN ARMEN" (OST)? ÜBERLEGUNGEN ZU GERONTOLOGISCHEN DISTINKTIONSKRITERIEN

von Gerhard Naegele

### Inhalt:

1. Berufsaustrittsalter
2. Quantitative Betroffenheit
3. Gruppentypische Betroffenheit
4. Interessenstrukturen von Akteuren und Beteiligten
5. Wahlfreiheit
6. Materielle Absicherung
7. Verarbeitungspsychologien und -muster

### Literaturverzeichnis

Mein Beitrag zielt auf wichtige Unterscheidungsmerkmale in der Lebenslage von frühverrenteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland-Ost und Deutschland-West.

#### 1. Berufsaustrittsalter

Im Durchschnitt sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland-Ost in einem sehr viel früheren Alter von der Frühverrentung betroffen als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Im Durchschnitt liegt das Berufsaustrittsalter im Westen Deutschlands heute beim 59. Lebensjahr, in Ostdeutschland vermutlich um mindestens 2 Jahre niedriger. Bei der Altersübergangsgeld-Regelung, das frühest mögliche gesetzliche Berufsaustrittsalter, liegt es zur Zeit bei 55 Jahren (zum 01.07.1991 vom 57. Lebensjahr herabgesetzt). Die davor gültige Vorruhestandsregelung sah das 55. Lebensjahr für Frauen bzw. das 60. Lebensjahr für Männer vor. Demgegenüber lag in der "Alt-Republik" - von quantitativ aber eher zu vernachlässigende Sonderregelungen für einzelne Berufsgruppen (z.B. Berufssoldaten) und Branchen (z.B. Bergbau) abgesehen - die frühestmögliche gesetzliche Berufsaustrittsgrenze beim 58. Lebensjahr (Vorruhestandsgesetz).

Westdeutsche Forschungsergebnisse zu den individuellen Folgen von Frühverrentungen zeigen, daß die Anpassung an eine nachberufliche Existenz um so

schwieriger verläuft, in je jüngeren Jahren die Berufsaufgabe erfolgt (NAEGELE 1990: 362 ff.). Daraus läßt sich die These ableiten, daß sich schon allein aufgrund der zeitlich früheren Betroffenheit die Anpassungsproblematik an die vorgezogene Berufsaufgabe im Osten Deutschlands schärfer stellt.

## 2. Quantitative Betroffenheit

Nach den vorliegenden amtlichen Statistiken werden im Osten Deutschlands Ende 1991 weit über 1 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sein. Damit sind jedoch nur die offiziell registrierten Fälle erfaßt (WOLF 1991). Wieviele, insbesondere ältere Frauen, vorzeitig in die "stille Reserve" abwandern (müssen), entzieht sich bis heute einer statistischen Erfassung. Auch wenn das quantitative Ausmaß in der "Alt-Republik" vermutlich höher ist, beziehen sich die ostdeutschen Zahlen auf einen Zeitraum von nur etwa 2 Jahren, wohingegen Frühverrentungen in den alten Bundesländern bereits seit Anfang der 70er Jahre in quantitativ beachtlichem Ausmaß stattfinden. Zu beachten ist weiterhin, daß es bis vor kurzem in der ehemaligen DDR ein vergleichsweise hohes Ausmaß an Rentnererwerbstätigkeit gab (Anfang der 70er Jahre immerhin im Umfang von knapp einem Drittel; vgl. ERPENBECK 1988), die zur Zeit jedoch gegen Null tendiert (Frühjahr rd. 7 %).

Für die "Alt-Republik" lassen sich mindestens 5 Frühverrentungs-"Schübe" erkennen: Im Zuge der Einführung der flexiblen Altersgrenze 1972/73, die zweifache Absenkung der Schwerbehindertenaltersgrenze 1979/80, Zunahme der Frühinvaliditätsverrentungen insbesondere seit 1975/76 infolge der BSG-Rechtsprechung zur "konkreten Betrachtungsweise", Ausweitung von betrieblichen Frühverrentungsregelungen (häufig: "59er"-Regelungen) seit Mitte der 70er Jahre, Frühverrentungen wegen Arbeitslosigkeit ebenfalls mit steigenden Zuwachsraten seit Mitte der 70er Jahre sowie Frühverrentungen durch Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Diese "Schübe" haben - im Gegensatz zur ehemaligen DDR - in Westdeutschland zweifellos zu einem individuellen wie gesamtgesellschaftlichen "Gewöhnungseffekt" geführt. Die Situation des gänzlich Unvorbereitet-Seins betraf im Westen allenfalls die Frührentnergenerationen der 70er Jahre. Demgegenüber ist im Osten die Frühverrentungsproblematik in einem sehr viel kürzeren Zeitraum

massiv auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer "hereingebrochen", die in keiner Weise darauf vorbereitet sein konnten (vgl. exemplarisch KUHLMAY/BANSEMIR 1991).

### 3. Gruppentypische Betroffenheit

Im Osten Deutschlands läßt sich eine gruppentypische Betroffenheit von Frühverrentungen bislang nicht erkennen. Alles deutet auf eine Freisetzungswelle hin, die quer durch alle Berufsgruppen, Hierarchiestufen, Branchen etc. verläuft. Allenfalls eine überdurchschnittlich starke Betroffenheit von Frauen ist auffällig. Dies deutet auf eine Akzentuierung der weiblichen Frührentnerproblematik im Osten hin, die es im Westen in einem vergleichbaren Ausmaß nicht gegeben hat und die wesentlich mit der deutlich stärker ausgeprägten Erwerbsbeteiligung von Frauen in der ehemaligen DDR zusammenhängt.

Demgegenüber verlief die Entwicklung im Westen Deutschlands gruppenspezifischer. Insbesondere die Anfangsjahre lassen zumindest bei den unfreiwillig erfolgten Frühverrentungen eine deutliche "Negativauslese" nach ungünstigen Arbeitsmarktmerkmalen erkennen: So insbesondere nach eingeschränktem Gesundheitszustand, vorhandenen oder vermuteten Qualifikationsmängeln sowie nach niedrigerem beruflichen Status. Erst sehr viel später läßt sich für Westdeutschland eine Ausweitung der Frühverrentungspraxis auf nahezu alle Gruppen nachweisen (z.B. Freisetzung ganzer Jahrgänge in der Eisen- und Stahlindustrie; vgl. NAEGELE 1990: 305 ff.).

Heute bildet die Frühverrentungspraxis in den alten Bundesländern einen säkularen Trend, der branchenübergreifend zu beobachten ist. Selbst in ausgesprochenen Wachstumsbranchen wie dem Dienstleistungssektor lassen sich sinkende Erwerbsquoten Älterer nachweisen, wenn auch nicht so deutlich ausgeprägt wie in den schrumpfenden Branchen. Die an sich plausible Vermutung, hohe gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten würden auch zu einem deutlichen Anstieg der Alterserwerbstätigkeit führen, hat sich bislang auf dem Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern noch nicht statistisch signifikant bestätigen können.

#### 4. Interessenstrukturen von Akteuren und Beteiligten

Deutliche Unterschiede zwischen Deutschland-West und Deutschland-Ost lassen sich ebenfalls in den Interessenstrukturen der wichtigsten Akteure der Frühverrentungspolitik erkennen. In den neuen Bundesländern geht der Druck auf die vorzeitige Berufsaufgabe schwerpunktmäßig vom Arbeitsmarkt aus und wird über gesetzliche Rahmenbedingungen kanalisiert. Ältere Arbeitnehmer sind hier zur wichtigsten "Manövriermasse" geworden, auf deren Rücken schwerpunktmäßig die Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt im Zuge der ökonomischen Wende erfolgen.

In den alten Bundesländern ging ebenfalls lange Zeit der Druck ausschließlich vom Arbeitsmarkt aus. Auch hier gab es entsprechende institutionelle Wege der Kanalisierung (z.B. die "konkrete Betrachtungsweise" bei der Frühinvaliditätsverrentung, jahrelange Duldung der "59er"-Praxis im Sinne einer "stillschweigenden Übereinkunft", Vorruhestandsgesetz).

In den alten Bundesländern sind jedoch mittlerweile die Betriebe zu einem der wichtigsten aktiven Betreiber der Frühverrentungspraxis geworden. In vielen Betrieben ist die vorzeitige Berufsaufgabe zu einem eigenständigen personalpolitischen Steuerungsinstrument mit strategischem Stellenwert innerhalb der generellen Unternehmensziele avanciert. Dabei läßt sich heute eine sehr viel differenziertere betriebliche Interessenstruktur erkennen, die weit über das Interesse am bloßen Personalabbau hinausgeht. Im Vordergrund stehen u.a. solche personalpolitischen Ziele wie Verjüngung und qualifikatorische Umschichtung der Belegschaften, Abbau der Personalkosten, Umgehen von Schutzbestimmungen u.a.m. Viele Betriebe reagieren auch auf entsprechende "Normalitätserwartungen" ihrer älteren Arbeitnehmer und verknüpfen mit ihrer Strategie einer zusätzlichen finanziellen Abfederung der vorzeitigen Berufsaufgabe auch positive betriebsklimatische Wirkungen.

In Bezug auf die institutionellen Regelungen liegt der entscheidende Unterschied zum Osten Deutschlands darin, daß die westdeutschen Betriebe die ursprünglich aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Überlegungen geschaffenen Regelungen zur Frühverrentung für ihre spezifischen personalpolitischen Zielsetzungen instrumentalisieren (am deutlichsten ausgeprägt bei der sog. "59er"-Regelung, die heute in vielen Branchen und Betrieben bereits zur "57er"- und

"56er"-Regelung geworden ist). Dies gilt auch in Grenzen für die Schwerbehindertenaltersgrenzen und die Frühinvaliditätsverrentung. Allerdings läßt sich im Falle der BU-/EU-Frühverrentung auch eine über die konkrete betriebliche Interessenlage hinausgehende, generelle arbeitsmarktpolitische Instrumentierung nachweisen ("konkrete Betrachtungsweise"). Demgegenüber dürften in der ehemaligen DDR vorzeitige Berufsaufgaben aufgrund von Frühinvalidität häufiger auf "echte" gesundheitliche Gründe zurückzuführen sein.

## 5. Wahlfreiheit

Nach westdeutschen Untersuchungsergebnissen sind unfreiwillig erfolgte vorzeitige Berufsaufgaben mit größeren negativen Anpassungsfolgen für die Betroffenen verbunden als die freiwillig erfolgten (NAEGELE 1990: 362 ff.). Übertragen auf den Osten Deutschlands könnte die sich dort abzeichnende Frühverrentungswelle insgesamt mit weitaus problematischeren Folgen für die Betroffenen verbunden sein, da für die weitaus meisten keine Wahlfreiheit bestanden hat (WOLF 1991).

Demgegenüber war in den alten Bundesländern die Wahlfreiheit sehr viel stärker realisiert. Dies gilt vor allem für die Inanspruchnahme der normalen vorgezogenen Altersgrenzen mit 60 und 63 (flexible Altersgrenzen) sowie für die Vorruheständler, zumindest für die der späteren Generationen. Für viele von ihnen läßt sich die vorzeitige Berufsaufgabe als bewußte Entscheidung zum Zweck der "individuellen Wohlfahrtsoptimierung" (DIECK 1988) interpretieren, vermischen sich in der Realität mit den "Pull-Faktoren" solche "Push-Faktoren", die eindeutig von der freiwilligen Entscheidung für eine frühe Rente und damit gegen die weitere Berufsarbeit ausgehen. Wenn es auch heute noch in den alten Bundesländern zahlreiche Fälle von unfreiwilligen Frühverrentungen gibt, wie z.B. "echte" Frühinvaliditätsfälle oder "echte" "59er", so konzentrieren sich im Westen Deutschlands die Fälle von unfreiwilliger Berufsaufgabe jedoch eher auf die ersten Generationen der Frührentner, während bei den nachfolgenden Generationen die bewußte freiwillige Entscheidung zu dominieren beginnt.

## 6. Materielle Absicherung

Deutliche Unterschiede zwischen den Frührentnerinnen und den Frührentnern aus dem Osten Deutschlands und denen aus dem Westen bestehen hinsichtlich ihrer materiellen Absicherung. Während sich für den Westen Deutschlands die Einkommenslage z.T. sehr unterschiedlich darstellt und von materieller Deprivation (z.B. sehr junge Frühinvaliditätsrentnerinnen und -rentner aus der Arbeiterrentenversicherung ohne zusätzliche betriebliche Absicherung, ältere Langfrist-Arbeitslose) bis zur ökonomischen Privilegierung reicht ("59er" aus einem finanzstarken Großbetrieb mit großzügiger betrieblicher Abfederung), ist die materielle Lage der Frührentnerinnen und -rentner im Osten durchgängig schlechter. Daran ändert auch die Tatsache indirekter Zusatzeinkommen, wie z.B. das mietfreie Wohnen in der eigenen "Datscha", nichts Grundsätzliches.

Insgesamt befinden sich die Betroffenen aus dem Osten in einer in doppelter Weise prekären ökonomischen Lage, indem nämlich die durch die Frühverrentung bedingten Erwerbseinkommensverluste mit z.T. erheblichen Preissteigerungen bei den Gütern des sogenannten Grundbedarfs, bei Mieten etc. infolge des Subventionsabbaus zusammentreffen. Auch gilt zu beachten, daß es bei den Frührentnerinnen und -rentnern im Osten kaum nennenswerte materielle Rücklagen, z.B. in Form von Ersparnissen oder Lebensversicherungen, gibt, welche die Erwerbseinkommensverluste kompensieren könnten. Denn zu rund 95 % sind Ost-Rentnerinnen und -Rentner ausschließlich auf die gesetzlichen Altersrenten als primäre Einkommensquelle angewiesen. Die für viele West-Frührentnerinnen und -rentner materiell gut abgesicherte "frühe Chance zur späten Freiheit", die im Westen Deutschlands nicht unwesentlich zum Bild des "positiven Alters" beigetragen hat, ist für die weitaus meisten Ost-Rentnerinnen und -Rentner irrealer Ferne (vgl. exemplarisch WETZEL 1991: 42).

## 7. Verarbeitungspsychologien und -muster

In der individuellen und kollektiven Verarbeitung liegen zweifellos die entscheidenden Unterschiede in der Frühverrentungssituation zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West. Aus der Perspektive der Ost-Frührentnerinnen und -rentner läßt sich dabei ein Zwang zu einer "doppelten Anpassungsleistung" erkennen: und zwar sowohl bezüglich der neuen Wirtschafts- und Gesellschafts-

ordnung als auch der plötzlichen Situation der Nicht-Arbeit (vgl. den Beitrag PRENGEL/SCHMIDT in diesem Band). Letzteres ist um so schwieriger zu leisten, je stärker traditionelle Arbeitstugenden vorherrschen und Einstellungen wie Erwartungen bezüglich der Berufsaufgabe prägen.

Hierzu erweisen sich die vorliegenden Forschungsergebnisse und Informationen als uneinheitlich. Es gibt zum einen Hinweise auf eine im Osten stark verbreitete enge Bindung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die Arbeit, den früheren Betrieb, auf ein speziell für diesen Personenkreis typisches Zusammenfallen von Arbeits- und Lebenssinn, auf ausgeprägte Prozesse der Identitätsbildung durch Arbeit etc. (ERPENBECK 1990: 11 ff.; KUHLMEY/BANSEMIER 1991). Die vorherrschende Normalitätserwartung älterer Werkstätiger aus dem Osten war stärker auf Arbeit und Weiterarbeit als auf vorzeitige und schon gar nicht auf plötzliche Nicht-Arbeit gerichtet. Dem entsprach ein weit verbreitetes Bild vom "Veteranen der Arbeit" (KONDRATOWITZ 1988: 515 ff.). Aus dieser Perspektive muß die plötzliche und massenhaft auftretende vorzeitige Freisetzungswelle die totale Umkehrung der Werte bedeuten und infolgedessen erhebliche Identitätskrisen bis hin zu massiven Prozessen gesellschaftlicher Desintegration hervorrufen: Der alt gewordene "Held der Arbeit" wird von einem Tag zum anderen zum "alten Eisen" geworfen, zum "wertlosen Sozialleistungsempfänger" abgestempelt, dem ganz plötzlich und völlig unvorbereitet der "Boden unter den Füßen weggerissen" wird.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Hinweise, die Zweifel an dieser "totalen Einbruchssituation" aufkommen lassen: Könnte dieses Bild nicht eher die Ideologie des Arbeiter- und Bauernstaates widerspiegeln als gesellschaftliche Realität? Zumal es auch Hinweise auf die für den Westen Deutschlands typischen vielfältigen Diskriminierungen älterer Arbeitnehmer auch im Osten gibt, wie betriebliche Abwehr von Beschäftigungswünschen von Rentnerinnen und Rentnern, Prozesse der Dequalifizierung oder bevorzugter Einsatz von werktätigen Rentnerinnen und Rentnern auf minderqualifizierten Arbeitsplätzen, insgesamt deutlich rückläufige Rentnererwerbsarbeit bereits lange vor der politischen Wende etc. (KONDRATOWITZ 1988: 519 f.). Nicht zuletzt gab es auch in der ehemaligen DDR hohe Raten von Frühinvaliditätsverrentungen infolge von "echten" gesundheitlichen Einbußen bei älteren Arbeitnehmern. Aus dieser Perspektive betrachtet könnte eine frühe Berufsaufgabe auch im Osten

Deutschlands zumindest für relevante Teilgruppen Älterer durchaus auch positive Effekte zur Folge haben. Erste empirische Ergebnisse, die einen gewichtigen Anteil an unproblematisch verlaufender Anpassung an die frühe Berufsaufgabe bei Frührentnerinnen und -rentnern aus dem Osten Deutschlands aufzeigen, deuten in diese Richtung.

Zum jetzigen Zeitpunkt läßt sich diese Widersprüchlichkeit noch nicht auflösen. Verzichtet man auf ideologisch gefärbte Veröffentlichungen zum Thema "Berufsaufgabe im Alter in der ehemaligen DDR", dann bleibt derzeit nur die Erwartung an eine Auflösung durch zukünftige Forschungsarbeiten, deren Ergebnisse dann aber nur noch retrospektive Einschätzungen wiedergeben können.

Demgegenüber sind die individuellen und kollektiven Erfahrungsprozesse westdeutscher Frührentnerinnen und -rentner sehr viel genauer untersucht. Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse verweisen auf als z.T. extrem problematisch erlebte Krisensituationen bei den ersten Generationen westdeutscher Frührentnerinnen und -rentner, bei denen das "Zum-alten-Eisen-geworfen-sein" u.a. als persönlicher Makel empfunden wird. Zweifellos trat aber im Verlauf der Jahre und im Zuge der Verbreitung und Verstetigung der verschiedenen Frühverrentungsschübe ein "Gewöhnungseffekt" auf. In dem Maße, in dem sich die vorzeitige Berufsaufgabe im Westen Deutschlands zur Normalitätserwartung entwickelte, büßte sie hier an ihrer ausschließlich negativen Akzentuierung ein. Heute läßt sich das vorzeitige "Freigesetzt-Werden" für die weitaus meisten West-Rentnerinnen und -Rentner keineswegs mehr als krisenhaftes, möglichst zu vermeidendes Lebensereignis interpretieren, sondern in vielen Fällen bereits als einen zu bewahrenden und persönlich anzustrebenden "kulturellen Wert" (NAEGELE 1991). Überspitzt formuliert: Im Westen zählen womöglich bereits diejenigen zur gesellschaftlichen Randgruppe, die im fortgeschrittenen Lebensalter noch arbeiten (wollen).

Literaturverzeichnis

- DIECK 1988  
Margret Dieck: Erwerbsarbeit im Kontext individueller Wohlfahrtsoptimierung: Langfristig angelegte Bewertungsänderungen von Arbeit und Privatleben finden statt; in: Sozialer Fortschritt, 37(1988) 2/3, S. 46-55
- ERPENBECK 1988  
Franz Erpenbeck: Berufstätigkeit im Rentenalter unter sozialem Aspekt; in: Zeitschrift für Alternsforschung, 43(1988) 6, S. 359-361
- ERPENBECK 1990  
Franz Erpenbeck: Sozialmedizinisch-sozialgerontologische Fragen in den neuen Bundesländern nach der deutschen Wiedervereinigung, vervielf. Ms. Leipzig 1990
- KONDRATOWITZ 1988  
Hans-Joachim von Kondratowitz: Zumindest organisatorisch erfaßt... Die Älteren in der DDR zwischen Veteranenpathos und Geborgenheitsbeschwörung; in: Glaebner, Gert-Joachim (Hg.): Die DDR in der Ära Honnecker. Politik-Kultur-Gesellschaft. Opladen 1988, S. 514-528
- KUHLMEY/BANSEMIR 1991  
Adelheid Kuhlmeiy; Gerd Bansemir: "Sei froh, daß du dich abgesetzt hast" - Probleme des Vorruhestandes im Osten Deutschlands, vervielf. Ms. Berlin 1991
- NAEGELE 1990  
Gerhard Naegele: Zwischen Arbeit und Rente. Eine sozialpolitisch-sozialgerontologische Untersuchung zur Lebenslage älterer Arbeitnehmer unter besonderer Berücksichtigung der Situation in der Beschäftigungskrise. (Habilitationsschrift). Köln, Kassel 1990
- NAEGELE 1991  
Gerhard Naegele: Some features of employment of older workers. Retirement and pension systems in today's Germany, Vortrag, gehalten im Rahmen des 3. Europäischen Kongresses für Gerontologie in Madrid/Spainien, September 1991, Vortragsmanuskript. Dortmund 1991

WETZEL 1991

Peter Wetzel: Konsequenzen der Strukturveränderung der Industrieregion Merseburg hinsichtlich der Stabilität und Veränderung individueller Lebensverläufe von Betroffenen im Vorruhestandsalter; in: Heinelt, Hubert (Hg.): Regionale Arbeitsmarktentwicklung nach der Vereinigung. Situation und mögliche Trends in Teilräumen Niedersachsens und Sachsen-Anhalts, Diskussionspapiere und Materialien aus dem Forschungsschwerpunkt Sozialpolitik Nr. 49, Universität Hannover, Institut für politische Wissenschaft. Hannover, Juni 1991, S. 39-44

WOLF 1991

Jürgen Wolf: Die Vergesellschaftungslücke. Der Vorruhestand in den neuen Bundesländern; in: Zeitschrift für Sozialreform, 37(1991)11/12, S. 723-735

## VORZEITIGER AUSSTIEG AUS DEM ERWERBSLEBEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN - GESELLSCHAFTLICHE DIMENSIONEN UND SUBJEKTIVE AUSWIRKUNGEN

von Eckhard Priller

### Inhalt:

1. Vorbemerkungen
2. Zur Datenbasis
3. Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung Älterer in Ostdeutschland
4. Wichtigkeit von einzelnen Lebensbereichen
5. Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit
6. Sorgen und Erwartungen
7. Schlußbemerkungen und Zusammenfassung der Ergebnisse

### Literaturverzeichnis

#### 1. Vorbemerkungen

Das Ausmaß und das Tempo des politischen, ökonomischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland sind vielschichtig und differenziert. Den im allgemeinen objektiven Verbesserungen der Lebensverhältnisse und positiven Zeichen der Wohlfahrtsentwicklung, die sich mit Indikatoren der Einkommensentwicklung und der Konsumtion, unter anderem in der Ausstattung der Haushalte mit technisch hochwertigen Gebrauchsgütern, feststellen lassen, steht eine Reihe von negativen Folgen und kritischen Wahrnehmungen der gegenwärtigen Lebensumstände gegenüber, die für einzelne soziale Gruppen besonders prägnant sind.

Zu den schmerzlichen Erfahrungen des Ostdeutschen seit Anfang 1990 gehören die einschneidenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Verschärfung der gegenwärtigen Lage auf dem Arbeitsmarkt hat für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung in Ostdeutschland gravierende Bedeutung. Sie berührt die Lebensperspektive einer Bevölkerung, für die eine Beteiligung am Erwerbsleben die wichtigste Lebensgrundlage war und künftig weiterhin sein wird, besonders tiefgreifend. In diesem Zusammenhang ist zugleich in Betracht zu ziehen, daß die Arbeitszentriertheit der DDR-Gesellschaft sich nicht auf den Zugang zu Erwerbseinkommen als entscheidender Quelle des Lebensunterhalts beschränkte,

sondern in vielfacher Hinsicht zugleich die soziale Integration und Lebensgestaltung der Menschen beeinflusste. Für eine Vielzahl der Ostdeutschen, und das betrifft hauptsächlich ältere Erwerbstätige, hat die Krise auf dem Arbeitsmarkt besonders schwerwiegende Auswirkungen, denn für sie bedeutet es zu meist, generell aus der Erwerbstätigkeit auszuschneiden.

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die Betrachtung des Ausmaßes und der Wirkungen der Segregation älterer Menschen vom Arbeitsmarkt über Vorruhestandsregelungen. Es wird deutlich, daß mit den Dimensionen dieses Prozesses der Rahmen einzelner individueller Betroffenheit bei weitem überschritten wird und ein gesellschaftlicher Massenprozeß mit komplexer und langfristiger Wirkung einsetzt, dem die Gesellschaft im Vergleich zur Arbeitslosigkeit bislang wenig Aufmerksamkeit zuteil werden läßt. Es soll analysiert werden, ob und in welchem Maße von Vorruhestandsregelungen Einflüsse auf das Wohlbefinden, die Bewertung wichtiger Lebensbereiche, Erwartungen und Zukunftsperspektiven der Betroffenen festzustellen sind. Einerseits ist anzunehmen, daß der tiefgehende Einschnitt der nur in begrenztem Maße freiwilligen vorzeitigen Beendigung der Erwerbstätigkeit zu Veränderungen in der individuellen Bewertung der objektiven Lebenslage führt. Andererseits kann sich der Zustand des vorzeitigen Ruhestandes unter dem Gesichtspunkt einer gewissen sozialen Mindestabsicherung im Gesamtkontext der Lage auf dem Arbeitsmarkt und besonders der steigenden Arbeitslosigkeit positiv auf das subjektive Wohlbefinden bzw. auf die als subjektiv wahrgenommene Lebensqualität auswirken.

Grenze für die Bestätigung dieser Annahmen bildet die Kurzfristigkeit des betrachteten Zeitraums - es können nur relativ unmittelbare Einflüsse in die Analyse eingehen. Langzeitwirkungen, mit denen zukünftig verstärkt zu rechnen ist, müssen zwangsläufig noch unberücksichtigt bleiben. Zu beachten ist zugleich die Wahl entsprechender Vergleichsgruppen. Es bietet sich als äquivalente Gruppe die der Erwerbstätigen gleicher Alterskohorten an. Außerdem wird stets versucht, den Bezug zur Gesamtpopulation der erwachsenen Bevölkerung herzustellen, um Gemeinsamkeiten und Differenzen auch auf dieser Ebene in die Betrachtungen einzubeziehen.

## 2. Zur Datenbasis

Grundlage für die empirischen Analysen sind die offiziellen Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit zu den Daten der Arbeitsmarktentwicklung. Andererseits können langjährig in der Bundesrepublik bewährte empirische Instrumente der Sozialberichterstattung zur Dauerbeobachtung sozialen Wandels, die inzwischen ebenfalls in Ostdeutschland zur Anwendung gekommen sind, genutzt werden. Hervorzuheben sind in diesem konkreten Fall das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) und der Wohlfahrtssurvey. Mit dem Sozio-ökonomischen Panel werden seit 1984 in der Bundesrepublik jährlich repräsentativ Daten über Veränderungen objektiver Lebenslagen im Zeitverlauf auf der Ebene von Individuen und Haushalten erfaßt. Die thematischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Einkommen und Erwerbstätigkeit, in begrenztem Umfang werden subjektive Indikatoren einbezogen. Noch vor Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde die erste Erhebung im Juni 1990 in der damaligen DDR durchgeführt (vgl. SCHUPP/WAGNER 1991). Für die Mitarbeit an der Erhebung konnten fast 2.200 Haushalte mit über 4.400 Personen ab 16 Jahre gewonnen werden. Im März/April 1991 erfolgte die zweite Befragung, deren Ergebnisse vor allem in die folgenden Auswertungen einfließen sollen.

Der Wohlfahrtssurvey 1990-Ost stellt ebenfalls eine repräsentative Bevölkerungsbefragung dar. Neben den objektiven Lebensbedingungen finden im Konzept der Untersuchung Indikatoren der subjektiven Lebensqualität stärkere Berücksichtigung.

Wohlfahrtssurveys werden in der Bundesrepublik seit Ende der 70er Jahre (1978, 1980, 1984, 1988) regelmäßig durchgeführt. Die Erhebungen konzentrieren sich auf die systematische Erfassung von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden einer großen Zahl von Lebensbereichen auf die Individualebene. Durch den Einsatz dieses anerkannten Instruments empirischer Sozialforschung im Oktober/November in der ehemaligen DDR ist es gelungen, vergleichbare Daten über objektive Lebensbedingungen und die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität für Ost- und Westdeutschland zu gewinnen (vgl. LAN-DUA/SPELLERBERG/HABICH 1991: 1f.).

Diese beiden Datenbasen empirischer Sozialforschung sind für die Thematik von besonderer Relevanz, da sie insgesamt ein differenziertes Bild der objektiven und subjektiven Lebenslage der Bevölkerung in Ostdeutschland reflektieren und

die speziell betrachtete Gruppe in genügendem Umfang in die Erhebungen einbezogen haben. Berücksichtigung finden außerdem Daten aus dem Arbeitsmarkt-Monitor zur Zukunftserwartung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit. Diese Erhebung wird in den neuen Bundesländern seit November 1990 in einem Abstand von vier Monaten als repräsentative Stichprobe der Geburtenjahrgänge 1926 bis 1974 durchgeführt (vgl. BIELENSKI/ENDERLE/v. ROSENBLADT 1992).

### 3. Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung Älterer in Ostdeutschland

Die hohe Erwerbsbeteiligung der DDR-Bevölkerung, 1989 lag sie bei 82,8 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung (Frauen 83,2 Prozent, Männer 82,4 Prozent), setzte sich zu einem beachtlichen Teil bis ins Rentenalter fort. 1989 waren nach einem Rückgang der Zahl der arbeitenden Altersrentner seit 1975 noch 3,3 Prozent der Berufstätigen im Rentenalter. Ein Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit vor Erreichen des Rentenalters war von der Gesellschaft nicht vorgesehen, und der Verbleib der rentennahen Altersgruppen in Erwerbsverhältnissen wurde durch spezielle sozialpolitische Regelungen (z.B. Kündigungsschutz, längerer Urlaub, Gesundheitsschutz) besonders gefördert. Diskussionen wurden hingegen zur Herabsetzung des Renteneintrittsalters geführt, das bekanntlich in anderen osteuropäischen Ländern wesentlich niedriger lag (z.B. in Bulgarien, der Tschechoslowakei und Ungarn für Frauen 55 und für Männer 60 Jahre). Ältere Erwerbstätige waren in den Betrieben und Einrichtungen bei der ständig vorhandenen und zum großen Teil künstlich erzeugten Arbeitskräfteknappheit u.a. durch ihre Arbeitserfahrung, durch ihre gute Arbeitsdisziplin und zum Teil geringere Ausfallzeiten, wie sie jüngere Frauen durch Mütterjahr und Kinderbetreuung hatten, durchaus gefragt. Um so härter traf diese Gruppe die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die sie individuell in eine solche Zwangslage brachte, daß für einen großen Teil nur die Akzeptierung der Vorruhestandsregelungen möglich war.

Die Vorruhestandsregelung, im Februar 1990 noch vom Ministerrat der DDR als Vorruhestandsgeld eingeführt, wurde im Oktober 1990 von einer spezifizierten Altersübergangsregelung der Bundesrepublik (Altersübergangsgeld) abgelöst. Letztere ist bisher mehrfach verlängert worden und reduziert unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten in einem beachtlichen Umfang die Arbeitslosenzahlen. Die Mehrheit der älteren Arbeitnehmer zog bisher die Vorruhestandsregelungen der Arbeitslosigkeit vor (vgl. TABELLE 1).

TABELLE 1: ABGÄNGE ÄLTERER VOM ARBEITSMARKT IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

	Bezug von Vorruhe- standsgeld	Bezug von Altersüber- gangsgeld	Vorruhestand/ Altersübergang gesamt	Arbeitslose	
				Frauen (55 u. älter)	Männer (60 u. älter)
( in Tausend )					
Januar 1991			254	16	6
März			382	16	6
April	413	121	534	17	6
Mai	372	137	508	18	7
Juni	367	144	511	18	6
August	360	207	567	19	6
Oktober	341	282	623	19	6
Dezember	329	329	658	20	6
Januar 1992	328	434	762	24	7
Februar	322	458	780	24	6
März	315	469	784	24	6
April	308	473	781	24	6
Mai	301	479	780	24	6
Juni	295	486	780	24	6
Juli	288	546	834	24	6
August	282	556	838		

Quelle: Angaben der Bundesanstalt für Arbeit, August 1992

Mitte 1992 stieg die Anzahl der Personen, die Vorruhestands- oder Altersübergangsgeld bezogen, auf über 800.000. Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit rechneten bis Ende 1992 damit, daß weitere 50.000 Personen des Geburtsjahrs 1937 die Altersübergangsregelung in Anspruch nehmen werden. Der Einfluß dieser Maßnahme auf die Arbeitsmarktbilanz bzw. die Arbeitslosenzahlen wird besonders deutlich, wenn man in Betracht zieht, daß Mitte 1992 auf 100 Arbeitslose in Ostdeutschland rund 70 Bezieher von Vorruhestands- oder Altersübergangsgeld kamen.

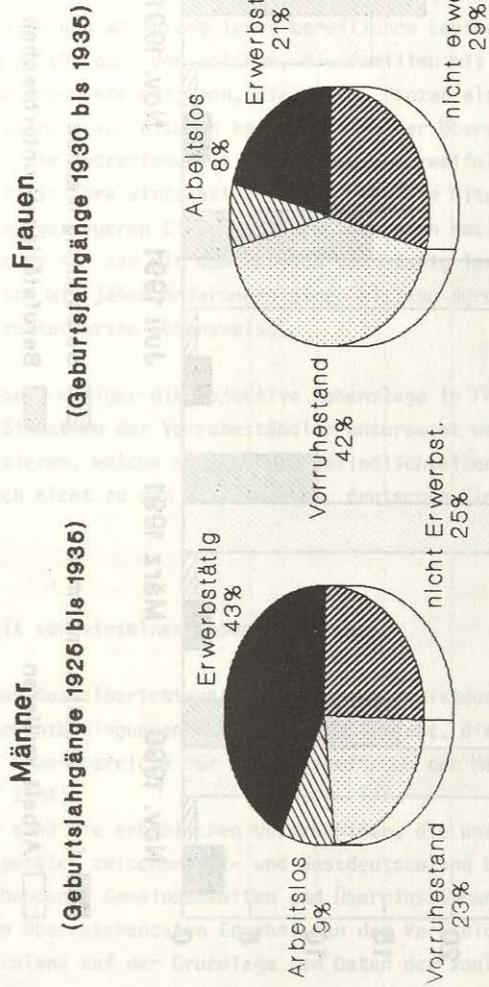
Im März 1991 waren in Ostdeutschland mit 6,5 Prozent aller Erwerbstätigen noch über 500.000 Personen im Alter von 56 bis 65 Jahre erwerbstätig. Zu diesem Zeitpunkt befand sich bereits rund ein Viertel der Männer der Geburtsjahrgänge 1925 bis 1953 und fast die Hälfte der Frauen der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1935 im Vorruhestand (vgl. SCHAUBILD 1). Deutlich stärker nehmen Frauen die Vorruhestandsregelungen in Anspruch bzw. sind von ihr betroffen.

Die seit dem Frühjahr bis Mitte 1992 von der Bundesanstalt für Arbeit ausgewiesene Verdoppelung der absoluten Zahlen der Bezieher von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld (vgl. TABELLE 1) legt den Schluß nahe, daß sich über die Hälfte der Personen der betreffenden Jahrgänge im zweiten Halbjahr 1992 im Vorruhestand befindet. Bei einer weiteren Verlängerung der Altersübergangsregelung über 1992 hinaus wird sich deshalb, wie bereits im ersten Halbjahr 1992 ersichtlich, die weitere Dynamik des Zugangs abschwächen, da die Altersgruppen, die entsprechende Regelungen in Anspruch nehmen können, bereits aus dem Arbeitsmarkt ausgestiegen sind.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Zukunftserwartungen von 56-65 Jahre alten Erwerbstätigen hinsichtlich ihrer weiteren Beschäftigung, ergibt sich, daß ein unverändert hoher Anteil mit deren absehbarer Beendigung rechnet (vgl. SCHAUBILD 2).

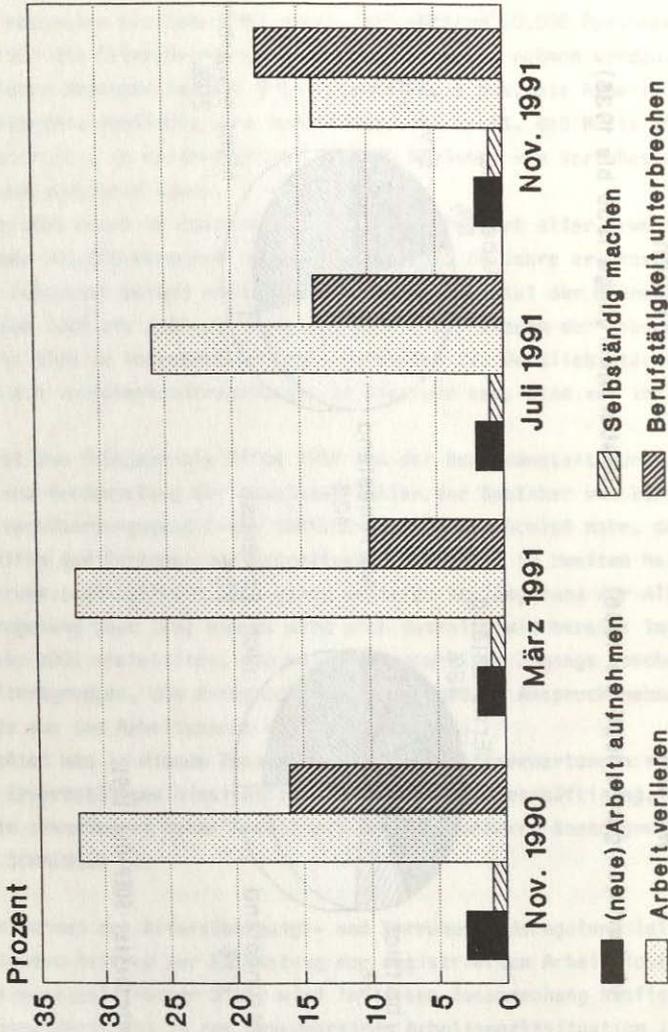
Die Maßnahmen der Altersübergangs- und Vorruhestandsregelung leisten einen bedeutenden Beitrag zur Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht wird in diesem Zusammenhang häufig das Argument angeführt, daß in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern der Status des Altersübergangsgeldempfängers bzw. eines Vorruheständlers dem des registrierten Arbeitslosen vorzuziehen ist. Es wird darauf verwiesen, daß die Wiedereingliederungschancen 55jähriger und älterer Arbeitsloser äußerst gering sind, Arbeitslosigkeit für sie in der Regel

SCHAUBILD 1: ERWERBSSTATUS ÄLTERER IN OSTDEUTSCHLAND (MÄRZ/APRIL 1991)



Datenbasis: SOEP-Ost 1991

SCHAUBILD 2: ERWARTUNGEN ZUR ERWERBSTÄTTIGKEIT VON 56-65 JAHRE ALTEN ERWERBSTÄTTIGEN



Datenbasis: Arbeitsmarkt-Monitor

keine Übergangsphase auf dem Weg zurück in die Erwerbstätigkeit ist. Der gleichzeitig angeführten betriebswirtschaftlichen Rechtfertigung, daß das Angebot von Altersübergangsgeld den erforderlichen Sortierprozeß in ostdeutschen Unternehmen sozial abfedert und gleichzeitig die Chancen von jüngeren, leistungsfähigen und am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehenden Erwerbstätigen erhöht oder von solchen, die Familien mit Kindern zu versorgen haben, stehen Argumente entgegen, die diesen Prozeß als soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung von Älteren kennzeichnen. Der Übergang in den Vorruhestand ist für die Betroffenen in Ostdeutschland zweifellos ein tiefgreifender Einschnitt in ihre wirtschaftliche und soziale Situation. Neben einem um ein Drittel geringeren Einkommen verbindet sich das Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit für sie mit dem Abbruch von häufig langjährigen sozialen Beziehungen und mit jähen Änderungen einer bislang durch die Erwerbstätigkeit fest strukturierten Lebensweise.

Im weiteren soll weniger die objektive Lebenslage in Form von Einkommen und materieller Situation der Vorruheständler untersucht werden. Statt dessen ist zu analysieren, welche subjektiven Befindlichkeiten diese Gruppe, die offensichtlich nicht zu den Gewinnern der deutschen Einheit gehört, charakterisieren.

#### 4. Wichtigkeit von einzelnen Lebensbereichen

Im Konzept der Sozialberichterstattung werden individuelle Bewertungen von objektiven Lebensbedingungen über Kriterien erfaßt, die aussagen, wie wichtig einzelne Lebensbereiche für das Wohlbefinden der Menschen sind (vgl. GLATZER/ZAPF 1984).

Unverkennbar sind die erheblichen Unterschiede, die unter wohlfahrtsrelevanten Gesichtspunkten zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen. Gleichzeitig sind die vorhandenen Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen nicht zu übersehen. Zu den überraschendsten Ergebnissen des Vergleichs zwischen West- und Ostdeutschland auf der Grundlage von Daten der Wohlfahrtssurveys zählt, daß die Rangfolge der Wichtigkeiten einzelner Lebensbereiche eine Ähnlichkeit aufweist, wie sie aufgrund der unterschiedlichen sozialen Entwicklung und des Wohlfahrtsgefälles in diesem Maße nicht erwartet wurde. An der Spitze der Rangfolge stehen private Lebensbereiche wie Gesundheit und Fami-

TABELLE 2: WICHTIGKEIT VON LEBENSBEREICHEN

	Personen im Vorruhestand	Erwerbstätige (gleiche Alters- gruppen)	Bevölkerung insgesamt
	in Prozent		
Wichtigkeit <sup>1)</sup> von:			
- Arbeit	22	58	50
- Familie	79	91	85
- Freundeskreis	15	14	20
- Einkommen	76	66	69
- polit. Einfluß	7	9	5
- Erfolg im Beruf	10	37	30
- Freizeit	37	33	31
- Gesundheit	97	91	87
- Umweltschutz	72	60	52
- Wohnung	73	71	59

- 1) Anteil "Sehr wichtig". Frage: "Welche der nachfolgenden Bereiche sind für Ihr Wohlbefinden und Ihre Zufriedenheit sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig?"

Datenbasis: SOEP-Ost 1991

lie. Der Freizeitbereich nimmt eine mittlere Position ein und am unteren Ende der Rangfolge stehen beruflicher Erfolg und die Möglichkeit, politischen Einfluß auszuüben. Die Ostdeutschen weisen einzelnen Lebensbereichen allerdings einen höheren absoluten Stellenwert für ihr subjektives Wohlbefinden zu (vgl. HABICH/PRILLER 1992: 242). Das betrifft vor allem solche Bereiche wie Arbeit und Einkommen, deren Bedeutung nach 1990 noch weiter angestiegen ist (vgl. LANDUA 1992: 12).

Die Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche für das persönliche Wohlergehen unterscheidet sich bei Personen im Vorruhestand von der Vergleichsgruppe der Erwerbstätigen im gleichen Alter und von allen erwachsenen Befragten in unterschiedlichem Maße (vgl. TABELLE 2).

Stärker als zur Gesamtpopulation treten die Unterschiede zur gleichaltrigen Vergleichsgruppe hervor. Das Einkommen hat bei den Vorruheständlern nicht nur nach dem Rangplatz einen höheren Stellenwert, sondern für 10 Prozent mehr als von den Erwerbstätigen gleichen Alters ist dieser Bereich sehr wichtig, gegenüber allen Befragten sind es etwas weniger als 10 Prozent mehr. Der hohe Stellenwert des Einkommens erscheint um so beachtenswerter, da die Wichtigkeit des Einkommens allgemein in der Altersgruppe über 60 Jahre von 1990 zu 1991 nicht angestiegen ist. Die Wichtigkeitseinschätzungen, oft als Anspruchshaltungen interpretiert, offenbarten bei den Vorruheständlern eine deutliche Reaktion auf die Verschlechterung ihrer Einkommenssituation in Richtung einer Bedeutungszunahme des Einkommens und hoher Ansprüche an Einkommenszuwächse. Vorruheständler erhalten bekanntlich 65 Prozent ihres pauschalierten Nettoeinkommens der letzten drei Monate vor dem Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis. Da die Berechnungsgrundlage für die 1990 und 1991 in den Vorruhestand Ausgeschiedenen vergleichsweise niedrig liegt und diese Gruppe an den teilweise beachtlichen Einkommenszuwächsen nur in bescheidenem Maße partizipierte (in Anlehnung an die Rentenanpassung wird das Altersübergangsgeld an die allgemeine Lohnentwicklung angepaßt), ist diese Reaktion im Einkommensbereich erklärbar. Einen überdurchschnittlichen Bedeutungszuwachs des Einkommens verzeichneten im übrigen ebenfalls die vom Einkommenszuwachs in Ostdeutschland mehr oder weniger ausgeschlossenen Gruppen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen.

Bemerkenswerte Bedeutungsunterschiede bestehen zwischen Vorruheständlern und gleichaltrigen Erwerbstätigen zugleich in den Bereichen Freizeit, Gesund-

heit, Umweltschutz, Arbeit und beruflicher Erfolg. Der Bedeutungsverlust von Arbeit und beruflichem Erfolg läßt sich unmittelbar mit dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit erklären. An ihrer Stelle erhalten andere Lebensbereiche, vor allem die Freizeit, ein stärkeres Gewicht.

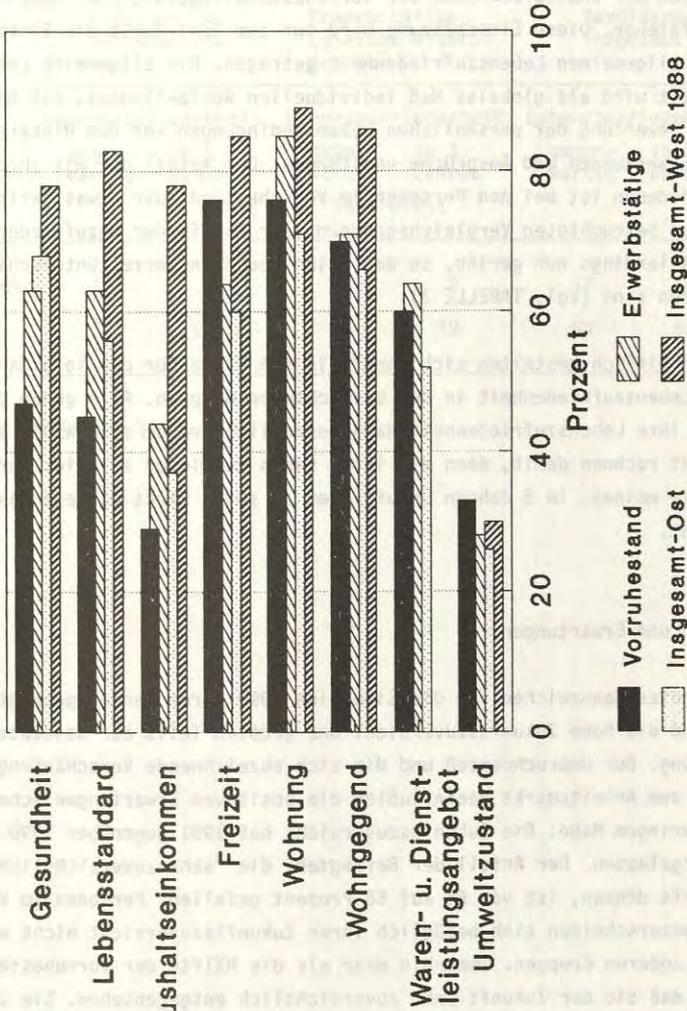
##### 5. Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit

Die Unterschiede in den Bedeutungsmustern zwischen Vorruehständern und gleichaltrigen Erwerbstätigen widerspiegeln sich ebenfalls in den Zufriedenheitsmaßen. In der Wohlfahrtforschung verstehen sich Zufriedenheiten vor allem als subjektives Wohlbefinden und wahrgenommene Lebensqualität.

Daten des "Wohlfahrtssurvey 1988" und des "Wohlfahrtssurvey 1990-Ost" zeigen, daß die Zufriedenheitswerte 1990 in der DDR im Vergleich zu denen in der alten Bundesrepublik auf einem deutlich niedrigeren Niveau lagen. Die unterschiedlichen Niveaus in den objektiven Lebensbedingungen projizieren sich somit deutlich in den Zufriedenheiten (vgl. HABICH/PRILLER 1992: 250 f. und LANDUA/SPELLERBERG/HABICH 1991). Allerdings ist die Bewertungshierarchie - wie bei den Wichtigkeiten - der Rangfolge im Westen weitgehend ähnlich. Private Lebensbereiche, wie Familie, Ehe, Partnerschaft, stehen in Ost- und Westdeutschland an der Spitze einer Rangordnung der Zufriedenheiten. Bereiche wie Gesundheit, Lebensstandard und Einkommen nehmen bei Vorhandensein bedeutender Unzufriedenheitsanteile noch eine mittlere Position ein. Öffentliche Bereiche wie Umweltschutz und öffentliche Sicherheit werden nur mit geringer Zufriedenheit bewertet. Die Veränderung von Zufriedenheitswerten in Ostdeutschland von 1990 bis 1991 ist eindrucksvoll mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels zu verfolgen. Sie weisen in zentralen materiellen Lebensbedingungen, wie dem Haushaltseinkommen, dem Lebensstandard und der Arbeit, auf eine sinkende Zufriedenheit hin. Eine Ausnahme bildeten die Zufriedenheit mit dem Angebot von Waren und Dienstleistungen sowie die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand, die sich verbessert haben.

Auf diesem Hintergrund fällt die geringere Zufriedenheit der Vorruehständer sowohl zur Vergleichsgruppe der Erwerbstätigen wie zur Gesamtheit in den Bereichen Gesundheit, Lebensstandard und Haushaltseinkommen in besonders markanter Weise auf (vgl. SCHAUBILD 3).

SCHAUBILD 3: ZUFRIEDENHEIT MIT LEBENSBEREICHEN



Datenbasis: SOEP-Ost 1991, Wohlfahrtssurvey 1988

Die geringe Zufriedenheit in diesen Bereichen läßt den Schluß zu, daß die Betroffenen der Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung eher negativ gegenüberstehen. Diese Einschätzung wird nur zum Teil durch die Einbeziehung der allgemeinen Lebenszufriedenheit getragen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit wird als globales Maß individuellen Wohlbefindens, als bilanzierende Bewertung der persönlichen Lebensbedingungen vor dem Hintergrund eigener Erwartungen und Ansprüche verstanden. Der Anteil der mit ihrem Leben Zufriedenen ist bei den Personen im Vorruhestand zwar etwas geringer als in den betrachteten Vergleichsgruppen, der Anteil der Unzufriedenen differiert allerdings nur gering, so daß keine beachtenswerten Unterschiede auszumachen sind (vgl. TABELLE 3).

Recht einheitlich gestalten sich ebenfalls die Werte für die in 5 Jahren erwartete Lebenszufriedenheit in den betrachteten Gruppen. Alle gehen davon aus, daß ihre Lebenszufriedenheit dann wesentlich größer sein wird. Rund 80 Prozent rechnen damit, dann mit ihrem Leben zufrieden zu sein. Der Anteil jener, die meinen, in 5 Jahren unzufrieden zu sein, sinkt hingegen auf unter 10 Prozent.

## 6. Sorgen und Erwartungen

Ein markantes Kennzeichen für die Situation 1990 waren der ausgeprägte Optimismus und die hohe Zukunftszuversicht des größten Teils der ostdeutschen Bevölkerung. Der Umbruchprozeß und die sich abzeichnende Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt beeinflussten die positiven Erwartungen scheinbar nur in geringem Maße. Die Zukunftszuversicht hat 1991 gegenüber 1990 deutlich nachgelassen. Der Anteil der Befragten, die "sehr zuversichtlich" an die Zukunft denken, ist von 64 auf 56 Prozent gefallen. Personen im Vorruhestand unterscheiden sich bezüglich ihrer Zukunftszuversicht nicht wesentlich von anderen Gruppen. Immerhin mehr als die Hälfte der Vorruheständler gibt an, daß sie der Zukunft sehr zuversichtlich entgegensehen. Sie sind zwar in nicht ganz so starkem Maße optimistisch wie die entsprechende Vergleichsgruppe der Erwerbstätigen, liegen aber mit ihren Angaben nicht wesentlich unter dem Durchschnitt aller Befragten (vgl. SCHAUBILD 4).

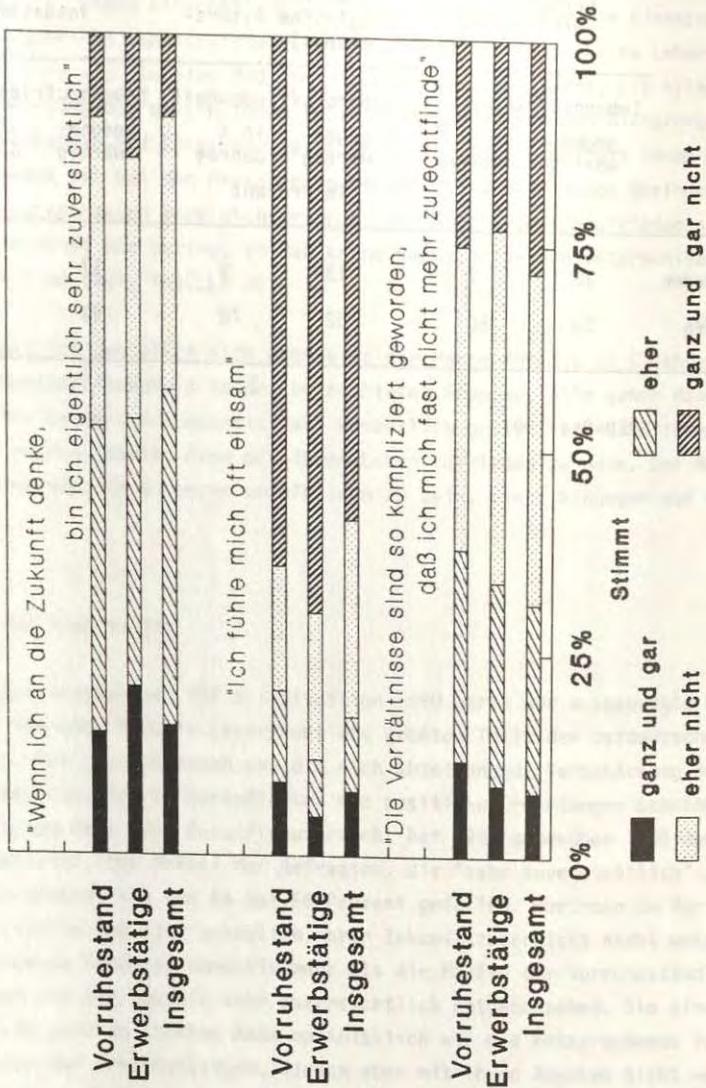
TABELLE 3: GEGENWÄRTIGE LEBENSZUFRIEDENHEIT UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN 5 JAHREN

	Personen im Vorruhestand		Erwerbstätige (gleiche Altersgruppe)		Bevölkerung insgesamt	
	Lebenszufriedenheit gegenwärtig	Lebenszufriedenheit in 5 Jahren	Lebenszufriedenheit gegenwärtig	Lebenszufriedenheit in 5 Jahren	Lebenszufriedenheit gegenwärtig	Lebenszufriedenheit in 5 Jahren
	in Prozent					
unzufrieden	12	7	13	9	17	8
zufrieden	55	80	62	78	59	81

Datenbasis: SOEP-Ost 1991

ZOBODAT: SOEP-LEBENSZUFRIEDENHEIT UND VORRUHESTÄNDLICHE

SCHAUBILD 4: ZUKUNFTSZUVERSICHT UND ANOMIESYMPTOME



Indikatoren, die Anomiesymptome über Gefühle der Einsamkeit oder Resignation und Orientierungslosigkeit abbilden ("Ich fühle mich oft einsam" und "Die Verhältnisse sind so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht mehr zurechtfinde") demonstrieren ebenfalls keine auffälligen Unterschiede zu den anderen Gruppen. In diesem Zusammenhang sind die insgesamt wesentlich höheren Werte im Osten gegenüber denen im Westen in Betracht zu ziehen. Ängste und Sorgen sind folglich bei den Vorruheständlern in starker Ausprägung vorhanden. Das Ausmaß unterscheidet sich jedoch nicht von der übrigen Bevölkerung. Ausgehend von den Zufriedenheitswerten könnte man erwarten, daß Personen im Vorruhestand sich generell mehr Sorgen zu Fragestellungen machen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation betreffen. Dem ist allerdings nicht so (vgl. TABELLE 4). Statt dessen sind die Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und den Verlust bisheriger Nutzungs- und Vermögensrechte bei ihnen stärker ausgeprägt.

## 7. Schlußbemerkungen und Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Vorruhestandsthematik ist vom Ausmaß der Betroffenheit und der beginnenden Auswirkung auf die Reflexionen der Betroffenen durchaus ein aktuelles Problemfeld, das gesellschaftlichen Handlungsbedarf sowohl für gesellschaftliche Lösungen als auch für die individuelle Bewältigung erfordert.

Gegenwärtig sind Unterschiede in der Gruppe der Vorruheständler noch nicht prägnant ausgeprägt. Tendenzen ihrer möglichen Entstehung und verstärkten Ausprägung sind jedoch unverkennbar. Sie zeigen sich zuerst in einem höheren Stellenwert solcher materiellen Faktoren wie dem Einkommen. Weitere erkennbare Unterschiede sind unmittelbar mit dem Verlust der Erwerbstätigkeit und der daraus resultierenden Bedeutungszu- bzw. abnahme einzelner Lebensbereiche verbunden.

Vorruheständler sind zugleich in höherem Maße mit ihrer materiellen Lage, die sich in der Bewertung ihres Lebensstandards und des Haushaltseinkommens äußert, unzufrieden. Ursachen für die geringere Zufriedenheit mit ihrem Gesundheitszustand könnten ebenfalls in ihrem Status als Vorruheständler liegen. Eine Auffassung, zum "alten Eisen zu gehören", dürfte dabei eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

TABELLE 4: SORGEN

	Personen im Vorruhestand			Erwerbstätige (gleiche Altersgruppen)			Bevölkerung insgesamt		
	große	einige	keine	große	einige	keine	große	einige	keine
	Sorgen <sup>1)</sup>								
in Prozent									
allgemeine wirtschaftl. Entwicklung	55	42	2	49	45	6	47	46	6
eigene wirtschaftliche Situation	39	53	7	36	50	14	39	52	10
Schutz der Umwelt	56	42	1	49	49	2	46	50	4
Verlust bisheriger Nutzungs- und Vermögensrechte	23	21	48	13	32	52	16	28	51
unter neuen Bedingungen zurechtzufinden	8	54	35	9	48	42	9	50	40

1) Frage: "Wie ist es mit folgenden Gebieten? Machen Sie sich da Sorgen?"

Datenbasis: SOEP-Ost 1991

Da sich gleichzeitig in der allgemeinen Lebenszufriedenheit und bei Sorgen und Erwartungen keine relevanten Unterschiede zu anderen Gruppen zeigen, lassen die Resultate den Schluß zu, daß Auswirkungen des vorzeitigen Ausscheidens aus der Erwerbstätigkeit vor allem in materiellen Bereichen wahrgenommen werden. Eine allgemeine Verdrossenheit, starke negative Auswirkungen auf die allgemeine Lebenszufriedenheit oder eine im Vergleich zu anderen Gruppen in Ostdeutschland verstärkte Zunahme von Sorgen kann vorerst nicht festgestellt werden.

Wie sich diese Tendenzen verändern, wenn die Erwartungen, die in der Zukunftszuversicht und dem gegenwärtig in der ostdeutschen Bevölkerung stark ausgeprägten Optimismus zum Ausdruck kommen, nicht eintreffen, muß gegenwärtig noch offen bleiben.

#### Literaturverzeichnis:

BIELENSKI/ENDERLE/  
v. ROSENBLADT 1992

Harald Bielski; Jovita Enderle;  
Bernhard von Rosenblatt: Arbeitsmarkt-  
Monitor für die neuen Bundesländer,  
Umfrage 11/91, Textband, Institut für  
Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der  
Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg 1992

GLATZER/ZAPF 1984

Wolfgang Glatzer; Wolfgang Zapf (Hrsg.):  
Lebensqualität in der Bundesrepublik.  
Objektive Lebensbedingungen und subjek-  
tives Wohlbefinden. Frankfurt/M. 1984

HABICH/PRILLER 1992

Roland Habich; Eckhard Priller: Soziale  
Lage und subjektives Wohlbefinden in der  
ehemaligen DDR, in: Thomas, Michael  
(Hrsg.): Abbruch und Aufbruch. Sozial-  
wissenschaften im Transformationsprozeß.  
Erfahrungen-Ansätze-Analysen. Berlin 1992,  
S. 239-258

- LANDUA 1992 Detlef Landua: Das Jahr danach. Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seine Bewertung aus der Sicht der Betroffenen, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Paper 92-102, AG Sozialberichterstattung. Berlin 1992
- LANDUA/SPELLERBERG/HABICH HABICH 1991 Detlef Landua; Annette Spellerberg; Roland Habich: Der lange Weg zur Einheit. Unterschiedliche Lebensqualität in den "alten" und "neuen" Bundesländern, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Paper 91-101, AG Sozialberichterstattung. Berlin 1991
- SCHUPP/WAGNER 1991 Jürgen Schupp; Gerd Wagner: Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels, in: Projektgruppe 'Das Sozio-ökonomische Panel' (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern. Frankfurt/M.; New York 1991, S. 260-279

VON DER CHEMIEMETROPOLE ZUR VORRUHESTANDSREGION: DER INDUSTRIESTANDORT  
LEUNA/MERSEBURG IM UMBRUCH

von Peter Wetzel

Inhalt:

1. Beschreibung der Ausgangssituation
2. Die Chemieregion Merseburg
3. Erste Untersuchungsergebnisse

Anmerkungen

Literaturverzeichnis

1. Beschreibung der Ausgangssituation

Die sozialwissenschaftliche Analyse der Wirkungen des Vorruhestands in den neuen Bundesländern wird im Rahmen der begonnenen Technikanwendungsfor-  
schung an der Technischen Hochschule Leuna/Merseburg als eigenständiger  
Forschungsgegenstand bearbeitet. Eingeordnet in die Abschätzung sozialer  
Folgen der Strukturveränderung im industriellen Ballungsgebiet Halle-Merse-  
burg, orientiert sie auf die Verdeutlichung der besonderen Betroffenheit  
älterer Arbeitnehmer im Prozeß des regionalen Industriestrukturwandels. Die  
Hinwendung zu dieser Thematik erfolgte vor dem Hintergrund einer praktisch  
schwer wirksamen, ungenügenden Balance zwischen arbeitsmarkt- und sozial-  
politischen Maßnahmen in den neuen Bundesländern. Die Dimension und die  
Spezifik der Vorruhestandsregelung (Ost) führte bereits frühzeitig zu der  
Erkenntnis, daß bei Beibehaltung von Tempo und Konditionen den Beschäftig-  
ten ab 55 Jahre eine besondere Erwerbsgefährdung drohe.

Die Vorruhestandsregelung als Teil des international in Industriegesell-  
schaften zu beobachtenden Trends zur Entberuflichung des Alters hat in den  
neuen Bundesländern zu einzigartigen Arbeitsmarkterleichterungen geführt.  
Eine Ablösung der älteren Erwerbsgeneration und die vermehrte Einstellung  
der jüngeren, die Umverteilung von Erwerbsarbeit zwischen Generationen,  
wurde bei der Anwendung im Osten Deutschlands von Anbeginn programmatisch

nicht hervorgehoben. Folglich sind Beschäftigungsvorteile für die jüngere Arbeitnehmergeneration in den neuen fünf Bundesländern auch nur sehr begrenzt eingetreten. Die regionalen Arbeitsmärkte waren und sind durch einen kontinuierlich präsenten Personalfreisetzungsdruck gekennzeichnet. Die Vorruhestandsregelung bedeutet faktisch eine Form des massiven und kurzfristig wirksamen (sozialverträglichen) Personalabbaus.

Ziel der Forschungstätigkeit ist es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, in welcher Weise sich für die in den vorgezogenen Ruhestand versetzten Chemiebeschäftigten Lebensweise und -inhalte verändern. Auf der Grundlage von über den Betrieb gewonnenen empirischen Daten sollen Formen der Freisetzung beschrieben und bewertet, hemmende und begünstigende Faktoren aufgezeigt und im Sinne der Neuorientierung regionaler Prozesse der Lebensgestaltung nutzbar gemacht werden.

Die Besonderheit einer typischen "DDR-Biographie" besteht nicht zuletzt darin, daß Erwerbstätigkeit bis an - und nicht selten über - die Rentengrenze hinaus den Regelfall darstellte. Denn: Unter Beachtung des DDR-Rentenrechts und der überwiegend geringen Rente war es Anspruchsberechtigten möglich, monatlich zwei "Verdienste" zu erlangen. Als Folge dieses Einkommensanreizes waren breite Teile der älteren Bevölkerung im Alter zwischen 60 und 70 Jahren noch im Erwerbssystem integriert. "Überalterung" als Resultat einer frühzeitig veranlaßten Beendigung des Erwerbslebens löst bei solcher Tradition rasch zugleich Beeinträchtigungen des Gemeinwesens aus, wenn die betroffenen Bevölkerungsgruppen nach erfolgter Freisetzung nicht sinnvoll in lokalen Geflechten und Instanzen Eingang finden.

Mit Hilfe der geplanten empirischen Erhebungen sollen vorhandene Interessensbereiche identifiziert werden, die sich anbieten, um einer Reintegrationsstrategie der Betroffenen Anknüpfungspunkte zu bieten. Diese Zielstellung verdeutlicht, daß es bewußt darum geht, praktikable Lösungsansätze in der Region zu entwickeln und zu erproben.

## 2. Die Chemieregion Merseburg

Die Industrieregion Halle-Merseburg-Bitterfeld kann als zentraler Chemiestandort der ehemaligen DDR bezeichnet werden. Sowohl der Standort Bitter-

feld als auch der Standort Merseburg gehört zu den typisch monostrukturierteren Umlandregionen der ehemaligen DDR.

In beiden Standorten waren zwischen 42,0 Prozent (Bitterfeld) und 52,2 Prozent (Merseburg) aller Beschäftigten in der Chemieindustrie tätig. Der Gesamtchemiestandort befindet sich auf engstem Raum im Zentrum des Landes Sachsen-Anhalt und umfaßt die vier ehemaligen Kombinate Buna, Leuna, Bitterfeld und Wolfen mit früher insgesamt 108.264 Beschäftigten.

Im Rahmen der Sanierung der Unternehmen durch die Treuhand ist ein Personalabbau in großen Dimensionen vorgesehen. Durch die Treuhand wurden folgende Freisetzungsrößen (Personalabbau) konzipiert (STIFTUNG ARBEIT UND UMWELT 1991):

- |                      |                        |                  |
|----------------------|------------------------|------------------|
| - Bitterfeld-AG:     | Senkung von 17.500 auf | 8.000 (1991)     |
| - Filmfabrik Wolfen: | Senkung von 16.000 auf | 5.000 (1990)     |
|                      |                        | und 2.700 (1993) |
| - Buna AG:           | Senkung von 18.200 auf | 2.000 (1991)     |
| - Leuna-Werke AG:    | Senkung von 28.000 auf | 14.000 (1993)    |

Zahlreiche kleinere Chemieunternehmen und die diesem Industriezweig vorgelagerte Braunkohlenindustrie sind folgerichtig in den Prozeß der Personalreduzierung eingebunden. Mit dem Zusammenbruch der industriellen Hauptsäule der Region muß zugleich auch von einem industriellen Flächensterben gesprochen werden.

Die Altersstruktur im Arbeitsambereich Merseburg - er umfaßt insgesamt sechs Landkreise - zeigt für 1989, daß sich jeder sechste Beschäftigte im Vorruhestandsalter befunden hat.

Eine Untersuchung im Arbeitsambereich verdeutlichte zudem, daß über 350 Unternehmen, Betriebe, Einrichtungen und Genossenschaften die Vorruhestandsregelung zur Anwendung brachten, um den Personalabbau in der ersten Phase vorrangig über den Abbau Älterer zu erreichen. So wurden bis zum Auslaufen der Vorruhestandsregelung im Herbst 1990 allein 10.464 Erwerbstätige über diese Regelung freigesetzt.

Mit Wirkung vom 3.10.1990 wurde diese Freisetzungstrategie durch eine Altersübergangsregelung für die neuen Bundesländer ersetzt. Durch die Senkung der Anspruchsgrenze auf jetzt 55 Jahre findet zugleich eine beachtliche Aus-

weitung der Freisetzungspotentiale statt. Es erhöhte sich damit der mögliche Entlastungseffekt des Arbeitsmarktes.

Freisetzungen über die Altersübergangsregelung erreichten Ende 1991 bereits die zahlenmäßige Größe der Vorruhestandsfreisetzung (SCHAUBILD 1). Für den Arbeitsamtsbereich Merseburg waren im Januar 1992 insgesamt 10.777 Altersübergangsgeldempfänger statistisch erfaßt. Eine vollständige Betrachtung der Freisetzung älterer Beschäftigter erfordert eine Einbeziehung der monatlichen Arbeitsmarktstatistik (Beitrittsgebiet) mit den Angaben zu arbeitslosen Älteren (Frauen ab 55, Männer ab 60 Jahren), die gesondert ausgewiesen werden. Hier ist anzumerken, daß der Anteil der Frauen an der Gruppe der arbeitslosen Älteren (SCHAUBILD 1) fast 75 Prozent beträgt. Die Zahl der arbeitslosen Älteren bleibt im ausgewiesenen Zeitraum relativ konstant bei einem Anstieg zu Beginn des Jahres 1992. Ein Statuswechsel zum "Altersübergangsgeld-Bezieher" ist nicht möglich.

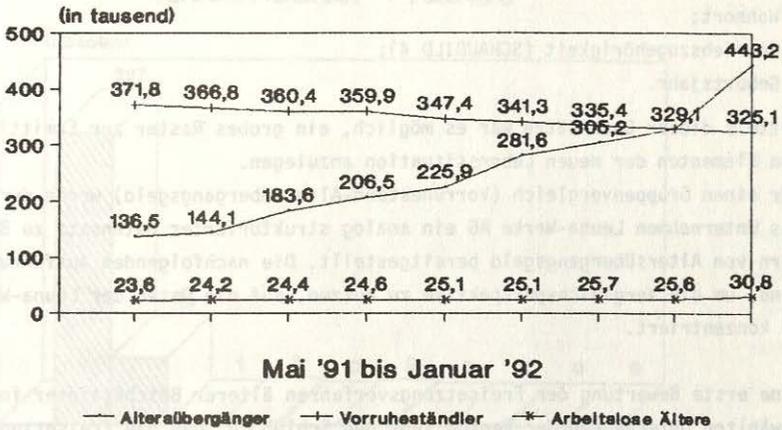
Im Zeitraum September 1990 bis zum Januar 1992 erhöhte sich im Gesamtbestand der Erwerbslosen (Beitrittsgebiet) nach der Arbeitsmarktstatistik die Zahl der Älteren (55/60 Jahre und älter) von rund 12.100 auf 30.800 Personen. Nicht einbezogen ist die Gruppe männlicher Erwerbsloser im Alter von 55 bis unter 60 Jahre; diese Zahl wird in der Statistik nicht eigens ausgewiesen.

Gründe für die Arbeitslosigkeit Älterer können nur vermutet werden. Es ist davon auszugehen, daß ein (größerer?) Teil dieser Arbeitslosen auf eine Weiterbeschäftigung gehofft oder einen Altersübergang für sich ausgeschlossen hatte. Auch Konkursverfahren könnten hier Wirkungen zeitigen.

### 3. Erste Untersuchungsergebnisse

Die bereits vorliegenden Untersuchungsergebnisse wurden in den Betrieben Buna-AG, der Leuna-Werke AG sowie der Mitteldeutschen Braunkohlen-AG (MIBRAG) gewonnen. In einer ersten Untersuchungsphase wurden Daten zu 4.100 Personen ausgewertet, die in der ersten Freisetzungswelle ihren Arbeitsplatz verloren bzw. aufgegeben hatten. Durch Datenbereitstellung der genannten Unternehmen konnte eine Strukturierung der Betroffenenengruppe nach den Merkmalen vorgenommen werden:

SCHAUBILD 1: FREISETZUNGSSTRATEGIEN ALTERER ARBEITNEHMER IM VERGLEICH (MAI 1991 BIS JANUAR 1992)



Mai '91 bis Januar '92

— Alterübergänger + Vorruheständler \* Arbeitslos Ältere

Quelle: IAB 1992

- Geschlecht und Alter (SCHAUBILD 2);
- Familienstand;
- Erwerbsgruppe (SCHAUBILD 3);
- Wohnort;
- Betriebszugehörigkeit (SCHAUBILD 4);
- Geburtsjahr.

Mittels dieser Datensätze war es möglich, ein grobes Raster zur Ermittlung von Elementen der neuen Lebenssituation anzulegen.

Für einen Gruppenvergleich (Vorruhestand-Altersübergangsgeld) wurde durch das Unternehmen Leuna-Werke AG ein analog strukturierter Datensatz zu Beziehern von Altersübergangsgeld bereitgestellt. Die nachfolgenden Ausführungen sind, um die Vergleichsperspektive zu nutzen, auf die Daten der Leuna-Werke AG konzentriert.

Eine erste Bewertung der Freisetzungsverfahren älterer Beschäftigter in ausgewählten Unternehmen der Region läßt den Schluß zu, daß die Freisetzung differenziert und unter Beachtung tariflicher Besonderheiten (Sozialpläne) vorgenommen wurde.

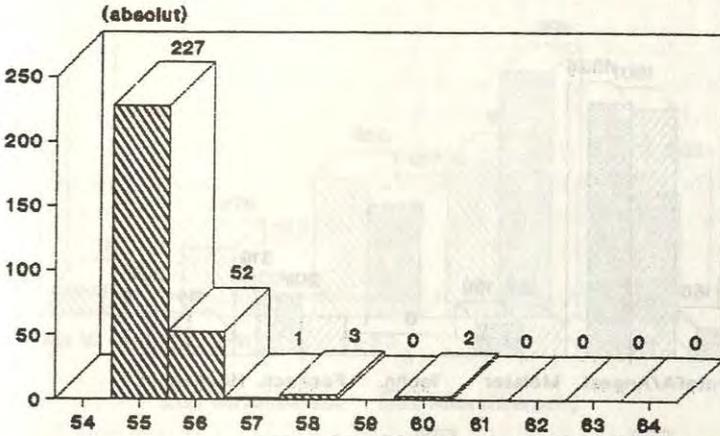
Expertengespräche und Untersuchungen sowie die Teilnahme an Freisetzungsgesprächen gaben Aufschluß darüber, unter welchen Konditionen die Leitungen der Unternehmen an die Realisierung dieser Freisetzungsmaßnahmen gingen. Es kann festgestellt werden, daß die Freisetzung als ein heterogener Prozeß verlief: Die Ausgliederung schuf für die Betroffenen unserer Region sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen für den Lebensabschnitt nach dem Erwerb. Dies sind insbesondere:

- unterschiedliche Ausgestaltung von Abfindungsregelungen und -höhe<sup>1)</sup>;
- unterschiedliche Höhe des Vorruhestandsgeldes;
- differenzierter Wunsch nach Weiterbildung;
- Verschiedenartigkeit der Lebensstile;
- Mitbetroffenheit des (Ehe)Partners oder nicht;
- Übereinstimmung von Freisetzung in den Vorruhestand mit eigener Lebensplanung.

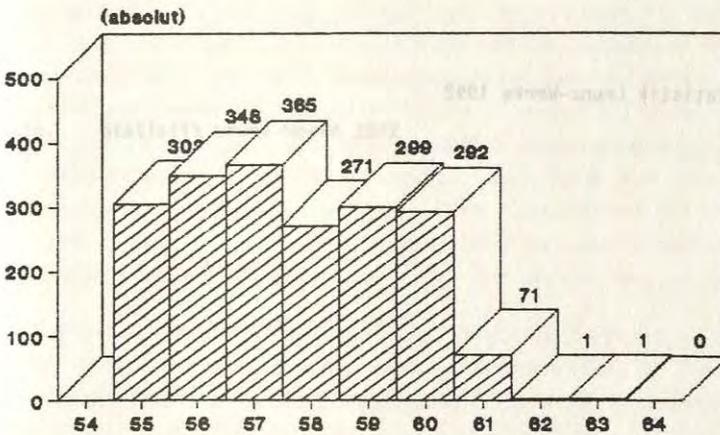
Es war zu beobachten, daß sich die Bedingungen zur Annahme der Vorruhestandsregelung bzw. zum Altersübergangsgeld im Verlaufe der Zeit verschlechterten.

SCHAUBILD 2: ALTERSÜBERGÄNGER (MÄNNER UND FRAUEN) NACH LEBENS-  
JAHREN

### (Lebensalter-Frauen)

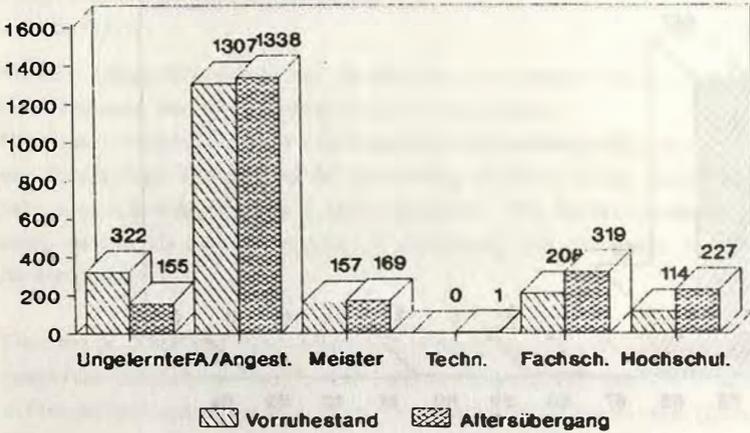


### (Lebensalter- Männer)



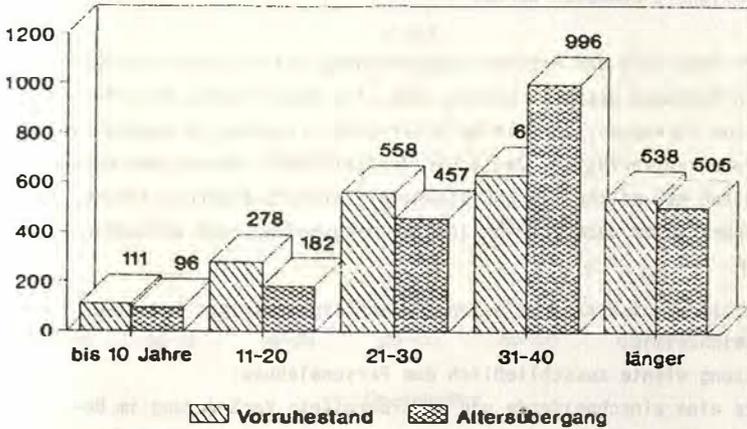
Quelle: Statistik Leuna-Werke AG per 14.2.1992

SCHAUBILD 3: VORRUHESTANDLER UND BEZIEHER VON ALTERSÜBERGANGSGELDS NACH ERWERBSGRUPPEN



Quelle: Statistik Leuna-Werke 1992

SCHAUBILD 4: VORRUHESTÄNDLER UND BEZIEHER VON ALTERSÜBERGANGSGELD (NACH DAUER DER BETRIEBSZUGEHÖRIGKEIT)



Quelle: Statistik Leuna-Werke 1992

Das Hauptmotiv für eine dennoch wachsende Zahl von Entscheidungen "pro Vorruhestand" liegt in der Alternativlosigkeit begründet, denn die Ablehnung hätte nur die Freisetzung in die Arbeitslosigkeit zur Folge, die zugleich Dauerarbeitslosigkeit bedeuten würde.

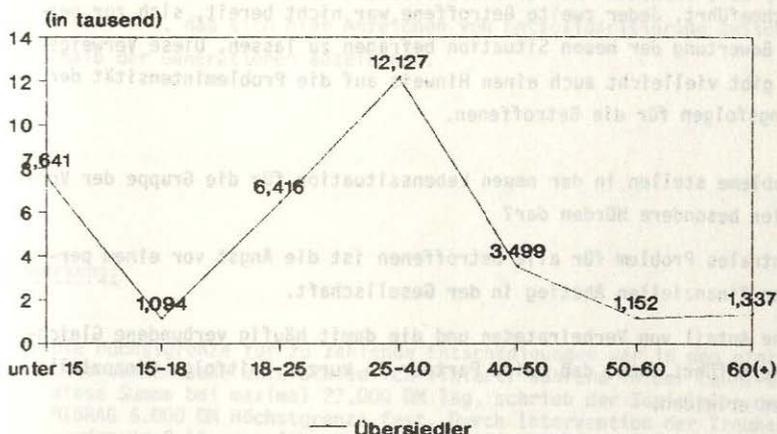
Es muß bei der Bewertung der Freisetzungsverfahren und den dabei erzielten Ergebnissen in Rechnung gestellt werden, daß alle Beteiligten, Betroffene wie betriebliche Instanzen, über keine praktische Erfahrung im Umgang mit solchen Instrumenten verfügten. Jeglicher Vergleich mit anderen westeuropäischen Modellen muß solchen Voraussetzungs-differenzen Rechnung tragen, da in keinem dieser Länder auch nur ähnliche Ausgangsbedingungen vorhanden waren:

- Die Vorruhestandsfreisetzung im Osten Deutschlands erfolgte in allen Branchen gleichzeitig;
- die Freisetzung diente ausschließlich dem Personalabbau;
- sie bewirkte eine einschneidende und unvorbereitete Veränderung im Beschäftigungs- und damit Lebensverlauf (die individuelle Lebensplanung ging zu DDR-Zeiten von einer Erwerbstätigkeit bis zur bzw. über die Rentengrenze hinaus aus);
- das Tempo und die Dimension der Durchführung sowie die gleichzeitige Umstellung der regionalen und zentralen Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern führte zu einer starken Belastung verwaltungstechnischer Abläufe, deren negative Folgen in vielen Fällen bei den Betroffenen Wirkungen zeigten (Zahlungsverzug, Unsicherheiten in der Rechtsauskunft u.a.);
- die Freisetzung war in der Regel mit der Zuspitzung der sozialen Gesamtsituation in den betroffenen Familien verbunden (Teuerungen, Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit anderer Familienmitglieder, Wegfall sozialer Einrichtungen, Weggang mobiler Arbeitskräfte in die Altbundesländer; SCHAUBILD 5).

Die Gesamtzahl der vom Vorruhestand in den neuen Bundesländern Betroffenen beläuft sich auf 772.400 Personen im Januar 1992. Zugänge und Abgänge (durch Verrentung, Wiedereinstieg o.ä.) lassen jedoch eine genaue Bestimmung der Gesamtzahl nicht zu.

Die vorhandenen statistischen Daten zur Gruppe der Übergänger in den vorgezogenen Ruhestand der Leuna-Werke AG verdeutlichen, daß es einzelne Jahrgänge von Erwerbstätigen faktisch unter den Beschäftigten nicht mehr gibt und sich dieser Trend weiter nach vorn in die jüngeren Jahrgänge verlagert.

SCHAUBILD 5: WANDERUNGSSTATISTIK: OBERSIEDLUNGEN VON SACHSEN- ANHALT IN DIE ALTBUNDESLÄNDER (1989)



Quelle: JAHRBUCH SACHSEN-ANHALT 1991

Zur Annäherung an das Problemfeld "Lebenssituation im Vorruhestand in der Chemieregion Merseburg" wurde bereits Mitte des Jahres 1990 ein Pretest mit einer Probandengruppe von 80 Vorruhestandsnehmern der ersten Freisetzungphase durchgeführt. Jeder zweite Betroffene war nicht bereit, sich zur persönlichen Bewertung der neuen Situation befragen zu lassen. Diese Verweigerungsrate gibt vielleicht auch einen Hinweis auf die Problemintensität der Freisetzungsfolgen für die Betroffenen.

Welche Probleme stellen in der neuen Lebenssituation für die Gruppe der Vorruheständler besondere Hürden dar?

1. Ein zentrales Problem für alle Betroffenen ist die Angst vor einem permanenten finanziellen Abstieg in der Gesellschaft.
2. Der hohe Anteil von Verheirateten und die damit häufig verbundene Gleichaltrigkeit führt dazu, daß beide Partner in kurzer Zeitfolge finanzielle Einbußen erleiden.
3. Die positive Bewertung der Arbeit durch alle Befragten läßt den Schluß zu, daß kurzfristig und unvorbereitet auch einer der bedeutsamsten Kommunikationsstränge der Betroffenen durchtrennt wurde.
4. Das Wohnumfeld sowie das begrenzte Angebot für Hobby und Freizeit bieten derzeit kaum Möglichkeiten zu körperlichem und geistigem Ausgleich.
5. Versuche einer Einbeziehung der jungen Alten in das vorhandene Angebot und das Niveau der Altersbetreuung in den neuen Bundesländern wird von den Vorruheständlern nicht angenommen. Eine eigenständige Vereinstätigkeit besteht heute nur im Ansatz. Sie beschränkt sich aus verschiedenen Gründen vor allem auf Hilfe und soziale Betreuung und basiert auf ungenügenden materiellen wie personellen Grundlagen.
6. Befragt nach der innerfamiliären Verarbeitung des neuen Status erklärt jeder zweite, daß der Prozeß der Umstellung und Anpassung nicht ohne größere Probleme verlief.

Eine Gegenüberstellung der Freizeitaktivitäten während der Zeit der Erwerbstätigkeit und mit Beginn des Vorruhestandes erbrachte zunächst nur geringfügige Veränderungen. Die Gründe hierfür sind in festgefügten Gewohnheiten, aber auch im bereits erwähnten Mangel neuer und anregender Angebote zu suchen. Bemerkenswert ist eine deutliche Abwendung von ehrenamtlicher Tätigkeit durch die Betroffenen.

Diese Haltung erscheint nicht zuletzt als eine Absage an die Gesellschaft, von der man sich derzeit enttäuscht fühlt, aber auch als nachträglichen Bruch mit dem sozialistischen Selbstverständnis von "Ehrenamt". Es liegt die Gefahr vor, daß sich hier Anzeichen von Entsolidarisierung zwischen und innerhalb der Generationen abzeichnen.

Anmerkung:

- 1) Die Höchstgrenze für zu zahlende Entschädigungen war in den einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich fixiert. Während in der Leuna-Werke AG diese Summe bei maximal 27.000 DM lag, schrieb der Sozialplan der MIBRAG 6.000 DM Höchstgrenze fest. Durch Intervention der Treuhand wurden im Geltungszeitraum z.T. diese Entschädigungsbeträge gekürzt, so daß der Zeitpunkt der Inanspruchnahme für die Abfindungshöhe oft maßgeblich wurde.  
Die Höhe der Entschädigungszahlungen wurde zudem von der langjährigen Betriebszugehörigkeit vieler Betroffener (vgl. SCHAUBILD 4) beeinflusst.

Literaturverzeichnis:

- |                                 |   |
|---------------------------------|---|
| IAB 1992                        | Arbeitsmarkt in Zahlen: Aktuelle Daten 1990-1992, hrsg. v. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg 1992   |
| JAHRBUCH SACHEN-ANHALT 1991     | Jahrbuch Bevölkerungsstatistik 1990, hrsg. v. Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt. Halle 1991  |
| STIFTUNG ARBEIT UND UMWELT 1991 | Stiftung Arbeit und Umwelt der IG Chemie-Papier-Keramik: Lösungsansätze für die Beschäftigungs-, Struktur- und Umweltprobleme der chemischen Industrie im Großraum Halle/Leipzig/Merseburg. Hannover 1991 |



## EINIGE HINWEISE AUF DEUTUNGSMUSTER UND BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN "FREIGESETZTER" ÄLTERER IM PROZESS DER GESELLSCHAFTLICHEN TRANSFORMATION

von Gudrun Prengel und Roland Schmidt

### Inhalt:

1. Systemveränderung und Alltagsleben
  2. Zu Besonderheiten in der Verarbeitung der "Freisetzungserfahrung". Ein Entwurf
  3. Bewältigungsstrategien zwischen Freizeitorientierung und Insulation
- Anmerkungen  
Literaturverzeichnis

### 1. Systemveränderung und Alltagsleben

In einem Herausgeber-Vorwort zu der Aufsatzsammlung mit dem Titel "Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch" definieren Bernd GIESEN und Claus LEGGEWIE (1991: 8 ff.) resümierend und zuspitzend Forschungsfelder, die eine detaillierte sozialwissenschaftliche Dokumentation der institutionellen Transformation mit ihren nicht-beabsichtigten Folgen und Nebenwirkungen einzubeziehen hätte. Ohne nun die auf fünf Punkte konzentrierten Aussagen in Gänze referieren zu wollen, sei eingangs dasjenige Forschungsfeld umrissen, dem sich unsere Fragestellung zuordnet.

Der rasche Prozeß der institutionellen Anpassung und die sich sehr viel langsamere vollziehende Umstellung des Alltagslebens markieren, so die These, eine - nach Giesen/Leggewie: "dramatische" - Spannung zwischen System und Lebenswelt. Sicherheit oder situationsübergreifendes Vertrauen können angesichts zusammenbrechender oder sich verändernder Institutionen nicht in die neue Zeitrechnung hinübergerettet werden und wie sie sich unter heute gültigen Umständen rekonstruieren lassen, bleibt noch abzuwarten.

"Eine solche Fragestellung erhält zusätzliches Gewicht in einer Gesellschaft, die mehr als westliche Marktgesellschaften auf zentraler Steuerung von Ordnung, auf Berechenbarkeit, Zuverlässigkeit und korporativer Versorgung beruht. Eine engmaschige ständisch-korporative Gliederung war Integrationsmodus und Strukturtyp der DDR. Gerade diese Verlässlichkeit der Lebenssicherung, die Abgrenzbarkeit der Ansprüche und die Übersichtlichkeit des Ablaufes, bricht nun zu-

sammen und wird durch die überschießenden Ansprüche, die Flüssigkeit und Unübersichtlichkeit der Marktgesellschaft ersetzt. Alte Routinen (...) greifen nun ins Leere, und auf die Forderung nach individueller Initiative und Selbstverantwortung ist man nicht vorbereitet" (GIESEN/LEGGEWIE 1991: 10).

Nicht nur die Entwertung, die eingeübtes Verhalten in der Transformationsperiode sich steigernd erfährt, bewirkt nachhaltig Orientierungsprobleme. Auch das Leben in der sich in ihrer Spätphase einbunkernden DDR-Gesellschaft, das Lasten "bleierner Zeit", ist der sich nun bahnbrechenden Veränderungsdynamik konträr. Jetzt erfahrbare und nachzulebende Zeittakte sind, bildlich gesprochen, "aus dem Stand" heraus zu bewältigen - oder nicht.

Skepsis ist zudem angebracht, ob sich Improvisationstalent und persönliche Versorgungsnetzwerke, die der alten Mangelsituation geschuldet waren und sich sozusagen unterhalb der Schwelle staatlicher Planwirtschaft aus Kompensationsgründen bildeten, nach dem Systemwandel und unter nun marktwirtschaftlichen Bedingungen weiterhin als funktional und überlebensfähig erweisen. Das heißt, diejenigen Talente und Verbindungen, die das alte System auf einer zweiten Ebene förderte, könnten sich jetzt u.U. nurmehr als bloße Relikte erhalten, an denen man in einer Mischung aus Sentimentalität und Gewohnheit weiter festhält - vielleicht begleitet von einer Sinnverschiebung auf biographisch relevante, kontinuierkeitsstiftende Akzente.

Prozesse einer Entkoppelung von System und Lebenswelt lassen sich am Thema "Entberuflichung des höheren Erwachsenenalters" und des institutionellen Anschlusses der Ex-DDR an die in der alten BRD eingeübte Strategie der Frühverrentung zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen und innerbetrieblichem Rationalisierungsdruck mit besonderer Eindringlichkeit nachvollziehen. Zwar ist zu konzedieren, daß eine Weiterarbeit - wie sie für Altersrentner in den 50er Jahren diskutiert und Anfang der 60er Jahre ermöglicht wurde - in der späteren DDR-Geschichte infolge der sich bessernden materiellen Lage jüngerer Rentnergruppen mit Zusatzrenten und bei kontrastierenden betrieblichen Interessen längst durch gegenläufige Prozesse als ideologisch motiviertes Konstrukt an praktischer Verbindlichkeit eingeübt hat (vgl. ausführlicher: KONDRATOWITZ 1988: 518-521). Die Breitenwirkung der "Freisetzung" älterer Arbeitnehmer ab nunmehr 55 Jahre und der damit für diese Generation nahezu "verbindliche" Eintrittszeitpunkt in den Ruhestand setzen hier jedoch andere Niveaus: Eine über eine Zeitspanne hinweg sich vollziehende Entwicklung in Schüben und ihnen vorausgehenden Einstellungsänderungen (vgl. DIECK 1985) fand dort nicht vergleichbar statt.

Mit der erzwungenen Aufgabe der Erwerbsarbeit ist zugleich diejenige Form der Vergesellschaftung den Betroffenen als Handlungs- und Erfahrungsraum entzogen, dessen Anforderungen ständige Rückkoppelungs- oder Überbrückungsanstrengungen auferlegt - im Sinne der Anpassung an systemische Anforderungen wie im Sinne eines Autonomieerhalts der Lebenswelt. Die jenseits des Erwerbslebens stehenden Personen sind einerseits zwar konfrontiert mit vielfältigen Erfahrungen, daß tradiertes Verhalten und bewährte Handlungsstrategien im Transformationsprozeß an Angemessenheit und Zielgerichtetheit verloren haben. Das trifft vorrangig zu auf alle Außenkontakte zu Institutionen und Instanzen, die nunmehr auf veränderter normativer Grundlage agieren. Dies kann aber zugleich in vor allem privat motivierten Außenbeziehungen auch kontrastiert werden durch überdauernde und "konservative" gesellige Strukturen. Und die "Freigesetzten" (Ost) sind im Regelfall nur über den Status des Klienten oder Antragstellers eingebunden in Kontexte, die auf die in ihrer Binnenstruktur tätigen Personen sozialisierende Wirkung ausüben. Der "Freigesetzten"-Status allein erzwingt noch keinen Perspektivwechsel, keine allmählich fortschreitende Perspektivübernahme oder die Entwicklung eines Selbstverständnisses und die Ausbildung von Handlungsroutinen im jetzt neu übernommenen System der Bundesrepublik quasi "nebenbei" - z.B. im Sinne eines Learning-by-Doing.

Man kann vielleicht von der Gefahr einer doppelten Passivierung ausgehen: Einmal als denkbar schlechtes Resultat der Entberuflichung selbst und zum anderen, weil in der Transformationsperiode zugleich Momente einer - vorübergehenden oder dauerhafteren - Desintegration um so schwerer zu Buche schlagen. Rückführungschancen der Entkoppelung von System und Lebenswelt wären dann spezifisch tangiert<sup>1)</sup>.

## 2. Zu Besonderheiten in der Verarbeitung der "Freisetzungserfahrung". Ein Entwurf

Wenn wir in unserem Beitrag summarisch von "freigesetzten" Älteren sprechen, so sind wir uns - Jürgen WOLF (1991) folgend - wohl darüber im klaren, daß die Rahmenbedingungen des "eigentlichen" Vorruheständlers (im Sinne der Modrowschen Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld) differieren von den Umständen jener Personen, die nach Inkrafttreten des Einigungsvertrages Altersübergangsgeld (also sich im Arbeitslosenstatus befindend) erhalten. Daß sich

die Unterschiede im Instrument und im Materiellen nach aller bisherigen Kenntnis zudem verlängern in je besondere Voraussetzungen zur (relativen) Stabilisierung des Selbstwertgefühls, ist sicher auch für den Osten zutreffend (vgl. z.B. NAEGELE 1983: 386 ff.). Wir können solche notwendigen Detaillierungen im Rahmen unseres Versuches, einige Hinweise zu Deutungsmustern und Bewältigungsstrategien auf Grundlage einer explorativ gehaltenen und auf den pragmatischen Zweck "Tagungsbeitrag" begrenzten Studie nicht leisten - verweilen also gewissermaßen im Groben.

Nach Angaben des Arbeitsamtes bezogen in Ostberlin im Sommer 1991 (Stand: Juli) rund 8.500 Personen (55 Jahre und älter) Altersübergangsgeld und 27.000 Personen (Männer ab 60 Jahren und Frauen ab 55 Jahren) Vorruhestandsgeld (Landespressedienst Berlin vom 4.9.1991). Die DDR-Vorruhestandsregelung, die zum 1. Februar 1990 in Kraft gesetzt wurde und mit dem Einigungsvertrag zum 2. Oktober 1990 auslief, sah ein Vorruhestandsgeld in Höhe von 70 Prozent des Durchschnittslohnes der vergangenen 12 Monate - mindestens jedoch 500 Mark - vor, wenn definierte Voraussetzungen erfüllt waren (genauer WOLF 1991: 4 ff.). Diese Vorruhestandsregelung wurde gemäß Einigungsvertrag dann überführt in eine Altersübergangsgeld-Regelung, die den berechtigten Personenkreis von zunächst Personen ab dem 57. Lebensjahr - zum 1. Juli wurde dieses Alter auf das 55. Lebensjahr gesenkt - aus dem Arbeitslosen-Status umdefiniert in eine "verstaatlichte Form der sogenannten 59er Regelungen". Die Berechtigten erhalten jetzt 65 Prozent ihres bisherigen durchschnittlichen Nettoentgelts. Da die Bezieher des Vorruhestandsgeldes der ehemaligen DDR ihren Anspruch behalten, sieht man von Dynamisierungsdetails ab, existieren in der Gruppe der frühzeitig Verrenteten also zwei "Freisetzungstypen" mit je unterschiedlicher finanzieller Ausgestaltung.

Adelheid KUHLMHEY und Gerd BANSEMIER (1991) präsentierten anlässlich des Colloquiums "Ein Jahr Sozialunion in Deutschland" eine erste Auswertung ihrer damals laufenden Befragung von Vorruheständlern des Ex-DDR-Kombinats "Elpro - AG Berlin". Die Ausführungen konzentrierten sich auf die These, daß es eine ostdeutsche Spezifik in den individuellen Auswirkungen von 'Frühverrentungen' gäbe. Für diejenigen Zuhörer allerdings, die mit westdeutschem Erfahrungs- und Forschungshintergrund der Argumentation folgten, konnte dieser erste Anlauf zur Beleg-Führung noch nicht recht überzeugen: Zu oft kannte man die zitierten Selbstetikettierungen und Situationsbeschreibungen (mitunter fast wörtlich) aus der Praxis der Sozialpädagogik und aus Ruhrgebietsbefragungen. Trotzdem: Wir teilen grundsätzlich die Annahme einer Ost-Spezifik in der Verarbeitung der "Freisetzungserfahrung" und halten den Versuch, sie detaillierter herauszudestillieren, für ein lohnenswertes Unterfangen. Wenn wir uns die Kuhlmeij/Bansemir'sche These zu eigen machen - ohne sie mit diesem Entwurf auch nur an-

nähernd erschöpfend untermauern zu können -, so verbinden wir allerdings damit einen anderen forschungsmethodischen Zugriff (Einzel- oder Gruppeninterviews anstelle des Fragebogens) und versuchen zudem, inhaltliche Aussagen der Interviewten zum Vorruhestand nicht durch unsere Gesprächsführung und -dramaturgie insistierend aufs "Gerontologische" zu orientieren. Es könnte nämlich sein, daß die sozusagen ost-west-neutralen Bilder (z.B. "zum alten Eisen geworfen zu sein") nur dadurch ihre scheinbare Unspezifik erhalten, weil die Kommunikationsstruktur, die das Fragebogenbeantworten setzt, einer unabdingbar notwendigen Ausformulierung und Kontexterhellung im besonderen nicht eben zwingend förderlich ist. (Zum Beispiel: Ist dieser Satz eher generalisierend gemeint, oder bezieht er sich auf einen definierten Lebensbereich, während andere mit nuancierterem Zungenschlag beschrieben werden?). Zudem - und damit greifen wir der Präsentation unserer Interview-Erkenntnisse bereits vor - legten es unsere Gesprächspartner(-innen) in ihren Erzählungen von sich aus gar nicht darauf an, den Erfahrungskomplex "Freigesetzt-sein" zu isolieren aus dem Insgesamt ihrer Alltagserfahrungen im Sommer 1991. Eher sind es Verbindungsversuche mittels Interviewernachfrage, die ein gerade präsentiertes Thema nochmals verknüpfen mit memorierten und referierten Aussagen zur Freisetzungproblematik aus früheren Gesprächssequenzen, um vielleicht "zum Kern zurückzufinden" und damit fachspezifischen Perspektiven Dominanz zu sichern.

Unsere Interviewpartner fanden wir über Kontakte zu und Vermittlung durch Personen, die i.d.R. in der herkömmlichen offenen Altenarbeit (z.B. im Rahmen der Volkssolidarität) tätig sind. Diese Mitarbeiterinnen haben bereits Schritte unternommen, um ihre bisherige berufliche Praxis um die Facette "Arbeit mit 'Vorruehständern'" zu erweitern (d.h. Gruppen initiiert, Konzeptionen formuliert, Zuwendungsanträge gestellt etc.). Diese Vereinigungen sind überwiegend in Berlin-Friedrichshain tätig (vgl. Anmerkung 3); ergänzt wurde diese Datengewinnung durch Expertengespräche mit Praktikern/Vorruehständern, die in anderen Bezirken der Stadt wirken.

Es handelt sich bei den Interviewten also um Personen, die einerseits Anschluß an Kreise/Vereinigungen gesucht und gefunden haben, die ein Stück weit auch Selbsthilfe(spuren)elemente mobilisieren - was eine gewisse Handlungskompetenz impliziert, die wir nicht verallgemeinern können. Andererseits bedeutet dieser Zugang aber zugleich auch, daß ein Problemdruck bei den Betroffenen existiert, der sich in dem Anschluß an solche Gruppen - und in der Interviewsituation - ausdrückt. Was wiederum in dieser z.T. Emotionalität nicht per se als exemplarisch oder prototypisch behauptet werden kann. Wir haben, vorsichtig formuliert, nicht den Eindruck gewonnen, daß Rekrutierungswege positiv selektiv wirksam wurden.

Unsere Ausführungen basieren auf 2 Gruppendiskussionen mit insgesamt 11 Personen und 5 Einzelinterviews (davon 3 Experteninterviews). Wir bewegen uns auf dem Niveau der Hypothesenbildung. Da der Anspruch des Textes und sein begrenzter Zweck nicht weiterführende Forschung unsererseits vorbereitet,

fiel uns die Entscheidung nur um so leichter, eine weitgehend offene Gesprächssituation gegenüber einer Strukturierung mittels Leitfaden zu favorisieren. Wir verzichten auf eine Textpräsentation, die zentral mit Interviewzitate operiert, da ein solches Vorgehen u.U. einen Grad von Feinanalyse des Datenmaterials bereits suggeriert, den wir nicht leisten.

Wir sind bei der Darlegung unseres Zugangs und Vorgehens implizit bereits bei einem ersten Spezifikum angelangt, das folgendermaßen bezeichnet werden kann: In einer Situation tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzung bilden Unsicherheiten und Verunsicherungen, die aus dem "Freisetzungsschritt" herrühren, immer nur eine Teilfacette in einem die gesamten Familien- und Lebensverhältnisse erfassenden Prozeß existentieller Neudefinition. Und das in einer Lage, in der Betroffene über kein aus Erfahrung als "sicher" zu qualifizierendes Regelwissen (mehr) verfügen können. Es fehlt die Gewißheit, von sich behaupten zu können, man beherrsche die gültigen Spielregeln und habe bereits Durchblick. Handelt es sich im westlichen Fall bei der "Freisetzung" (vgl. DIECK/NAEGELE/SCHMIDT 1985) um eine gravierende, weitgehend irreversible Zäsur, die zwar unter bekannten Umständen weitere zentrale Lebensbereiche negativ tangieren kann, deren Niederschlag dann aber in einem vom Subjekt erkennbaren Ursachen-Wirkungs-Verhältnis steht, so präsentiert sich die östliche Spielart heute (noch) als Amalgam unterschiedlichster Wandlungsprozesse der Transformationsperiode.

Am eindrücklichsten kann dies am Thema "Haushaltsbudget und private Finanzplanung" nachvollzogen werden. Zu den z.T. gravierenden Einkommenseinbußen als Folge der "Freisetzung" addieren sich Preis- und Gebührenerhöhungen, die aus dem allmählichen Übergang zu Marktpreisen resultieren. Unabhängig davon, wie sich solche Beträge zu verschiedenen Zeitpunkten, die jeweils relevante Einschnitte markieren, faktisch rechnen, beobachteten wir im Befragungszeitraum eine weitverbreitete Unsicherheit darüber, welche Preiserhöhungen und Gebührensätze bei welchen individuell ggf. gewährten Transfers zur teilweisen Kompensation in welchem Zeitraum und wie greifen. Und: Wann mal ein Ende dieser Progression in Sicht sei. Das heißt, daß sich unabhängig von der augenblicklich gültigen Ausgabenrechnung künftige Teuerungen bereits ankündigen, bei nicht antizipierbarem Haushaltseinkommen in ein oder zwei Jahren. "Wartestand" definierte ein Gesprächspartner seine finanzielle Beweglichkeit. In einer Diskussionsrunde mit Rentnerinnen wurde das am Beispiel der Kirchensteuerdebatte insoweit sehr eindrücklich deutlich, da es sich in diesem Falle um eine Kostenposition handelt, die zu DDR-Zeiten nicht bekannt war. Die Befürchtung existiert heute, daß sozusagen hinter jeder neuen Etappe des Transformationspro-

zesses nun auch noch neue kostenträchtige Regelungen verborgen sind und greifen, die man aktuell überhaupt nicht absehen kann. Die Ungewißheit darüber, wohin das alles noch führen könnte, und die Vorstellung, man sei solchen Entwicklungen unentrinnbar und wehrlos ausgesetzt, sind Ausdruck des bezeichneten Mangels an "Spielregelwissen". Die längst einsetzende Flut von Beratungsangeboten jedweder Art stößt längst nicht mehr überall auf wohlbereitete Aufnahme, sondern solchen Ratgebern kommt in der Wahrnehmung unserer Adressatengruppe ein Stück weit nahezu problemverstärkender Charakter dadurch zu, daß sie sich als ein Glied von vielen in einer sowieso schon energieverzehrenden Kette von Dauerthematisierungen lebensweltlicher Folgen der Einheit fügen - während man immer öfter eigentlich doch mal abschalten und sogar nicht mehr Zeitung lesen möchte: Dieser Dynamik ist nicht in Permanenz hechelnd zu folgen. (Im Osten "Unruhestand" altenprogrammatisch zu fordern, hieße derzeit Zynismus zu verbreiten.) Hier verfügen die "Freigesetzten" übrigens nach allen Berichten von "Experten" über eine weitaus ausgeprägtere Tatkraft und Energie, sich solchen beratenden Instanzen - wenn auch freudlos - zu stellen, während die Altersrentner(-innen) inzwischen immer häufiger ablehnen und sich gegen die Neuerungs- und Informationsflut abschotten.

Man muß sich allerdings vor allzu schnellen Generalisierungen in Acht nehmen. Dort, wo Ressourcen und Kompensationsmöglichkeiten ins neue System hinübergerettet werden konnten (z.B. der Garten mit Datsche), findet das sonst unumgänglich durchs Interview provozierte Lamento nicht durchgängig statt. Sind solche Voraussetzungen gegeben, so finden die Gesprächspartner(-innen) eher zu einem Stil abwägenden Argumentierens und Bilanzierens. Das heißt zugleich auch, daß Formen nicht-politikrelevanter Privilegierung, die ungefährdet und undiskriminiert überdauern, bewirken, daß der "Freisetzungsakt" mittels nicht involvierter und subjektiv aber bedeutungsreicher Lebenskonstanten u.U. im Einzelfall doch auch partiell aus seiner Verstrickung in den globalen Strukturwandel "isoliert" werden kann. Demnach wäre also das oben präsentierte erste Spezifikum gebunden an ein Nichtvorhandensein genannter Privilegierungen bereits zu Zeiten des SED-Staates. Das Bild vom "kleinen Mann", der notorisch auf der Verliererseite steht, wird daher in unseren Gesprächen immer wieder gezeichnet - gleichsam als eine Art existentielles Kontinuum eingeführt, das in unterschiedlichen Zeiten nurmehr seine konkrete Ausgestaltung wechselt(e)<sup>2</sup>).

Generell aber gilt, daß der gesellschaftliche Transformationsprozeß nicht allein auf der institutionellen Ebene die Verhältnisse zum Tanzen brachte und noch bringt, sondern daß er weitergehend in rascher, unmittelbarer Folge die Alltags- und Lebensverhältnisse in ihrer Feinstruktur erfaßt und verändert. Es ist daher ein gewisser Vorteil, daß wir unsere Interviews im Kontext eines zwar umfassenderen, aber regional auf einen Berliner Stadtbezirk begrenzten Projektes "Sozialanalyse Friedrichshain"<sup>3)</sup> durchführen konnten, in dem die Lebenslage älterer Menschen (hier: 65 Jahre und älter) untersucht und die Erkenntnisse für die Reorganisation und vielleicht Profilierung der bezirklichen Altenhilfe(politik) herangezogen werden sollen. Denn über den bekannten lokalen Bezug fließen einerseits Erfahrungs- und Erlebensdimensionen in die Interviews ein, die im Falle weiterer Distanz zur Lebenswelt möglicherweise weniger nachvollziehbar wären (z.B. die Kiez-Veränderung). Ebenso eröffnet dieser Kontext in Teilbereichen den Autoren ein größeres Maß an Sicherheit für die Interpretation als dies angesichts der Exposéartigkeit unseres Versuchs sonst hätte der Fall sein können.

Ein zweites Spezifikum, das wir identifizieren konnten, kann man als persönliche oder biographische Wendung des Systemvergleichs bezeichnen: Die Erwerbs- erfahrung ist verknüpft mit der Existenz der DDR, die "Freisetzung" mit der Herstellung der deutschen Einheit. Der Vergleich Erwerbstätigkeit - Ruhestand stellt einen maßgeblichen Posten in der Bilanzierung des individuellen Transformationsgewinns oder -verlustes dar. Weist diese immer wieder repetierte Rechnung im Ergebnis ein Minus auf, so wird ihre Präsentation in der Interviewsituation von Beginn an zugleich "politisiert". Aus dieser Melange von Bericht und Bewertung resultiert die Schwierigkeit unserer Gesprächsteilnehmer(-innen), den von uns nachgefragten Erlebensbereich "konzentriert" zu behandeln. Man kann die zahllosen Exkurse in die Politik, die die Lagebeurteilung und Perspektivsuche von Vorruehstählern und von Beziehern des Altersübergangsgeldes im Gesprächsverlauf begleiten, nicht vorschnell oder pauschal als Abwehrverhalten oder gar als durch ehemals herrschende politische Positionen präformierte Statements diskriminieren. Weder die Interviewverläufe noch die Einflechtungen biographischer Aspekte geben solchen Mutmaßungen Nahrung. Wir erkennen in diesem Versuch, quasi Interdependenzen zu reflektieren, vielmehr einen sehr realistischen gedanklichen Nachvollzug der erlebten Prägestkraft politischer Normierungen und der Gestaltungsmacht politisch definierter und zugebilligter Lebensqualität jenseits der Erwerbstätigkeit. Am Privaten läßt

sich die Politik anschaulich überprüfen, an der individuellen Perspektive den Effekt und Nutzen der Transformation ausmachen.

Als sozusagen Paradebeispiel für solche Verbindungslinien muß der in allen Gesprächen heftig debattierte Konsumbereich gelten. Daß es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen weder am Angebot noch am Sortiment mangelt, wird im allgemeinen prinzipiell goutiert und als gesellschaftlicher Einigungsgewinn verbucht. Diese strukturelle Verbesserung einerseits und der niedrige Grad persönlicher Teilhabe am konsumtiven Sektor andererseits konstituieren aber zugleich ein Spannungsfeld, das angesichts des Nachholbedarfs der Ostdeutschen an Konsumgütern im Vergleich mit dem Westen deutlich aufmerksam und mit hoher Sensibilität betrachtet wird. Wenn man nun die Interviews daraufhin durchleuchtet, wie diese Diskrepanz seitens der Interviewten verarbeitet wird, so lassen sich zumindest drei Perspektiven unterscheiden, die jedoch nicht zwingend in einer sich ausschließenden Konkurrenz gegeneinander stehen müssen:

(1) "Für mich kommt die Einheit zu spät; aber der Kinder-/Enkelgeneration soll es mal besser gehen." - Die Generationen, die die Erwerbsphase beendet haben oder beenden mußten, verstehen sich ausdrücklich als "Verlierer der Einheit". Selbst dann, wenn sie ihre Interessen engagiert öffentlich vertreten (z.B. durch Demonstrationsteilnahme), wird die persönliche Zukunftsaussicht mit Skepsis und resignativem Tonfall beigemischt präsentiert (falls erwähnte Kompensationsdefizite greifen). Vielleicht aber, so eine Überlegung, kann es der Kinder- oder Enkelgeneration gelingen, an der irgendwann einsetzenden Prosperität aktiv zu partizipieren. Ob aus diesem Vorschuß auf die Zukunft dann tatsächlich eine aus der generationsübergreifenden und prospektiven Familienwohlfahrtserwartung gezogene Selbsttröstung resultieren kann, ist stark abhängig von der aktuellen Erwerbssituation dieser Familienmitglieder. Erwerbslosigkeit der Kinder und befürchtete Berufseinmündungsprobleme bei den Enkeln (z.B. die Lehrstellendiskussion im Frühsommer 1991) bewirken unweigerlich, daß die in der gewählten Stilisierung als "auf dem Tisch der Einheit geopfert Generation" bereits mitschwingende Besserungshoffnung kaum glaubhaft kommuniziert werden kann. In einer gesprächsstrategischen Verwendungsvariante bietet sich diese Sentenz zum anderen dann auch als Rettungsanker an, um die in einem Gespräch Dritten offenbarte Verzweiflung, die das gesamte Familiennetz ergriffen hat, ab einem allzu "kritischen" und belasteten Punkt im heiklen Moment doch noch mit Kraftanstrengung zu überspielen: ein Motiv des Sich-in-den-Griff-Kriegens ohne inhaltliche Überzeugungskraft auf Zuhörer.

(2) "Irgendwo ist ja doch vieles beim Alten geblieben." - In den Interviews wurde diese Ansicht am Beispiel des Konsumsektors gerade von Frauen vertreten und ausgeführt. Sie weisen darauf hin, daß die Zeit, die sie früher durch Akquisitionsprobleme bei knappen Waren veräußern mußten, mittlerweile durchaus bereits dem Zeitvolumen entspricht, das sie jetzt für unumgängliche Preisvergleiche aufzuwenden haben.

Die finanzielle Absicherung der Altersübergangsgeld-Bezieher wird von Jürgen WOLF (1991: 8) als "klarer Abstieg" qualifiziert. Weiter führt er aus: "Das zentrale Problem ist aber die generelle Unsicherheit über die weitere Entwicklung: im Unterschied zu den meisten ihrer westdeutschen Kollegen können sich die Vorruehuständler in den neuen Ländern n i c h t ausrechnen, wie sie in ein paar Jahren dastehen werden."

Hinweise, wie jüngst seitens des Münchener Ifo-Instituts, daß Modellrechnungen für in den neuen Ländern verbreitete Haushaltstypen eine Steigerung der Kaufkraft ihrer Nettoeinkommen ergaben (bei einem Rentnerhaushalt mit 1 Person z.B. eine Erhöhung der Einkommen von 529 DM 1989 vor der Wende auf hochgerechnete 769 DM im Oktober 1991, also ein Plus von 45 Prozent; gerechnet Einkommen nach Abzug aller Abgaben und zuzüglich Transferleistungen wie Wohngeld), sind für unser Thema insoweit nicht allzu gewichtig, da wir es mit Personen zu tun haben, deren Lebenslage gravierende Änderungen durchlaufen hat. Dies trifft auf die Ifo-Typen nicht mit vergleichbarer Prägnanz zu (vgl. Sozialpolitische Umschau Nr. 378 vom 2.9.1991).

Sieht man mal ab von den Zeitinvestitionen, die die institutionelle Anpassung jedem einzelnen aktuell (noch) abverlangt, da sie sich zukünftig verringern werden, so bleiben demgegenüber Infrastrukturveränderungen im Einzelhandel und im Hinblick auf Supermarktketten im Wohnquartier, die bereits heute Wirkung zeigen, für private Zeitkalkulationen dauerhaft von Relevanz (vor allem bei eingeschränkter Mobilität ohne Pkw). Pointiert wird die vor uns ausgebreitete Kontinuitätsthese in dem Diktum zusammengefaßt, daß man früher suchen mußte, um etwas zu kaufen, und heute, weil man ja zu sparen habe. Der hier mittransportierten Differenz der Tätigkeiten "Waren suchen" und "Preise vergleichen" entspricht grundsätzlich das Überdauern gewohnter und erzwungener Zeitbudgetaufwendungen in der subjektiven Wahrnehmung. Unter solcher, aus anderen Kontexten isolierter Prämisse addiert sich zu der Transformationsbilanz das Bemühen, hinter all den so gravierenden Wandlungen doch auch etwas wie Lebenskonstanten zu entdecken, um dank dieser einen Beleg für die fatalistisch gefärbte These zu erlangen, daß auf einer ganz basalen Ebene der hereinbrechende Westen letzten Endes doch längst nicht alles umzumodeln vermag. Für uns deutet manches darauf hin, daß dem "Ihr-da-oben/Wir-da-unten"-Schema, das sich im Windschatten des offiziell verbreiteten Klassendenkens und der Privilegie-

rungssysteme reproduzierte, nun zusätzliche Überzeugungskraft aus der Erkenntnis zuwächst, daß es sich bei diesem Grundmuster "erwiesenermaßen" um eine Art auch systemunbeeinflußter anthropologischer Konstante handle.

(3) "Der Kapitalismus hat seinen Fuß schon in der Tür." - Dieses auf die Drückerkolonnen gemünzte Bild - eine Aufdringlichkeitserfahrung, die verschiedentlich zu machen war/ist - wird von den Interviewten gezeichnet, um zu veranschaulichen, daß es sich bei der neuen Warenwelt nicht bloß um eine mögliche Option zur Teilhabe handelt, die man bislang missen mußte, sondern um eine annähernd nicht aufzuhaltende Springflut, die ihre immer neuen Segnungen genauso in die bereits überquellenden Briefkästen quetscht wie sie sie in der rabiatesten Ausprägung in den Türspalt zu zwängen sucht. Beide Varianten stellen in gewisser Weise Pole in dem Bemühen dar, Umsätze und Abschlüsse durch direktes Zugehen auf den Konsumenten zu erzielen oder zu tätigen. Das heißt, auch der Ost-Konsument taucht nicht allein in der Position des handelnden Subjektes auf (z.B. desjenigen, der für sich eine Auswahl trifft), sondern er ist parallel zugleich Objekt informierender bis aggressiver Verkaufsstrategien. Und daß diese vor dem Haus oder der Wohnung nicht einhalten, irritiert und ängstigt vor allem Ältere und alleinstehende Frauen. Die Vorstellung, es gäbe hier Lebenssphären, die sich solchen "Auswüchsen" schlankweg entziehen könnten, ist längst destruiert; weder der Kiez noch die Privatheit der Wohnung bleiben als Tabuzone ausgespart, der Kapitalismus zieht in alle Poren ein. (In diesem Sinne zeigt er viel mehr Hartnäckigkeit als der vergangene Sozialismus, der die Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit stärker "toleriertere" im Falle genereller/formaler Loyalität.)

Es ist bekannt, daß westliche Werbungsstrategien und westliche Warenästhetik mit ihrem Verpackungs(un)wesen in der Ex-DDR durchaus auf Reserviertheit oder, bei Teilpopulationen, auf offene Ablehnung stoßen.

So zitiert Thomas Gersterkamp in einem Bericht über die Akzeptanzprobleme von Werbekampagnen im Osten Deutschlands - Titel: "Im östlichen Bewußtsein fehlt die Welt des schönen Scheins" - einen Werbefachmann mit der inzwischen gereiften Erkenntnis: "Symbolik bei Lifestyle-Werbung bedeutet für die immer Schwachsinn" (Frankfurter Rundschau vom 5.7.1991).

Erklärt werden solche Inkompatibilitäten also mit Wertdifferenzen zwischen Ost- und West-Bürgern, deren Auflösung die Werbebranche dadurch zu erzielen

sucht, daß sie mittlerweile für ein und denselben Artikel unterschiedliche Werbestrategien kreiert: Argumente des Praktischen und Nützlichen für die neuen, ein bißchen Life-style für die alten Bundesbürger. Doppelstrategie als Handlungskonsequenz bedeutet dabei implizit auch die Anerkennung von Besonderheiten, die das Marktverhalten der Konsumenten (Ost) mit prägen. Im Prozeß der gesellschaftlichen Transformation markieren Überlegungen dieser Art jedoch bereits ein fortgeschrittenes Stadium. Zunächst - und das prägte sich ein und ist heutzutage keineswegs schon in toto überwunden - wurde der Neubürger als Konsument mit allen unreflektierten Zumutungen der Werbefeld- und Eroberungszüge konfrontiert. Nicht nur das oben bezeichnete Aggressivitätspotential von Verkaufsstrategien wirkt(e) abschreckend, sondern auch das westliche Normalniveau von Werbung aller Art provoziert(e) geradezu Fragen nach Sinn und Unsinn dieser Vorgehensweise, um Dinge an die Frau und den Mann zu bringen.

In den Interviews, die wir führten, mischten sich beide Quellen einer - zumindest - Uneindeutigkeit in der Positionsbeziehung gegenüber der westlichen Warenwelt. Die hier skizzierte Diskussionsperspektive des Konsums ist keineswegs exklusiv "Freigesetzten" oder Rentnern vorbehalten. Ihnen - wie sicherlich auch den vielen anderen Bevölkerungsgruppen mit minimaler Kaufkraft - bietet sie sich aber an als Material, um in einer strategischen Nutzung solcher Argumente die persönliche Mangelsituation zu relativieren: Man muß ja nicht allen Unsinn mittun, der einem heute aufgetischt wird. Kritische Würdigung mischt sich also mit Motiven, die ungewohnte und sich jetzt öffnende soziale Differenzierung auf irgend einem Erträglichkeitslevel, wenn möglich, zu halten. Während sich auf diese Weise die Westdeutschen als "entfremdete Konsum-Toren" karikieren lassen müssen, wird das unumgängliche Festhalten an den alten Dingen als "wertbewußt" stilisiert. (Daß jüngere Kohorten verführbarer sind, tut in diesem Kontext nichts zur Sache.)

Je nachdem, wohin der Blick schweift, kann das Thema "Konsumangebot" also zur Grundlage der Entwicklung von generationsübergreifender Langfristhoffnung dienen, es bietet sich in einer Variante an zur Konstruktion systemunabhängiger Kontinuitäten, und es liefert reichhaltiges Material, um gegen Teilentwicklungen der gesellschaftlichen Transformation mit ihren unerwünschten Lebensweltfolgen opponierend zu argumentieren. Da es sich bei genannten Akzentuierungen des Themas nicht um voneinander isolierte und nur durch unsere Verarbeitung verbundene Motive handelt, sondern sie sich vielmehr im Dialog oder auch in

einem Monolog in einen Zusammenhang fügen, transportieren sie in der Summe die - durchaus ebenso an anderen Beispielen darzustellenden - Ambivalenzen, die so charakteristisch sind für die beinahe übermächtige Anforderung, eine solche gesellschaftliche Dynamik kognitiv und emotional nachzuvollziehen, sie zu verarbeiten und sich selbst in dieser Bewegung (vorläufig) zu verorten.

Weist die persönliche Transformationsbilanz in zu vielen Teilrechnungen rote Zahlen aus - und bei unseren Interviewpartnern(-innen) ist dies mehrheitlich der Fall -, so erhalten die Darlegungen, wie gesagt, politische Beimengungen, bestehend aus zwei Ingredienzen:

1. Die aktuell drückenden und für morgen als fortdauernd unterstellten existentiellen Nöte provozieren fast zwangsläufig eine eher unkritisch gehaltene Würdigung, ja Renaissance, der im SED-Staat gewohnten sozialen Sicherheit und Berechenbarkeit der Zukunft im Falle der Nicht-Dissidentschaft. Unkritisch deshalb, weil die alten Regulierungen aus dem gesellschaftlichen Kontext isoliert und dem jetzigen "Unsicherheitsstaat" in einer mitunter eigentümlichen klagend-kämpferischen Rede vorgehalten werden. Die weitestgehende Deregulierung gewohnter Normen und das Obsoletwerden eingeübter Verhaltensweisen im ehemals gegebenen gesellschaftlichen Rahmen wird keineswegs als Befreiung aus den Ketten einer zuletzt paralyisierten Gesellschaft - mit oder ohne Emphase - angesehen, sondern der institutionell in Gang gesetzte Individualisierungsschub bewirkt, im Gegenteil, ein Sicheinrichten in den verbliebenen Restnetzen, um hier dauerhaft zu überwintern:

(a) So kann sich ein ehemals Leitungsgremium der Volkssolidarität heute umwandeln in eine Art Selbsthilfvereinigung der aus ihrer Macht entlassenen lokalen Repräsentanten verloschener Staatlichkeit zur Pflege der noch verbliebenen alten Werte:

Es zählt zu den Nebenfolgen des Transformationsprozesses, daß ihn durchaus auch Ängste vor wachsender politischer Heimatlosigkeit - eine den Tangierten bewußte Gefahr - begleiten, die subkulturelle Milieus neuer Art entstehen lassen. Zum Beispiel: Die ins Alter gekommenen bisherigen Repräsentanten der Volkssolidarität in einer Basisgliederung bleiben, wie uns versichert wurde, in der Essenz ihren DDR-Werten treu. Ihre ehemaligen Leitungsgremien bedeuten ihnen heute einen Ort der Bewahrung, in der PDS sehen sie ihre letzte politische Heimat, die sie von den anderen (westlichen) Parteien als bedroht erleben. Es geht ihnen dabei weniger um Zukunftsentwürfe politischer Art, mehr hingegen um ein Schutz- und Trutzbündnis, das hilft, die politische Biographie und (beschädigte) Identität zu sichern.

(b) So kann die "Initiierung einer Kerngruppe von Selbsthilfwilligen" - wie es in einem Friedrichshainer Konzeptionspapier formiert ist - möglicherweise doch eine ganze Weile ihre Klienten dort abholen, wo sie tatsächlich auch noch stehen:

Wir fanden, wie gesagt, den Kontakt zu unseren Interviewpartnern/-innen über Vereinigungen, die in der offenen Altenhilfe tätig sind. Als Beiwerk waren dadurch - ohne weiteres Zutun und nicht systematisch angelegt - Informationen darüber zu gewinnen, welche konzeptionellen Überlegungen bislang angestellt oder welche Praxisformen einer "Vorruehständler-Arbeit" bereits entfaltet wurden. Bei deren Sichtung fällt unmittelbar auf, daß konzeptionelle Grundorientierungen (wie der in Ostberlin nun flächendeckend importierte Selbsthilfegruppen-Gedanke) hier u.U. noch in scharfem Kontrast stehen zu bisherigen GewiBheiten, wie denn eine Gruppenentwicklung "richtig" stattzufinden habe: Auf die "Kerngruppe der Selbsthilfwilligen" folgt z.B. die organisatorisch bereits gefestigte "Kerngruppe 'Dynamische Vorrentner' - Freundeskreis". Diese dann schon vernetzte Vereinigung wird professionell auf die "Übernahme von ehrenamtlichen Diensten" vorbereitet. In einer dritten Phase ist nun eine Art Zellteilung auf der Basis angenommenen Mitgliederwachstums antizipiert - bei zunehmend mehr eigenständiger Arbeit ohne professionelle Anleitung und Hilfe -, bis schließlich u.a. die "Herstellung von Arbeitsfähigkeit der ehrenamtlichen Dienste" als erfolgreich abgeschlossen projiziert wird. (Die Subjekte sind bestenfalls als Rudimente des "subjektiven Faktors" in dieser Selbsthilfeversion gegenwärtig!).

Es geht uns beim Zitieren dieser Vorstellungen zum sachdienlichen Organisationsaufbau nicht um eine Diskriminierung eines uns bekannt gewordenen Projektes (obgleich zugegebenermaßen die tragik-komischen Züge aus Westsicht kaum mehr höflich übersehen werden können), sondern wir wollen am pointierten Beispiel auf ein allgemeines Problem hinweisen: Der formale Export von Begriffen(-shülsen) - das meint, daß Sinnzusammenhänge und Handlungskontexte unreflektiert und konzeptionell unberücksichtigt bleiben - und deren übereilige Annahme ohne Bedenken des Rahmens bringt unweigerlich solche ins Groteske getriebenen Strategien hervor. Hierbei wirken indirekt die verbliebenen Chancen ein, soziale Arbeit überhaupt finanziert zu bekommen; ist Selbsthilfeförderung der noch erfolgversprechendste Weg, dann bedient man sich eben dieser Programmatik. Andererseits haben es vielleicht auch die Westberliner Verbände an Gespür mitunter vermissen lassen, Zusammenhänge ebenfalls zu vermitteln und nicht bloß Renommierobjekte den Ost-Besichtigenden letztlich inhaltsarm zu präsentieren, wie uns in Interviews berichtet wurde.

2. Die im Minus steckengebliebene Transformationsbilanz wird in der Rede gespickt mit Aussagen von Politikern (vorzugsweise aus dem Bundestagswahlkampf) zu den Zukunftsaussichten der Ex-DDR-Bürger und der Älteren unter ihnen. Es geht hierbei nicht um ein Rechten und ein Prüfen der korrekten Zitierweise im Sinnkontext o.ä.; prägend für die Deutung der Genese von Enttäu-

schung und unerfüllter Erwartung ist, dessen völlig ungeachtet, daß ein solches "verbürgtes" Wohlfahrtsmaß eine Personalisierung politischer Entscheidungsprozesse und Entscheidungen im Transformationsprozeß bei den "Freigesetzten" i.d.R. bewirkt, die konsequenterweise auch hilft, erlittene Unübersichtlichkeit und Zukunftsungewißheit mit Blick auf die Verantwortlichkeiten hierfür dann wenigstens eindeutig und namentlich zu bezeichnen ("Der Kohl hat gesagt ..., aber ..."). Diese Entlastungsstrategie paßt sich reibungsfrei ein in das sich soeben überzeugend beweisende "Ihr da oben/Wir da unten"-Schema. "Ihr", das sind die neuen Eliten, die die alte Avantgarde ablösten, sowie alle diejenigen, die als "rote Socken" Unterschlupf und Auskommen fanden und bislang zu sichern verstanden - also ein Spektrum neuer und alter Repräsentanten, das bei Bedarf als Einzelfall oder als Chiffre zitiert werden kann, um moralischen Ausführungen und Skandalisierungen Konkretion zu verleihen.

Es sei ausdrücklich hervorgehoben: Nicht jeder ist vor dem Hintergrund einer dann nicht (anpassungs-)problemfreien Biographie überhaupt in der Lage, solche Segmentierungen der DDR-Erfahrungen gedanklich zu leisten, wie wir sie beschrieben haben. Auch solche Gespräche beinhalten die politische Dimension des Vorher-Nachher-Vergleichs, aber sie sind inhaltlich ausgewogener und in Argumentation komplexer angelegt (vor allem nicht allein auf die "Ossi-Perspektive" reduziert). Es bliebe nachzuweisen, ob ein Zusammenhang von dezent non-konformistischem Verhalten - also einer gewissen Distanz, die Bevorzugungen ausschloß - in der Ex-DDR und politischer Differenzierungsfähigkeit in der Wahrnehmung der Einigungsfolgen, den wir mitunter gegeben fanden, tatsächlich verallgemeinerbar ist.

Ein drittes Spezifikum der "Ost-Verarbeitung" der "Freisetzungserfahrung" besteht in der Verschränkung des Verletzungspotentials, das in einer Situationsdeutung, in der zentral mit dem Motiv eines "In-den-Quasi-Ruhestand-abgeschnobenen-Seins" operiert wird, generell äußerst präsent ist, mit der Ausbildung einer transformationsspezifischen "Ossi-Identität": Auch in diesem Falle sind in ihrer Wirkung kumulierende Momente (hier: Kränkungserfahrungen) prägend für die selbst vorgenommenen Beschreibungen gegenwärtiger Befindlichkeit, die unsere Gesprächspartner vornahmen. Der Akt der "Freisetzung" selbst war wohl annähernd überall gekennzeichnet durch eine weitestmögliche Ausnutzung des "Erwerbsausgliederungspotentials" und eine deshalb folglich um so unper-

sönlichere Mitteilung des anstehenden Erwerbsendes im Einzelfall. Das Nichtvorhandensein persönlicher Optionen verlängerte und erweiterte sich in einem Ausgliederungsautomatismus, der ohne jeden Versuch einer - und sei es auch nur verqueren - individuellen Würdigung systematisch griff und seine Logik aufoktroyierte. Weder Vorgesetzte noch Kollegen/-innen gaben sich im Regelfall auch nur den Anschein von Mühe, einen persönlichen Ton anzuschlagen. Bei den Betroffenen überwog das Gefühl, längst schon als überflüssiger Störenfried definiert worden zu sein. (Das wurde auch bei späteren Besuchen am Arbeitsplatz deutlich, wie berichtet wurde.)

Vielleicht besteht zu mancher West-Erfahrung hier nur ein gradueller Unterschied, obgleich infolge des hochdifferenzierten Belohnungs- und Beurkundungssystems der DDR-Betriebe der plötzliche Verzicht auf die Weiterverwertung der noch kürzlich ausgezeichneten Arbeitskraft an Schärfe und Kraßheit hinzugewinnt. Das gilt gleichfalls für Arbeitnehmerinnen, deren innerbetrieblicher Zuwachs an Wertschätzung gerade an das Erreichen eines Lebensalters gebunden war, das Schwangerschaften ausschloß. Von besonderem Gewicht in den Interviewaussagen ist die Parallelität von Ernüchterung, ja Enttäuschung, und der Erfahrung, daß die Lebensleistung der Ex-DDR-Bürger im Westkontakt vielfältigen Entwertungsprozessen unterliegt. Das heißt, nicht allein mit Blick auf die Zukunft wurde eine Nichtweiterverwendungsfähigkeit im Erwerbssystem attestiert, sondern auch die vergangene Arbeit verliert in der Konfrontation mit (vermeintlich) westlichen Standards an Bedeutung: Eine rückwirkend einsetzende Entwertung der Leistungsbilanz einer Erwerbsbiographie ist zu erleiden.

Man kann solche Korrekturen "nach unten" als Ex-DDR-Bürger(in) und "Freisetzungsbetroffene(r)" in verschiedenen Mixturen und in unterschiedlichen, z.T. sehr privaten Kontexten hinnehmen müssen:

- Durch die Vereinbarungen der Währungsunion wurde der in Geld ausgedrückte (Lebens-)Verdienst teilweise halbiert. Der Wert, den die Mark der DDR im Westen hatte, ist eine Perspektive auf diesen Aspekt der Einheit, das Erinnern der veräußerten Arbeit, die in Erspartem und Rücklagenbildung "geronnen" ist, eine andere. Letztgenannte Sicht leitet unmittelbar über in eine moralisch gefärbte Erörterung dieses Einigungsverlustes mit der Ouvertüre: "Warum ist unsere Leistung auf einmal nur noch die Hälfte wert?"
- Diese als ungerechtfertigt angesehene und als diskriminierend empfundene Entwertung wird gerade im privaten Kontakt zu Verwandten und Freunden (West)

nahezu potenziert durch deren Gratulation: "Dank unserer Arbeit und Leistung erhaltet ihr jetzt endlich richtiges Geld!"

- Engagierte Ältere sind wohl informiert über die Einkommensverhältnisse gleichaltriger Westdeutscher. Vermögensbildung, Wohnungs- und Hausbesitz u.a.m. werden auf der Folie der - weil man zufällig im Osten lebte - "vor-enthaltenen Lebenschancen" gelesen, was das Gefühl den Underdog-Status einzunehmen, konsequenterweise erneut reproduziert: "Man hatte die schlechteren Lebensumstände, und nun muß man dafür auch noch zahlen!"

Solche Diskussionssequenzen bieten reichhaltig Gelegenheit, nahezu zwangsläufig die sogenannte "Besser-Wessi-Position" mit allen Konnotationen einmal mehr vorführen zu können. Denn eine Diskussion der zwar sachlich begründeten, gleichwohl aber hoch emotional grundierten Argumentationen, die die "Freigesetzten" im Vergleich ihrer Situation mit der der West-Älteren entwickeln, kann sachdienlich nur in komplexeren Zusammenhängen angemessen erfolgen (z.B. unter Einbeziehung ökonomischer Folgen der sozialistischen Sicherungsleistungen). Das bedeutet jedoch einerseits eine Korrektur der (nachvollziehbaren) perspektivischen Eindimensionalität, andererseits wirkt eine dergestalt vorgenommene Erweiterung des Verhandlungsgegenstandes notwendigerweise versachlichend und ent-emotionalisierend: Sachargumente werden indirekt verbessert, der Gefühlsmitschwan-gekommuniziert.

Die "Besser-Wessi-Position" ist nicht allein Ausdruck einer individuellen Ekelhaftigkeit westdeutscher Eroberer, sondern sie ist, viel wichtiger, auch quasi gesprächsstrukturell angelegt und in Windeseile eingenommen, bleiben solche Kommunikations"fallen" außerhalb der Aufmerksamkeitszonen der Westdiskutanten.

Solche Fragen nach Stimmigkeit und Gerechtigkeit werden ständig variiert und dem westlichen Interviewer vorgehalten. Daß bei solcher Bewertungssuche und in diesen Relationen verschiedene Perspektiven nahezu unweigerlich - und auch ohne Beifügung von besonderen Zwischentönen - aufeinander prallen, weil sie nur um den Preis einer Ent-Emotionalisierung zu harmonisieren wären, wurde als typisch für Debatten bei privaten Westkontakten beschrieben. Die o.g. Gratulationsszene erlangt dabei nahezu exemplarische Bedeutung, da an ihr der verletzungssträchtige Perspektivenkonflikt mit besonderer Prägnanz darzulegen ist: Die Westmenschen argumentieren mit der Subventionierung der DDR-Mark-Vermögen dank eines Umtauschkurses, der politisch motiviert festgesetzt wurde; die dabei erfolgende Mißachtung des Marktwertes begleicht die reiche Bundesrepublik (alt). Die Ostmenschen erhalten als hochsubventioniertes Geschenk Vermögenseinbußen überreicht, die das aktuelle Gefälle im Lebensstandard nur vertiefen und verlängern. Die Großzügigkeit des Westens kippt für sie um und gerät zusehends zynisch. Die zentrale Frage, warum die Lebensarbeitszeit "Ost" weniger wert sein sollte

als die Lebensarbeitsleistung "West", bewegt die "Freigesetzten" auf einer sehr persönlichen Ebene. In der Erweiterung, wie z.B. beim Sinnieren über die damals noch nicht zugestandene Anerkennung der in der DDR geleisteten Arbeitsjahre im öffentlichen Dienst, kommt dann ein Moment der Verallgemeinerung solcher Negativerfahrungen als Los der "Ossis" in weiteren Bevölkerungsteilen hinzu.

Dort, wo solche Deutungsmuster gefestigt sind, steht ein relativ stabiles System der Befindlichkeitsüberprüfung bereit, das die Zweitklassigkeitsunterstellungen im "Ossi-Entwurf", der mit jeder Sonderbehandlungserfahrung unterhalb des Westniveaus neue Nahrung erhält, ebenso integriert wie die mit kämpferischer Geste vermittelte Hilflosigkeit und die - paradoxerweise - für sich reklamierte Besonderheit. Die immanente Widersprüchlichkeit dieser "Ossi-Identität" mit ihrer doppelten Botschaft "Gleichheit" und "Spezifität" weist sie einmal als eine Art zeitlich nur begrenzt tragfähige "Zwischenidentität" aus, zum anderen sind Überwindungspotentiale in allen den Fällen bereits "eingebaut" und am Wirken, wo Ex-DDR-Bürger im arbeitgesellschaftlichen Sinne in zentrale Mechanismen integriert sind oder werden. Die stattdessen greifende Randständigkeit der "Freigesetzten" wird, das ist unser Eindruck, solchen immanenten Aufhebungsdynamiken entgegenstehen. Wir diagnostizieren auf der - zugegebenermaßen: schmalen - Basis unserer Interviews eine sich über Problemkumulationen und Benachteiligungen(-empfindungen) konservierende "Ossi-Position" im Kreise dieser Gruppe von Transformationsverlierern und, dem entgegengesetzt, eine zusehends wachsende Population von Jüngeren und Erwerbstätigen, die kein Interesse mehr an dem im "Ossi" enthaltenen Stück "Trauerarbeit" zeigen. Im Gegenteil, sie könnten das als enervierend und obsolet wahrnehmen, als verblichenes Konstrukt, das noch in weiten Zügen im Banne des alten Systems steht.

Über die "Ossi-Identität" können die "Freigesetzten" heute noch die soziale Integration herstellen, die die Entberuflichung gefährdet. Bei allen Nöten, die die Menschen drücken, ist man auf einer sehr allgemeinen Ebene doch letzten Endes in vergleichbarer Anspannung und Ungewißheit. Auch wenn sich frühere nachbarschaftliche Hilfesysteme infolge der anderen Versorgungs- und Lebenslagen verflüchtigen, wie mehrfach im Hinblick auf sich verändernde Verhaltensweisen in Hausgemeinschaften berichtet wurde, so sind Elemente einer kollektiven Identität und ostbezogene Empathie weiterhin auszumachen. Wobei allerdings offen bleiben muß, ob solche von den "Freigesetzten" ausgehenden Gemein-

schaftlichkeitsprojektionen heute und morgen auch tatsächlich Korrespondenz in anderen Kohorten finden. Die Gefahr des Überwinterns als "Ossi" und der Entkoppelung von Entwicklungen in anderen Teilpopulationen ist virulent.

### 3. Bewältigungsstrategien zwischen Freizeitorientierung und Insulation

Die Auswertung unserer Interviews ergab, daß zu identifizierende Ost-Spezifika in der Wahrnehmung und Deutung des "Freigesetzt-Werdens" vor allem aus der Verstrickung dieser Erfahrungsdimension in das Erleben des gesellschaftlichen Umbruchs und seiner Transformationsfolgen insgesamt resultieren. Dies gilt gleichermaßen auch für die gewählten Formen, mit solch auferlegter Lebenssituation handelnd umzugehen und auf irgendeinem Level nach einer neuen Balance des Alltagslebens zu suchen; daß im Osten Bewältigungsversuche ihrerseits auf unsicherem Terrain unternommen werden, läßt sich eindrücklich darlegen am Fall einer für die weitere Lebensgestaltung zentralen "Bruchstelle": des Bedeutungsverlustes der Betriebszugehörigkeit für den Zugang zu kulturellen und geselligen Aktivitäten oder Vereinigungen und die hierdurch mitgeprägte bisherige Freizeitorganisation. Mit Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion konzentrieren die Betriebe ihr Augenmerk aufs Ökonomische bei unmittelbar einsetzender Preisgabe all derjenigen "Nebenaktivitäten", die nunmehr unter marktwirtschaftlichen Prämissen als dysfunktional gelten müssen. Das betrifft, um nur wenig zu nennen, die Organisation und Zuteilung von Ferienheimen wie Urlaubsorten und ebenso auch diverse Angebote und Formen einer Teilhabe am kulturellen und gemeinschaftlichen Leben. Mit dem Akt der "Freisetzung" entfällt somit nicht allein der für das Erwerbsstreben zentrale Bezug, sondern zusätzlich auch die bis dato überragende Vermittlungsinstanz für vielfältigste Handlungen, die sich zwischen Erwerbssphäre und Privatheit sortieren. Einer unserer Gesprächspartner büßte mit seinem Arbeitsplatz zum Beispiel zugleich die Kabarett-Gruppe des Betriebs ein, die aufgelöst wurde, und damit einen zweiten für ihn früher hoch geschätzten Entfaltungsräum.

Auch solche Erfahrung steht für vergleichbare und weit verbreitete Irritation: Die Kabarett-Gruppe, von der berichtet wurde, hatte ihre Texte, die sie unter künstlerischer Beratung selbst verfaßte, bei der betrieblichen Parteileitung zur Genehmigung einzureichen. Daß dieser Akt der Zensur allerdings nur schwach griff - eine Erfahrung, die auch heute noch mit freudigem Schmunzeln mitgeteilt wird -, lag an der "Blindheit" der Zensoren, die nur auf den Text, nicht aber den kabarettistischen Vortrag ach-

teten. - Daß mit dem Übergang zur Marktwirtschaft die Kabarett-Gruppe mit als erste der neuen Freiheit zum Opfer fiel, stieß auf hohes Erstaunen und Unverständnis: Die "roten Socken" "rächten" sich mit dem Instrumentarium, das ihnen der Westen bereitstellte, und niemand schritt ein.

Die Konsequenz hieraus ziehen unsere Interviewpartner in Einzelfällen sehr genau: Es handelt sich nicht "bloß" um den Verlust einer besonderen, subjektiv geschätzten Gruppe/Tätigkeit, sondern auf einer quasi strukturellen Ebene zugleich um ein Obsoletwerden bislang bewährter und angemessener Verhaltensweisen, um Interessen, Motivation und Zugangswege zu Freizeit, Bildung, Kultur, Zerstreuung u.a.m. zu finden. Jürgen WOLF's Aussage, daß sich hier "Vergesellschaftungslücken" auftun (1991), bestätigen Betroffene, die in der Lage sind, ein Stück Distanzfähigkeit und analytischen Überblick zu realisieren.

Bewältigungsstrategien zielgerichtet auszubilden, das verlangt angesichts der Problemkumulationen in der "Übergangsgesellschaft" des Ostens (erschwerenderweise) zugleich Balancefindung und veranlaßte Verhaltensänderungen einzuleiten: Denn, neben Kostenaspekten, die inzwischen längst aktivitätshemmend ins Gewicht fallen, sind als Eigenunternehmungen das Einholen von Angebotsinformationen, der Vergleich bis hin zum Treffen einer Wahl, das Erschließen des Zugangs, vielleicht eingeschlossen die Modifikation des Territorialverhaltens, eine bislang weniger bekannte und geübte soziale Praxis. Das heißt, das potentiell zur Verfügung stehende Set an Bewältigungsstrategien ist ost-spezifisch variantenärmer oder aber nur mit gesteigerten Anforderungen an aktuelle Orientierungs- und Anpassungsleistungen zu erweitern.

Ist der soziale Rahmen für die Lebensgestaltung nach der Erwerbsphase dergestalt mit im gewohnten System unbekanntem Elementen bis zur Unkenntlichkeit verfremdet, so verschärfen sich nahezu zwangsläufig die bestehenden Diskrepanzen in den Ausgangslagen, in denen sich die Betroffenen beim Bewältigungsversuch befinden. Alle diejenigen unter ihnen, die in der Summe unter restriktiven Bedingungen und bei rückwärts gewandter Verlust-Perspektive als Leitmotiv ihr Leben einrichten, werden nur um so schwieriger die Kräfte und die Motivation mobilisieren können, die gefordert sind, soll eine fortschreitende und u.U. dauerhafte Entkoppelung vom Projekt "Transformation der DDR" nicht riskiert werden. Umgekehrt können diejenigen, denen gewisse Kompensationsmöglichkeiten individuell oder im familialen Rahmen offenstehen<sup>4)</sup> und die sich eine ge-

wisse Neugierde auf die jetzt zugewachsenen Erfahrungschancen zu bewahren verstanden, sehr viel leichter die Fallen der "Vergesellschaftungslücken" in Eigenaktion "umschiffen". So haben wir in unseren Interviews durchaus auch Hinweise erhalten, daß der in der Folge der Einheit in Gang gesetzte Individualisierungsschub bei Teilgruppen der "Freigesetzten" bereits angenommen und für sich realisiert wird. Es bleibt allerdings noch zu untersuchen, welche Konstellationen solches Aufgreifen und Umsetzen fördern; im Rahmen unseres Versuchs können wir nur diesen allgemeinen Hinweis geben.

Wir spekulieren: Auch wenn es sich möglicherweise derzeit um Minoritäten handelt, die für sich bereits tendenziell "kreativ" die Folgen dieser Singularisierung zu nutzen verstehen, die die Reorganisation der überlebenden DDR-Betriebe als nun marktwirtschaftlich ausgerichtete forcierte, kann das Faktum, daß Prozesse sozialer Differenzierung und allmählich wachsender Optionalität überhaupt bereits in Ansätzen auf der Ebene der "Ruhestandsgestaltung" Reaktionen zeitigen, angesichts massiv drohender gesellschaftlicher Desintegration der "Verlierergeneration der Einheit" und deren subkultureller Absentierung als Hoffnungsschimmer (oder Ansatzpunkt für sozialpädagogische Strategien) firmieren.

Wir wollen diese Pole des Spektrums der Bewältigungsstrategien im folgenden - soweit dies unsere Daten erlauben - umreißen und einzelne Teile skizzieren. Wobei es uns ausschließlich um eine Isolierung und Scheidung einzelner Strategien und strategischer Elemente geht, Quantifizierungen hingegen unterbleiben.

Man kann verschiedene Formen der Dekompensation, von denen in Erzählungen über Dritte berichtet wurde und die in anderen Befragungen des Projektes "Sozialanalyse Friedrichshain" ebenfalls deutlich werden (z.B. in der Wohnungsstudie), als Resultat gescheiterter oder (vorerst) abgebrochener Bewältigungsversuche interpretieren. Also als ein Versagen, schwieriges Leben im Rahmen der Konventionen und unter Achtung der Essentials bürgerlicher wie rest-sozialistischer Moral zu führen und irgendwie "in den Griff zu bekommen". Andererseits enthält diese Mischung aus Verwehrungstendenzen, Alkoholismus, auffälligem Verhalten u.a.m. auch ein Element des Aussteigens aus der gesellschaftlichen Normalität an der Bruchstelle von alt und neu: Über den Weg hin zum Rand der Gesellschaft wird die weitere Auseinandersetzung mit der sozialen Realität vermieden oder aufgekündigt - sowohl im Sinne eher aktiver Verweigerung

als auch im Sinne des eher passiven Nicht-mehr-Könnens. Das Dahintreiben und Entwurzelt-Sein kann gewiß nicht als Spezifik des Ostens ausgegeben werden. Analoge Karrieren "nach unten" im Arbeitslosen- und NichtseBhaften-Status sind längst geläufig. Mit Blick auf die Lage im Osten wäre aber zu fragen, ob nicht besondere Destruktionen von Werthaltungen, Ent-Grenzungen im Normativen oder Singularisierungsprozesse hier möglicherweise verstärkend wirken. (Denn: In der westdeutschen Diskussion um "Freisetzungsfolgen" spielen solche Formen des Sich-Ausklinkens - bis auf BACKES 1985 - keine dominierende Rolle.)

Anders geartet sind - wie wir bereits im Zusammenhang mit der Trauer um die vergangene soziale Sicherheit und Berechenbarkeit angedeutet haben - die Strategien, die zumindest partiell eine Teil-Entkoppelung in der Art tätig verstärken, daß sie Gemeinschaften ansteuern, die als Inseln der ideologischen oder Wertkontinuität fungieren, um hier Zusammenhalt zu fördern. Als "Fremder im eigenen Land", der seinen Überzeugungen (oder Teilen davon) treu zu bleiben gedenkt, befindet man sich auf Heimatsuche. Zu der generell konstatierten "Vergesellschaftungslücke" gesellt sich in diesem Fall eine emotionale und politische Distanz zu den neuen Institutionen, Instituten und Gruppierungen. Insulation als Überwinterungsstrategie im fortgeschrittenen Lebensalter, als kontinuiertsstiftendes Abseits der kleinen sozialistischen Fluchten bleibt nicht exklusiv beschränkt auf Personenkreise, die dem alten System in ungebrochener Loyalität zur Seite standen und stehen, sondern bindet zudem Personen ein, die - erschrocken über und erfaßt vom "Kältestrom" (Ernst Bloch) des Kapitalismus - nachträglich Vorzüge am SED-Staat rühmen, die ihnen früher und im Vergleich zu beklagten Restriktionen und Entbehrungen als einfach selbstverständlich und gottgegeben erschienen waren. Individualisierung ist für diese Gesprächspartner zuallererst gleichbedeutend mit einer weitreichenden Ent-Sicherung aller kollektiven Sicherungen. Die Gemeinschaften können zwar ungeliebte Anteile des Systemwechsels nicht wie im Schonraum vergessen machen, sie bieten aber den Rahmen in dem man sich - neben allen Aktivitäten und Unternehmungen - gegenseitig seiner Grundüberzeugung, Transformationswahrnehmung und Lebensklage auf stabilem "Ossi-Terrain" versichern kann.

Eine Variante dieser letztlich reaktiven Gruppenfindung wird dort praktiziert, wo "Freigesetzte" sich in neu gegründeten Vereinigungen zusammenschließen, die dann vor allem in der Öffentlichkeit den Eindruck zu verbreiten suchen,

sie seien bereits eine - wie auch immer legitimierte - Interessenvertretung dieses Personenkreises. Der infolge der Erwerbsaufgabe erzwungene Verlust an Einflußchancen und Macht, ein Motiv gerade qualifizierter und höherer Positionsinhaber, wird hier teilweise kompensiert durch das Gehör, das ihre Appelle bei staatlichen und privaten Stellen finden, doch der besonderen Problematik der "Freigesetzten" per Zuwendung und im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe zu begegnen. Es geht um die Ermöglichung einer Infrastruktur, die es solchen Vereinigungen erlaubt, eine soziale Praxis für die reklamierte Zielgruppe zu entfalten und zugleich an Reputation zuzulegen. Man kann das durchaus als Selbsthilfestrategie definieren, wobei allerdings abzuwarten bleibt, ob die Forderung nach Partizipationschancen und Gestaltungsräumen nicht von sehr präsenten Eigeninteressen der derzeitigen Leitungsstäbe motiviert ist, die - noch ? - in Kontrast stehen zu einer eher schwach entwickelten Orientierung an Nachfragern und Interessenten. Es gibt kolportierte und selbstgewonnene Hinweise, daß eine Ungleichzeitigkeit besteht zwischen dem forciert angestrebten Bedeutungszuwachs einer Vereinigung wie ihrer Repräsentanten und der Entwicklung einer adressatenfreundlichen Betriebsphilosophie.

Die Geschichte einer nicht zustande gekommenen Gruppendiskussion illustriert das Auseinanderklaffen von öffentlichem Anspruch und Realität. Im Anschluß an eine Gruppendiskussion in Friedrichshain lud eine später hinzugekommene Vertreterin einer benachbarten Bezirksgruppe der Vorruehständlervereinigung "Jahresringe" die Autoren ein, ebenso mit ihnen ein Gespräch zu führen. Zum vereinbarten Termin in einer Freizeitstätte der "Volkssolidarität", die Gastrecht gewährt, erschien die Einladende nicht. Ein selbstgefertigtes Plakat im Schaufenster wies den vereinbarten Zeitpunkt als Treff aus, an dem alle Betroffenen zusammenkommen und sich informieren sollten. Neben dem Westautoren erschien noch eine Invaliditätsrentnerin, die sich nach einer Zeit der Abwesenheit nun über die aktuellen Unternehmungen und Vorhaben der "Jahresringe" informieren wollte.

Die Freizeitstätte war leer. Im Hintergrund - in einem entlegenen Nebenraum - waren Gesprächsfetzen zu vernehmen. Der Versuch, mit den anwesenden Vereinsrepräsentanten ins Gespräch zu kommen, wurde sofort unterbrochen durch den Hinweis, man möge sich vorne hinsetzen und warten. Man hätte hier noch Dinge zu besprechen und käme später schon hinzu. Ein in Aussicht gestellter Kaffee blieb ebenso Ankündigung, wie auch das Erscheinen der "Jahresringe"-Aktivisten oder anderer Interessenten. Nach einer halben Stunde des Wartens beschloß der Autor, seiner nicht erschienenen Gastgeberin beste Empfehlungen ausrichten zu lassen und sich zu verabschieden. Im Hinterzimmer wurde sein erneutes Erscheinen mit dem Vorwurf kommentiert, man habe doch schon gesagt, man käme gleich. Die Invaliditätsrentnerin blieb. Zwar sei es nicht schön, so lange warten zu müssen, aber sie wolle sich doch noch einen Moment gedulden. - Diese Duldsamkeit ist auch vonnöten, damit eine solche Art des Umgangs mit Zielgruppenangehörigen überdauern kann.

Neben solchen Bestrebungen, in sich undefinierenden alten Gruppierungen so etwas wie systemübergreifende Vergewisserung von Tradition und Kontinuität zu suchen oder sich in neu gegründeten Vereinigungen mit westlichem sozialpädagogischen Styling Einfluß zu sichern, werden auf einer informellen Ebene Elemente früherer kollektiver Strukturen (z.B. von Hausgemeinschaften) wiederaufgefrischt und mit Leben gefüllt, die jetzt zur "Notgemeinschaft" taugen: Das heißt, Improvisationstalente und Aquisitions-erfahrungen, die aus einer bestimmten gesellschaftlichen Mangelsituation resultierten, werden heute dort beerbt, wo gesellschaftlicher Überfluß Hand in Hand geht mit individuellen Mängellagen. Dies ist gebunden an sozial (noch) relativ homogen gebliebene, abgrenzbare Lebenswelten und an den Fortbestand flexibler Unterstützungssysteme. (Und das impliziert auch, daß solche Kollektive ehemals auf einer eher vordergründigen Ebene als systemkonform einzureihen waren, sie in ihrer Feinstruktur jedoch längst anderen Intentionen primär folgten.) - Dies dürfte nicht als Regelfall vorzufinden sein; wir wollen hiermit aber doch den auch durch die Friedrichshainer Wohnungsbefragung sich bestätigenden Hinweis geben, daß das Bild der in sich zusammenbrechenden DDR-Gesellschaft eben nicht in toto zutrifft, sondern in einer Nebenfolge der Systemveränderungen auch in Einzelfällen Wiederbe-atmungsversuche erfolgreich und hilfreich greifen.

Von subjektivem Gewicht erweisen sich auch alle diejenigen Notwendigkeiten und Unabwendbarkeiten, im eigenen Haushalt oder in der Datsche längst über-fällige Renovierungsarbeiten endlich vorzunehmen, die früher infolge be-kannter Aquisitionsprobleme nicht oder nicht in gewünschter Form erledigt werden konnten. Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit fußt - soweit die Finanz-mittel reichen - im Osten Deutschlands weniger auf der Tradition des Hobby-kellers oder auf sozialpädagogischen Strategien zur Nutzung brach liegender Fertigkeiten für soziale Zwecke (SCHNIDT 1985). Vielmehr wird hier nun die Gelegenheit und die Zeit genutzt, um einen spezifischen persönlichen Bedarf in Eigenarbeit, so man über das erforderliche Know-how verfügt, zu decken. Sofern die Einzelinterviews in Privatwohnungen geführt wurden, war bei aller Sorgenanhäufung sonst doch auch der Stolz zu spüren, jetzt die eigenen vier Wände in den Zustand gebracht zu haben, in dem man sie schon seit langem sehen wollte. Aus quasi alter defizitärer Lage ziehen vorrangig Männer mit hand-werklichen Kenntnissen heute Spurenelemente einer Selbstbestätigung und Fami-lien ein punktuell erlebtes steigender Lebensqualität in einem definierten Sektor.

Hiermit verbunden sind nach unseren Erkenntnissen auch z.T. stark individuell zugeschnittene Freizeitorientierungen, die einerseits anknüpfen an den vorhandenen und heute extensiver genutzten, ehemals Wochenenddomizilen am Rande der Stadt. Solche Standorte im Grünen bieten sich "Freigesetzten" nunmehr zum stärker jahreszeitlich- und witterungsbedingten Gebrauch an - was in Einzelfällen dazu führen konnte, daß unsere Interviewserie in den Sommermonaten aufwendigere Terminabsprachen erforderte, um Gesprächspartner in spe zu einer Zeit abzuspassen, zu der sie sich kurzzeitig in ihrer "Stadtwohnung" aufhielten mit dann an Erledigungen überreich gefüllten Terminkalendern. Das Phänomen knapper Zeit in der nahezu grenzenlosen freien Zeit war in bestimmten Situationen auch im Osten schon zu studieren. Andererseits - und das setzt bereits früher vorhandene, differenzierte Interessen voraus - kann mitunter eine Ergänzung von Freizeitinteressen dadurch vorgenommen und berichtet werden, daß (1) bereits entwickelte Vorlieben durch die Freizügigkeit westlichen Niveaus neue Anregung und Nahrung erhalten (z.B. Reisen bzw. Reisevorbereitungen für später) oder daß (2) heutzutage Freizeitangebote von der Industrie bereitgestellt sind, an die vordem in dieser Ausprägung nicht zu denken war (z.B. der private PC, Sprachen). Letztgenannter Aspekt bewirkt in der nicht unwesentlichen Nebenfolge zudem, daß Bildungs-, Freizeit- und Gruppenangebote im Westteil der Stadt zur Kenntnis genommen und, vor allem, auch angenommen werden. - Eine ausgeprägte Kiezorientierung, wie wir sie im Regelfall in Friedrichshain erfahren haben und die zusätzlich Affinitäten zu einer Selbstbegrenzung im möglichst herkömmlichen Rahmen bestärkt, erweist sich derzeit als eher hinderlich für eine fortdauernde Auseinandersetzungsbereitschaft mit neuen Optionen<sup>5)</sup>. - Das heißt, je nachdem, wie sich solche Freizeitorientierungen individuell konkretisieren, werden, hierdurch veranlaßt, Überbrückungsschritte motiviert, die den anscheinend so übermächtigen Gefahren und Neigungen, sich in der Ausgrenzung bestmöglichst einzurichten, alternatives Verhalten "modellhaft" entgegenzusetzen. Solche "Einheit in Freizeit" ist keineswegs frei von dem in diesem Beitrag mehrfach bezeichneten Ambivalenzen, Enttäuschungen und auch Verletzungen. Jedoch werden solche Gefühle von diesen Gesprächspartnern nicht als alles überschattende, jedes Handeln determinierende Stimmungslage präsentiert. Im Gegenteil - und selbst wenn dies eher einem Kraftakt gleichkommt - sind sie bewußt bestrebt, sich von diesen Mißlichkeiten nicht in Gänze tangieren und in allen Interessen demotivieren zu lassen. "Schadensbegrenzung" kann man solches auch nennen.

Der Bogen der Argumentation schließt sich: Prozesse einer Entkoppelung von System und Lebenswelt, wie sie eingangs postuliert wurden, sind Mitte 1991 unübersehbar am Wirken. Von daher wäre auf breiterer empirischer Basis zu diskutieren, ob aus der Selbstetikettierung als "Verlierer der Einheit" - was die betroffenen "Freigesetzten" derzeit einreicht in die lange Schlange verschiedener Bevölkerungs(teil)gruppen, die ebenfalls unerwünschte Einigungsfolgen zu bewältigen haben, und damit eine negativ bestimmte Sozialintegration nach sich zieht - nicht im schlechtesten Falle eine Art "lost generation" erwachsen könnte, die - weil sie durch Alter und Nacherwerbsstatus dauerhaft Anschlußfähigkeit an denkbare Prosperitäten eingebüßt haben und von Transferleistungen und ihrem zugebilligten Niveau abhängig bleiben - sich dauerhaft im relativen Abseits einrichtet (oder einrichten muß).<sup>6)</sup>

Allerdings sind in den von "Freigesetzten" verfolgten Bewältigungsstrategien auch Elemente aufzuspüren, die mögliche gegenteilige Entwicklungen rudimentär erkennen lassen: Zu fragen ist, und eine Antwort können wir im Rahmen unseres Versuchs nicht geben, unter welchen Bedingungen solche Selbstintegrationsleistungen, wie oben im Zusammenhang mit der Freizeitorientierung beschrieben, im Detail stattfinden, und wie sie sich - vielleicht sogar auf breiterem Niveau - sozialpädagogisch stimulieren lassen. Also: Wie eine allmähliche Überführung der "Freigesetzten" in "neue Alte des Ostens" und damit in ein verallgemeinertes bundesdeutsches Seniorenwesen zu bewerkstelligen wäre.

Anmerkungen:

- 1) Daß die transformationsspezifische und arbeitsmarktmotivierte "Freisetzung" älterer Arbeitnehmer in West und Ost die längerfristig als so bedeutsam herausgestrichene Signalveränderung einer sich ausweitenden Lebensarbeitszeit ins momentane Diskussionsabseits drängt, sei hier nur knapp angesprochen. Zentrale Inhalte der politischen Debatten um das Auslaufen des Vorruhestandsgesetzes in der BRD (alt) und des Rentenreformgesetzes spielen aktuell keine Rolle mehr im tagespolitischen Krisenmanagement.
- 2) Erfahrungen mit "freigesetzten" älteren Arbeitnehmern in der BRD (alt) geben Zeugnis von der hohen subjektiven Bedeutung, die solchen Freizeit- und Tätigkeitsräumen zuzubilligen ist. Vieles was anderenorts über die Konstitution von Feldern für "Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit" debattiert wird (z.B. KNOPF/SCHÄFFTER/SCHMIDT 1989) relativiert sich dort, wo Personen über adäquate Ressourcen bereits verfügen, die sie nunmehr situativ mit neuem Sinn und in neuem zeitlichen Rahmen rekonstruieren können. (Und dort, wo organisierte Projekte wirken, macht man die Erfahrung, daß diese Personen zu den saisonal Mitwirkenden zählen, weil ihr Interesse am Projekt und ihr Engagement zu anderen Jahreszeiten z.B. mit Gartenarbeit kollidiert.)
- 3) Die "Projektgruppe Sozialanalyse Friedrichshain" führt zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie in diesem Bezirk eine Altenbefragung durch, die das Ziel verfolgt, Grundinformationen zur Lebenslage der rund 18.000 Rentner(-innen) in Friedrichshain bereitzustellen und den weiteren Aufbau einer bezirklichen Altenarbeit mit zu unterstützen. Die am Projekt Mitwirkenden sind überwiegend ABM-Mitarbeiter(-innen) des Bezirksamtes. Die Projektleitung (Gudrun Prengel) hingegen wurde, solange es existierte, dem Institut für Soziologie und Sozialpolitik übertragen.  
  
Im Kontext dieser Altenbefragung konnten für die vorliegende Arbeit Kontakte zu Freizeitstätten und ihrem Personal genutzt werden, um mit "Freigesetzten" ins Gespräch zu kommen. - Andere Informationsquellen konnten über Westberliner Projekte erschlossen werden, die im Rahmen des Programms "Erfahrungswissen Älterer nutzen" ihre Praxisfühler längst auch in den Ostteil der Stadt ausgestreckt hatten. Dies eröffnete Zugänge zu Personen, die als Experten in eigener Sache bezeichnet werden können (Vorruheständler, die im Management solcher Vereinigungen aktiv sind) oder auch über Projektberatung Einschätzungen zur Arbeit solcher Gruppierungen zu liefern in der Lage sind. Kurz: Wir versuchten möglichst vielfältige Zugänge zum Feld auszuprobieren und unsere Einschätzungen im Prozeß ihrer Reifung mit Experten rückzukoppeln.
- 4) Es ist jedoch fraglich, ob manche formal gegebenen Kompensationschancen faktisch auch immer genutzt werden können. Zum Beispiel: Ein Interviewter, Bezieher von Altersübergangsgeld, ist verheiratet; seine Frau, Diplom-Lehrerin, macht einen Karrieresprung und wird kommissarisch mit einer stellvertretenden Schulleitung betraut. Eine solche Parallelität von Ausgliederung und Fortkommen kann mit Blick auf Budgetwirkungen ausgleichende Tendenzen zeitigen; sie kann beziehungs-dynamisch aber zugleich problemverschärfende Prozesse auslösen.

- 5) In diesem Kontext sind Bestrebungen von Freizeitstätten, ihren Besuchern kostengünstige Gruppenreisen zu bieten, hier durchaus geeignet, Entkoppelungsprozessen dadurch intentional entgegenzuwirken, daß die Generationen der Älteren und Betagten nicht (relativ) ausgeschlossen bleiben von der Chance, unabhängig von Familienbeziehungen Westdeutschland und angrenzende westliche Staaten (wieder) kennenzulernen.
  
- 6) In dem Maße, in dem sich in naher Zukunft das Lohnniveau in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins dem West-Niveau annähert, wird dann allerdings auch das gewährte Altersübergangsgeld steigen. Das heißt, die Restriktionen, von denen die Teilnehmer der Interviews und Gruppendiskussionen berichten, können im günstigen Fall auf mittlere Sicht eingeplant werden: eine Differenzierung der Lebenssituationen von Altersübergangsgeld-Empfängern nach dem Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs dieser Leistung ist nicht auszuschließen. Und dieser Umstand wäre dann auch für das (Selbst-)Integrationsproblem von Bedeutung.

Literaturverzeichnis

- BACKES 1985 Auswirkungen der Frühausgliederung aus dem Erwerbsleben auf die Ehefrauen der Betroffenen; in: DIECK/NAEGELE/SCHMIDT 1985, S. 328-354
- DIECK 1985 Margret Dieck: Prozesse im Zusammenhang mit der Senkung der faktischen Ruhestandsgrenzen; in: DIECK/NAEGELE/SCHMIDT 1985, S. 95-116
- DIECK/NAEGELE/SCHMIDT 1985 Margret Dieck; Gerhard Naegele; Roland Schmidt (Hg.): "Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration? Berlin 1985
- GIESEN/LEGGEWIE 1991 Bernd Giesen; Claus Leggewie: Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch; in: diess. (Hg.): Experiment Vereinigung. Berlin 1991, S. 7-18
- KNOPF/SCHÄFFTER/SCHMIDT 1989 Detlef Knopf; Ortfried Schäffter; Roland Schmidt (Hg.): Produktivität des Alters. Berlin 1989
- KONDRATOWITZ 1988 Hans-Joachim von Kondratowitz: Zumindest organisatorisch erfaßt... Die Älteren in der DDR zwischen Veteranenpathos und Geborgenheitsbeschwörung; in: Gert-Joachim Glaebner (Hg.): Die DDR in der Ära Honnecker. Opladen 1988, S. 514-528
- KUHLMEY/BANSEMER 1991 Adelheid Kuhlmei; Gerd Bansemir: "Sei froh, daß Du Dich abgesetzt hast" - Probleme des Vorruhestandes im Osten Deutschlands. Beitrag zum Colloquim "Ein Jahr Sozialunion in Deutschland" am 24./25. Juni 1991 in Bernau. Unveröffentl. Ms.
- SCHMIDT 1985 Roland Schmidt: Rentnerarbeit im frühen Ruhestand. Begründungsaspekte, Systematik und Darstellung von Projekten, die Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit organisieren; in: DIECK/NAEGELE/SCHMIDT 1985, S. 215-269
- WOLF 1991 Jürgen Wolf: Übergang in den Ruhestand in den neuen Bundesländern. Die Vergesellschaftungslücke der Vorruhestandsgeneration. Beitrag zur Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik der Dt. Gesellschaft für Soziologie am 3./4. Mai 1992 in Bremen. Unveröffentlichtes Manuskript
- (eine erweiterte Fassung "Die Vergesellschaftungslücke. Der Vorruhestand in den

neuen Bundesländern" ist erschienen in:  
Zeitschrift für Sozialreform 37(1991)11/12,  
S. 723-735)

<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>
<p>Die Entwicklung der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern</p>	<p>1991</p>

STÄRKE/STÄRKEKRAFT UND BEWEISSTÄRKEKRAFT ODER: WIE SIND  
IN DER ZUKUNFT WIRTSCHAFTLICH BEWÄHRT WERDEN?

1. Einleitung

2. Führung

3. (geographischer Wandel)

4. Vorbemerkung

TEIL II:

GESTALTUNGSOPTIONEN STAATLICHER POLITIKEN

5. Bevölkerungsentwicklung (Voraussetzungen des

6. Strukturwandel der Erwerbsstruktur - Herausforderung der

7. Arbeitsmarktpolitische Steuerungsmöglichkeiten

8. Strategien betrieblicher Beschäftigtenpolitik

9. Konzeptionsstrategien der Zukunft: "Das Neue, Fortschrittliche"

10. Produktionsstrategien der Zukunft: "Technische Innovationen"

11. Gesundheitsprävention als Lebenszyklus

12. (Schlussfolgerungen)

13. Literaturverzeichnis

14. (Schlussfolgerungen)

15. Literaturverzeichnis

16. Führung

Über einen Jahrzehnt ist die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften für  
die sozialstrukturellen Wandel zu einem Schwerpunkt der sozialwissenschaftlichen  
Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland geworden. In der  
in Zusammenhang mit Fragen der Finanzwirtschaft, insbesondere der  
Arbeitsmarktpolitik hinsichtlich Beschäftigungspolitik, wurde in den  
Jahren erst in den letzten Jahren aufgewacht.

Wie die Erwerbsarbeit in der Zukunft aussehen wird, ist ein  
stärkstenpotential strukturiert, welche Möglichkeiten es gibt,  
wie, um weiterhin wirtschaftlich konkurrenzfähig zu sein, die  
die Zusammenhänge soll in folgender Übersicht dargestellt werden. Die  
Probleme der sozialpolitischen Gestaltung der Erwerbsstruktur  
wird. Die Situation und Rolle von Staat und Markt wird im  
Berücksichtigt.



## ZUR FRAGE DER GESTALTBARKEIT VON ERWERBSSTRUKTUREN ODER: WIE KANN EIN KÜNFTIGER ARBEITSKRÄFTEMANGEL BEWÄLTIGT WERDEN?

von Christoph Behrend

### Inhalt:

1. Einführung
  2. Demographischer Wandel
    - 2.1 Vorbemerkung
    - 2.2 Bevölkerungsentwicklung nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes
    - 2.3 Strukturwandel der Erwerbspersonen - Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit
    - 2.4 Arbeitsmarktpolitische Steuerungsmöglichkeiten
  3. Strategien betrieblicher Beschäftigungspolitik
    - 3.1 Managementstrategien der Zukunft: "Das Human Resource Modell"
    - 3.2 Produktionsstrategien der Zukunft: "Dezentrale Organisationskonzepte"
    - 3.3 Gesundheitsprävention als Zukunftsaufgabe
  4. Schlußfolgerungen
- Literaturverzeichnis

### 1. Einführung

Seit über einem Jahrzehnt ist die Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung für den sozialstrukturellen Wandel zu einem Dauerthema der gesellschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Dies gilt vor allem im Zusammenhang mit Fragen der Finanzierbarkeit sozialer Leistungen. Problembewußtsein hinsichtlich beschäftigungspolitischer Fragestellungen ist demgegenüber erst in den letzten Jahren aufgekommen.

Wie wird die Erwerbsarbeit in der Zukunft aussehen; wie ist das künftige Arbeitskräftepotential strukturiert, welche Bedingungen müssen geschaffen werden, um weiterhin wirtschaftlich konkurrenzfähig zu sein? Auf diese und andere Zusammenhänge soll im folgenden näher eingegangen werden, wobei auch das Problem der sozialpolitischen Gestaltbarkeit künftiger Entwicklung einbezogen wird. Die Situation und Rolle von älteren Arbeitnehmern wird dabei besonders berücksichtigt.

Wenn über Auswirkungen kommender Entwicklungen etwas ausgesagt werden soll, so besteht leicht die Gefahr, ins Spekulative abzugleiten; insofern handelt es sich im folgenden um thesenartige Überlegungen. Es versteht sich von selbst, daß der Komplexität und Differenziertheit des Begriffs der Erwerbsarbeit hier nur wenig Rechnung getragen werden kann. Um dennoch einen realistischen Bezug herzustellen, wird an soziale und wirtschaftliche Orientierungen und Strategien angeknüpft und diese auf ihre potentiellen Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Erwerbsarbeit befragt.

## 2. Demographischer Wandel

### 2.1 Vorbemerkung

An Bevölkerungsprognosen in die Zukunft wird häufig kritisiert, daß durch sie z.B. politisch bedingte Wandlungsprozesse oder subjektive Verhaltensänderungen nicht erfaßt werden und Vorhersagen schon aus diesen Gründen nur sehr vage Aussagekraft besitzen. Als Beleg hierfür wird u.a. auf den von niemandem vorhersehbaren und völlig überraschenden Zusammenbruch der ehemaligen DDR im Jahre 1989 und die darauf folgende Vereinigung beider deutscher Staaten verwiesen. Ebenso könnten auch Veränderungen im Zusammenhang mit der Integration der westeuropäischen Staaten für die nationale Bevölkerungsentwicklung derzeit kaum abzusehen sein.

In dieser Kritik drückt sich ein Mißverständnis über den Anspruch und die Reichweite wissenschaftlicher Bevölkerungsvorhersagen bzw. -prognosen aus. Diese dienen nicht der Prophezeiung tatsächlich eintretender Entwicklung, sondern weisen alternative Möglichkeiten von längerfristigen Trends und Entwicklungsverläufen nach. Sie stellen somit lediglich eingeschränkte "Wenn-Dann-Aussagen" dar. Diesbezügliche Berechnungen basieren auf mehr oder minder gesicherten Annahmen u.a. zur Geburtenentwicklung (Fertilität), zur Sterblichkeit (Mortalität) und zur Wanderungsbewegung (Migration). Die demographische Entwicklung ist zudem dadurch charakterisiert, daß selbst größere Krisen oder sogar Kriege durch langfristige Trends überdauert werden. Schließlich gründen Annahmen über die Bevölkerungsentwicklung bzw. deren künftige Struktur auf dem Umstand, daß ein Teil dieser Bevölkerung heute bereits geboren ist, was den Vorhersagewert um so plausibler werden läßt.

## 2.2 Bevölkerungsentwicklung nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes

Die siebte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (vgl. SOMMER 1992) geht vom Bestand der Bevölkerung des Bundesgebiets vom 31.12.1989 aus. Dieser Bestand wird bis zum Jahr 2030 jahrgangsweise fortgeschrieben. Dabei handelt es sich für den Zeitraum bis zur Jahrtausendwende um Vorausberechnungen und für die Zeitspanne bis 2030 um Modellrechnungen (vgl. hierzu ausführlich BRETZ 1986; UMBACH 1987). Bei den der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen mußten die Unterschiede der beiden nunmehr zusammengefaßten deutschen Staaten berücksichtigt werden.

### Fertilität

Die Geburtenhäufigkeit lag in der ehemaligen DDR deutlich höher als in der alten Bundesrepublik. Ein massiver Einbruch bei der Geburtenzahl erfolgte in den Jahren 1990 (- 12 v.H.) und 1991 (- 39 v.H.) für die neuen Bundesländer. Der Wert der Nettoerproduktionsrate, die anzeigt, inwieweit unter Berücksichtigung der Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsverhältnisse des Beobachtungszeitraums eine Frauengeneration durch die von diesen Frauen geborenen Mädchen ersetzt wird, sank von 0,75 (1989) auf 0,71 (1990) und schließlich auf nurmehr 0,42 im Jahr 1991. Im Vergleich dazu lag die Nettoerproduktionsrate 1989 in den alten Bundesländern wie schon in den Vorjahren weiterhin bei 0,67. Die Unterschiede im Geburtenniveau zwischen den alten und neuen Bundesländern gingen in die Vorausberechnungen zur Bevölkerungsentwicklung ebenso ein wie die Annahme, daß sich bis zum Jahr 1995 die Geburtenniveaus auf das derzeit in den alten Bundesländern bestehende anpassen werden (SOMMER 1992: 217).

### Mortalität

Auch hinsichtlich der Sterblichkeit bzw. der aus ihr abgeleiteten Lebenserwartung, werden für die Vorausberechnungen unterschiedliche Annahmen für die alten und neuen Bundesländer berücksichtigt. In den alten Ländern der BRD liegt die durchschnittliche Lebenserwartung im Jahr 1989 bei 72,6 Jahren für männliche und bei 79,0 Jahren für weibliche Neugeborene. In der ehemaligen DDR beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung von Neugeborenen im selben Jahr nur 70,1 Jahre für die Männer und 76,4 Jahre für die Frauen. Für die Fortschreibung wird angenommen, daß im Gebiet der alten Bundesländer die Lebenser-

wartung bis zum Jahr 2000 um weitere zwei Jahre zunimmt und dann konstant auf diesem Niveau verbleibt. Für die neuen Bundesländer wird bis zum Jahr 2010 ein Anstieg der Lebenserwartung auf das jetzige Ausgangsniveau der alten Länder erwartet, eine Angleichung wird erst bis zum Jahr 2030 angenommen.

### Migration

Annahmen für die Wanderungsbewegung unterscheiden zwischen Außen- und Binnenwanderung. Ein Ausgleich des Saldos aus Fort- und Zuzügen von Deutschen (Aus-siedler) wird voraussichtlich im Jahr 2001 erfolgen. Bei den Ausländern wird ein deutlicher Zuwanderungsüberschuß gegenüber den Fortzügen erwartet, der bis zum Jahr 2030 anhalten wird. Die Binnenwanderung zwischen den alten und den neuen Bundesländern wird sich Mitte der neunziger Jahre im Saldo ausgeglichen haben, so daß die Wanderungsbewegung bis zum Jahr 2030 überwiegend von den Fort- oder Zuzügen aus dem Ausland bestimmt wird. Der zahlenmäßige Umfang von Fort- bzw. Zuzügen von Ausländern ist stark von politischen Entscheidungen und Entwicklungsprozessen beeinflußt. Der siebten koordinierten Bevölkerungs-vorausberechnung liegt die Annahme eines Wanderungsüberschusses für den Zeit-raum von 1990 bis 2030 zugrunde, dabei wird sich nach dem Zuzug von Aussied-lern auch derjenige der Ausländer abschwächen und nach dem Jahr 2000 auf ei-nem relativ konstanten Niveau verlaufen. Der Wanderungsüberschuß wird dabei 4,75 Mio. Personen betragen. Darunter wird es sich voraussichtlich zu etwa zwei Dritteln um Ausländer handeln.

### Zusammenfassung

Die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030 ist durch zwei demographische Trends charakterisiert: Dem anhaltenden Geburtenrückgang und den Zuwanderungen. Vor allem die Geburtenentwicklung, die zunächst durch den einschneidenden Rückgang in den neuen Ländern geprägt wird, schließlich aber auch ab Mitte der neunziger Jahre durch ein weiterhin sinkendes Geburtenniveau in den alten Ländern der Bundesrepublik bestimmt ist, führt zu einer Abnahme der Zahl der deutschen Bevölkerung insgesamt. Diese Entwicklung wird auch durch die Wande-rungsbewegung bzw. den Wanderungsüberschuß von zuziehenden Ausländern gemäß den zugrunde liegenden Annahmen nicht kompensierbar sein. Zugleich findet ein grundlegender struktureller Wandel statt, der durch den deutlichen Anstieg des Bevölkerungsanteils, der sich in einem höheren Lebensalter befindet, charakte-risiert ist. Der Alterslastquotient - das Verhältnis der Altenpopulation be-

zogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter - wird im betrachteten Zeitraum bis 2030 von 20 Prozent auf 40 Prozent steigen. Er wird damit etwa dem heutigen Gesamtlastquotienten (Alters- plus Jugendlastquotienten) entsprechen (KÜHLEWIND 1992: 5). Diese Entwicklung wirkt sich nicht nur auf die Problematik der Finanzierbarkeit des Sozialen Sicherungssystems in der Bundesrepublik aus, sondern ebenso auf das Verhältnis zu den Bereichen Arbeit und Wirtschaft.

### 2.3 Strukturwandel der Erwerbspersonen - Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit

Die Vorausberechnungen für das Erwerbspersonenpotential durch die Bundesanstalt für Arbeit (vgl. THON 1991a; 1991b) belegen sehr deutlich einen strukturellen Wandel der Zusammensetzung des Erwerbspersonenpotentials. Der Begriff des Erwerbspersonenpotentials umfaßt die Erwerbstätigen, die Arbeitslosen und die "stillen Reserven" des Arbeitsmarktes. Als Erwerbspersonen werden die Erwerbstätigen einschließlich der Arbeitslosen bezeichnet.

Die Prognosen der Bundesanstalt für Arbeit zum Erwerbspersonenpotential unterstellen konstante Geburten- und Sterbeziffern und konstante Entwicklungen bei den Zuwanderungstrends. Im Falle konstanter Erwerbsquoten und einem Nettozuwanderungsüberschuß im Zeitraum von 1991 bis 2010 von 4,6 Mio. Personen würde das Erwerbspersonenpotential bis zum Jahr 2010 um ca. 1 Mio. und bis zum Jahr 2030 um ca. 9 Mio. reduziert.

Unterstellt man variable Erwerbsquoten im Hinblick auf die Heraufsetzung der Altersgrenzen und/oder einer verschieden starken Zunahme der Frauenerwerbsquote, so wirken die niedrigen Geburtenziffern erst ab 2010 auf den Umfang des Erwerbspersonenpotentials deutlich ein. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt die Zahl relativ konstant (vgl. THON 1991b: 706).

Die besondere Bedeutung dieser Entwicklung für die Bereiche Wirtschaft und Arbeit wird deutlich, wenn man die innere Struktur des künftigen Erwerbspersonenpotentials betrachtet. Bereits heute nimmt das Potential an Erwerbspersonen im Alter zwischen 15 bis unter 30 Jahren tendenziell ab, während der Anteil der 50jährigen und älteren ansteigt. Im Jahr 2010 wird die Hälfte des Erwerbspersonenpotentials in einem Alter zwischen 30 bis unter 50 Jahren alt

sein. Der Anteil der über 50 Jahre alten Erwerbspersonen ist auf 26 v.H. angestiegen, während sich der Anteil der unter 30jährigen von 32 v.H. (1990) auf 25 v.H. reduziert hat. Für das Jahr 2030 wird prognostiziert, daß der Umfang des Erwerbspersonenpotentials insgesamt um etwa 9 Mio. Personen sinken wird. Dies entspricht einem Rückgang von über 20 v.H. Der relative Anteil der 50jährigen und älteren wird dann etwa ein Drittel (29 v.H.) betragen, wohingegen der der unter 30jährigen auf ein fünftel (21 v.H.) absinkt. Absolut um etwa 4 Mio. Personen geschrumpft, wird der relative Anteil der 30- bis unter 50jährigen am Erwerbspersonenpotential rund 50 v.H. betragen (ebenda: 710).

Damit ist die Frage nach der Entwicklung von Tätigkeits- und Qualifikationsstrukturen künftiger Erwerbsarbeit im Kontext des demographischen Wandels gestellt. Vor allem der Einzug neuer Technologien, z.B. der Mikroelektronik, hat in den letzten Jahren zu einem grundlegenden Wandel der Erwerbsarbeit geführt (vgl. BEHREND 1987). Dienstleistende Tätigkeiten haben gegenüber dem Produktionsbereich deutlich zugenommen. So ist nach den Berechnungen der IAB/Prognos-Projektion von 1989 (vgl. TESSARING 1991) der Anteil der Erwerbstätigen in den dienstleistenden Sektoren im Jahr 1987 auf rund 57 v.H. angestiegen und wird voraussichtlich bis zum Jahr 2010 65,9 v.H. betragen. Demgegenüber werden die Erwerbstätigenzahlen in den Sektoren des warenproduzierenden Gewerbes von 39,3 (1987) auf 32,1 v.H. im Jahr 2010 sinken (ebenda: 47). Diese Umstrukturierung der Wirtschaftssektoren ist zugleich mit einer Zunahme von Angestellten und einem Rückgang der Arbeiter an den Erwerbstätigen verbunden. Ebenso hat die Ausweitung des Dienstleistungssektors einen deutlichen Anstieg der Frauenerwerbsquote bewirkt.

Darüber hinaus haben auch die Tätigkeits- und Qualifikationsprofile im Erwerbsprozeß einen Wandel erfahren. Der Bedarf an Hilfstätigkeiten - z.B. die der Produktion vor- oder nachgelagert sind und an die nur geringe Qualifikationsanforderungen gestellt werden - hat abgenommen. Stärkeres Gewicht haben dagegen höher qualifizierte Tätigkeiten und die Nachfrage danach am Arbeitsmarkt insgesamt erhalten. Auch hierzu hat die Expansion des Dienstleistungsbereichs wesentlich beigetragen, wobei der Kreis von Tätigkeiten wie Überwachung, Kontrolle, Instandhaltung usw. - also Dienstleistungen innerhalb des Produktionsbereichs - zugenommen haben (vgl. CORNELSEN 1993).

Nach der mittleren Variante der IAB/Prognos-Projektion wird diese Entwicklung auch in der Zukunft anhalten. So wird voraussichtlich im Jahr 2010 der Anteil der Erwerbstätigen in höherqualifizierten Tätigkeiten (Führungsaufgaben, Organisation und Management, qualifizierte Forschung und Entwicklung, Betreuung, Beratung, Lehren u.ä.) gegenüber 1985 von 28 v.H. auf 39 v.H. ansteigen. Hilfstätigkeiten in Produktion, Reinigung, Bewirtung, Lagerhaltung, Transport, einfache Bürotätigkeiten, Verkaufshilfen u.ä. werden im selben Zeitraum von 27 v.H. auf 18 v.H. zurückgehen (vgl. STOOS/WEIDIG 1990: 45). Mit der strukturellen Veränderung und Verlagerung spezifischer Erwerbstätigkeiten verändert sich die Qualifikationsnachfrage. Künftig werden sich die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt für ungelernte Arbeitskräfte weiter verschlechtern. Tendenziell steigen wird auch weiterhin die Nachfrage nach Absolventen von Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten.

#### 2.4 Arbeitsmarktpolitische Steuerungsmöglichkeiten

Den Veränderungen, die sowohl den Umfang als auch die innere Struktur des Erwerbspersonenpotentials der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich bestimmen werden, können sozialpolitische bzw. arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie die verstärkte Nutzung bestehender Reserven entgegenwirken.

- Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik ist ein Trend, der sich ebenfalls in den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft vollzieht. Aufgrund dieser Tatsache muß davon ausgegangen werden, daß der Strukturwandel beim Erwerbspersonenpotential durch Wanderungsbewegungen innerhalb der EG-Länder nicht kompensiert werden kann. In den EG-Staaten wird möglicherweise langfristig ein Konkurrenzkampf um knappe Arbeitsplätze entstehen (vgl. KONLE-SEIDL et al. 1990). Hierbei gilt es, für die Bundesrepublik bestehende Attraktivitätsvorteile (soziale Sicherung, Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Standortvorteile usw.) zu bewahren bzw. weiter auszubauen und Anreize für die Zuwanderung zu schaffen. Hinsichtlich der Zuwanderer ist allerdings zu berücksichtigen, inwieweit deren Ausbildungsstand dem Bedarf der deutschen Industrie entspricht und wie hoch die Akzeptanz für die Migration im Inland ist.

- Eine wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe besteht in der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Vor allem die jüngeren Frauen weisen zunehmend ein höheres berufliches Qualifikationsniveau auf. Die sich abzeichnende Anpassung der Frauenerwerbsquote an die der Männer in der Bundesrepublik kann einerseits den demographischen Wandel - Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen - "abfedern" und unter bestimmten Bedingungen zugleich die Geburtenhäufigkeit positiv beeinflussen (vgl. WAGNER 1990: 469).

- Die verstärkte Einbeziehung von Frauen in das Erwerbsleben setzt neben dem Einkommensaspekt auch die Schaffung bestimmter Anreize bzw. Rahmenbedingungen voraus, z.B. durch die Veränderung des Verhältnisses zwischen Erwerbsarbeit und Hausarbeit. Beruf und Hausarbeit dürfen sich nicht wie bisher für die Frauen nahezu ausschließen, sondern müssen vor allem auf Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung und der Ausweitung von Teilzeitarbeitsgelegenheiten ausgerichtet werden.

- Der künftig notwendige Rückgriff auf "Reserven" des Arbeitskräftepotentials, auf die Frauen oder die älteren Arbeitnehmer, setzt voraus, daß deren Leistungsfähigkeit den Anforderungen der freien Arbeitsplätze entspricht - sozusagen "marktgerecht" ist. Dies ist eine zentrale Voraussetzung für kontinuierliche betriebliche Innovationen. Demnach stellt z.B. die massenhafte Bereitstellung altersgemäßer Arbeitsplätze (Schonarbeitsplätze) lediglich eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme dar, wenn auf diesen Arbeitsplätzen keine marktgerechten Tätigkeiten erbracht werden (vgl. BUTTLER 1990; KÖCHLING 1992).

- Die geringer werdende Zahl nachrückender jüngerer Arbeitskräfte in das Erwerbsleben beinhaltet die Gefahr einer Stagnation oder gar eines Rückgangs der Arbeitsproduktivität insgesamt. Dies um so mehr, da die Expansion des Dienstleistungsbereichs mit zunehmend höheren Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten verbunden ist, und es künftig nicht um den bloßen quantitativen Austausch von Erwerbstätigen mit gering qualifizierten beruflichen Fähigkeiten gehen wird. Jüngere Arbeitskräfte sind in der Regel besser den aktuellen betrieblichen Anforderungen angepaßt als diejenigen, die sich am Ende des Erwerbslebens befinden bzw. aus diesem ausscheiden. Notwendig ist deshalb, die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu verbessern. Dies gilt auch im Hinblick auf qualifizierte Umschulungsmaßnahmen für die Gruppe der älteren Arbeitnehmer.

### Zusammenfassung

Mit der Bevölkerungsentwicklung ändert sich auch die Struktur des Erwerbspersonenpotentials, was unmittelbar auf die Bereiche Wirtschaft und Arbeit Auswirkungen haben wird. Als Folge der demographischen "Altersschere" werden Betriebe künftig - spätestens ab 2010 - auf ältere Erwerbspersonen zurückgreifen bzw. mit alternden Belegschaften produzieren müssen. Auch diese Entwicklung wird, da für andere Industrienationen ebenso zutreffend, nicht ohne weiteres durch die Rekrutierung von jüngeren Arbeitskräften aus dem Ausland kompensiert werden können. Ressourcen bestehen bei weiblichen Erwerbspersonen, die mit steigendem Qualifikationsniveau auf den Arbeitsmarkt drängen. Eine höhere Flexibilisierung der Arbeitszeiten kann dazu beitragen, verstärkt Frauen ins Erwerbsleben einzubinden. Eine wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe besteht in der Steigerung der Effektivität von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie qualitativen Umschulungsmaßnahmen, um die Leistungsfähigkeit auch älterer Arbeitnehmer zu erhöhen bzw. zu erhalten.

### 3. Strategien betrieblicher Beschäftigungspolitik

Die demographische Entwicklung bewirkt eine strukturelle Veränderung des Arbeitskräftepotentials. Damit verändern sich auf der Ebene der Einzelbetriebe die Möglichkeiten und Strategien der Mitarbeiterrekrutierung. Mittelfristig wirkt dies wiederum auf die Personalstruktur (interne Demographie) der Betriebe und zieht personalwirtschaftliche Folgeprobleme nach sich. Die eingespielten Strategien können im Spannungsfeld zwischen der Arbeitsmarktentwicklung und dem demographischen Druck nicht mehr problemlos greifen. Bevor auf Probleme künftiger Personalplanung bzw. betrieblicher Beschäftigungspolitik näher eingegangen wird, wird kurz die Verteilung der Erwerbspersonen nach der Größe der Betriebe dargestellt. Die Betriebsgröße hat wesentlichen Einfluß auf die organisatorische Ausgestaltung betrieblicher Beschäftigungspolitik.

Die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (Stand am 30.6.1991) weist aus, daß 57,7 v.H. der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben mit einer Betriebsgröße von unter 200 Beschäftigten arbeiten. Beim überwiegenden Teil der Betriebe (62,30 v.H.) handelt es sich um Organisationen in einer Größenklasse von 1 bis 4 Beschäftigten. Der relative Anteil von Großbetrieben mit mehr als 1 000 Beschäftigten beträgt 0,1 v.H. Allerdings binden diese Betriebe etwa 20 v.H. der Beschäftigten insgesamt (vgl. KÜHL 1992). Die Mehrzahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland arbeitet demnach in Klein- und Mittelbetrieben. Diese sind im Unterschied zu Großbetrieben dezentralisiert und als Einzelbetrieb häufig autonomer als z.B. der Filialbetrieb eines Großunternehmens. Zugleich wird auch deutlich, daß hinsichtlich der Frage nach möglichen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Personalpolitik bzw. Personalplanung von einer großen Variationsbreite einzelbetrieblicher Reaktionsweisen auszugehen ist.

Ausgangspunkt für die Überlegungen über die Ausgestaltung der Erwerbsarbeit der Zukunft ist der Betrieb bzw. die betriebliche Beschäftigungspolitik. Dabei stellt das betriebliche Kosten- und Rentabilitätskalkül den Handlungsrahmen dar. Die menschliche Arbeitskraft ist ein betrieblicher Faktor neben anderen z.B. Kapitalkosten, Maschineneinsatz, Lagerhaltung usw. Nach KÜHL (1992) lassen sich drei Definitionsmerkmale betrieblicher Beschäftigungspolitik feststellen:

- Betriebe entscheiden relativ autonom über Zugangswege zum Betrieb und über Belegschaftsstrukturen und Mechanismen innerbetrieblicher Arbeitsmärkte. Sie regeln Betriebswechsel, Altersfluktuation, Personalabbau und Entlassungen. Sie fördern Höherqualifizierung der Belegschaften und reagieren auf deren Alterung.
- Betriebe werden flankiert von einem breitgefächerten Instrumentarium zum Auffangen und Stützen bei Beschäftigungsabbau und Betriebsstillegungen. Hierbei handelt es sich um betriebsextern verantwortete und finanzierte Maßnahmen.
- Schließlich kann der Betrieb als Handlungsort extern verantworteter Politik der Arbeits- und Beschäftigungspolitik sowie der Arbeitszeitpolitik gekennzeichnet werden.

Ein zentrales Ziel betrieblicher Beschäftigungspolitik ist das Erreichen einer ausgewogenen Altersstruktur. Bewährt haben sich in diesem Zusammenhang sogenannte Senioritäts-Entlohnungssysteme. Arbeitnehmer, die schon längere Zeit im Betrieb beschäftigt sind, nehmen eine bessere Einkommensposition ein und haben Anspruch auf bestimmte innerbetriebliche Privilegien. Dadurch wird für jüngere Beschäftigte ein Anreiz für eine innerbetriebliche Karriereplanung geschaffen. Diese Strategien funktionieren allerdings nur bei einer optimalen "Durchmischung" der verschiedenen Alters Lebensalter innerhalb einer Betriebsbelegschaft und einem reibungslosen Wechsel auf den jeweiligen betrieblichen Positionen (vgl. WAGNER 1990).

Für Betriebe war und ist es relativ unproblematisch, ältere Arbeitnehmer "freizusetzen" und entsprechend den veränderten Arbeitsanforderungen durch Jüngere auszuwechseln. Hierfür steht ein Instrumentarium sozialer Sicherung bereit, das neben dem Arbeitsunfall, der Berufskrankheit, der Arbeitsunfähigkeit und der Arbeitslosigkeit auch die längerfristige Minderung der Erwerbsfähigkeit sowie das Alter als leistungsauslösende Tatbestände materiell sichert (vgl. BEHREND 1992).

Der in der Bundesrepublik charakteristische Trend einer vorgezogenen, bereits früh einsetzenden Beendigung des Erwerbslebens beruht auf einem unausgesprochenen Konsens zwischen den Akteuren im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung, der Betriebe bzw. deren Geschäftsführungen und schließlich der Arbeitnehmer selber. Soziologisch ausgedrückt handelt es sich beim "early exit" um einen Emergenzeffekt der Interaktion interdependenter Systeme (vgl. z.B. ROSENOW/NASCHOLD 1993). Durch die Institutionalisierung von Möglichkeiten der vorgezogenen Beendigung des Erwerbslebens in Form gesetzlicher Regelungen, z.B. dem Vorruhestandsgesetz (1984-1988), der "59er-Rege-

lung", vor allem aber durch die Flexibilisierung der Altersgrenzen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung (1973) sollte u.a. dem Problemdruck auf dem Arbeitsmarkt Rechnung getragen werden. Die sozialpolitische Orientierung dieser Instrumente ist darauf ausgerichtet, den Lebensstandard der aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden weitgehend zu sichern. Ein versicherungsmathematischer Abschlag bestand bei den vorgezogenen Rentenarten nicht. Im Falle der Erwerbsminderungsrenten, die nicht an ein bestimmtes Alter gebunden sind, erfolgt sogar eine Gleichstellung infolge fiktiver Beitragsanrechnungszeiten.

Die Personalpolitik der Betriebe konnte sich problemlos an diesem Instrumentarium ausrichten und mehr oder minder deutlich ältere und/oder leistungsgeminderte Arbeitnehmer zur "Freisetzung drängen" (Externalisierungsstrategien). Dies war für einen Teil der vorzeitig Ausscheidenden mit zusätzlichen Anreizen wie Abfindungszahlungen, Betriebsrenten und anderen Zusatzversicherungen verbunden. Durch den Austausch mit jüngeren Arbeitskräften konnte zudem den technologischen Innovationsschüben in den Wirtschaftssektoren und den veränderten Anforderungen an das Qualifikationsniveau Rechnung getragen werden.

Die innerbetrieblichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer - Betriebsräte u.ä. - haben u.a. die Aufgabe, Entlassungsmaßnahmen auf ihre "Sozialverträglichkeit" hin zu prüfen. Nach z.B. dem Betriebsverfassungsgesetz oder dem Personalvertretungsgesetz sind besondere Schutzregelungen für ältere Beschäftigte zu beachten. Diese bestimmen die materiellen Bedingungen, unter denen Kündigungsvorgänge verlaufen. Betriebs- oder personalrätliche Entscheidungen hinsichtlich der Kündigung von Belegschaftsmitgliedern sind dabei aber auch weitgehend am beschriebenen Instrumentarium der Sozialen Sicherung orientiert. Dies machen Vergleiche von Kündigungsentscheidungen deutlich, wonach Betriebsräte eher der Entlassung eines Endzwanzigers als der eines Endvierzigers zustimmen, aber gleichzeitig eher der eines Endfünfzigers als der eines Endzwanzigers (vgl. BEHRENS 1994).

Die Möglichkeit, vorzeitig - also vor der Vollendung des 65. Lebensjahres - das Arbeitsleben aufzugeben, ist fester Bestandteil der Lebensplanung der Arbeitnehmer geworden (vgl. KOHLI et al. 1991). Vor dem Hintergrund belastender Arbeitsbedingungen, sinkender Leistungsfähigkeit und steigendem Kon-

kurrenzdruck entspricht dies auch weitgehend ihren Wünschen. Allerdings ist eine zunehmende Differenzierung der Struktur älterer Arbeitnehmer zu berücksichtigen, wobei empirisch vielfach belegt wurde, welche Unterschiede in den Einstellungen zur Frühberentung bestehen (NAEGELE 1992: 243 ff.). Darüber hinaus hat ein struktureller Wandel der Wertorientierungen stattgefunden, der von einer stark arbeitszentrierten Einstellung hin zu einer größeren Bedeutung der Freizeit als gesellschaftlichem Wert geführt hat. Auch dieser Umstand hat dazu beigetragen, daß die Frühberentung zumindest bei einem großen Teil der Arbeitnehmer durchaus akzeptiert und sogar angestrebt wird (vgl. hierzu auch die Beiträge von WOLF und NAEGELE in diesem Band).

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird sich längerfristig - sofern die zuvor beschriebenen arbeitsmarktpolitischen Bemühungen zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit usw. nicht greifen - die Personalstruktur der Betriebe verändern. Die bisherigen Strategien des Austauschs älterer gegen jüngere Arbeitskräfte lassen sich nicht mehr durchhalten. Können keine jüngeren Mitarbeiter bzw. Nachwuchskräfte für den Betrieb rekrutiert werden, so steigt der Anteil der älteren Belegschaftsmitglieder innerhalb der Unternehmung an.

Die personalwirtschaftlichen Folgeprobleme dieser Entwicklung bestehen u.a. in der gefährdeten Kontinuität des Wissenstransfers durch den Generationenwechsel. Derartige Qualifikationsprobleme wirken sich auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmung aus. Zugleich sind durch den höheren Anteil älterer Mitarbeiter die Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des Betriebes für die jüngeren Beschäftigten eingeschränkt (Beförderungsstau). Dies zieht wiederum Motivationsprobleme der Mitarbeiter nach sich, deren Karriereplanung eingeschränkt ist. Integrationsprobleme neuer Arbeitskräfte entstehen durch die mit der Überalterung der Belegschaft verbundene Verfestigung innerbetrieblicher sozialer Strukturen - auch hinsichtlich bestehender Werte und Normen. Kriterium für die Neueinstellung von Mitarbeitern ist eher die Anpassungsfähigkeit an derartige Strukturen als die kreative und kritische Auseinandersetzung damit (vgl. WEBER 1990). Um derartige Folgeprobleme zumindest zu verringern, wird es langfristig für die Betriebe notwendig, das zur Verfügung stehende Humankapital - den Faktor "Arbeit" - neu zu bewerten und einen Paradigmenwechsel von Management- und Produktionsstrategien vorzunehmen. Im folgenden wird hierauf näher eingegangen, wobei die Bedeutung und die Möglichkeit, derartige allgemeine Strategien für die Gruppe der älteren Arbeitnehmer nutzbar zu machen, besonders hervorgehoben wird.

### 3.1 Managementstrategien der Zukunft: "Das Human Resource Modell"

Ansätze einer Neubewertung aus der Sichtweise des betrieblichen Managements ist im "Human Resource Modell" zu sehen. Nach STAEHLE (1989) hat der Bereich der Personalplanung in den Betrieben etwa seit Beginn der achtziger Jahre einen Wandel erfahren. Die Aufgabe einer eher reaktiven Personalanpassung an betriebliche Erfordernisse wird zunehmend abgelöst durch eine integrative, proaktive und strategische Sichtweise. Der Mitarbeiter wird nicht wie im traditionellen Modell als im Grunde demotivierter und arbeitsscheuer Untergebener betrachtet, der ständig zu kontrollieren und zu überwachen ist (vgl. aus arbeitsorganisatorischer Sicht FRACKMANN/LEHMKUHL 1993: 62), sondern als Träger potentieller Fertigkeiten und Erfahrungen. Aufgabe des Managements ist es, diese Anlagen zu aktualisieren, zu fördern und weiterzuentwickeln (vgl. STAEHLE 1989: 391). Hierzu ist nach dem Ansatz des Human Resource Modells eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Mitarbeiter sich voll entfalten können. Dabei ist das Praktizieren von Mitbestimmung und die Entwicklung von Fähigkeiten zur Selbstbestimmung und Selbstkontrolle von Bedeutung. Die Anwendung dieses Modells kann neben der Produktivitätssteigerung auch zu einer höheren Betriebszufriedenheit der Belegschaftsmitglieder führen, da jeder seine Fähigkeiten voll in die Unternehmung einbringen kann. Gerade im Hinblick auf eine zukünftige Verknappung des nachwachsenden Arbeitskräftepotentials kommt der menschlichen Arbeitskraft eine wichtige Bedeutung für Betriebe zu. Die planerische Ausnutzung des vorhandenen Humanpotentials stellt das Management hinsichtlich der Strategie zum Erreichen des Unternehmensziels vor eine veränderte Aufgabenstellung: Nicht die Personalstruktur ist an die Managementstrategie anzupassen, sondern die Strategie muß sich ebenso an der bestehenden Personalstruktur ausrichten (vgl. STAEHLE 1989: 394). Mit anderen Worten: Betriebe, in denen das Durchschnittsalter der Belegschaftsmitglieder zwischen 30 und 35 Jahren liegt, müssen bereits heute in das Unternehmenskalkül einbeziehen, was und wie produziert werden kann und muß, wenn in 15 oder 20 Jahren dieselben Belegschaftsmitglieder dann durchschnittlich 45 bzw. 50 Jahre und älter sein werden.

Die Effektivität des Human Resource Modells, dessen Zukunftsträchtigkeit angesichts der zu erwartenden Entwicklung auf der Hand zu liegen scheint, setzt allerdings ein fachlich qualifiziertes Management auch in bezug auf das Personalwesen voraus, das heute bestenfalls in Großbetrieben anzutreffen

ist. Da der überwiegende Teil der Beschäftigten in der Bundesrepublik in Klein- und Mittelbetrieben arbeitet, ist es notwendig, das Bewußtsein für die besondere Bedeutung des vorhandenen Mitarbeiterpotentials bei den Betriebsleitungen zu schärfen und die Personalführung auch auf unterer und mittlerer Linie zu überdenken.

### 3.2 Produktionsstrategien der Zukunft: "Dezentrale Organisationskonzepte"

Die Einführung neuer Technologien hat in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls seit Anfang der achtziger Jahre einen strukturellen Wandel nicht nur im Bereich der Produktion ausgelöst. Der Einzug programmgesteuerter Arbeitsmittel (NCN-Werkzeugmaschineneinsatz, flexible Fertigungssysteme) insbesondere in der Automobilindustrie wurde in seinen Auswirkungen vielfach analysiert (vgl. z.B. FRIEDRICH/RONNING 1985). Wenn auch von einem allgemeinen Ende der Arbeitsteilung bzw. einem Abschied vom Taylorismus im Sinne von KERN/SCHUMANN (1984) nicht uneingeschränkt die Rede sein kann, ist gegenwärtig doch deutlich ein Trend zu einer stärkeren dezentralen Zusammenfassung von Teilarbeitstätigkeiten ("Aufgabenintegration am Arbeitsplatz") im Bereich der Produktion feststellbar (vgl. STRÖTGEN 1992).

Die wirtschaftliche Entwicklung - insbesondere der Automobilindustrie - in den USA und in Japan hat den Anstoß für die Einführung neuer Konzepte der Fertigung gegeben. Dabei zeigt sich, daß die Reduktion der Massenproduktion bei gleichzeitiger Erweiterung der Kooperationsformen im Produktionsbereich zu Wettbewerbsvorteilen führt. Der Massenherstellung von Waren und Gütern (hier: Automobilen), deren Herstellung auf einer Vielzahl von repetitiven automatisierten Teilarbeitsabläufen beruht und auf einen unbestimmten Konsumentenkreis gerichtet ist, steht die Produktion von Waren gegenüber, die auf hochqualifizierter komplexer Arbeit beruht und auf einen sehr eingegrenzten finanzkräftigen Abnehmerkreis beschränkt ist. Die sogenannten "schlanken Produktionskonzepte" (lean production) stellen eine Synthese zwischen beiden Produktionsarten dar, wobei versucht wird, qualifizierte Gruppenarbeit und flexible Automation mit einer systematischen Kundenorientierung und niedrigen Preisen zu verbinden (vgl. OEHLKE 1993: 100). Neben dem Rationalisierungseffekt, der mit lean production durch das "Abspecken" von Produktionsabläufen verbunden ist, wird zudem durch integrierte Gruppenarbeit eine höhere Wert-

schöpfung erreicht. An die Arbeitskräfte werden dabei höhere, komplexe Anforderungen gestellt.

Die Arbeit in Gruppen oder in Form sogenannter Fertigungsinseln ist mit der Erweiterung von Entscheidungskompetenzen der einzelnen Gruppenmitglieder sowie der Gruppe innerhalb des betrieblichen Gesamtzusammenhanges verbunden. Das bedeutet sowohl einen höheren Grad an Dezentralisierung als auch eine Tendenz zu flacheren Hierarchien (vgl. OEHLKE 1993: 101). Gruppenarbeit oder Gruppenarbeitssysteme können definiert werden als:

"räumlich, sachlich und sozial fest umrissene Arbeitszusammenhänge, in denen durch eine zielgerichtete aufeinander bezogene Gestaltung von Technik, Organisation und Arbeit eine Erhöhung der Systemleistung und der Systemflexibilität erzielt wird. Die besonderen Leistungspotentiale lebendiger Arbeit sind dabei:

- Kooperationsfähigkeit,
- Lernfähigkeit,
- Selbstoptimierungsfähigkeit,
- Reflexivität,
- Kommunikationsfähigkeit,
- Mobilität,
- Integrationsfähigkeit und soziales Verständnis." (GEBBERT 1992).

Für den Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung ergibt sich mit der Gruppenarbeit eine grundlegende Neuorientierung. Die Qualifikationsanforderungen

"zielen auf die Flexibilität im gedanklichen Einstellen auf neue Arbeitsaufgaben, auf Selbständigkeit in der Entscheidung bezüglich der Arbeitsaufgaben, auf Selbstsicherheit im argumentativen Vertreten und Verteidigen eigener Positionen innerhalb und außerhalb der Gruppe, auf Ausdrucksfähigkeit hinsichtlich der eigenen Gedanken und des eigenen Befindens in der Gruppe, auf ein Kooperationsverständnis, das Leistung nicht als individuelles, sondern als Gruppenergebnis faßt, auf Reflexivität hinsichtlich des Zustandekommens eigener Auffassungen mit dem Ziel effektiver Fehlerrückmeldung und -vermeidung sowie auf Konfliktlösungsstrategien im Umgang mit Gruppenkonflikten und -kompromissen" (FRACKMANN/LEHMKUHL 1993: 64).

Diese Aufzählung macht deutlich, daß die neuen Produktionskonzepte letztlich auch einen neuen Arbeitnehmertypus erforderlich machen. Voraussetzung für die Schaffung beruflicher Handlungskompetenz für derartige Gruppenarbeit ist die kontinuierliche betriebs- und arbeitsbezogene Qualifizierung von Mitarbeitern. Gruppenarbeit scheint auch für ältere Beschäftigte eine optimale Möglichkeit zu bieten, ihre beruflichen Erfahrungen und ihr Wissen in die Gruppe einzubringen und zugleich eventuell bestehende individuelle Leistungseinschrän-

kungen durch die Gruppe kompensieren zu können. Sowohl ein mehr kooperativer Führungsstil als auch die besondere Bedeutung, die auch dem älteren Mitarbeiter innerhalb der Gruppe zukommt, kann wesentlich die Leistungsmotivation und Arbeitszufriedenheit fördern. Gruppenarbeit kann somit einen wesentlichen Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens leisten.

Die hier skizzenhaft beschriebenen Voraussetzungen und Vorteile der Gruppenarbeit stoßen in der betrieblichen Praxis allerdings an Grenzen. Die Umsetzung dieser Konzeption fand, wenn überhaupt, bisher nur in einigen wenigen Bereichen/Abteilungen von Großbetrieben statt (z.B. Opel AG; Daimler Benz AG) und nur teilweise in mittelständischen Betrieben (vgl. STRÖTGEN 1992). Ursachen hierfür bestehen neben den traditionellen - überwiegend am Technikeinsatz orientierten - Denkweisen betrieblichen Managements, vor allem darin, daß die Effektivität von Humanisierungskonzepten (z.B. geringere Fehlzeiten, höhere Flexibilität der Mitarbeiter, verbesserte Motivation, höhere Qualitätssicherung, geringere Fluktuation usw.) sich nicht kurzfristig im Sinne einer Kosten-Nutzen-Bewertung "rechnet", sondern sich indirekt, in Gewinnen oder Folgekosten erst längerfristig bemerkbar macht (vgl. ebenda).

### 3.3 Gesundheitsprävention als Zukunftsaufgabe

Die Möglichkeit, durch dezentrale Arbeitsorganisation in Gruppen die Ressourcen älterer Arbeitskräfte längerfristig im Betrieb zu nutzen, ist allerdings an zwei Voraussetzungen gebunden: Zum einen muß, wie bereits erwähnt, ein kontinuierlicher, den veränderten beruflichen Anforderungen entsprechender Qualifizierungsprozeß im Betrieb einsetzen. Zum zweiten ist der Erhalt der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter weiterhin das entscheidende Beschäftigungskriterium.

Grundsätzlich ist nicht jede Arbeit in Gruppen mit Gruppenarbeit im oben beschriebenen Sinne gleichzusetzen. Innerhalb einer Gruppe herrscht ein besonderer "Druck", der von Faktoren abhängt wie z.B. der Zusammensetzung der Mitglieder hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit oder dem Entlohnungssystem. Der Gruppendruck wirkt sich vor allem dann aus, wenn für die Gruppe externe Leistungsvorgaben bestehen. Der interne Konkurrenz- und Leistungsdruck wird sich in diesen Fällen voraussichtlich weiterhin gegen die älteren Gruppenmitglieder richten.

Aber noch eine weitere Gefahr kann mit Gruppenarbeit im beschriebenen Sinn verbunden sein. Wie Ergebnisse aus der Herz-Kreislaufforschung zeigen, weisen komplexe Arbeitstätigkeiten, die mit hohem Verantwortungsgrad verbunden sind und unter besonderen Leistungsvorgaben erfolgen, ein deutlich höheres Infarkt-risiko auf als Arbeitsplätze mit einfachen mechanischen wiederkehrenden Teil-arbeitstätigkeiten (vgl. FRICZEWSKI et al. 1986). Es bleibt abzuwarten, welche gesundheitsgefährdenden Risiken mit einer Verallgemeinerung von Grup-penarbeit verbunden sind.

Um den zukünftigen Mangel an Arbeitskräftenachwuchs durch längere Beschäfti-gungsdauern zumindest zum Teil kompensieren zu können, wird es wichtiger werden, eine gezielte Gesundheitsprävention in den Betrieben zu verankern. Ein Ansatz hierfür kann in den Richtlinien zur Verbesserung des Arbeits-schutzes im Zusammenhang mit der Europäischen Sozialunion gesehen werden. So beschreibt z.B. die Rahmenrichtlinie 89/391/EWG vom 12.6.1989 (Amtsblatt der EG Nr. L 183/1 vom 29.6.1989) allgemeine Grundsätze für die Verhütung be-rufsbedingter Gefahren, für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz, die Ausschaltung von Risiko- und Unfallfaktoren, die Information, die Anhörung, die ausgewogene Beteiligung der Betroffenen, die Unterweisung der Arbeitneh-mer und ihrer Vertreter sowie allgemeine Regeln für die Durchführung (vgl. LARBMED-Info vom Dezember 1992: 7; ZWINGMANN 1993: 7ff.). Auch ein betrieb-liches Gesundheitsberichterstattungssystem ermöglicht es, besondere gesund-heitliche Belastungsschwerpunkte im Betrieb zu ermitteln und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen (vgl. STUPPARDT 1990). Ein praktisches Beispiel vorbeugender Maßnahmen gegenüber Erkrankungen des Bewegungsapparates ist in den von einigen Krankenkassen unter fachlicher Anleitung durchgeführten Rücken-schulen zu sehen. Gesundheitsfördernde Maßnahmen dürfen somit nicht nur auf die "Reparatur" bereits eingetretener Gesundheitsschäden begrenzt sein, son-dern müssen eine gezielte Verhaltens- aber auch Verhältnisprävention bereits im Vorfeld der Krankheitsentstehung einschließen.

#### 4. Schlußfolgerungen

Demographische Berechnungen bis zum Jahr 2030 machen den Trend zu einem er-heblichen Geburtenrückgang deutlich. Dieser "Megatrend" prägt nicht nur die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, sondern läßt sich auch für

andere westliche Industrienationen nachweisen. Der demographische Druck der sogenannten "Altersschere" auf die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zeigt sich in einem wachsenden quantitativen Mißverhältnis zwischen den (jüngeren) Erwerbspersonen und denjenigen (älteren), die überwiegend Einkommen aus sozialen Versicherungssystemen beziehen. Die Finanzierung dieser Einkommenniveaus, auf der Grundlage des für die Bundesrepublik bestehenden Generationenvertrages, wird daher zunehmend problematisch.

Auswirkungen der demographischen Entwicklung sind aber auch auf die Struktur des Erwerbspersonenpotentials zu erwarten. Nicht nur die Bevölkerung insgesamt, sondern auch das Arbeitskräftepotential ist durch den Geburtenrückgang strukturellen Alterungsprozessen unterworfen. Die für die Betriebe und damit für den Bereich der Wirtschaft verbundenen negativen Konsequenzen im Hinblick auf Arbeitskräfterekrutierung, Produktivitätsentwicklung und Konkurrenzfähigkeit werden sich den demographischen Berechnungen zufolge ab dem Jahr 2010 dramatisch zuspitzen.

Künftig wird sich der Konkurrenzkampf um Arbeitskräfte sowohl zwischen den Nationen als auch auf der Ebene der Einzelbetriebe verschärfen. Nur wenn es gelingt, nationale, wirtschaftliche und soziale Standortvorteile zu erhalten bzw. auszubauen, könnte die künftige Arbeitskräfteverknappung durch politisch gesteuerte Zuwanderungen teilweise aufgefangen werden. Grenzen sind hierbei allerdings durch das Qualifikationsniveau der Zuwanderer gezogen sowie durch die soziale Akzeptanz des Zuzugs von Ausländern in den jeweiligen Ländern. Grundsätzlich bedarf es einer wohlüberlegten Zuwanderungskonzeption dahingehend, wieviel Bedarf an Arbeitskräften für welche Tätigkeiten in der Zukunft besteht. Zugleich sollten in einer solchen Konzeption aber auch humanitäre, kulturelle und ordnungspolitische Aspekte berücksichtigt werden. Betrachtet man die Kompensationsmöglichkeit durch Zuwanderungen aus der Perspektive einer durch die Bundesregierung politisch angestrebten europäischen Wirtschafts- und Sozialunion, wird deutlich, daß es sich um einen bloßen Umverteilungseffekt handelt. Da der Geburtenrückgang ebenso für andere westeuropäische Industrienationen charakteristisch ist, bedeutet die Zuwanderung lediglich eine weitere Arbeitskräfteverknappung in den Abwanderungsländern.

Steuerungsmöglichkeiten gegenüber dem demographischen Druck bestehen letztlich in einer Umorientierung auf vorhandene Arbeitskräfteresourcen. Von ent-

scheidender Bedeutung ist, wie weit es gelingt, Frauen in das Erwerbsleben stärker einzubeziehen. Für die Bundesrepublik Deutschland besteht hierbei gegenüber anderen Ländern durchaus ein Nachholbedarf. Für die bessere Ausschöpfung des beruflichen Qualifikationspotentials von Frauen ist nicht nur eine grundsätzliche Gleichstellung gegenüber den männlichen Erwerbspersonen Voraussetzung, sondern zugleich ist die Vereinbarkeit von Haushalt/Familie und Beruf zu verbessern. Eine höhere Arbeitszeitflexibilisierung und der Ausbau von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten können hierzu ebenso beitragen, wie Verbesserungen z.B. im Bereich der Kinder- und Familienbetreuung. Die rentenwirksame Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten sind bereits als Schritte in diese Richtung zu werten. Überdenkenswert ist es darüber hinaus, Anreize im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung, wie sie z.B. durch das Instrument der Hinterbliebenenrenten bestehen, abzubauen und grundsätzlich den Aufbau eigenständiger Versichertenkonten auch für die Frauen anzustreben. Schließlich wird es für eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit auch auf die Bereitschaft der Männer ankommen, zumindest Teile des von ihnen dominierten Bereiches der Arbeitswelt an Frauen abzugeben, mit der gleichzeitigen Konsequenz der Übernahme bislang überwiegend frauenspezifischer Tätigkeitsfelder wie Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege usw.

Während die sozialstaatlichen bzw. sozialversicherungsrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten in bezug auf die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit relativ breit gefächert sind, ist die Orientierung auf die Ressourcennutzung von älteren Arbeitnehmern stärker von betriebs-sozialpolitischen Entscheidungen abhängig.

Langfristig wird durch die demographische Entwicklung der gesellschaftliche Konsens, auf dem die Externalisierung älterer Arbeitnehmer zugunsten von jüngeren Nachwuchskräften beruhte, in Frage gestellt. Infolge des quantitativen und qualitativen Arbeitskräftemangels sind die Betriebe zunehmend auf alternende Belegschaften verwiesen. Die Bedeutung der menschlichen Ressourcen als Produktionsfaktor wird deutlich zunehmen. Es wird künftig darauf ankommen, die Gesamtpersönlichkeit von Beschäftigten in ihren Fähigkeiten und Entwicklungsstufen personalpolitisch mehr als bisher zu würdigen. Hierzu bedarf es eines qualifizierten betrieblichen Managements, das in der Lage ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit sich die Beschäftigten "ganzheitlich" in die Unternehmung einbringen können.

Im engen Zusammenhang mit einem notwendigen personalpolitischen Paradigmenwechsel stehen Veränderungen im Hinblick auf die Produktionsweise. Die Ablösung tayloristischer Produktionskonzepte zugunsten komplexer werdender Arbeitsaufgaben für den einzelnen Beschäftigten beinhaltet die Möglichkeit, auch besondere Befähigungen und Erfahrungen von älteren Mitarbeitern im Rahmen von Gruppenarbeit betrieblich zu nutzen. Hiervon profitieren werden allerdings nur die höher qualifizierten und leistungsfähigen älteren Beschäftigten, da die betriebsorganisatorische Zusammenfassung von bislang nacheinander erfolgenden Produktionsabläufen zugleich eine durchgreifende Rationalisierungsmaßnahme darstellt und aktuell mit Beschäftigungsabbau verbunden ist. Regelmäßige Anpassung der beruflichen Qualifikation von Mitarbeitern an die betrieblichen Belange sind ebenso Voraussetzung für die Weiterbeschäftigung, wie der Erhalt der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit. Der Paradigmenwechsel von Management- und Produktionsstrategien hinsichtlich der Wertschätzung und Förderung des betrieblichen Humankapitals hat sich bisher nur teilweise in Großbetrieben wie z.B. in der Automobilindustrie und dort vor allem in den Bereichen Forschung und Entwicklung vollzogen.

Da sich die demographisch bedingte Verknappung des Arbeitskräftepotentials erst in den Jahren nach 2010 deutlich auswirken wird, ist dies heute und in den nächsten Jahren für die Vielzahl der Klein- und Mittelbetriebe kaum mit betrieblichen Konsequenzen verbunden. Aufgrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und der aktuellen konjunkturellen Entwicklung wird der Externalisierungsdruck auf ältere Mitarbeiter in diesen Betrieben eher noch zunehmen. In diesem Zusammenhang ist ebenso darauf hinzuweisen, daß die Frage einer künftigen Neubewertung der lebendigen Arbeitskraft in den Betrieben letztlich nur vor dem Erfahrungshintergrund in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland diskutiert wird. Für die neuen Bundesländer stellt sich gegenwärtig diese Problematik in einem grundsätzlich anderen Kontext, nämlich der massenhaften Freisetzung von Arbeitskräften, ohne Rücksicht auf Alter, Leistungsfähigkeit oder Qualifikation.

Mit der Rentenreform '92 wurden in der Bundesrepublik Deutschland staatlicherseits die Weichen in Richtung auf eine Verlängerung der Erwerbsphase in der Zukunft gestellt. Die Heraufsetzung der Altersgrenze steht dem derzeit noch vorherrschenden Trend zum vorgezogenen Ruhestand gegenüber. Künftig wird es nur in Verbindung mit einer deutlichen Einbuße beim Renteneinkommen möglich

sein, das Erwerbsleben vor der Vollendung des 65. Lebensjahres zu beenden. Mit der Aufhebung der Differenzierungen und dem Senken von Anreizen für einen vorgezogenen Übergang in den Ruhestand sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen - zumindest was die Entscheidungsspielräume der Versicherten betrifft - festgelegt.

Das Spannungsverhältnis zwischen Betrieben und Staat wird sich künftig vergrößern. Besonderer Handlungs- und Anpassungsdruck entsteht dabei aus der aktuellen Arbeitsmarktsituation einerseits und den künftigen demographischen Herausforderungen andererseits. Von den Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer in den Betrieben wird es künftig abhängen, ob es sich bei der Heraufsetzung der Altersgrenze durch die Rentenreform '92 um die Schaffung einer notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingung handelt, die dem demographischen Druck durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wirksam entgegensteuert und zum Erhalt des sozialen Standards in der Bundesrepublik beiträgt.

#### Literaturverzeichnis:

- BEHREND 1987 C. Behrend: Ältere Arbeitnehmer - Gewinner oder Verlierer des strukturellen Wandels?, in: DZA (Hrsg.): Die ergraute Gesellschaft, Berlin 1987, S. 50-84
- BEHREND 1992 C. Behrend: Frühinvalidisierung und soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland - Entwicklungsprozesse und Fallbeispiele, Berlin 1992
- BEHRENS 1994 J. Behrens: Der Prozeß der Invalidisierung - das demographische Ende eines historischen Bündnisses, in: Behrend, C.: Frühinvalidität - ein "Ventil" des Arbeitsmarkts? DZA Berlin 1994, S. 105-135
- BRETZ 1986 M. Bretz: Bevölkerungsvorausberechnungen: Statistische Grundlagen und Probleme, in: Wirtschaft und Statistik, (1986)4, S. 233-238

- BUTTNER 1990 G. Buttner: Arbeitsmarktreserven bei schrumpfender Bevölkerung, in: Felderer, B. (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft, Berlin 1990, S. 441-454
- CORNELSEN 1993 C. Cornelsen: Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen - Ergebnisse des Mikrozensus April 1991, in: Wirtschaft und Statistik, (1992)1, S. 48-54
- FRACKMANN/LEHMKUHL 1993 M. Frackmann; K. Lehmkuhl: Weiterbildung für Lean Production, in: WSI-Mitteilungen, 46(1993)2, S. 61-68
- FRICZEWSKI et al. 1986 F. Friczewski; W. Maschewsky; F. Naschold; P. Wotschak; W. Wotschak: Herz-Kreislauf-Krankheiten und industrielle Arbeitsplätze, Frankfurt/New York 1986
- FRIEDRICH/RONNING 1985 W. Friedrich; G. Ronning: Arbeitsmarktwirkungen moderner Technologien, Köln/Konstanz 1985
- GEBBERT 1992 V. Gebbert: Gruppenarbeit zwischen Olympiamannschaft und Solidarpakt - Beispiele und Thesen zu den Bedingungen menschengerechter Arbeit in der Produktion. Beitrag zum Kongreß: Erwerbsarbeit der Zukunft vom 3. bis 4.11.1992 in Berlin, Tagungsband 1, Werkstatt 3
- KERN/SCHUMANN 1984 H. Kern; M. Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984
- KÖCHLING 1992 A. Köchling: Arbeitsplätze der Zukunft, in: forum demographie und politik, (1992)2, S. 61-81
- KOHLI et al. 1991 M. Kohli; M. Rein; A.M. Guillemard; H.v. Gunsteren (Hrsg.): Time for retirement - Comparative studies of early exit from the labor force, Cambridge 1991
- KONLE-SEIDL et al. 1990 R. Konle-Seidl; H. Ullmann; U. Walwei; H. Werner: Die Entwicklung der Arbeitsmärkte im Europäischen Binnenmarkt bis zum Jahr 2000, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23(1990)2, S. 205-226
- KÜHL 1992 J. Kühl: Betriebliche Beschäftigungspolitik - Ein Problemaufriß, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB, 25(1992)3, S. 333-343

- KÜHLEWIND 1992 G. Kühlewind: Generationenvertrag oder Generationenkonflikt?, in: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1992, S. 5
- LARBMED-Info 1992 Larbmed-Info, Mitteilungen des Landesinstituts für Arbeitsmedizin, O.V., Berlin 1992, S. 7
- NAEGELE 1992 G. Naegele: Zwischen Arbeit und Rente, Augsburg 1992
- OEHLKE 1993 P. Oehlke: Zur gesellschaftspolitischen Ambivalenz der schlanken Produktionsstrategien, in: WSI-Mitteilungen, (1993)2, S. 97-110
- ROSENOW/NASCHOLD 1993 J. Rosenow; F. Naschold: Ältere Arbeitnehmer Produktivitätspotential oder personalwirtschaftliche Dispositionsmasse? - Bundesdeutsche Unternehmen im Vergleich zu Schweden und Japan, in: Sozialer Fortschritt, 42(1993)5
- SOMMER 1992 B. Sommer: Entwicklung der Bevölkerung bis 2030 - Ergebnis der siebten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, in: Wirtschaft und Statistik, (1992)4, S. 217-222
- STAEHLE 1989 W.H. Staehle: Human Resource Management und Unternehmensstrategie, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB, 22(1989)3, S. 388-396
- STOOSS/WEIDING 1990 F. Stooß; I. Weiding: Der Wandel der Tätigkeitsfelder und -profile bis zum Jahr 2010, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB, 23(1990)1, S. 34-51
- STRÖTGEN 1992 J. Strötgen: Die Probleme von morgen wachsen auf den Feldern von heute. Beitrag zum Kongreß: Erwerbsarbeit der Zukunft vom 3. bis 4.11.1992 in Berlin, Tagungsband 1, Werkstatt 3
- STUPPARDT 1990 R. Stuppardt: Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitszirkel: Instrumente dezentraler Gesundheitsförderung, in: Arbeit und Sozialpolitik, (1990)8/9, S. 299-303

- TESSARING 1991 M. Tessaring: Tendenzen des Qualifikationsbedarfs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2010. Implikationen der IAB/Prognos-Projektion 1989 für die Qualifikationsstruktur der Arbeitsplätze in Westdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB 24(1991)1, S. 45-62
- THON 1991a M. Thon: Neue Modellrechnungen zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im bisherigen Bundesgebiet bis 2010 mit Ausblick auf 2030, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB 24(1991)4, S. 673-688
- THON 1991b M. Thon: Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB 24(1991)4, S. 706-712
- UMBACH 1987 E. Umbach: Bedeutung demographischer Veränderungen in heutigen Zukunftsszenarien und Modellen, in: DZA (Hrsg.): Die ergraute Gesellschaft, Berlin 1987, S. 31-47
- WAGNER 1990 G. Wagner: Bevölkerungsentwicklung und betrieblicher Personalbedarf aus volkswirtschaftlicher Sicht, in: Felderer, B. (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft, Berlin 1990, S. 455-471
- WEBER 1990 W. Weber: Bevölkerungsentwicklung und Personalplanung, in: Felderer, B. (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft, Berlin 1990, S. 273-285
- ZWINGMANN 1993 B. Zwingmann: Reform des Arbeitsschutz- und Berufskrankheitenrechts, in: Soziale Sicherheit, (1993)1, S. 7-14

DIE PFLEGE

LEISTUNG

von Ursula

Inhalt:

1. Pflege
2. Individuelle
3. Folgen von

TEIL III:

PFLEGEMANAGEMENT UND SELBSTREALISIERUNG

- 3.1. Inhalt
  - 3.2. Auswirkungen
  4. Fazit: Pflege - eine
- Anmerkungen  
Literaturverzeichnis

1. Pflege in der Familie - Proletenklasse

Pflegende Töchter sind neben den Chefschwestern die den gegenüber früher um ein Vielfaches stärkeren Belastungen in der Familie auffangen. In der BRD ist der Hilfs- und Pflegebedürftige in der Familie versorgt. Zudem ist die Mehrheit der Belasteten weiblichen Geschlechts. Von den in Privathaushalten pflegenden sind mehr als 60 % beruflich tätig, wobei weiblichen Angehörigen um (Schleicher/1990: 100). HEIKI 1987: 76; SOCIALDATA 1990: 62 und 63. Dies wird trotz der physischen und psychischen Belastung jeder Belastungsgruppe, um das die Einzelnen sind (BRACKER/DALLINGER/KADDER/TEICHMANN 1989: 100). Unterstützung durch ambulante soziale und pflegerische Leistungen ist erstaunlich gering, vergemeinhaltet werden. In der BRD sind die pflegenden Hilfspersonen hinzuzugezogen werden. In der BRD sind zum Anfang der von Angehörigen betriebenen Betreuung der pflegenden Teilender Älterer (BRACKER 1991; SOCIALDATA 1990: 62 und 63). Dies ist eine Folge wegen der hohen Kosten und auch wegen der hohen Kosten der pflegenden

1988

W. Esserling: Tendenzen des Qualifikationsbedarfs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2010. Implikationen der IAB/Frognose-Projektion 1980 für die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte in Westdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB-24(1981)1, S. 45-61

1989

M. Thun: Neue Modellrechnungen zur Entwicklung des Erwerbspersonspotentials im bisherigen Bundesgebiet bis 2010 mit Hinblick auf 2000, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB-24(1981)4, S. 473-488

1991

W. Esserling: Perspektiven des Erwerbspersonpotentials im Bundesgebiet bis zum Jahre 2020, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung MittAB-24(1981)2, S. 706-712

1992

A. Schäfers: Befreiung demographischer Verhältnisse in heutigen Zukunftsszenarien von Frauen, in: DZA (Hrsg.): Die arbeitsmarktpolitische Lage, Berlin 1992, S. 31-47

1993

H. Wagner: Bevölkerungsentwicklung und qualitativer Personalbedarf aus volkswirtschaftlicher Sicht, in: Felderer, S. (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft, Berlin 1993, S. 455-471

1994

H. Wagner: Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarktpolitik, in: Felderer, S. (Hrsg.): Bevölkerung und Wirtschaft, Berlin 1994, S. 377-393

1995

H. Wagner: Reform des Arbeitsschutz- und Dienstvertragsrechts, in: Soziale Welt (1995), S. 7-14

## DIE PFLEGE ALTER ELTERN - BALANCEAKT ZWISCHEN NORMERFÜLLUNG UND INDIVIDUALISIERUNGSMÖGLICHKEITEN IM WEIBLICHEN LEBENS LAUF<sup>1)</sup>

von Ursula Dallinger

### Inhalt:

1. Pflege in der Familie - Problemskizze anhand empirischer Daten
2. Individualisierung des weiblichen Lebenslaufes und widersprüchliche Normen
3. Folgen auf individueller Ebene
  - 3.1 Individuelle Strategien und Verarbeitungsweisen
  - 3.2 Auswirkungen auf die Antizipation des eigenen Alters
4. Fazit: Pflege - eine Modernisierungslücke im Wohlfahrtsstaat?

Anmerkungen

Literaturverzeichnis

### 1. Pflege in der Familie - Problemskizze anhand empirischer Daten

Pflegende Töchter sind neben den EhepartnerInnen die wichtigste Personengruppe, die den gegenüber früher um ein Vielfaches gewachsenen Pflegebedarf älterer Menschen in der Familie auffangen. Um dies mit Zahlen zu verdeutlichen: Ca. 80 % der Hilfs- und Pflegebedürftigen werden zu Hause von Angehörigen versorgt. Zudem ist die Mehrzahl der Betreuungspersonen von älteren Menschen weiblichen Geschlechts. Von den in Privathaushalten lebenden älteren Pflegebedürftigen sind mehr als 60 % bereits verwitwet, so daß es sich bei den weiblichen Angehörigen um (Schwieger-)Töchter handeln muß (BMJFFG 1986: 28-34; HEINZ 1987: 76; SOCIALDATA 1980: 62 und 252; THIEDE 1988: 252 f.) Gepflegt wird trotz der physischen und psychischen Beanspruchung oft unter Mißachtung jeder Belastungsgrenze, so daß die Risiken für die eigene Gesundheit hoch sind (BRACKER/DALLINGER/KARDEN/TEGETHOFF 1988; WAND/LEHR 1986). Die Unterstützung durch ambulante soziale und pflegerische Dienste ist derzeit noch erstaunlich gering, vergegenwärtigt man sich, daß nur bei 12 % der Pflegebedürftigen Hilfsdienste hinzugezogen werden. Ebenso gering ist im Vergleich zum Umfang der von Angehörigen betreuten älteren Menschen der Anteil im Heim lebender Älterer (BRUDER 1981; SOCIALDATA 1980), auch wenn diese Versorgungsform wegen der hohen Kosten und auch wegen humaner Gründe im politischen

Diskurs große Beachtung findet. Töchter lösen also die für den Wohlfahrtsstaat zunehmend zu einem gravierenden Problem werdende Versorgung pflegebedürftiger älterer Menschen privat und individuell.

Daß es für das Ungleichgewicht zwischen Pflegebedarf und Pflegepotential sowohl demographische als auch durch Veränderungen der Gesellschaftsstruktur und der individuellen Verhaltensweisen bedingte Gründe gibt, gehört zu den Grundaussagen in der Literatur zu diesem Problembereich, ohne daß den individuellen Verhaltensweisen und der sie steuernden Orientierungen detaillierter nachgegangen würde (DEPPE/PRIESTER 1987: 51; RÜCKERT 1984; SEUBERT 1991: 336; THIEDE 1986: 123). Deshalb soll in diesem Beitrag das konflikthafte subjektive Erleben der pflegenden Töchter konzeptionell mit dem Wandel von Normalitätsvorstellungen weiblicher Lebensläufe und der Pluralisierung auch Frauen zugänglicher Lebensmuster verknüpft werden. Subjektives Erleben wird hier nicht mit psychologischen Kategorien beschrieben, sondern mit Selbstdeutungen und -beschreibungen, die Frauen in der Auseinandersetzung mit sozialen Normen und ihrer realen Situation als Pflegenden entwickeln. Bevor dies ausgeführt wird, soll eine Brücke zur Sozialpolitik geschlagen werden.

In den letzten Jahren hat der Problemzusammenhang, daß die häusliche Pflege durch Angehörige und die dabei längerfristig auftretende Überlastung letztlich zum Zusammenbruch der familiären Ressourcen geführt, wenigstens teilweise den Rang eines sozialpolitisch anerkannten Problems erreicht (BUND-LÄNDERARBEITSGRUPPE 1980; DEUTSCHER BUNDESTAG 1984). Die sozialpolitischen Konsequenzen, die dies nach sich zog, bewegen sich jedoch - sei es auf der Ebene des Ausbaus von Diensten, sei es auf gesetzgeberischer Ebene - in einem begrenzten Rahmen. Sozialpolitische Programme sind vorrangig "familienergänzende" Lösungen, nicht jedoch auch die genauso wichtigen "familienersetzenden", die erst eine Wahlfreiheit zwischen häuslicher und anderen Pflegeformen gewährleisten könnte. Weitergehenden Lösungsansätzen steht entgegen, daß der Sozialstaat im Zuge von Sparbemühungen an noch bestehende lebensweltliche Ressourcen und normative Voraussetzungen in der Familie anzuknüpfen versucht. Dabei realisiert er jedoch zu wenig die Veränderungen der Familienstrukturen und der weiblichen Lebensmuster. Verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen, erhöhte räumliche Mobilität, steigende Scheidungsraten wie auch die Zunahme alleinlebender älterer Menschen zogen längst veränderte Rahmenbedingungen der Pflege nach sich.

Wie die Zahlen belegen, wird aber nach wie vor hauptsächlich in der Familie gepflegt, was nicht nur auf eine Sozialpolitik, die sich an fast schon Ideologie gewordenen Familienbildern orientiert, sondern auch auf die individuelle Bindung an traditionelle familiäre Zusammenhänge zurückzuführen ist. Faktoren auf der individuellen Ebene können folgende sein:

- psychische Faktoren wie eine positive emotionale Bindung zwischen Eltern-  
teil und Tochter. Problematisch sind jedoch die bis in das Erwachsenenalter hinein ungelösten Eltern-Kind-Beziehungen. Die Psychodynamik ungelöster Eltern-Kind-Beziehungen (egal ob positiv oder negativ gefärbt) kann eine so enge Verflechtung von hilfsbedürftiger Person und pflegender Angehöriger bedeuten, daß Entlastungsangebote zu keinen entlastenden Effekten führen. Hier setzt das Konzept filialer Reife an (BRUDER 1988);
- materielle Faktoren wie Erbe, mit Haus- und Bodenvererbung gekoppelte Pflegeverpflichtung oder Wohnrecht;
- fehlende, nicht akzeptable oder nicht finanzierbare Entlastungsdienste;
- schließlich die Wirkung sozialer Normen auf das individuelle Handeln pflegender Töchter. Die Pflege aus Liebe, aus Dankbarkeit gegenüber den Eltern tritt in den Selbstdeutungsmustern zurück hinter die Begründung der Pflegebereitschaft mit der Pflicht als Tochter.

In diesem Beitrag wird von den oben genannten Ebenen die normative herausgegriffen (ohne die Bedeutung der anderen Faktoren leugnen zu wollen), da sich hier der Konflikt zwischen der gleichzeitigen Orientierung an traditionellen und modernen weiblichen Lebensmustern deutlich niederschlägt. Die auch heute überwiegend von Frauen getragene Pflege soll vor den Hintergrund einer veränderten Normalbiographie der Frau gestellt werden.

Einen von den normativen Orientierungen ausgehenden Ansatz legen die Ergebnisse einer qualitativen Studie zur Pflegebereitschaft der Töchter nahe<sup>1)</sup>. Zum einen machen sie deutlich, daß nur vor dem Hintergrund von Normenkonflikten das Belastungsempfinden und die den Töchtern möglichen Bewältigungsformen der Pflege verständlich sind. Zum anderen war für die meisten Interviews charakteristisch, daß in den Selbstdeutungsmustern der Töchter die Thematisierung von Pflege als Tochterpflicht, von Schuldgefühlen und fehlenden Handlungsalternativen deutlich im Vordergrund steht. Die Fähigkeit der Interviewpartnerinnen, ihre konflikthafte Situation überhaupt zu thematisieren, ist bereits ein Zeichen der Öffnung einer ehemals geschlossenen Norm der Pflege als "Pflicht der Tochter".

Die in der Studie gewählten offenen, narrativ-biographischen Interviews erwiesen sich als besonders gut geeignete Methode, mit der Normenkonflikte und Selbstdeutungsmuster der Person nachgezeichnet werden können (HOPF 1982; SCHÜTZE 1976, 1983).

## 2. Individualisierung des weiblichen Lebenslaufes und widersprüchliche Normen

Zur Verdeutlichung der Verbindung zwischen den individuellen Normenkonflikten und dem sozialen Wandel, der Frauenleben erfaßt hat, lohnt es sich, zunächst einen Blick auf die zeitliche Stellung der Kohorten<sup>2)</sup> der heute pflegenden, i.d.R. zwischen 45 und 60 Jahre alten Töchter zu werfen.

Im Unterschied zur noch eindeutig traditionell geprägten Elterngeneration hat diese Töchtergeneration, die vor und im 2. Weltkrieg geboren wurde, sicherlich noch traditionelle Wertorientierungen aufgenommen, aber auch den Individualisierungsschub nach dem 2. Weltkrieg unter wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen erlebt (KRÜGER 1991; MAYER/MÜLLER 1989).

Außerdem trug die heute pflegende Töchtergeneration die verstärkte Integration der Frau, auch der verheirateten und der Frau mit Kindern, in die Erwerbsarbeit (DALLINGER 1987: 47 f.; WILLMS-HERGET 1985). Individuen wurden aus "Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal verwiesen" (BECK 1986: 116).

Die zunehmende Individualisierung des Lebenslaufes war bei der Frau aber nicht wie beim Mann eine Konsequenz der Entberuflichung durch den sinkenden Stellenwert der Berufsrolle (Arbeitslosigkeit, Frühverrentung bzw. Vorverlegung des Ruhestandsalters). Vielmehr wurde die Verselbständigung der Frau als Individuum gegenüber familiären Rollen gerade durch die Berufsrolle möglich.

Im Zuge dieser von BECK-GERNSHEIM (1983) dargestellten Öffnung der weiblichen Normalbiographie ergaben sich Wahlmöglichkeiten außerhalb der Familie, Optionen der Bildungs- und Berufsbeteiligung. BECK-GERNSHEIM spricht in ihrem Aufsatz die gleiche Gespaltenheit als grundlegendes Merkmal der Vergesellschaftung der Frau an, wie sie sich auch in der Selbstbeschreibung der pflegenden Töchter widerspiegelt: die Ambivalenz zwischen der Verhaftung in traditionellen Werten und modernen, individualistischen Zielen<sup>3)</sup>.

Weibliche Lebenswelt ist zwar heute - so zeigen die Selbstinterpretationsmuster pflegender Töchter - nicht mehr nur Sorge für andere. Allerdings blieb der Individualisierungsschub für Frauen wegen ihrer "doppelten Vergesellschaftung" (KRÜGER 1991) in der Familie und auch im Beruf unvollständig. Denn halb sind sie aufgrund eigener familiärer Orientierung oder aber wegen äußeren sozialen Drucks weiter an die Pflicht gebunden, als Tochter die Pflege der Eltern zu leisten. Gleichzeitig wirken Ansprüche und neue Orientierungen auf Selbstverwirklichung, selbstbestimmte Lebensgestaltung in Beruf oder Freizeit (KLAGES 1984). Dies hat zur Folge, daß mit einer stärkeren Orientierung an eigenen Zielen (z.B. Erwerbstätigkeit, eigene Familie, Hobbies, Reisen, Bildung) auch das Belastungsempfinden durch die Versorgung des Elternteils größer ausfällt (vgl. BRACKER/DALLINGER/KARDEN/TEGETHOFF 1988: 149 ff.).

Auch wenn die pflegenden Töchter selbst faktisch nicht nach "modernen Mustern" leben, also Erwerbstätigkeit gar nicht realisieren, so stehen diese Lebensziele und -stile jedoch als mögliche Optionen und als Beispiel für die Bewertung der eigenen Lage zur Verfügung. Beim Vergleich mit der eigenen Lebensführung, die wegen Versorgung und Hilfeleistung wenig oder gar keine individuellen Gestaltungsfreiheiten erlaubt, mit den heute sozial akzeptierten Zielen und Lebensweisen entsteht der Eindruck des "ungerechten" Dran-seins.

Weitgehend geteilt wurde von den Interviewpartnerinnen die Norm, daß die Pflege eine Aufgabe der Frau sei. Dies zeigt auch, daß die hier beschriebenen Normenkonflikte keineswegs bei einer überdurchschnittlich "modern" orientierten Personengruppe auftreten.

Charakteristischerweise beschreiben sich Pflegende als innerlich zerrissen, gespalten und belastet durch Schuldgefühle und widersprüchliche Orientierungen. Beides hängt eng zusammen. Das Wahrnehmen der Diskrepanz zwischen dem Ideal der Sorge für die Eltern im Rahmen familiärer - besser: weiblicher - Hilfeleistung, motiviert durch Liebe, familiäre Solidarität und andererseits der realen Situation mit Überlastung, Verzicht auf persönliche Spielräume u.U. dem Empfinden von Abneigung, verursacht ein schlechtes Gewissen.

Individualistischere Lebensziele sind heute auch für Frauen gültig. Einerseits fühlen sie sich an die Familie gebunden, andererseits ist durchaus ein Bewußtsein vorhanden, in einer der letzten Modernisierungsnischen des Sozialstaats zu wirken, wo im Unterschied zur Kinderbetreuung, zur Sicherung bei Krankheit etc. nur wenige sozialstaatliche Interventionen bestehen. Es wird das "Alleingelassen-Sein" thematisiert, die Nichtbeachtung als Pflegenden von der eigenen Familie ebenso wie von der Öffentlichkeit.

Bei der intrapersonalen Auseinandersetzung mit der eigenen Situation stehen die Normen der Familienpflege und das "Recht" auf ein Leben nach eigenen Bedürfnissen einander gegenüber. Diese Normenkonflikte sind relativ unabhängig von Faktoren wie Bildungsniveau, Berufstätigkeit oder Alter. Jedoch zeigt sich bei jüngeren Frauen eine stärkere Orientierung auf moderne "eigene" Ziele.

### 3. Folgen für die Person

Welches sind die Folgen einer Situation, in der die Person keine Alternative wahrnimmt, in der sie in einen Normenkonflikt eingespannt ist?

Es liegt auf der Hand, daß in einer mit normativen und emotionalen Bindungen (Eltern-Kind-Beziehung) überfrachteten Situation, für die gut zugängliche und sozial akzeptierte Lösungen weitgehend fehlen, "rationales" Handeln (im Sinne eines für die Person selbst nicht schädlichen Handelns) oder die Ausbildung von Anpassungsstrategien nur schwer möglich ist<sup>4</sup>). Die Folgen reichen vom "Erleiden", d.h. dem Aushalten der konflikthaften Situation mit gravierenden physischen und psychischen Einbußen, über die Herausbildung individueller Strategien bis hin zur Absage an bisher gültige Anforderungen und Normen im Verlauf eines krisenhaften Prozesses.

#### 3.1 Typen des Umgangs mit dem Normenkonflikt

##### a) "Erleiden"

Die Versorgung des pflegebedürftigen Elternteils wird zur alles umfassenden Aufgabe. Einen selbstgesteuerten Umgang mit Zeit oder eine Gestaltung der Situation gibt es kaum. Da die Töchter keine Grenze ziehen können, reichen

die negativen Auswirkungen der Überbeanspruchung bis hin zur Depression und zu irreparablen gesundheitlichen Störungen. Es kommt zum Auftreten psychosomatischer Beschwerden, des Tabletten-, Nikotin- und Alkoholmißbrauchs. Da die äußeren Rahmenbedingungen der Situation als alternativlos erlebt werden, bleibt nur die eigene Person als Raum für "Anpassungsprozesse".

b) "Individuelle Strategien"

Sie bedeuten im Unterschied zum vorhergenannten Typus aktive Handlungsansätze zur Bewältigung der Belastungen, aber keine Absage an die belastende Situation. Verschiedenste "Tricks" (ich verwende diesen Begriff, um deutlich zu machen, daß es für die Pflegenden noch keine gesellschaftlich gebahnten, ohne große Hürden zugänglichen Wege gibt) ermöglichen die Aufrechterhaltung der doppelten Orientierung sowohl auf die Bindung an Tochterpflichten als auch auf eigene Lebensansprüche.

Zum Beispiel wird mittels eines komplizierten Systems an Nachbarschaftshilfe, professionellen Diensten und privaten Hilfen eine Möglichkeit gebastelt<sup>5)</sup>, einer Berufstätigkeit oder anderen außerhäuslichen Aktivitäten weiter nachgehen zu können. Da hier u.U. viele verschiedene Personen koordiniert werden müssen, ist dieses Hilfssystem eher prekär und störungsanfällig.

Die Erwerbstätigkeit wird bewußt aufrecht erhalten als Ausgleich der in der Pflegesituation empfundenen Mängel. Der Beruf stellt insgesamt einen Bereich mit ganz anderen Erfahrungen und Handlungsweisen dar. Er wird als Gegenwelt beschrieben, in der im Kontrast zur Pflege Kontakte, Kommunikation und Anerkennung möglich sind. Auch individuelle Strategien zur moralischen Entlastung werden ausgebildet. So benötigen beispielsweise viele der befragten Töchter eine Legitimation gegenüber dem eigenen Gewissen, sich von der Versorgungsaufgabe abgrenzen zu dürfen. Sie verweisen dazu auf das Gefordert-Sein in der eigenen Familie oder im Beruf. Die (begrenzte) Wahlfreiheit ist scheinbar nur zu erreichen, indem eine Pflicht gegen eine andere gestellt wird. Bei den älteren pflegenden Töchtern fehlt oft die Einbindung in andere Bereiche.

Kleinste Zeitrressourcen werden mehr oder weniger bewußt genutzt, um eigenes Leben noch gestalten zu können (z.B. durch die Regel, daß der Sonntag frei

von pflegerischen Aufgaben bleibt). Die Gestaltung von zeitlichen Freiräumen erfordert großes organisatorisches Geschick, da bei den meisten Hilfsdiensten für Pflegebedürftige stillschweigend die Existenz und notfalls die ständige Präsenz von Angehörigen vorausgesetzt wird. Fast alle ambulanten Hilfsdienste erlauben keine Abwesenheit der Pflegeperson über einen längeren Zeitabschnitt des Tages und schließen somit Berufstätigkeit i.d.R. aus. (Ausnahme ist die Tagespflege; Kurzzeitpflege bietet eine andere Art der zeitlichen Entlastung.). Dennoch berufstätig zu sein, bedeutet für eine pflegende Tochter eine Auseinandersetzung nicht nur mit dem eigenen Gewissen, sondern zusätzlich mit organisatorischen Schwierigkeiten.

Ein weiterer, über das aktuelle Zeitproblem hinausgehender Aspekt betrifft die Antizipation und Kontinuität der eigenen Biographie. Da die Dauer der Pflege nicht planbar ist, wird die künftige eigene Lebensgestaltung ebenfalls als völlig unberechenbar erlebt.

#### c) Krisenhafter Wandel bisher gelebter Orientierungen

Im Verlauf eines sich potenzierenden Belastungserlebens, das keineswegs nur krankheits- und pflegebedingt ist, sondern häufig durch die subjektiv und in ihrer Ambivalenz belastende Situation entsteht, entwickelt sich ein Wendepunkt, bei dem sich eine wichtige Erfahrung durchsetzt. Diese bilanzierende Wertung eines längerfristigen Krisenprozesses wird geschildert mit Worten wie: "Mein Leben lang war ich nur für andere da", "am Schluß war ich selbst gar nicht mehr vorhanden", "ich war selbst nur noch ein Wrack".

Danach wird eine Wendung hin zu anderen Handlungsweisen eingeleitet. Dieser Prozeß ist nicht so individualistisch wie es auf den ersten Blick scheint. Oft waren andere Personen, die Rat gaben und die Entscheidung in eine neue Richtung unterstützten, beteiligt. Relevante Personen, die die bereits aufgebrochene normative Orientierung stellvertretend für die soziale Umwelt sanktionierten, waren z.B. ÄrztInnen, Selbsthilfegruppen oder Personen aus Behörden<sup>6)</sup>.

Das Auftreten einer bestimmten der drei vorgestellten individuellen Verarbeitungsweisen läßt sich nicht monokausal erklären, sondern sie entstehen in einem Geflecht von Einflüssen. Grundsätzlich läßt sich jedoch feststellen: je größer die Familienzentrierung im Sinne der Identifikation mit der traditionellen weiblichen Rolle und je enger die emotionale Verbindung mit

dem gepflegten Elternteil ist, desto weniger ist die Pflegesituation gestaltbar. Dagegen zwingen die eigene Berufstätigkeit oder andere außerfamiliäre Interessenbereiche geradezu zur aktiven Gestaltung der Pflegesituation, zum Lernen auch von Abgrenzung.

### 3.2 Auswirkungen auf die Antizipation des eigenen Alterns

Ein hohes Belastungsempfinden und die direkte Konfrontation mit den negativen Seiten des Alterns lösen bei den Pflegenden Angst und Verdrängung des eigenen Alters aus. Aussagen, die dies belegen, waren z.B. die Ablehnung lebensverlängernder Medizin, der Wunsch nach einem möglichst frühzeitigen eigenen Tod, das Planen von Selbsttötung ab einem gewissen Alter. Diese alarmierenden Gedanken haben auf keinen Fall für die Betroffenen den Stellenwert des tatsächlich Gewollten. Sie sind vielmehr Ausdruck der gravierenden Auswirkungen der Belastungen auf die eigene Person und der dadurch hervorgerufenen negativen Erwartungen an das eigene Alter.

Töchter, die heute noch die Pflicht der Pflege der Eltern einlösen, werden selbst zu Trägerinnen veränderter Vorstellungen über das Älterwerden und akzeptabler Versorgungsformen. Die Mehrzahl der pflegenden Töchter lehnt ihrerseits bereits die Versorgung durch die eigenen Kinder ab, da dies eine "Zumutung" sei. Ihre eigene Erfahrung, wie unfreiwillig und belastend "familiäre Solidarität" auch sein kann, läßt sie ein anderes Ideal für das eigene Alter entwickeln. Dieses betont im Unterschied zur quasi naturwüchsigen, selbstverständlichen Bindung an das Familiennetz die persönliche Autonomie. "Niemand soll mich zwangsweise pflegen müssen". Mit dem Betonen der Freiwilligkeit ist die Hoffnung verbunden, die positiven Gründe für eine Pflege (wie emotionale Verbundenheit) zu retten, die bei den Töchtern selbst oft dem Zwang zum Opfer fielen.

Diese projektiven Aussagen über künftiges Handeln dürfen zwar nicht einfach mit dem späteren realen Verhalten gleichgesetzt werden, dennoch haben sie einen wichtigen Stellenwert. In ihnen zeichnet sich ein Wandel hin zu einem neuen Altersideal ab. Diesem Ideal entspräche das Erhalten von Versorgung aufgrund eigener Leistungen, die Wahl der Versorgungsform (z.B. Altenwohnung oder bezahlte Pflegerin). Hierin kommen die modernen, individualisierten

Prinzipien der sozialen Sicherung, wie sie die Tochtergeneration kennen-lernte, im Hinblick auf das eigene Alter zum Ausdruck.

#### 4. Fazit

Im Laufe der Modernisierung wurden mehr und mehr Leistungen der Familie oder anderer privater Subsysteme vom Wohlfahrtsstaat und den intermediären Organisationen übernommen oder auch in die marktvermittelte Bedürfnisbefriedigung überführt. Helfensprozesse im Wohlfahrtsstaat sind mittlerweile hochgradig professionalisiert (ohne hier eine lineare Fortsetzung dieser Entwicklung behaupten zu wollen). Es dominiert das Äquivalenzprinzip der Leistungen, nicht nur als Versicherungsleistung, sondern auch als entgeltene (Dienstleistungs-)Arbeit. In der Pflege hilfsbedürftiger älterer Menschen ist aber in Relation zu anderen Bereichen ein zeitlicher Abstand ("time lag") wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung zu verzeichnen.

Die Modernisierung und Individualisierung der sozialen Sicherung bei der Versorgung Hilfs- und Pflegebedürftiger ist - wie in bezug auf die Frauen und ihre Zuständigkeitsbereiche allgemein - unvollständig oder halb geblieben (vgl. die halbierte Modernisierung bei BECK 1986). Den Pflegepersonen enthält sie die versprochene individuelle Lebensgestaltung vor. Ja der Bereich der Pflege ist sogar einer der wenigen, in dem neuerdings gefordert wird, Arbeitsleistungen aufgrund traditioneller Prinzipien wie der "Pflicht" einzuführen (z.B. in der Diskussion um die Einführung eines Pflichtjahres zur Lösung des Pflegenotstandes).

Die im Bereich der Altenhilfe nur langsam durchgesetzten Maßnahmen vervollständigen nicht etwa die moderne sozialstaatliche Entwicklung, indem sie dort, wo familiäre Netze ihre traditionellen Funktionen nicht mehr erfüllen, einspringen. Bedenklich ist, daß weiter auf die Ressourcen von Frauen und auf bestimmte Familienformen gebaut wird, die bereits überverpflichtet sind was Reproduktionsaufgaben anbelangt.

Einerseits sind kritische Stimmen am professionellen Dienstleistungssystem berechtigt und kann professionelle Leistungserbringung bestimmte Qualitäten der familiären Pflege nicht ersetzen. Andererseits tragen die traditionellen

informellen Netze nicht mehr so wie früher. Die sozialpolitischen Muster aus der Zeit ungebrochener Modernisierung mit einer immer vollständigeren Durchdringung sozialstaatlicher Existenzsicherung stoßen an Grenzen der Finanzierung, der Personalrekrutierung und der Wünschbarkeit. Andererseits haben die traditionellen, modernitätskritischen sozialpolitischen Konzepten entspringenden Lösungswege wie die Verpflichtung oder die Rückverlagerung von Aufgaben in die Familie nicht mehr die lebensweltliche soziale Basis. Auch widersprechen sich die Proklamierung von "Familiensolidarität" oder die Neue Ethik des Helfens und die vom Arbeitsmarkt geforderte vollständig und flexibel verfügbare "Arbeitsmonade", bei der von privaten Bindungen abgesehen werden kann. Die Perspektive liegt deshalb in einem neuen Denken über das Zusammenwirken von informellen Hilfenetzen und formellen Diensten unter Anpassung an (bisher allein durch das Verhalten von Frauen) veränderte Familienformen.

DEZEMBER 1988

WIRTSCHAFTS-ARBEITSGRUPPE  
1988

BUNDESMINISTERIUM FÜR JUGEND,  
FAMILIE, FRAUEN UND  
GESUNDHEIT (BMJFFG) 1988

Anmerkungen:

- 1) Der Aufsatz basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojektes "Die Pflegebereitschaft der Töchter" (vgl. BRACKER/DALLINGER/KARDEN/TEGETHOFF 1988), durchgeführt bei der Interdisziplinären Arbeitsgruppe für Angewandte Soziale Gerontologie, Kassel.
- 2) Der Kohortenbegriff beinhaltet die Relevanz kollektiver biographischer Einflüsse.
- 3) Bereits SCHELKY (1960: 345) formulierte die doppelte Vergesellschaftung der Frau und die daraus resultierende Gespaltenheit: "Indem die Frau, die früher ausschließlicher den seelischen Untergrund für die Verhaltensweisen in den Intimbeziehungen der kleinen familiären Gruppe finden konnte, immer mehr in die industrielle und bürokratische Öffentlichkeit hineingerissen wird, gerät auch sie in verstärktem Maße in die Spannungen zwischen primären und abstrakten Sozialbeziehungen..."
- 4) Der Begriff der Anpassungsstrategien impliziert eine Autonomie zur Gestaltung der Situation, die für Pflegende oft gar nicht gegeben ist. Sie verstricken sich eher in dem hohen Verbindlichkeitscharakter der emotionalen, normativen Bindungen gegenüber dem Elternteil. Auch der Charakter der Pflegeaufgabe bringt eine starke Anbindung im Sinne des ständigen Präsent-Seins mit sich.
- 5) Dies erinnert an das Bild von Patchwork, mit dem BALBO (1984) weibliche Reproduktionsarbeit beschreibt.
- 6) Diese Personen können auch einen genau umgekehrten Einfluß haben, nämlich Pflege durch die Tochter einfordern.

Literaturverzeichnis:

- BALBO 1984  
L. Balbo: Crazy Quilts: Gesellschaftliche Reproduktion und Dienstleistungsarbeit; in: Kickbusch, I.; Riedmüller, B. (Hg.): Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik. Frankfurt/M. 1984, S. 179-200
- BECK 1986  
U. Beck: Risikogesellschaft. Frankfurt/M. 1986
- BECK-GERNSHEIM 1983  
E. Beck-Gernsheim: Vom "Dasein für andere" zum Anspruch auf ein Stück "eigenes Leben": Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang. Soziale Welt, (1983)3, S. 307-340
- BRACKER/DALLINGER/KARDEN/  
TEGETHOFF 1988  
M. Bracker; U. Dallinger; G. Karden; U. Tegethoff: Die Pflegebereitschaft der Töchter. Zwischen Pflichterfüllung und eigenen Lebensansprüchen. Wiesbaden 1988
- BRUDER/KLUSMANN/LAUTER/  
LÜDERS 1981  
J. Bruder; D. Klusmann; H. Lauter; I. Lüders: Beziehungen zwischen Patienten und ihren Familienangehörigen bei chronischen Erkrankungen des höheren Lebensalters. Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Hamburg 1981
- BRUDER 1988  
J. Bruder: Filiale Reife - ein wichtiges Konzept für die familiäre Versorgung kranker, insbesondere dementer alter Menschen. Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie, (1988)1, S. 95-101
- BUND-LÄNDER-ARBEITSGRUPPE  
1980  
Bund-Länder-Arbeitsgruppe: Aufbau und Finanzierung ambulanter und stationärer Pflegedienste. Bonn 1980
- BUNDESMINISTERIUM FÜR JUGEND,  
FAMILIE, FRAUEN UND  
GESUNDHEIT (BMJFFG) 1986  
Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG): Viertes Familienbericht. Die Situation der älteren Menschen in der Familie. Bonn 1986

- DALLINGER 1987  
U. Dallinger: Erwerbsarbeit und Berufsaufgabe der älteren Frau - ausgewählte objektive und subjektive Aspekte; in: Bracker, M.; Dallinger, U.; Middeke, M. (Hg.): Altweibersommer. Beiträge zu den späten Jahren der Frau. ASG-Veröffentlichung Nr. 11. Kassel 1987
- DEPPE/PRIESTER 1987  
H.U. Deppe; K. Priester: Modelluntersuchung Ambulante Krankenpflege. Arbeitsweise und Stellung im Gesundheitswesen. Herausgegeben von HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH. Wiesbaden 1987
- DEUTSCHER BUNDESTAG 1984  
Deutscher Bundestag: Bericht der Bundesregierung zu Fragen der Pflegebedürftigkeit. Bundestagsdrucksache 10/1943. Bonn 1984
- HEINZ 1987  
M. Heinz: Noch einmal: Familie und ältere Menschen. Einiges aus dem Vierten Familienbericht. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, (1987)2, S. 75-78
- HOPF 1982  
Ch. Hopf: Norm und Interpretation. Einige methodische und theoretische Probleme der Erhebung und Analyse subjektiver Interpretationen in qualitativen Untersuchungen. Zeitschrift für Soziologie, (1982)3, S. 307-329
- KLAGES 1984  
H. Klages: Wertorientierungen im Wandel. Frankfurt/M. 1984
- KRÜGER 1991  
H. Krüger: Normalitätsunterstellungen bezüglich des Wandels in der weiblichen Lebensführung zwischen Erwerbsarbeit und Familie; in: Zapf, W. (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt/M.; New York 1991, S. 688-703
- MAYER/MÜLLER 1989  
K.U. Mayer; W. Müller: Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat; in: Weymann, A. (Hg.): Handlungsspielräume. Untersuchungen zur Individualisierung und Institutionalisierung von Lebensläufen in der Moderne. Stuttgart 1989, S. 41-60
- RÜCKERT 1984  
W. Rückert: Pflegebedürftigkeit als vordringliches soziales Problem. Caritas, (1984)6, S. 275-285

- SCHELSKY 1960  
H. Schelsky: Wandlungen der Deutschen Familie in der Gegenwart. 4. Aufl. (1. Aufl. 1953). Stuttgart 1960
- SCHÜTZE 1976  
F. Schütze: Zur Hervorlockung und Analyse thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung; in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): Kommunikative Sozialforschung. München 1976, S. 159-260
- SEUBERT 1991  
H. Seubert: Zu Lasten der Frauen. Benachteiligung von Frauen durch die Pflege alter Eltern. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, (1991)10, S. 335-340
- SOCIALDATA 1980  
Socialdata (W. Brög; G.F. Häberle; B. Mettler-Maibom; U. Schellhaas): Anzahl und Situation zu Hause lebender Pflegebedürftiger. Ermittlung der Repräsentativdaten und Situationsanalyse. Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz 1980
- THIEDE 1986  
R. Thiede: Die Situation von Privathaushalten mit pflegebedürftigen Haushaltsmitgliedern. Ansätze einer empirischen Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, (1986)3, S. 123-130
- WAND/LEHR 1986  
W. Wand; U. Lehr: Ältere Töchter alter Eltern. Zur Situation von Töchtern im 6. und 7. Lebensjahrzehnt. Bd. 183 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Stuttgart; Berlin; Köln; Mainz 1986
- WILLMS-HERGET 1985  
A. Willms-Herget: Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt/M.; New York 1985



## THESEN ZUR ALTENPFLEGEARBEIT VON FRAUEN

von Marianne Heinemann-Knoch

Alle verfügbaren Datenquellen bestätigen, daß in der Bundesrepublik hilfe- und pflegebedürftige alte Menschen mehrheitlich zu Hause von Familienangehörigen betreut werden. In der Regel wird diese Familienpflege als Frauenpflege durch Ehefrauen, Töchter und Schwiegertöchter geleistet. Nach dem Sozio-ökonomischen Panel von 1987 lag der Anteil der weiblichen Pflegepersonen bei etwas mehr als 80 %; dabei stehen die Pflegenden selbst bereits in einem höheren Alter: fast die Hälfte war älter als 65 Jahre, ein weiteres Drittel befand sich im Alter zwischen 50 und 65 Jahren (THIEDE 1988; CLAUSSEN/HEINEMANN-KNOCH 1992). Wenn auch für die professionelle Pflege kaum genaue Zahlen vorliegen, so belegen alle einschlägigen Quellen hier ebenfalls einen starken weiblichen Überhang der Pflegenden; allerdings sind diese in der Regel jünger: so ergab eine Infas-Umfrage, daß 91 % der in der ambulanten und stationären Altenpflege Beschäftigten weiblich und wenig mehr als 40 % jünger als 30 Jahre sind (zitiert bei NOLL-ROESCH 1992). Darüber hinaus zeigt sich im professionellen Bereich zumindest in der ambulanten Altenpflege, daß im Verhältnis von ausgebildeten zu unausgebildeten Pflegerinnen die Helferinnen, also Mitarbeiterinnen mit ungelernten Berufen, mit etwas mehr als 40 % dominieren gegenüber nur einem runden Drittel der Krankenschwestern bzw. lediglich 6 % Altenpflegerinnen.<sup>1)</sup>

So kommen z.B. OSTNER/BECK-GERNSHEIM (1979) oder ALBER (1990) zu dem Schluß, daß Frauen in den Alten-Pflegeberufen in ein Berufsfeld geraten sind, das lange Zeit - zu lange - von Frauen und von religiösen Orden beherrscht wurde. Das Prestige des Berufes blieb gering - schlechte Bezahlung, eine hohe Fluktuationsrate, hohe Belastungen und zugleich für aufstiegsorientierte Frauen unattraktive Arbeitsbedingungen waren und sind die Folge.

Alten-Pflegearbeit im Mäntelchen von Weiblichkeit und Mitmenschlichkeit um Gottes Lohn spricht den pflegenden Frauen nach wie vor die gesellschaftlichen Chancen einer solidarischen Gestaltung von Pflegearbeit ab und überläßt sie der Vereinzelung und den in dieser Vereinzelung und Vereinsamung zu tragenden schweren Belastungen.

Sowohl Politik für pflegebedürftige alte Menschen wie diejenige für Frauen - obwohl von unterschiedlichen Akteuren/-innen gestaltet - ist kein planvolles, sondern in hohem Maß chaotisiertes und atomisiertes Handeln.

An einer der Schnittstellen, wo beide Politiken greifen, nämlich bei der professionellen und familiären Pflege von alten Menschen - Hilfen also vorrangig von Frauen für Frauen - führt dies zu je individuellen Entscheidungen in der Bewältigung der professionellen wie familiären Belastungen, die Pflege zwangsläufig verursacht. Dennoch bringen diese individualisierten Entscheidungen ein gesellschaftliches Muster hervor, wodurch pflegende Frauen in Normen- und Handlungsbereiche des ausgehenden 20. Jahrhunderts zurückgeworfen werden und sie nicht an dem den Frauen in anderen gesellschaftlichen Bereichen eröffneten Chancen teilhaben können.

Frauen sind diejenigen, auf die innerhalb der Familie die Pflege von Angehörigen zurückfällt. Bei länger andauernder Pflege geben die Berufstätigen in der Regel ihre Berufstätigkeit auf und dienen nach wie vor ohne Bezahlung den kranken und siechen Nächsten. In der häuslichen Vereinzelung versuchen sie, die schweren Belastungen der Pflege so lange wie möglich zu ertragen. Eine Skandalisierung und kollektive Verweigerung der Belastungen vor der Öffentlichkeit wird weder von ihnen noch von Akteuren/-innen der Politik erwogen. Der Versuch des "solidarischen Kampfes" gegen die den Frauen zugemuteten Pflege- und damit Arbeitsbedingungen und eine grundlegende Reformierung von Pflegearbeit steht aus.

"Jeder muß irgendwie ran (in der Familie), wenn es brennt. Aber die meiste Arbeit habe ich, das ist klar, die Hauptbelastung. (...) Wir haben uns Fristen gesetzt, wir schauen uns das jetzt erst noch mal ein Jahr an, jetzt machen wir das ein Jahr, inzwischen sind es vier Jahre. Wenn es noch schlimmer wird, das Heim habe ich immer im Hinterkopf, das ist klar, aber das schiebe ich noch weg. Solange es geht, lasse ich sie (- die Schwiegermutter -) zu Hause. Solange ich auch selber noch kann. Wissen Sie, das kann man nicht erklären, die laugen einen aus, die Leute, die nimmt mir alles. Ich bin ja nur noch eine Hülle, kraftlos, ich bin eigentlich ein sehr energischer Mensch, tatkräftig, ich lese gern, ich gehe gerne ins Theater, mache Reisen, ..., aber es ist eine große Aufgabe, und es kostet bestimmt fünf bis zehn Jahre von meinem Leben."

"Und was haben Sie an Hilfen gehabt?"

"Nichts. Gar nichts. Acht Tage kam mal jemand zu Spritzen, denn ich war berufstätig bis voriges Jahr im Herbst, halbtags, ... ich bin oft zu spät gekommen, mußte das dann nacharbeiten, und als ich dann den ganzen

arbeiten sollte, da mußte ich mich kündigen lassen. Ich war in einer Versicherung beschäftigt. Halbtags, von 8 Uhr bis 12 Uhr, ich konnte aber gleiten bis neun, und der Chef war sehr nachsichtig, sonst wäre das gar nicht gegangen, ich bin ja oft zu spät gekommen. Dann kommst du an im Büro, dann mußst du dich erst mal erholen. Ja, und das habe ich auch bis voriges Jahr im Herbst gemacht. Bin dann ins Büro gegangen."

"Sie haben den Beruf aufgegeben wegen der Oma?"

"Ja, ich könnte jetzt gar nicht arbeiten. Ich bin jetzt auch arbeitslos, solange das geht, nehme ich das noch mit. Ich muß mich zwar wieder vorstellen zwischendrin, aber wenn die Leute Pflegefall hören, dann ist der Ofen aus. Da stellt Sie niemand ein, wenn Sie einen Pflegefall haben. Der Staat und auch die Mitmenschen akzeptieren keine Pflegefälle." (Interviewpartnerin, Schwiegertochter von 45 Jahren pflegt Schwiegermutter)

Über die hochgradige Belastung pflegender Frauen besteht sowohl seitens der gerontologischen Forschung als seitens der Praxis wie der Sozialpolitik Einvernehmen. Die zumeist qualitativen Untersuchungen über diese Belastungen wie auch die hier zugrunde gelegte eigene empirische Basis<sup>2)</sup> belegen individualisierte Lösungen zur Bearbeitung der Belastung durch Pflege, die sich bei Professionellen und Laien-Pflegerinnen ähneln.

Bei den Angehörigen finden sich vor allem folgende Bearbeitungsmuster:<sup>3)</sup>

- Einschränkung außerhäuslicher Aktivitäten und Beziehungen;
- Verdrängen eigener Gefühle und Bedürfnisse;
- Ertragen der Belastungen bis zum körperlichen bzw. psychischen Zusammenbruch (auch Anwendung von Gewalt);
- Erwerbsaustritt, vor allem bei länger dauernder Pflege;
- vereinzelte Organisation von (zusätzlicher) Fremdhilfe (z.B. ambulante Dienste), Selbsthilfe (z.B. Besuch von Angehörigengruppen) und bewußte Restrukturierung der Beziehungs- und Pflegesituation.

Bei erwerbstätigen Pflegerinnen zeigen sich vergleichbare Bearbeitungsmuster (vgl. z.B. FORSTER 1992; auch Referat der Staatssekretärin im BMFUS, Frau VERHÜLSDONK, in KDA 1991):

- Verdrängung von Gefühlen und Bedürfnissen durch eine starke Orientierung an Arbeits- und Betriebsabläufen (bis hin zur Schikanierung der anderen), teilweise bis zum körperlichen oder psychischen Zusammenbruch;
- Abgrenzung gegenüber dem Pflegealltag durch "Lachen und Blödeln" bzw. "Schnoddrigheit";

- Abarbeitung der am Arbeitsplatz entstandenen Konflikte zu Hause;
- Einschränkung außerberuflicher Aktivitäten;
- Reduzierung der Arbeitszeit;
- Ausstieg aus dem Beruf;<sup>4)</sup>
- vereinzelte, "privatisierte" Ansätze der Restrukturierung der Arbeit - durch Pflegeplanung, Supervision, Dienstplanung, Arbeitszeitgestaltung, finanzielle Anreize und Fortbildung.

Auch die Anerkennung professioneller Alten-Pflege ist von gesellschaftlicher Seite nach wie vor geschuldet. Hier führen die beruflichen Belastungen und die vereinzelt und daher "chaotischen" Versuche, diese zu mildern, häufig zum Erwerbsausritt und zum Rückzug der Frauen in die Familie oder zum atomisierten Versuch einzelner Berufstätiger, die individuellen Arbeitsbedingungen bedürfnisgerechter zu gestalten. Auch Arbeitgeber versuchen vereinzelt, Arbeitsplätze attraktiver zu gestalten (z.B. durch finanzielle Anreize oder flexible Dienstpläne oder das Angebot der Kinderbetreuung am Arbeitsplatz usw.). Auch professionelle Pflegearbeit bleibt daher ein an Weiblichkeit, Ohnmacht und Nächstenliebe orientiertes Relikt. Sie entzieht sich selbst die Chancen für eine planvolle Weiterentwicklung von Arbeitsbedingungen. Die Gesellschaft verweigert ihr solidarische Problemlösungen.

Trotz des konstatierten Pflegenotstandes wird nach wie vor an Problemlösungen herumlaboriert, die neue Probleme schaffen, ohne die alten aufheben zu können. Dies zeigt sich z.B. bei dem Versuch, die Altenpflege in den neuen Bundesländern den Standards der alten anzupassen. Ein Beispiel:

In der ambulanten Pflege ist seit langem bekannt, daß die somatische Pflege von Sozialstationen hinsichtlich einer umfassenden Hilfe für hilfebedürftige ältere Menschen unzureichend ist und zur Sicherung ihres Alltags vor allem Haushaltshilfen benötigt werden, die in den alten Bundesländern vielfach fehlen und unzureichend bezahlt werden. In den neuen Bundesländern bzw. in der ehemaligen DDR standen bei der Volkssolidarität Haushaltshilfen zur Verfügung, die offensichtlich auf einem quantitativ höheren Niveau als in der alten Bundesrepublik die Haushaltsführung hilfebedürftiger älterer Menschen sichern konnten (vgl. KDA/ISG 1991). Der Überhang an halbprofessionalisiertem ambulanten Pflegepotential der Volkssolidarität in der ehemaligen DDR wurde nach der Wende zwar auf ABM-Basis in der Regel weiter beschäftigt. In Sachsen-Anhalt z.B. wurde aber im Oktober 1991 für die ambulanten sozialen Dienste

(für die Zeit vom 1.7.91 bis 30.6.92) ein Abrechnungsmodus zwischen den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und der Krankenkassen ausgehandelt, aufgrund dessen der größere Teil dieser Frauen in Zukunft nicht mehr beschäftigt werden kann. Die Politik hat wenig planvolle Anstrengungen und Phantasie entwickelt, um das früher vorhandene halbprofessionelle Hilfesystem zu qualifizieren und zur Entlastung von Familien und zur Ergänzung der unzureichenden ambulanten Dienste einzusetzen. Vielmehr wurden nach der Wende die Voraussetzungen dafür geschaffen, Hilfen für Pflegebedürftige möglichst in die Familien zurück zu verlagern, in denen zudem arbeitslos gewordene Frauen zur Verfügung stehen, die zukünftig die Pflege ihrer Angehörigen übernehmen müssen. Doppelt erzwungener Erwerbsaustritt von Frauen ist Voraussetzung dafür, daß Pflegearbeit in den neuen fünf Ländern refamilialisiert und individualisiert werden kann. Die sich bietenden Chancen zur Entwicklung von solidarischer Altenpflegearbeit wurden nicht wahrgenommen.

Die gleichzeitig zu beobachtende professionelle Mobilität von den neuen zu den alten Bundesländern orientiert sich am Gefälle der Bezahlung und sonstiger vereinzelter Anreize, die Attraktivität der gebotenen Arbeitsplätze zu erhöhen. Auch diese atomisierten Versuche der Erhöhung der Arbeitsplatzattraktivität auf seiten vereinzelter Arbeitgeber wie der entsprechenden Abwanderung von Arbeitnehmern/-innen sind Ausdruck des nach wie vor bestehenden kollektiven Mangels an solidarischen Lösungsversuchen des Pflegenotstandes.

Dabei sind schon längst Problemlösungsstrategien formuliert und auch von der Praxis der Altenhilfe eingefordert. So formuliert z.B. die Leiterin eines großen Alten- und Pflegeheimes einer süddeutschen Großstadt:

"Seit August 1988 läuft hier (- in einem Altersheim einer süddeutschen Großstadt -) das rehabilitative Konzept und die Bewohner hier haben eine andere Zugangsvoraussetzung als im Altenheim, weil der Trend ja dahin geht, daß sie wieder in ihre Wohnung sollen oder können und nicht der Verbleib im Altenheim... Es ist sehr frustrierend zu beobachten, daß Konzepte hier entwickelt werden, Konzepte auch eingeführt werden, man auch kontinuierlich versucht, Konzepte aufrecht zu erhalten, daß es aber immer wieder scheitert an der Personalsituation, an den Veränderungen des Personals und - ich meine, wir können darüber ja reden, die finanzielle Situation ist ja immer noch nicht geklärt. Diese Anhebung des Tarifs ab 1. August 1989 hat für einzelne Mitarbeiter vielleicht eine Erleichterung unterm Schnitt von 70 Mark netto gebracht, aber wenn man die gesamte Situation hier in ... sieht, und die Mieten, dann ist es einfach sehr schwierig, auf längere Sicht auch Mitarbeiter zu halten. Es ist also nicht nur das finanzielle Problem, es ist auch die Wohnsituation, es ist die Qualifikation, dann kommt

die Problematik der gerontopsychiatrischen Abteilung hinzu, daß man das eigentlich nur einige Jahre tun soll ... Wenn Sie aber tagein tagaus immer wieder den gleichen Bewohner in seiner Vielfalt und in seinem Aggressionsverhalten erleben, dann ... muß man aufpassen, daß man nicht abstumpft, daß man sensibel bleibt, daß man immer wieder bewußt darauf eingeht. (...) Und was ich mir noch wünschen würde, wäre, wenn der Stellenschlüssel angehoben würde, zumindest auf 1 : 2,5; und dann Fortbildung für das Pflegepersonal, vielleicht alle vier Wochen ein gezieltes Thema, Pflichtteilnahme für die Mitarbeiter, und was sicher sinnvoll wäre, das wäre eine kontinuierliche Begleitung für die Mitarbeiter im Gespräch, also so eine Art Gesprächsrunde." (Interview mit der Leiterin eines Altenpflegeheimes mit einer gerontopsychiatrischen Abteilung)

In diesem Zitat sind solidarische Lösungsansätze formuliert, die folgende Elemente enthalten (vgl. dazu HEINEMANN-KNOCH/v. KARDORFF/KLEIN-LANGE 1991):

- arbeitsplatzbezogene Team- und Organisationsberatung;
- Verbesserung des Personalschlüssels;
- Attraktivere Gestaltung des Berufsbildes der Altenpflege durch bessere Bezahlung, verbesserten Freizeitausgleich, verbesserte Gestaltung der Arbeitszeiten wie der Arbeitsanreize (z.B. Wohnungsangebote);
- Praxisbegleitende Fortbildungsangebote;
- Verhinderung von burn-out-Erscheinungen durch Supervision bzw. Teambearbeitung;
- Förderung der Eigeninitiative, Spontanität und Phantasie der Pflegekräfte bei der Betreuung alter Menschen durch die Träger und Heimleitungen.

Auch für die pflegenden Familienfrauen lassen sich die Elemente einer solidarischen Lösung ihrer individuellen Pflegeprobleme stichwortartig zusammenfassen:

- Umfassende und realistische, leicht abrufbare Informationen über die verschiedenen Formen der Hilfeerfordernisse und die zur Verfügung stehenden medizinischen, sozialen, pflegerischen und finanziellen Hilfen;
- verbesserte Beratungsangebote: vom niedergelassenen Arzt über Wohlfahrtsverbände bis zur Kommune;
- Entlastung der Angehörigen durch stundenweise bezahlte Hilfen von nicht wechselnden Bezugspersonen;
- Urlaub von der Pflege für die pflegenden Angehörigen bei realistischer Bezahlung der Ersatzpflege;
- Förderung der Selbsthilfe durch die Organisation von Angehörigengruppen.

Anmerkungen:

- 1) Diese Zahlen sind für NRW sowohl für 1987 belegt als auch für die gesamte Bundesrepublik für 1984 (vgl. MAGS 1991; Claussen/Heinemann-Knoch 1992; Dt. Verein 1987).
- 2) Nämlich:
  - qualitative Interviews mit pflegenden Angehörigen,
  - qualitative Interviews mit Mitarbeiterinnen in der Altenpflege,
  - Erfahrungen in der Teamberatung von Mitarbeitern der ambulanten und stationären Altenhilfe.
- 3) Vgl. zusammenfassend Claussen/Heinemann-Knoch 1992; dort ist auch die wichtigste Literatur aufgeführt.
- 4) Nach einer Expertenmeinung (Dreßler 1980) steigen 50 % aller Pflegepersonen nach nur 5 Jahren Berufstätigkeit aus dem Beruf aus (zitiert bei Alber 1990, S. 21).

Literaturverzeichnis

- ALBER 1990 J. Alber: Ausmaß und Ursachen des Pflegenotstands in der Bundesrepublik. Köln 1990
- CLAUSSEN/HEINEMANN-KNOCH 1992 F. Claussen; M. Heinemann-Knoch: Pflegepotential und Pflegebereitschaft von Familien in NRW. Forschungsbericht für das Ministerium zur Gleichstellung von Frau und Mann in NRW. Köln 1992
- DEUTSCHER VEREIN 1987 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Bestandsaufnahme der ambulanten sozialpflegerischen Dienste im Bundesgebiet. Schriftenreihe des BMJFFG, Bd. 195. Stuttgart 1987
- FORSTER 1992 G. Forster: Notstand der Pflegekräfte; in: Zeitschrift für Gerontologie, 25(1992)1, S. 15-17
- HEINEMANN-KNOCH/v. KARDORFF/  
KLEIN-LANGE 1991 M. Heinemann-Knoch; E.v. Kardorff; M. Klein-Lange: Verwirrte alte Menschen. Empirische Studien zur Versorgungslage und zur alltäglichen Problembewältigung durch Betroffene, Angehörige und Versorger. Forschungsbericht; KDA-Forum. Köln 1992
- KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE  
1991 Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) (Hg.): Personalsituation in der Altershilfe heute und morgen. Tagungsbericht (Reihe: Thema 54). Köln 1991
- KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE  
1991 Kuratorium Deutsche Altershilfe/Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) (Hg.): Analyse der Situation der älteren Menschen und der Altenhilfe in den neuen Bundesländern. Ein Werkstattbericht. Unveröffentl. Ms. Köln 1991
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT  
UND SOZIALES IN NRW 1991 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW (Hg.): Gesundheitsreport Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1990
- NOLL-ROESCH 1992 B. Noll-Roesch: Neue Wege in der Personalgewinnung; in: KDA (Hg.): Personalsituation in der Altershilfe (Reihe: Thema Nr. 54). Köln 1992



- OSTERBECK-GRUBERIN 1979  
I. Oester: E. Beck-Gruberin: Mit-  
wirkende als Sozial. Pädagogin  
1979
- THIEGE 1980  
Thiede: Die besondere Lage der  
Pflegerinnen im Altenheim  
1980  
Pfl. Zeitschrift, 11, 4, 280-282
- 2001  
F. Clausen: M. (Wagner) Knoll: Pflege-  
potential und Pflegebereitschaft von  
Familien in NRW, Forschungsbericht für  
das Ministerium zur Gleichstellung von  
Frau und Mann in NRW, Köln 1992
- 1981  
Deutscher Verein für Öffentliche und  
private Fürsorge (D.V.): Bestandsaufnah-  
me der ambulanten sozialpflegerischen  
Arbeitskräfte in Deutschland, Schriftreihe  
des DVfFG, Bd. 195, Stuttgart 1987
- 1991  
G. Forster: Notstand der Pflegekräfte,  
180 Zeitschrift für Gerontologie,  
25(1992)1, S. 15-17
- 1981  
M. Hofmann-Knoch, E. v. Kardorff,  
H. Klein-Länge: Verwirrte alte Men-  
schen, Empirische Studien zur Versor-  
gungslage und zur alltäglichen Pro-  
blemlösung durch Betroffene, Ange-  
hörige und Versorger, Forschungsber-  
icht, KDA-Forum, Köln 1987
- 1991  
Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)  
(Hg.): Personalsituation in der Alten-  
hilfe heute und morgen, Tätigkeitsber-  
icht (Beilage zum 54), Köln 1991
- 1991  
Kuratorium Deutsche Altershilfe/Otto-  
Klein-Institut für Sozialforschung und  
sozialpolitische Arbeit (Hg.):  
Analyse der Situation der älteren Men-  
schen und der Altershilfe in den neuen  
Bundesländern, Ein Werkstattbericht,  
Umschlagwerk, Hg. Köln 1991
- 1991  
Ministerium für Arbeit, Gesundheit  
und Sozialwesen in NRW  
1991  
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und  
Soziales in NRW (Hg.): Gesundheitstransport  
Werraufbau-Westfalen, Düsseldorf 1990
- 1992  
H. Voll-Rössch: Neue Wege in der Perso-  
nalarbeit, in: KDA (Hg.): Personalsi-  
tuation in der Altershilfe (Beilage  
zum 54), Köln 1992

## INFORMELLE UND FORMELLE HELFER IN DER HÄUSLICHEN VERSORGUNG ALTER MENSCHEN - SOZIALPOLITISCHE VERKNÜPFUNGSKONZEPTE UND ALLTAGSINTERAKTIONEN

von Peter Zeman

### Inhalt:

1. Informelle Hilfe als Teil des "welfare mix"
2. Kooperation statt Vernetzung oder Koordination
3. Selbst- und Fremddefinitionen der Rollen informeller und formeller Helfer
4. Das Konzept der "Pflegetriade"
5. Probleme der Kommunikation

### Literaturverzeichnis

1. Informelle Hilfe als Teil des "welfare mix"

Sozialpolitische Steuerungsversuche sind vermutlich indirekt am wirkungsvollsten, nämlich dann, wenn sie sich nicht als Königsweg zur Lösung sozialer Probleme gerieren, sondern, durch "empowerment" und Sicherung von Rahmenbedingungen, den Betroffenen Raum für eigenständige Problemlösungsmuster schaffen.

"Fertige" Lösungen können sich - auch wenn sie nach fachlichen und sozialpolitisch-rationalen Kriterien optimal erscheinen - als unpraktikabel erweisen. Die Entscheidungsalternative "Pflege" oder "Erwerbsarbeit" erscheint angesichts ambivalenter Bedürfnisse und Obligationen sowie sich verändernder Relevanzhierarchien häufig lebensweltfremd, simplifiziert. Hier müssen Entscheidungshintergründe in Rechnung gestellt werden, die sich nicht standardisieren und daher auch nicht in verallgemeinerbare sozialpolitische Lösungsmuster einbinden lassen.

Nicht selten suchen die Betroffenen nach Möglichkeiten, Pflege- und Erwerbsarbeit miteinander zu vereinbaren. Hier setzt das Konzept des "welfare pluralism" oder "welfare mix" an (EVERS/WINTERSBERGER 1990; JOHNSON 1987), in dem eine größere Flexibilität und Vielfalt der Optionen programmatische inhaltliche Bestandteile sind. Intendiert ist u.a. die planerisch bewußte

Vernetzung von formeller, öffentlicher Pflegearbeit (also Pflegearbeit als Erwerbsarbeit), mit informeller, privater Pflegearbeit ohne Erwerbscharakter. Ein wohlbegründetes Ziel, an dem sich allerdings auch verdeutlichen läßt, daß konzeptionelle Plausibilität allein den Erfolg auf der Umsetzungsebene noch nicht garantiert. Nachstehend seien einige der empirischen Probleme erläutert, die sich auf dem Weg von der Planung zur alltagsweltlichen Realisierung als Barrieren bemerkbar machen.

Formelle Hilfe findet, selbst wenn sie auf kooperatives Handeln ausgerichtet ist, den Anschluß an die informellen Helfer nicht eben leicht. Informelle Helfer, insbesondere die Angehörigen (und sie stellen den bei weitem größten Anteil der informellen Helfer), pflegen in der Mehrzahl, ohne sich auf öffentliche Unterstützungsangebote einzulassen. In der Sprache der Diensteanbieter gilt dies als "mangelnde Inanspruchnahme", oder, anders akzentuiert, als "Zugangsproblematik". Beides ist um so mehr zu beklagen, je deutlicher die materiellen, sozialen, physischen und psychischen Kosten werden, die pflegende Angehörige erbringen.

Die Produktivität informeller Hilfe wird in sozialpolitischen Diskursen wegen ihres quantitativen und qualitativen Stellenwerts, ihrer Lebensweltnähe und ihrer vergleichsweise geringen Kostenhöhe für die öffentliche Hand gewürdigt. Sie wird jedoch "kontraproduktiv", wenn die unerwünschten Nebeneffekte ihrer lobenswerten Eigenschaften überwiegen, und von den informellen Helfern nicht mehr aus eigener Kraft abgepuffert werden können. Dann nämlich kann aus einem psychisch und sozial gesicherten und von den Beteiligten positiv bewerteten Hilfearrangement eine Quelle gemeinsamen Leidens werden, ein "Krisenzirkel", der wachsende - auch öffentliche - Folgekosten entstehen läßt.

Abgesehen von den im engeren Sinne fachlich oder moralisch fundierten Argumenten, die in solchen Fällen der Überlastung professionelle Interventionen nahelegen - wir kennen sie beispielsweise aus Untersuchungen der Situation von Angehörigen, die psychisch Kranke versorgen (JOHNSON/CATALANO 1983) -, liegt es auch in der unmittelbaren Rationalität sozialpolitischen Denkens, die Ressource "informelle Hilfe" durch formelle Unterstützung davor zu schützen, daß sie völlig verschleißt. Einmal verbraucht, ist sie, wenn überhaupt, nur schwer zu ersetzen.

Informelle Hilfe läßt sich allerdings auch zum Zweck ihrer Unterstützung nicht voraussetzungslos mit formeller Hilfe verknüpfen. Wichtige Bedingungen auf seiten der informellen Helfer und Hilfeempfänger scheinen zu sein: Weitgehende Autonomie bei ihrer Entscheidung, zu helfen und sich helfen zu lassen, weitgehender Konsens bei der Realisierung des Hilfearrangements und relative Stärke des (noch) vorhandenen Selbsthilfepotentials.

Wo diese Bedingungen nicht gegeben sind, muß formelle Hilfe bei ihrer Suche nach dem informellen Gegenpart zunächst dessen Defizite kompensieren - was mit den Selbstbildern der informellen Helfer kollidieren kann. "Nicht Ersatz, aber bessere Unterstützung der informellen Helfer", "Hilfe für die Helfer", "Pflege für die Pflegenden" (care for the caregivers), sind entsprechende Programmformeln, die erfüllt sein müssen, um informelle Helfer mit bereits überstrapaziertem Engagement überhaupt in ein gemischtes Hilfesystem einbeziehen zu können. Diese Helfer, die einerseits als sozialpolitische Ressource betrachtet werden, erscheinen andererseits vor allem als Klienten. In ihren Selbstbildern jedoch sind sie weder das eine noch das andere, und es ist entsprechend schwer, Zugang zu ihnen zu finden.

## 2. Kooperation statt Vernetzung oder Koordination

Begriffsklärungen sind notwendig. "Vernetzung" ist das Stichwort, das die sozialpolitischen Diskussionen der achtziger Jahre bestimmt hat und noch bestimmt. Vernetzung im Sinne des besagten "welfare pluralism" greift weit; sie soll nicht nur dazu dienen, formelle Dienste untereinander besser zu koordinieren, sondern auch, formelle Hilfen mit informellen Hilfen. "Koordination" (Platz zwei auf der aktuellen Hitliste der sozialpolitischen Begriffe) hat jedoch zwei wichtige Voraussetzungen: sie bedarf sowohl einer übergeordneten, von den Betroffenen als Autorität anerkannten Instanz, die Ziele setzt, vorhandene Ressourcen definiert, in ihren Leistungen evaluiert, sie aufeinander abstimmt und miteinander in Einklang bringt, als auch der entsprechend einsetzungswilligen, einsatzfähigen und steuerbaren Akteure. Diese Voraussetzungen sind, wie wir wissen, nicht einmal innerhalb des formellen Bereichs durchgängig gegeben und erst recht nicht - hier gewissermaßen axiomatisch - auf der Seite der informellen Helfer. Als besser geeignetes Muster der Verknüpfung informeller mit formellen Helfern erscheint daher "Kooperation". Aber auch

Kooperation ist an Voraussetzungen gebunden: Konsens über Ziel und Mittel, geklärte Rollen und transparente Aufgabenteilung. Die Pflegearrangements, in denen informelle und formelle Helfer zusammentreffen, sind daraufhin näher zu betrachten. Dies soll anhand einiger Konkretisierungen versucht werden, die der einschlägigen Literatur entnommen sind. Ergänzend fließen erste Auswertungen eines DZA-Projekts zur Wechselwirkung von informellen und formellen Helfern ein.

### 3. Selbst- und Fremdefinitionen der Rollen informeller und formeller Helfer

In einem 1989 erschienenen Artikel hat die englische Soziologin Julia TWIGG analysiert, wie soziale Einrichtungen und Dienste ihre Beziehung zu informellen Helfern konzeptualisieren. Sie fand drei Hauptmodelle, die die informellen Helfer als "Ressource", als "Mitarbeiter" und als "Co-Klienten" etikettieren. Die Spannungen zwischen diesen - simultan angewendeten - idealtypischen Bezugsrahmen bewirken entsprechend widersprüchliche sozialpolitische und soziale Orientierungen.

Geht man davon aus, daß die Verknüpfung von informeller und formeller Hilfe sich in den Interaktionen der Helfer praktisch zu bewähren hat, so ist es wichtig zu wissen, ob die Beziehungsmodelle der formellen Helfer denen ihres informellen Gegenübers überhaupt entsprechen und ob sie offen sind für Modifikationen durch eine gemeinsame Situations- und Beziehungsdefinition. Diese Frage soll bezogen auf die beiden erstgenannten Konzepte erörtert werden.

Zum ersten Konzept: "Informelle Helfer als Ressource". Sehen sich z.B. ältere Frauen, die ihren Ehemann pflegen oder Töchter, die eine hilfebedürftige Mutter versorgen, als Ressource im Bezugsrahmen des formellen Hilfesystems? Eine Ressource, die - wenn sie sich auch auf typische Weise genereller Steuerbarkeit entzieht - von den formellen Helfern genutzt werden kann, um die Versorgungsleistung für den Patienten zu sichern?

Erste Auswertungen im Rahmen der oben angeführten DZA-Studie zeigen, daß sich informelle Helfer nicht als sozialpolitische Ressource, sondern allenfalls als Ressource des Hilfeempfängers betrachten. Man kann spekulieren, wie sie sich verhielten, wenn ihnen bewußt würde, daß sie - indem sie aus privaten

Motiven Pflegeleistungen erfüllen -, gleichzeitig der Gesellschaft als Ganzes (und dem formellen Hilfesystem im besonderen) einen Teil der sogenannten "Alterslast" abnehmen. Vielleicht zögen sie daraus andere Konsequenzen, als das sozialpolitisch administrative System erwartet. Nicht Bereitwilligkeit, sich als Ressource weiter nutzen zu lassen, sondern Forderung nach politischer und öffentlicher Akzeptanz und "Hilfe für die Helfenden" nach ihren eigenen Spielregeln wären möglicherweise angesagt: d.h. die Etikettierung würde zurechtgerückt und auf formelle Hilfe angewandt. Informelle Helfer würden formelle Hilfe vermutlich verstärkt als Ressource für sich reklamieren, legitimiert dadurch, daß sie selbst von der Gesellschaft als Ressource genutzt werden.

Typischerweise ist dieses Beziehungskonzept für die informellen Helfer jedoch nicht relevant. Mögen sich auch anders gerichtete Orientierungen entwickeln: die meisten informellen Helfer - also in der Regel Frauen, seltener Ehemänner, manchmal Söhne im primären Netzwerk des engsten Familienkreises - folgen offenbar der tradierten Norm, ihren hilfebedürftigen Angehörigen pflichtgemäß und aufgrund persönlicher Verbindlichkeit und Verbundenheit zur Seite zu stehen. Eine Verbindlichkeit, die nicht sozialpolitischen Konzepten entspringt, sondern vor allem einer verflochtenen Biographie und den unsichtbaren und sichtbaren Loyalitäten, die daraus resultieren.

Hilfe von außen nachzufragen, bedeutet aus der Perspektive informeller Helfer zunächst, die Grenzen ihrer eigenen bis dato genutzten Ressourcen zu erkennen, oder nicht willens zu sein, sie auszuschöpfen. Formelle soziale Dienste und Hilfeleistungen können dann eine weitere Ressource (unter anderen) sein, die informelle Helfer an diesem Punkt zu erschließen versuchen.

Die Differenz der Erwartungen, die aus der wechselseitigen Etikettierung als Ressource resultiert, ist nicht ohne Konsequenzen für die Interaktion zwischen informellen und formellen Helfern. Sie begründet Mißverständnisse und Konflikte, die nur zu bearbeiten und bestenfalls aufzulösen sind, wenn Zuschreibungen und dahinter stehende unterschiedliche Interessen zum Gegenstand von Metakommunikation gemacht werden.

Informelle Helfer werden von den sozialen Diensten des öfteren als "Mitarbeiter" gesehen. Entspricht dies, so unsere zweite Frage, ihrem Selbstverständnis?

Im Bezugsrahmen des Gesamtkontextes der Unterstützung für den Hilfebedürftigen argumentieren die informellen Helfer, wie die bisherigen Ergebnisse der DZA-Untersuchung zeigen, wiederum gegensätzlich. Der Terminus "Arbeit" als Bezeichnung der Art, wie sich informelle Helfer um den Hilfeempfänger "kümmern", ist ihrer Lebenswelt an sich fremd. Sich um jemanden kümmern, ihn versorgen, betreuen und pflegen, macht zwar Arbeit, wird aber nicht als eine Arbeit verstanden. Der Begriff "Pflege-Arbeit" hat sich bislang alltags-sprachlich nicht etabliert, ebensowenig wie Erziehungsarbeit und im Gegensatz zu Hausarbeit und Gartenarbeit. Noch fremder ist den Betroffenen die Vorstellung einer "Produktion" von Pflegeleistungen. Pflege als Arbeit ist Aufgabe der formellen Helfer, bei denen Pflegearbeit und Erwerbsarbeit in eins fällt. Dennoch, wenn wir auf das Faktum pflegerischer Aktivitäten rekurrieren, so sieht sich der informelle Helfer in der wichtigeren Position, d.h. er reklamiert grundsätzlich für sich, daß der formelle Helfer ihm zuarbeitet und nicht umgekehrt. In der konkreten Situation ist dies allerdings abhängig von der spezifischen Aufgabenteilung. Eine Haushaltshilfe wird als Mitarbeit im Sinne von Zuarbeit verstanden, eine Krankenschwester, die in der Hauskrankenpflege tätig ist, hingegen setzt ihre professionelle Situationsdefinition durch, in der der informelle Helfer assistierende Mitarbeiterfunktion erhalten kann.

Hier zeigt sich, daß die funktionale Betrachtung der Trennung und Teilung von Aufgaben der informellen und formellen Helfer als Rahmenbedingung ihrer Interaktion durchaus wichtig ist. NOELKER und BASS haben dies 1989 in einer empirischen Studie versucht und dabei zunächst festgestellt, daß in einer Vielzahl von Fällen (42 % ihrer Stichprobe) überhaupt keine Verknüpfung informeller mit formeller Hilfe stattfand, was sie "kin independence", "Unabhängigkeit des Verwandtschaftssystems" genannt haben.

Verknüpfungen ließen sich in vier Typen charakterisieren, nämlich als:

- "Aufgabenspezialisierung des formellen Dienstes" ("formal service specialization"),
- "zusätzliche formelle Hilfe" ("supplementation"),
- "beiderseitige Spezialisierung" ("dual specialization") und
- "Ersetzung" ("substitution").

"Kin independence" war vor allem durch geringe Grade der physischen Beeinträchtigung und ein geringeres Niveau der mit der Pflege verbundenen gesund-

heitlichen Einbußen des primären Helfers gekennzeichnet. (Ein Ergebnis, dessen Verallgemeinerbarkeit weiter unten zur Diskussion steht.)

Dagegen scheint es bei starker gesundheitlicher Beeinträchtigung und pflegebezogenen Gesundheitseinbußen des primären Helfers häufiger zu einer Aufgabenteilung zu kommen, bei der beide Helfer den Patienten gemeinsam unterstützen, der formelle Dienst jedoch außerdem spezialisierte Hilfe leistet ("formal service specialization"). Es ist anzunehmen, daß es sich dabei primär um Aufgaben der medizinischen Behandlungspflege handelt; allerdings sind wir in der eigenen DZA-Untersuchung auch auf Fälle gestoßen, in denen berufliche Pfleger die Intimpflege oder körperlich anstrengendere Hilfeleistungen (z.B. das Baden) übernehmen.

"Zusätzliche formelle Hilfe" ("supplementation") findet vor allem statt, wenn die informellen Helfer, hier fast immer die Ehefrau oder Tochter, in ihren sozialen Aktivitäten durch die Pflege stark eingeschränkt sind. Informelle und formelle Helfer erfüllen dabei (funktional) die gleichen Aufgaben, und es ist für die Autoren eine offene Interpretationsfrage, ob die Entlastung des formellen Helfers im Vordergrund steht oder seine mangelnde Bereitschaft, sich aus Pflegeaufgaben zurückzuziehen.

Zu einer "beiderseitigen Spezialisierung" ("dual specialization"), bei der die Aufgaben der informellen und formellen Helfer völlig voneinander getrennt sind, kommt es offenbar am ehesten, wenn Ehemänner die primären Pfleger sind, wenn die Pflege mit sehr viel Stress verbunden ist, oder wenn die Hilfeempfänger funktional nicht so stark behindert sind. Die strikte Aufgabentrennung entspricht dem viel diskutierten Komplementaritätskonzept, welches vor allem von LITWAK (1985) vertreten wurde. Eine optimale Versorgung sei zu erreichen, so seine These, wenn das informelle und das formelle System nur jeweils die Aufgaben übernähmen, für die sie am ehesten geeignet seien. So entspräche es der Primärgruppenstruktur informeller Hilfe, unvorhersehbare, nicht standardisierbare ("nonuniform") und nicht-instrumentelle Aufgaben zu lösen, während formelle Hilfe besser mit genau definierten ("specialized") und vorhersehbaren Problemen umgehen könne.

"Substitution" bezeichnet die Grenzfälle, bei denen der informelle Helfer durch den formellen ersetzt wird. NOELKER und BASS (1989) verweisen darauf

lediglich als ein Ergebnis anderer Studien. Bei genauer Analyse kann man sich jedoch u.E. nicht der Einsicht verschließen, daß die Rede von der Substitution informeller durch formelle Hilfe nur plausibel ist, wenn die Betrachtung auf funktionale und instrumentelle Aspekte reduziert wird. Ansonsten besteht nämlich - selbst bei Erfüllung gleicher Aufgaben - aufgrund der unterschiedlichen Beziehung zum Hilfeempfänger, der unterschiedlichen Handlungsmotivation, unterschiedlicher Gratifikationen, unterschiedlich zu erfüllender Reziprozitätsnormen, ein qualitativer Unterschied in der Hilfeleistung. Was aber qualitativ differiert, so läßt sich folgern, kann auch nicht wechselseitig ersetzt werden.

In der eigenen DZA-Untersuchung sind wir auf ein anderes, vermutlich weitverbreitetes und wachsendes Verknüpfungsmodell informeller mit formeller Hilfe gestoßen, welches oberflächlich auf Substitution hinzuweisen scheint; es scheint jedoch angemessener, hierbei von partieller "Delegation" zu sprechen: Die informellen Helfer, meist Kinder, die nicht mit dem Hilfeempfänger im selben Haushalt leben, nehmen keinen Platz in der unmittelbaren Pflege ein, sondern delegieren die damit verbundenen Aufgaben an das formelle Hilfesystem. Damit unterlaufen sie unter anderem den Entscheidungskonflikt zwischen Pflegearbeit und Erwerbsarbeit (eine Möglichkeit, die interessanterweise nicht nur von Söhnen, sondern auch von Töchtern gewählt wird). Die informelle Helferrolle bleibt dabei in wichtigen Aspekten erhalten. Es entstehen neue, anders geartete Aufgaben, beispielsweise die Vermittlung zwischen den Bedürfnissen des Hilfeempfängers und dem Dienstangebot, die Kontrolle des Pflegearrangements und die Gewährung sozialer und emotionaler Unterstützung (gegenüber dem Hilfeempfänger, manchmal auch gegenüber formellen Helfern). Es spricht einiges dafür, daß der informelle Helfer, gerade weil er größere Distanz gegenüber den unmittelbaren instrumentellen Anteilen der Pflegerolle wahrt, eine Rolle von übergeordneter Bedeutung für den gesamten Kontext zu spielen vermag ("case manager"). Informelle Helfer, die zu partieller Delegation fähig sind, garantieren nach unseren Beobachtungen häufig eine Art von Hintergrundsicherheit und Hintergrundkontinuität, die dem Pflegekontext angesichts der Fluktuationen und Vielfalt formeller Helfer dringend benötigte Ruhe und Stabilität gibt. Natürlich können sie ebenso leicht Konflikte in das Pflegearrangement hineinragen und seine sich entwickelnden Routinen nachhaltig stören.

Wir stoßen an die Grenzen der funktionalistisch dominierten Betrachtungsweise, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß auch die von den Beteiligten realisierten spezifischen Verknüpfungen informeller und formeller Hilfe lediglich Rahmenbedingungen sind, die auf unterschiedliche Weise mit Sinn gefüllt sein können. Sie alle ermöglichen Kooperation der Helfer ebenso wie Konkurrenz oder Ignoranz. Solche Beobachtungen müssen daher ergänzt werden durch interpretative Verfahren, die sich um besseres Verständnis auf der Ebene geteilter oder divergenter Situationsdefinitionen bemühen.

#### 4. Das Konzept der "Pflegetriade"

In einem vierten Schritt soll dieser Anspruch vertieft werden, ohne die damit verbundenen Schwierigkeiten zu verhehlen. Vertieftes Situationsverständnis steht z.B. vor der Schwierigkeit, den größeren Rahmen des Hilfearrangements einbeziehen zu müssen, bei dem es sich zumindest um eine Triade handelt, die die beiden Helfer und den Hilfeempfänger umfaßt. Eine gehörige Komplexitätsreduktion ist bereits dies, wenn man das gleichzeitige Engagement mehrerer informeller und - vielleicht häufiger noch - mehrerer formeller Helfer berücksichtigt. Bleiben wir jedoch bei der Triade, denn schon sie ist in ihren interaktiven Wechselwirkungen kaum überschaubar; zumal sie zusätzlich an Transparenz verliert, wenn sie sich nicht komplett präsentiert. Die "Pflegetriade" ist uns in der eigenen Untersuchung bislang nur als ein System wechselnder Dyaden (Hilfeempfänger-informeller Helfer, informeller Helfer-formeller Helfer, formeller Helfer-Hilfeempfänger) begegnet.

Wäre dies verallgemeinerbar, so läge hier eine typische Quelle interaktiver Probleme. Beide Helfer verkennen nämlich sehr leicht, daß einem Teil der Interaktionsstörungen, die sie miteinander haben, im Rahmen ihrer eigenen Beziehung nicht auf den Grund gegangen werden kann, da sie der jeweils anderen Dyade entspringen.

In der Regel ist die Dyade informeller Helfer und Hilfeempfänger von ungleich größerer Relevanz für die Gesamtsituation, da sie dichter ist und für die Beteiligten Priorität besitzt. Dies läßt sich illustrieren anhand einer Longitudinalstudie von JOHNSON und CATALANO (1983), die beobachtet haben, daß pflegende Angehörige unter wachsendem Pflegestress zwei - einander ent-

gegengesetzte - Anpassungsmuster entwickeln: zum einen die Etablierung größerer physischer oder psychischer Distanz in der Pflegedyade, zum anderen deren engere Verstrickung.

Die Entwicklung solcher Anpassungsformen wird - so JOHNSON und CATALANO (1983: 617) - in einem "Kaskaden-Effekt" ausgelöst, der "mit dem Zustand des Patienten beginnt, wobei die langfristige Abhängigkeit zu einer Verschlechterung seiner Zukunftsaussichten führt, die sich dann auf seine Beziehung zur primären Pflegeperson auswirkt. Während immer mehr Erwartungen auf die Beziehung gerichtet werden, fällt es dem Helfer immer schwerer, diese Verantwortung zu tragen. Dies wird möglicherweise durch wachsende soziale Isolation der Dyade verschärft. Am Ende wird die Situation zunehmend unerträglich, jedoch nicht nur wegen der mit dem physischen und mentalen Zustand des Patienten verbundenen Belastungen, sondern auch wegen der negativen Wertigkeiten, die sich in der Beziehung entwickeln. (...) Während sich die dyadische Beziehung wegen der Veränderungen sowohl des Patienten wie des Helfers verschlechtert, werden für den Helfer mögliche Alternativen akzeptabel, um größere Distanz zum Patienten zu gewinnen" (ebenda; eigene Übersetzung).

In den von uns erhobenen Daten beschreiben professionelle Helfer, wie pflegende Angehörige die Pflegesituation physisch verlassen. "Sie ziehen sich völlig raus" und sagen "machen Sie, was Sie für richtig halten". Wenn dieses Verhalten als kränkende Indifferenz gegenüber der Pflegearbeit des Personals interpretiert wird, dann berücksichtigen die formellen Helfer nicht, daß es dabei häufig gar nicht um sie selbst geht, bzw. um die Dyade "informeller-formeller Helfer", sondern um die Beziehung zum Hilfeempfänger. Möglicherweise nutzt der informelle Helfer, um die Gesamtsituation besser ertragen zu können, die Anwesenheit des formellen Helfers zu kurzfristiger physischer Distanzierung. (Eine andere Form der räumlichen Distanzierung geschieht, wenn informelle Helfer nicht länger mit dem Hilfeempfänger die Mahlzeiten einnehmen und nicht länger in einem Bett oder im selben Raum mit ihm schlafen.)

Andererseits wurde uns berichtet, daß pflegende Angehörige sozusagen an der Situation kleben, d.h. dem professionellen Pflegepersonal bei seiner Arbeit keinen Augenblick von der Seite weichen - dabei jedoch in scheinbar teilnahmsloser Beobachtung verharren. Ein Verhalten, das in seiner Widersprüch-

lichkeit den formellen Helfern schwer interpretierbar erscheint, letztlich aber zumeist als Kontrolle und Mißtrauen empfunden wird. Wiederum wird die Möglichkeit nicht erwogen, daß für den pflegenden Angehörigen die Beziehung zum formellen Helfer sekundär ist und es sich vielleicht um eine Art der psychischen Distanzierung innerhalb der primären Dyade handelt, bei Aufrechterhaltung physischer Präsenz.

Manchmal fühlen sich formelle Helfer, wie sie sagen, geradezu überschüttet von Klagen und Vorwürfen des informellen Helfers gegen den Hilfeempfänger und ihr Taktgefühl wird strapaziert durch Informationen, die ihnen der informelle Helfer über höchst intime Aspekte seiner Beziehung zum Hilfeempfänger ungefragt übermittelt - während dieser schweigend danebensitzt. Dies wird als Versuch bewertet, das Pflegepersonal in eine Koalition gegen den Hilfeempfänger hineinzuziehen und den - so das Personal - ohnehin Schwächeren vollends zum Opfer zu machen. Aggressionen des formellen Helfers gegen den informellen sind die Folge. Wäre es dem Pflegepersonal möglich, die Intention solchen Verhaltens nicht nur auf die eigene Dyade zu beziehen, sondern auch als - vielleicht fehlgelaufenen - Versuch des informellen Helfers zu sehen, sich in der für ihn physisch unentrinnbar gewordenen Situation zumindest psychisch freizukämpfen, so könnte darauf angemessener reagiert werden.

Das Verhaltensmuster der Distanznahme wird kontrastiert von den "enmeshing techniques", den Techniken der Verstrickung. Mit zunehmender Abhängigkeit des Patienten kann sich die Beziehung zum primären Helfer bis zum völligen Ausschluß anderer Beziehungen intensivieren. Dieses Adaptionsmuster einer "sozialen Regression" findet man z.B. zwischen älteren Ehepaaren, besonders den kinderlosen oder denen, deren Kinder in größerer Entfernung leben.

Die bereits erwähnte "kin independence", also die Unabhängigkeit des primären Hilfesystems gegenüber formeller Hilfe, rückt in ein anderes Licht, wenn man sie nicht nur als Ausdruck "geringer gesundheitlicher Beeinträchtigung" interpretiert, wie NOELKER und BASS (1989), sondern als Folge einer besonders engen Umklammerung in der primären Dyade. Die sogenannte Unabhängigkeit gegenüber dem formellen System kann also auch extreme Abhängigkeit innerhalb des informellen Systems bedeuten.

Die Situation einer solchen abhängigen "Unabhängigkeit" wird prekär, wenn sich der Gesundheitszustand des informellen Helfers rapide verschlechtert. Erst der drohende Zusammenbruch der primären Hilfedyade eröffnet einen Zugang für das formelle System und damit die Möglichkeit der Restabilisierung, vorausgesetzt, die Selbsthilfereste reichen noch immer aus, und die Beteiligten sind flexibel genug, um das Hilfe- und Beziehungssystem auf verändertem Niveau neu einzupegeln, neu zu kalibrieren (FILIPP 1981; BRAUN 1991).

Formelle Helfer, die in Konstellationen dieser Art ihre Arbeit aufnehmen, benötigen ein hohes Maß an Ambiguitätstoleranz, denn sie werden gleichzeitig gebraucht und zurückgewiesen (KNOBLING 1985: 273 ff.). In dieser zwiespältigen Situation können zwischen informellem und formellem Helfer massive Interaktionsprobleme entstehen, z.B. wenn der informelle Helfer sich - trotz der geschwundenen Kräfte - nicht mit seinen Grenzen abfinden kann und um seine Rolle als dominierender Pfleger kämpft. Dies geschieht vor allem, wenn dies die einzige soziale Rolle war, die er in den letzten Jahren kultiviert hat, wenn er also einen Adaptationsmechanismus entwickelt hat, den JOHNSON/CATALANO (1983) als "role entrenchment", Rollenverschanzung bezeichnen. Dabei wird versucht, alle Selbstwert- und Kompetenzvergewisserungen, alle Kompensationen für den Verlust anderer Rollen mit Hilfe der hypertrophen Pflegerrolle zu erreichen (siehe auch DREITZEL 1980). Vor allem, wenn der Hilfeempfänger die Reziprozitätsnorm nicht länger zu erfüllen vermag, scheint die altruistisch idealisierte Helferrolle alternative Gratifikationen in Aussicht zu stellen. Dem professionellen Personal erscheinen diese Menschen als Co-Klienten (siehe das o.g. dritte Modell der Beziehung zwischen informellen und formellen Helfern bei TWIGG 1989), aber wieder können wir nicht davon ausgehen, daß sich die primären Pfleger selbst auch so etikettieren würden, im Gegenteil: ihre Identität, bei schwindenden Kräften mühsam erkämpft, hängt daran, gerade diese Etikettierung nicht zuzulassen. Es kann dann sein, so wurde uns berichtet, daß die pflegenden Angehörigen, vor allem Ehefrauen (weil sie die Pflege in der gewohnten Art selbst nicht länger realisieren können), den formellen Helfer darauf zu verpflichten suchen, "alles ganz genauso zu machen", wie sie es getan haben. Dies ist allerdings eine Aufforderung, der das Personal nicht folgen kann, ohne selbst eine Rolleneinbuße in Kauf zu nehmen. Der Versuch, solche Appelle wörtlich umzusetzen, würde übrigens u.E. geradewegs in eine pragmatische Paradoxie führen ("tue ich, was ich soll, ist es falsch; unterlasse ich es, ist es

genauso falsch"). Besteht dabei dann gleichzeitig ein Druck, die Situation nicht einfach zu verlassen, z.B. weil man ja dem Hilfeempfänger gegenüber verantwortlich ist, so wird daraus eine klassische "double-bind-situation" (WATZLAWICK/BEAVIN/JACKSON 1974).

Die formellen Helfer, mit denen wir darüber sprachen, definieren solche Situationen in ihrem Sinne neu, wobei sie ihre Qualifikation als ausgebildetes Personal in den Vordergrund stellen. Natürlich hängen die Chancen, in dieser Rolle akzeptiert zu werden und der Situation einen professionellen Bezugsrahmen zu geben, auch von der funktionalen Aufgabenstellung zwischen informeller und formeller Hilfe und der faktischen Qualifikationsverteilung ab. Zu erinnern ist an die beschriebenen Verknüpfungsmodelle.

Wenn beide Helfer die gleichen Aufgaben erfüllen, bleibt eigentlich nur der Verweis, vielleicht das Eingeständnis, daß trotz gleicher Aufgaben ein qualitativer Unterschied in der Erfüllung dieser Aufgaben nicht ganz aufzulösen ist.

##### 5. Probleme der Kommunikation

Zusammenfassend und abschließend sei auf generelle Kommunikationsprobleme verwiesen: Die Fragen der funktionalen Aufgabenteilung von informellen und formellen Helfern müssen - dies haben wir zu zeigen versucht - von Fragen ihrer wechselseitigen Beziehungsdefinition analytisch getrennt werden; und zwar gerade weil sie empirisch so stark verquickt sind. Gesondert zu betrachten sind auch einerseits Probleme, die aus den jeweiligen spezifischen Inhalten der Interaktion entstehen und andererseits allgemeine Kommunikationsprobleme, die sich hier lediglich beispielhaft niederschlagen. Dies alles rückt auch Konzeptualisierungen der Beziehung von informellen und formellen Helfern, die im sozialpolitisch-administrativen System in Umlauf sind, in ein besonderes Licht.

Es scheint ein Axiom menschlicher Kommunikation zu sein, daß sich Rolleninterpretationen und Erwartungen, gerade wenn sie die Beziehungen im Kern strukturieren, nicht völlig transparent machen lassen. Folgt man den Erkenntnissen der pragmatischen Kommunikationstheorie, so ist der Beziehungs-

aspekt zwar konstant Thema, wird jedoch primär in Analogien, häufig nonverbalen Charakters, ausgedrückt, bedarf also ständiger Interpretationen durch die Teilnehmer. Interpretationen aber sind immer offen für Mißverständnisse, und diese Mißverständnisse werden perpetuiert, wenn die interpretativen Bezugsrahmen - etwa die genannten Beziehungsmodelle - selbst einem Kommunikationstabu unterliegen. Dies aber ist der Normalfall, da die offene Thematisierung solcher Orientierungsmuster bereits als Manifestation von Störungen des Interaktionsflusses bewertet und daher vermieden wird.

Hinzu kommt, selbst unter den Ausnahmebedingungen einer beiderseitig gewünschten Metakommunikation, eine weitere Barriere der Kommunizierbarkeit von beziehungsstrukturierenden Orientierungen: Wechselseitige Beziehungsdefinitionen und Rollenerwartungen sind immer auch emotional angereichert. Emotionen aber werden ihrerseits analog kommuniziert.

Weitere Komplikationen entstehen durch die triadische Struktur, die sich aus wechselnden, für die Gesamtsituation ungleich bedeutungsvollen Dyaden zusammensetzt. Häufig sind z.B. gravierende Einflüsse aus der primären Pflegedyade auf die Beziehung zwischen informellen und formellen Helfern den Beteiligten nicht bewußt, was sie zu inadäquaten Situationsdefinitionen veranlaßt.

Regeln für das Zusammenwirken informeller und formeller Helfer, die sich aus den Leistungskatalogen und Aufgabenbeschreibungen des formellen Hilfesystems, aus ärztlichen Verordnungen und Kriterien der Abrechenbarkeit erschließen lassen, strukturieren allenfalls eine funktionale Oberflächenebene, der Beziehungsaspekt jedoch bedarf des situativen Aushandelns, mit den beschriebenen Schwierigkeiten. Entlastung könnten spezifische Normen eines angemessenen Umgangs zwischen informellen und formellen Helfern schaffen; wir sind auf der Suche nach ihnen und unsicher, ob sie existieren. Normen, die den Hintergrundverpflichtungen entstammen, z.B. der Solidarität zwischen informellem Helfer und Hilfeempfänger, oder der Kollegialität zwischen den formellen Helfern, scheinen das Vakuum zu füllen, das der Mangel an Spielregeln für das Zusammenwirken von informellen Helfern und formellen Helfern entstehen läßt.

Literaturverzeichnis:

- BRAUN 1991 Hans Braun: Critical Events in Informal Care: A Process-related Approach. Paper presented at European Conference on Informal Care, Social Policy Unit, University of York, 23.-25. September 1991
- DREITZEL 1980 Hans-Peter Dreitzel: Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft. Vorstudien zu einer Pathologie des Rollenverhaltens. Stuttgart 1980
- EVERS/WINTERSBERGER 1990 A. Evers; H. Wintersberger (eds.): Shifts in the Welfare Mix. Their Impact on Work, Social Services and Welfare Policies, 2nd ed. Frankfurt/M., New York 1990
- FILIPP 1981 Sigrun-Heide Filipp: Kritische Lebensereignisse. München 1981
- JOHNSON 1987 N. Johnson: Theory and Practice of Welfare Pluralism. Brighton 1987
- JOHNSON/CATALANO 1983 C.L. Johnson; D.J. Catalano: A Longitudinal Study of Family Supports to Impaired Elderly, in: The Gerontologist, 23(1983)6, S. 612-618
- KNOBLING 1985 Cornelia Knobling: Konfliktsituationen im Altenheim. Eine Bewährungsprobe für das Pflegepersonal. Freiburg i.Br. 1985
- LITWAK 1985 Eugene Litwak: Helping the Elderly: The Complementary Roles of Informal Networks and Formal Systems. New York, London 1985
- NOELKER/BASS 1989 L.S. Noelker; D.M. Bass: Home Care for Elderly Persons: Linkages Between Formal and Informal Caregivers, in: Journal of Gerontology: Social Sciences, 44(1989)2, S. 63-70
- TWIGG 1989 Julia Twigg: Models of Carers: How do Social Agencies Conceptualize their Relationship with Informal Carers?, in: Journal of Social Policy, 18(1989)1, S. 53-66
- WATZLAWICK/BEAVIN/JACKSON 1974 Paul Watzlawick; Janet H. Beavin; Don D. Jackson: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. 4. unveränd. Aufl. Bern, Stuttgart, Wien 1974



## ENTGELT FÜR HÄUSLICHE PFLEGELEISTUNGEN. ÜBERLEGUNGEN ZUR ANALYSE EINES INTERNATIONALEN TRENDS

von Adalbert Evers

### Inhalt:

1. Merkmale verschiedener Typen von Wohlfahrtsstaatlichkeit, die für Pflegegeldregelungen von Bedeutung sind
2. Etwas Taschengeld, wer immer den Job macht - das amerikanische Modell
3. Ein wenig Entschädigung für Erwerbseinkommen durch familiäre Pflege - das englische Modell
4. Ein zusätzliches Wahlrecht auf Unterstützung im Rahmen eines ausgebauten professionellen Versorgungssystems - das finnische Modell
5. Einstieg in die Pflegesicherung durch öffentliche Geldleistungen statt garantierter Versorgung mit Dienstleistungen? - die deutschen Entwicklungen im Vergleich
6. Ein Bestandteil verschiedener Strategien und Diskurse. Warum eine eindeutige Bedeutungszuschreibung von Pflegegeldregelungen keinen Sinn macht

Anmerkung

Literaturverzeichnis

Unter dieser Überschrift soll von finanziellen Zuweisungen die Rede sein, die im Rahmen eines staatlichen Gesetzes oder Gesundheits- und Sozialprogramms an Privathaushalte adressiert sind. Das kurz Pflegegeld genannte gesundheits- und sozialpolitische Instrument hat in vielen Ländern deshalb an Bedeutung gewonnen, weil man erkannt hat, daß Pflege- und Hilfeleistungen der Privathaushalte insbesondere mit Blick auf den wachsenden Anteil alter pflege- und hilfsbedürftiger Menschen eine Schlüsselrolle spielen; selbst in einem Land wie Schweden mit seinen gut ausgebauten öffentlichen Diensten machen informelle Pflegeleistungen ca. zwei Drittel der gesamten im Pflegebereich aufgewandten Zeit aus. Einer Substitution dieser Beiträge aus den Privathaushalten durch professionelle Dienste sind, so hat man auch dort erkannt, enge Grenzen gesetzt; auch deshalb denkt man darüber nach, wie man das bestehende informelle Hilfesystem besser unterstützen kann. Finanzielle Entgelte für häusliche Pflegeleistungen sind hier ein wichtiges Mittel. Zum einen kann es sich dabei um eine direkte finanzielle Zuwendung an die pfl-

gende und helfende Person handeln, also z.B. eine Familienangehörige oder Bekannte; eine ähnliche Funktion kann jedoch auch indirekt von jenen staatlichen Pflegegeldregelungen ausgehen, wo an die betroffene behinderte oder anderweitig pflegebedürftige Person Gelder zur Abdeckung der daraus erwachsenen zusätzlichen Hilfs- und Pflegebedarfe zur Auszahlung gelangen, die dann von der großen Mehrzahl der Betroffenen an ihre informellen Helferinnen und Helfer weitergegeben werden - zwei unterschiedliche Möglichkeiten, bislang unentgeltlich erbrachte häusliche Pflegeleistungen finanziell zu honorieren.

Ein Vergleich verschiedener nationaler Regelungen zu derartigen Entgelten für häusliche Pflegeleistungen ist aus zwei Gründen zum Gegenstand dieses Beitrages gemacht worden.

Zum ersten soll mit der gewählten Thematik ein Einblick in Materialien und methodische Vorüberlegungen zu zwei international vergleichenden Studien gegeben werden, die u.a. vom Verfasser am Europäischen Zentrum in Wien koordiniert wurden (vgl. die Anmerkung am Schluß des Beitrags).

Zum zweiten ist mit Blick auf das Thema der Konferenz die international vergleichende Thematisierung von Entgelten für häusliche Pflegeleistungen auch deshalb eine besonders interessante Herausforderung, weil dieser Themenbereich ähnlich wie die Selbsthilfe oder die Flexibilisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitszeitregelungen mehrdeutig ist und sich einer einfachen Vorabwertung entzieht. Pflegegeldregelungen haben einerseits einen zentralen Stellenwert in Regierungsstrategien, die in erster Linie auf eine Entlastung der öffentlichen Hand zielen angesichts steigender Zahlen pflegebedürftiger alter Menschen und steigender Kosten für öffentliche Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Entgelte für häusliche Pflegeleistungen werden aber auch in der sozialpolitischen Fachdiskussion und im öffentlichen Bereich, insbesondere von weiten Teilen der Frauenbewegung, aufmerksam und durchaus kontrovers diskutiert. Während sie dabei den einen eher als einen Schritt zurück in die Zeiten der Abschiebung von Pflegeverantwortlichkeiten an Frauen und Familien erscheinen, sehen andere Pflegegelder durchaus als ein Instrument, das helfen könnte, die bisher unterbewerteten häuslichen Leistungen und Tätigkeiten gesellschaftlich aufzuwerten, anzuerkennen und weniger belastend zu gestalten. Angesichts dieser Fokussierung der Diskus-

sion und aufgrund der Tatsache, daß häusliche Pflege immer noch überwiegend Frauenarbeit ist, möchte ich mögliche Ausformungen und Funktionen solcher Entgelte denn auch vor allem unter dem Gesichtspunkt der Interessen häusliche Pflege leistender Frauen ansprechen; andere Gesichtspunkte, wie z.B. die Präferenzen der Pflegebetroffenen, lasse ich hier einmal beiseite.

In dem so gesteckten Rahmen zielt der folgende Beitrag jedoch nicht einfach darauf ab, über Entwicklungen in einem Detailgebiet zu informieren. Es soll darüber hinaus versucht werden, am Beispiel des Regulativs Pflegegeld einen für komparative Analysen generell bedeutsamen inhaltlichen und methodischen Sachverhalt zu verdeutlichen.

Inhaltlich soll gezeigt werden, wie verschieden sozialpolitische Maßnahmen sein können, die sich auf ein und dieselbe, scheinbar simple Herausforderung beziehen - Entgelte für Pflegeleistungen. Darüber hinaus soll deutlich werden, daß deren mögliche zukünftige Bedeutung in vieler Hinsicht offen bleibt und nicht schon zwingend aus der jeweiligen Regelung abgeleitet werden kann. Entscheidend ist vielmehr - und hier läge der methodische Verweis - die Einbeziehung des jeweiligen nationalen oder regionalen institutionellen und diskursiven Kontextes und der darin eingelagerten Bestimmungsfaktoren. Das gilt sowohl für eine angemessene Charakterisierung der gegenwärtig vorhandenen nationalen Regelungen, wie auch bei der Thematisierung ihrer möglichen zukünftigen Bedeutungen.

Um diese zentrale Rolle von national spezifischen Traditionen, Kontexten und Diskursen zu unterstreichen, sind für diesen Beitrag aus dem vorliegenden Material auch vier sehr verschiedene Länder ausgewählt worden: der Staat Michigan in den USA, England, Finnland und Deutschland.

#### 1. Merkmale verschiedener Typen von Wohlfahrtsstaatlichkeit, die für Pflegegeldregelungen von Bedeutung sind

Eine gute Grundlage für einen derartigen komparativen Ansatz hat dabei Gösta ESPING-ANDERSEN mit seiner 1990 erschienenen vieldiskutierten Untersuchung "Three Worlds of Welfare Capitalism" gelegt, in der er für qualitativ vergleichende Studien verschiedener Typen von Wohlfahrtsstaatlichkeit eine

Reihe von Untersuchungsmerkmalen benennt. Vier dieser den jeweils spezifischen wohlfahrtsstaatlichen Kontext prägenden Merkmale sind dabei für unseren Gegenstand besonders wichtig. Es läßt sich zeigen, wie ihre jeweils unterschiedliche Geltungskraft und Ausprägung sich auch in den entsprechenden verschiedenen Lösungen in Sachen Pflegegeld niederschlägt.

Ein erstes qualitatives Merkmal der Art von Wohlfahrtsstaatlichkeit ist das Ausmaß universalistischer Orientierungen in einem Land, so z.B. in den sozialdemokratisch geprägten nordischen Wohlfahrtsstaaten, wo Rechte als citizenship rights, als universelle Bürgerrechte verankert sind.

Das zweite Merkmal betrifft die Bedeutung residualer Orientierungen; sie stehen vor allem in liberalen Regimes, wie z.B. den USA im Vordergrund, wo sozial- und gesundheitspolitische Regelungen - man denke etwa an Medicare oder die verschiedenen Armutsprogramme - sich vor allem auf die Armenpopulation konzentrieren und an eine vorherige Bedarfsprüfung gebunden sind.

Das dritte für uns wichtige Merkmal ist Art und Ausmaß der Lohnarbeitsorientierung sozialpolitischer Regelungen, also die Orientierung von Sicherungen und Diensten am Bild des lebenslang voll beschäftigten "Normalarbeiters" in dem jeweiligen Land.

Ein viertes, in verschiedenen Wohlfahrtsregimes unterschiedlich ausgeprägtes Merkmal ist u.a. durch die sozialpolitisch orientierte Frauenforschung in der Auseinandersetzung mit Esping-Andersen als zusätzliches Unterscheidungsmerkmal in die Diskussion eingeführt worden: der Einfluß von Familienethiken, bzw. umgekehrt von Art und Ausmaß der Bearbeitung geschlechterbezogener Ungleichheiten im jeweiligen sozialstaatlichen Kontext; bestimmte Annahmen über "natürliche" familiäre Verpflichtungen insbesondere der Frauen sind seit jeher konstitutiv für sozialpolitische Regelungen gewesen.

Der folgende kurze Überblick soll nun zeigen, wie je nach dem Gewicht dieser vier Merkmale unterschiedlicher Konzeptionen von Sozialstaatlichkeit auch die Verfahren zum Entgelt informeller Pflegeleistungen in den vier Ländern jeweils unterschiedlich konstruiert sind.

## 2. Etwas Taschengeld, wer immer den Job macht - das amerikanische Modell

Aus dem US-amerikanischen Kontext sind die Regelungen des Staates Michigan ausgewählt worden, weil sie klarer entwickelt und besonders gut dokumentiert sind (einen Überblick zur amerikanischen Situation gibt eine Dokumentation der American Association of Retired Persons/AARP 1991).

Die Zahlung von Pflegegeldern an nicht professionell Hilfe und Pflege leistende im Staate Michigan (vgl. zum folgenden: KEIGHER 1991 sowie KEIGHER/STONE in: EVERS/PIJL/UNGERSON 1993) ist zunächst einmal dadurch charakterisiert, daß sie nur dann erfolgen kann, wenn es sich um die Erbringung von Leistungen für eine hilfe- und pflegebedürftige Person unterhalb bestimmter Ersparnis- und Einkommensniveaus handelt; entsprechend der residualen oder armenrechtsbezogenen Prägung dieser Regelung gibt es also staatliche "Hilfen für Helfer" nur, wenn es sich um Hilfeleistungen für "means tested", "truly needy", also behördlich anerkannte Arme handelt.

Es dürfte bei einiger Kenntnis des US-amerikanischen Kontextes weiterhin nicht überraschend sein, daß die dortigen Regelungen Hilfe und Pflege leistende Familienmitglieder weitgehend von der Empfangsberechtigung finanzieller Entgelte ausschließen; Eltern eines z.B. behinderten Kindes oder Ehegatten können keine finanziellen Entgelte erhalten; die Gründe liegen hier in der Dominanz einer Familienethik, die davon ausgeht, daß mit der Form der Familie Hilfsverpflichtungen verbunden sind, die als private moralische Gebote durch öffentliche Gelder eher korrumpiert als gestützt werden.

1989 wurde im Rahmen dieser Regelung je nach geleisteten Pflegestunden ein Maximum von ca. 570 DM pro Monat an die Pflege leistende Person ausgezahlt; der jeweilige Scheck geht dabei an die zu pflegende Person und muß von beiden, dem Klienten und der Pflegeperson, unterzeichnet werden. Zwischen diesen Personen ergeben sich damit Möglichkeiten, das jeweilige Pflegearrangement, die Geldverwendung und den Nachweis für die Behörden informell auszuhandeln.

Was nun die jeweilige Pflegeperson angeht, so gibt es ansonsten im Michigan-Modell kaum Einschränkungen. Die Pflegeperson kann mehrere Klienten betreuen; ihre Einkommen, Vermögen und das Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit spielen

für die Bezugsrechte einer finanziellen Entschädigung keine Rolle, und mitunter wird das Geld nach einer einvernehmlichen Absprache zwischen Klienten und Pflegeperson, also etwa einem Vater und seiner pflegenden Schwiegertochter, auch genutzt, um eine Haushaltskraft zu beschäftigen. Da es keine besonderen Kontrollen gibt, kann es auch bei unveränderten informellen Pflegearrangements in das allgemeine Haushaltsbudget eingehen. Kurz: Das Pflegegeld fungiert hier gewissermaßen als Entgelt für diejenigen oder denjenigen, der diesen "Job" übernimmt.

Sharon KEIGHER hat in ihren vorliegenden Untersuchungen dieses Modell der Pflegegeldregelung als "payment for production model" bezeichnet: Die öffentliche Hand kauft gewissermaßen zu einem sehr günstigen Tarif eine Serviceleistung ein, wobei die soziale Lage und Sicherung der betreffenden Pflegeperson, aber auch ihre Erwerbsstrategie als ihr privates Problem betrachtet werden, das den öffentlichen Einkäufer dieser spezifischen Pflegeleistung nicht weiter interessiert.

### 3. Ein wenig Entschädigung für Erwerbseinkommensverluste durch familiäre Pflege - das englische Modell

In vieler Hinsicht verschieden von diesem durch wirtschaftsliberale und konservative Elemente geprägten Modell einer Pflegegeldregelung ist die in England praktizierte Lösung (dazu KEIGHER 1991; die auf England bezogenen Abschnitte bei EVERS/LEICHSENRING/PRUCKNER 1993 und 1993a sowie den Beitrag von LEAT/UNGERSON in: EVERS/PIJL/UNGERSON 1993). Hier erhalten zunächst nur die Pflegepersonen eine care allowance, wo die Klienten bereits den Bezug eines Pflegegeldes für sich (also einer attendance allowance) erwirkt haben, und somit ein bestimmter Grad der Pflegebedürftigkeit geprüft und anerkannt worden ist. Der Bezug einer attendance allowance durch eine zu pflegende Person ist jedoch, im Unterschied zum Michigan-Modell, nicht an die zusätzliche Bedingung der materiellen Verarmung geknüpft, also nicht Teil einer spezifischen Sozialhilfe und Armenpolitik, sondern universelles Bürgerrecht.

Einschränkungen des Bezugsrechts von Geld für Pflegeleistungen gibt es jedoch nun auf der Seite der jeweiligen Pflegeperson. Sie erhält ein finanzielles Entgelt, wenn sie im arbeitsfähigen Alter ist, sie darf sich nicht

um mehr als eine Person kümmern, muß persönlich mindestens 35 Stunden pro Woche zur Verfügung stehen, und der gleichzeitige Bezug von Einkommen aus Erwerbstätigkeit ist ihr praktisch untersagt. Bis 1987 waren auch verheiratete und geschiedene Ehegatten, also realiter pflegende Ehegattinnen vom Recht auf Bezug der care allowance ausgeschlossen; diese mit der Michigan-Regelung vergleichbare konservative familienpolitische Klausel konnte jedoch im Rahmen einer Klage beim europäischen Gerichtshof abgeschafft werden, ein Umstand, den in England insbesondere die Frauenorganisationen als wichtigen Erfolg ansehen.

Aus den verbleibenden Vorbedingungen zum Bezug einer Entschädigung für informelle Pflegeleistungen wird die spezifische Form der Erwerbszentrierung des englischen Ansatzes deutlich: Es handelt sich hier - im Unterschied zum Michigan-Modell - um die rudimentäre Form einer Einkommensausfallregelung, die dann gezahlt wird, wenn eine Person im erwerbsfähigen Alter zugunsten ihrer Pflegeverpflichtungen auf eine berufliche Tätigkeit weitgehend verzichtet. Dieser Logik entspricht es, daß das Pflegegeld auch nach dem Tode der Pflegeperson bei Fehlen sonstiger staatlichen Altersversicherungsleistungen gewissermaßen als Pensionselement weitergezahlt werden kann, umgekehrt jedoch dann, wenn die zu pflegende Person weiter lebt und eine staatliche Rente bezieht, mit dieser verrechnet wird. Rechnet man die Zahlungen an die zu pflegende Person und die Zahlungen an die Pflege leistende Person zusammen, so ergibt sich im günstigsten Falle ein Bezug von 700 DM pro Monat. Während die Selektivität des Michigan-Modells bei den Pflegeempfängern liegt, liegt sie hier bei den Pflege Leistenden; ca. 50 % sind Eltern von behinderten Kindern und lediglich 20 % pflegende Ehegattinnen; der Anteil der zuletzt genannten Gruppe ist deshalb niedrig, weil, wie erwähnt, mit dem Austritt aus dem Erwerbsalter in den allermeisten Fällen die Zahlung der Entschädigung für Pflegeleistungen stoppt und somit die bedeutendste Gruppe von pflegenden Angehörigen, ältere Ehefrauen, vom Genuß der Regelung ausgeschlossen ist.

Im Unterschied zum Michigan-Modell sind die diskriminierenden Effekte für Frauen hier also nicht mehr auf eine spezielle familienpolitische Klausel gegründet, sondern sie ergeben sich daraus, daß der gesamten Regelung eine männlich geprägte Erwerbs- und Sicherungsbiographie als Normalfall und Bezugsrahmen zugrundegelegt wird.

4. Ein zusätzliches Wahlrecht auf Unterstützung im Rahmen eines ausgebauten professionellen Versorgungssystems - das finnische Modell

Die finnische Regelung (zum folgenden vgl. dazu: SIPILÄ 1991; SIPILÄ/BUTONEN, in: EVERS/PIJL/UNGERSON 1993 und MINISTRY OF SOCIAL AFFAIRS 1992) erfüllt demgegenüber noch am ehesten zwei Voraussetzungen, von denen hiesige Diskussionen oft allzu selbstverständlich ausgehen: 1. Betroffene pflegebedürftiger Personen haben, unabhängig von Einkommen und sozialer Lage, ein Recht auf öffentliche professionelle Unterstützung und 2. staatliche Gelder für informell Pflegende werden als direkte materielle Gratifikation für diese sozial wichtige Leistung verstanden.

Sobald bei einer Person Pflegebedürftigkeit amtlich festgestellt worden ist (in lokalen, sehr stark streuenden Verfahren), hat jede Person, die sich um diesen pflege- und hilfsbedürftigen Menschen kümmern will, Anspruch auf eine materielle Entschädigung; es gibt also keine Einkommens- und Altersgrenzen; die Stellung der Pflege leistenden Person im Familiensystem oder außerhalb davon spielt keine Rolle, ebensowenig wie ihre sonstigen Erwerbs- oder Transfereinkommen. Öffentliche Hilfe im Pflegefall ist ein universelles Bürgerrecht - sowohl auf der Seite der direkt Betroffenen, wie auf der Seite der indirekt durch Pflegeverpflichtungen Betroffenen. Anzumerken ist noch, daß die Vergütung hier höher liegt, als in den vorgenannten Beispielen; sie kann bis zu 1.200 DM erreichen; und aufgrund des Fehlens von familienpolitisch motivierten und erwerbsbezogenen Ausgrenzungsregeln entspricht in Finnland auch die Struktur der Bezieher von finanziellen Entgelten für informelle Pflegeleistungen, im Unterschied zum englischen und amerikanischen Beispiel, der Realstruktur informeller Pflegebeziehungen. Mehr als 50 % der EmpfängerInnen sind ältere Ehepartner an der Grenze zum (1/3) oder im Pensionsalter (2/3).

Trotzdem möchte ich dabei jedoch nicht, wie Jorma SIPILÄ, der dieses finnische System evaluiert hat, von einem "free service contract model" sprechen. Denn es werden hier ja überwiegend solche Pflegeleistungen honoriert und öffentlich anerkannt, die aufgrund persönlicher Bindungen und Verpflichtungen zur zu pflegenden Person eingegangen worden sind, also nicht dem Bild vom "freien Vertrag" entsprechen. Es handelt sich m.E. hier eher um einen Schritt zur sozialpolitischen Entdiskriminierung solcher informeller Bin-

dungsbeziehungen, die auf der Basis einer derartigen materiellen Gratifikation mit weniger Belastungen und Kosten verbunden sind als bisher, oder umgekehrt, etwas leichter gelebt werden können.

5. Einstieg in die Pflegesicherung durch öffentliche Geldleistungen statt garantierter Versorgung mit Dienstleistungen? - Die deutschen Entwicklungen im Vergleich

Last not least soll nun von der in Deutschland existierenden Regelung die Rede sein. Sie ist im Rahmen der Gesundheitsreform zu Beginn des Jahres 1991 in Kraft getreten und sieht vor, daß schwer pflegebedürftige Personen ein Anrecht haben auf professionelle Pflegestunden im Wert von bis zu 750 DM oder fakultativ auf ein Pflegegeld zur eigenen Verfügung in Höhe von 400 DM. Diese Regelung ist ein erster bescheidener Schritt heraus aus der bisherigen armenrechtlichen Regelung des Pflegerisikos im Rahmen der Sozialhilfe und hin zu minimalen einkommensunabhängigen universellen Rechten auf Hilfe und Pflege. Aufgrund der Ungewißheiten über das Wie und Ob einer zukünftigen grundlegenden Reform der Pflegesicherung sollen hier die dabei vorgelegten Vorschläge nicht diskutiert werden. Die gegenwärtige Regelung wird dabei im Kontext von Leistungen für informell Pflegende deshalb angeführt, weil Interviews mit den Kosten erstattenden Krankenkassen gezeigt haben, daß in mehr als 90 % der Fälle die Auszahlung der Geldleistung beantragt wird (vgl. KDA 1991). Eine Evaluation in zwei Modellregionen durch das Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft Saarbrücken (BRANDT/SCHWEIKART 1990) hat darüber hinaus ergeben, daß die fragliche Geldsumme in der Regel zur finanziellen Entschädigung bereits Pflege leistender Angehöriger oder Bekannter oder zur Bezahlung von Haushaltshilfen - nicht zuletzt auf dem "grauen Markt" - genutzt wird. Die Entwürfe der beiden großen Parteien für ein zukünftiges Pflegegesetz beabsichtigen bisher, diese Regelung beizubehalten und auszuweiten. Die Geldleistungen an Pflegebedürftige würden allein nach Maßgabe der Pflegeabhängigkeit unabhängig von der Einkommens- und Vermögenslage differenziert; die Wahlmöglichkeit zwischen Sach- und Geldleistungen beibehalten.

Bei einer vergleichenden Bewertung ist zunächst einmal festzuhalten, daß selbst dann, wenn diese Geldleistung de facto überwiegend informell Pflege

Leistenden zugute kommt, sie jedoch, im Unterschied zu allen vorgenannten nationalen Regelungen, ihnen kein garantiertes Anrecht eröffnet und bestehende Abhängigkeitsverhältnisse zur pflegebedürftigen Person (etwa von pflegenden EhepartnernInnen) damit eher sanktioniert als aufgeweicht werden. Ansonsten teilt die deutsche Regelung ihrem Konstruktionsprinzip nach eine Reihe von Vorzügen mit dem finnischen Gesetz: Einkommens- oder Altersgrenzen spielen auf beiden Seiten, bei Pflege Leistenden und Pflegebedürftigen, keine Rolle, und jene Klienten, die sich für eine Geldleistung entscheiden, können frei entscheiden, wem sie das Geld zukommen lassen wollen.

Daß die deutsche, stark familienpolitisch motivierte Regelung Rechte auf eigene direkte und unabhängige Anerkennungen informeller Hilfen nicht einschließt, ist jedoch nicht der einzige Unterschied zur finnischen Regelung; denn die dort an informell pflegende Personen gezahlten Gelder stellen ja eine Ausweitung öffentlicher Hilfsverpflichtungen über die bisherigen Garantien im Rahmen eines voll ausgebauten professionellen Dienstesystems dar, während in Deutschland derartige Pflegegelder oder Stundendeputate die einzige Grundlage rechtlich garantierter Ansprüche auf Hilfe und Pflege bilden.

Aus diesem Grunde könnte man die in Deutschland entstehende spezifische Regelung als ein Modell der verwendungsoffenen Nachfragefinanzierung von universellen gleichen Minimalrechten auf Hilfs- und Pflegeleistungen bezeichnen. Idealerweise entscheiden die Betroffenen, wie sie ihren Rechtsanspruch auf Hilfe materialisieren wollen und wie dabei professionelle gegenüber informellen Beiträgen gewichtet werden sollen. Daß der Gesetzgeber dabei bislang die Wahl eines offenen Arrangements, also der Geldleistung, diskriminiert (hier werden gegenwärtig ja nur 400 DM statt 750 DM in Sachleistungen ausgezahlt), ist dabei ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, daß sich die Antragsteller in der Regel trotzdem für die Geldzahlung entscheiden.

Anhand einer vergleichenden Diskussion von vier nationalen Regelungen wurde hier zu umreißen versucht, wie unterschiedlich, je nach sozialpolitischen Traditionen und den darin materialisierten Denkströmungen mit einem auf den ersten Blick einfachen Sachverhalt, nämlich Entschädigung und Anerkennung für informelle häusliche Pflegeleistungen, umgegangen wird und daß

der prägende Einfluß der Mehrzahl dieser Traditionselemente mit Ausnahme des universalistischen Prinzips, selektive und diskriminierende Effekte für die informell Pflege Leistenden, also in der Regel für Frauen, zur Folge hat. Der letzte und abschließende Teil von Überlegungen soll sich nun auf die denkmöglichen zukünftigen Bedeutungen von derartigen Regelungen beziehen.

6. Ein Bestandteil verschiedener Strategien und Diskurse. Warum eine eindeutige Bedeutungszuschreibung von Pflegegeldregelungen keinen Sinn macht.

Wenn es gelänge, Entgelte für häusliche Pflegeleistungen ohne die eben erwähnten diskriminierenden und selektiven Komponenten durchzusetzen, so wie etwa im finnischen Beispiel, so bleibt ja die Frage bestehen, wie eine Entwicklung einzuschätzen ist, die im häuslichen Kontext erbrachte Hilfe- und Pflegeleistungen nicht nur honoriert, sondern auch systematisch als Teil eines komplexen Versorgungssystems in Anspruch nimmt.

In den meisten Ländern ist die sozialpolitisch orientierte Frauenforschung hier gespalten oder sogar kontrovers (zur Diskussion dieser Kontroverse vgl. UNGERSON 1992). Die eine, eher ablehnende und skeptische Haltung argumentiert, daß im ungünstigsten Fall die Monetarisierung von informellen Pflegeleistungen als "Pflegefalle" wirken kann, die Frauen gewissermaßen dazu verführt, unter dem Druck informeller Hilfeverpflichtungen eigene Ansprüche auf Beteiligung am öffentlichen und Erwerbsleben zurückzustellen; derartige Regelungen mögen es dann Frauen ein wenig leichter machen mit den bei ihnen verbleibenden Pflegebelastungen zuzugehen, aber die Strategie des payment for care leistet keinen Beitrag zur gesellschaftlichen Umverteilung von Pflegeverantwortlichkeiten, sei es nun zwischen dem informellen und öffentlich-professionellen Bereich oder gar zwischen den Geschlechtern.

Andere Strömungen argumentieren demgegenüber zunächst einmal, daß es bisher empirisch nicht nachweisbar ist, daß Frauen wegen materieller Gratifikationen sich für Pflegeverpflichtungen entscheiden, sondern hier Werthaltungen, Normen und Traditionen ausschlaggebend sind; zum anderen argumentieren sie in Sachen Umverteilung von Pflegeverantwortung, daß Entgelte für häusliche

Pflegeleistungen verstanden als Teil einer komplexen Strategie der materiellen Aufwertung und Unterstützung von bislang fast ausschließlich weiblicher Pfl egetätigkeit zumindest die Voraussetzungen dafür verbessern können, daß auch in den professionellen Bereich mehr Ressourcen fließen und zumindest einige der Barrieren einer Beteiligung von Männern im häuslichen Bereich damit abgebaut werden können.

Bemerkenswert an beiden Argumentationen ist, daß sie implizit nicht so sehr auf Regelungen zum Pflegegeld abstellen, sondern mit Annahmen zu Entwicklungen in anderen Bereichen operieren: im Bereich kultureller Orientierungen mit Blick auf die Beharrungskraft männlicher Lebens- und Verhaltensmuster und in der Sozialpolitik insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt sowie die weitere Entwicklung der professionellen Pflegedienste. Ob also mit Pflegegeldern traditionelle Rollenteilungen gewissermaßen nur sanktioniert und erträglicher gemacht oder aber aufgeweicht werden können, entscheidet sich demnach nicht allein an dieser oder jener Paraphe der hier studierten Regelungen, sondern auch vermittelt über den institutionellen und diskursiven Kontext.

Der erste mitentscheidende Bereich ist die Arbeitsmarkt- und Zeitpolitik: Ist man bereit oder kann durchgesetzt werden, sie so umzugestalten, daß Frauen und Männer mehr Möglichkeiten erhalten, erwerbsbezogene und familiäre Verpflichtungen zu verbinden, so daß, wie es Barbara SICHTERMANN (1987) so treffend formuliert hat, den Wechselfällen des Lebens besser Rechnung getragen werden kann? Stichworte wären hier Fragen des Pflegeurlaubs, der Möglichkeiten, Erwerbskarrieren im Lebenszyklus anders einzubauen, auf längere Sicht mit Wiedereinstellungsgarantien die Erwerbsbeteiligung unterbrechen zu können; wer pflegt und mit welchen Kosten das trotz Pflegegeld für den eigenen Lebensplan verbunden ist, darüber wird also durch arbeitsmarkt- und arbeitszeitpolitische Rahmenbedingungen mitentschieden.

Die weitere Entwicklung der gesundheitlichen und sozialen Dienste ist der zweite zentrale Faktor. Bislang läßt in vielen Fällen das schlichte Fehlen öffentlicher Dienste pflegenden Angehörigen überhaupt keine Wahl zwischen einem stärker professionell gestützten oder einem primär privaten informellen Pflegearrangement; vorhandene Dienste adressieren sich in vielen Fällen gar nicht an die pflegenden Angehörigen, nehmen aber gleichwohl deren

Vorleistungen und komplementären Hilfen gerne auf; es fehlen insbesondere Tagespflegeeinrichtungen zur gelegentlichen und verlässlichen Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger. Doch selbst wenn es gelingt, derartige Hilfen für HelferInnen stärker als bisher auszubauen - es bleibt im Einzelfall zu prüfen, inwieweit sie tatsächlich versuchen, den Pflegenden die Legitimität der Inanspruchnahme von entlastenden professionellen Hilfen näherzubringen, oder inwieweit sie den Bruchpunkt hinausschieben wollen, an dem die informelle Pflegeperson die sich selbst auferlegten Belastungen der häuslichen Pflege trotz gelegentlicher Entlastung physisch und psychisch einfach nicht mehr tragen kann und eine mit hohen Kosten verbundene stationäre Pflege unumgänglich wird.

Die Schlußfolgerung würde lauten: Auch die großzügigste Pflegegeldregelung kann Teil eines instrumentell orientierten Diskurses um die kostengünstere, stärker private Bewältigung der sogenannten Altenlast sein; und umgekehrt: Selbst eine Pflegegeldregelung, die nur geringe Entschädigungen anbietet, kann als Teil eines progressiven Diskurses gedacht werden, der nach Wegen sucht, persönliche Hilfe und Pflege nicht nur weniger belastend zu gestalten, sondern auch auf mehr Schultern zu verteilen. Nach Maßgabe der Durchsetzungskraft solcher unterschiedlicher Entwürfe und Strategien auf dem weiteren Feld von Frauen-, Gesundheits- und Sozialpolitik haben Pflegegeldregelungen also nicht eine, sondern immer mehrere konkurrierende Bedeutungszuschreibungen; sie sind damit ein Stück weit offen. Und nur über Analysen, die diese rivalisierenden Diskurse mit einbeziehen, läßt sich diese Mehrdeutigkeit entschlüsseln und diskutieren.

Anmerkung:

Von diesen zwei Forschungsprojekten ist das eine bereits abgeschlossen; es wurde vom Österreichischen Ministerium für Arbeit und Soziales im Vorfeld der mittlerweile beschlossenen Reform der österreichischen Pflegesicherung in Auftrag gegeben und untersucht Geldregelungen in verschiedenen europäischen Ländern, die an pflegebedürftige Personen adressiert sind (vgl. dazu EVERS, A./LEICHSENRING, K./PRUCKNER, B. 1993: Pflegegeldregelungen in ausgewählten europäischen Ländern. Ein Projektbericht. MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, Wien). Das internationale Projekt "Payments for Care"/Vergütungen von Pflegeleistungen untersucht Entwicklungen bei Geldern für pflegeleistende Angehörige und freiwillig Helfende in siebzehn Ländern; es wird geleitet von Adalbert EVERS (European Centre, Wien/Justus-Liebig-Universität, Gießen), Maria PIJL (Netherlands Institute of Social Work Research, Den Haag) und Clare UNGERSON (University of Kent at Canterbury). Über Zwischenergebnisse informiert ein Beitrag von A. EVERS/K. LEICHSENRING/B. PRUCKNER (1993a), der in den März-, April- und Mai-Nummern der Nachrichten des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (fortlaufend) erscheint. Beiträge von MitarbeiterInnen aus allen diesen Ländern zusammen mit einigen theoretischen Einleitungsbeiträgen der HerausgeberInnen erscheinen in einem Reader im Herbst 1993 (A. EVERS/M. PIJL/C. UNGERSON (eds.): Payments for Care, Avebury).

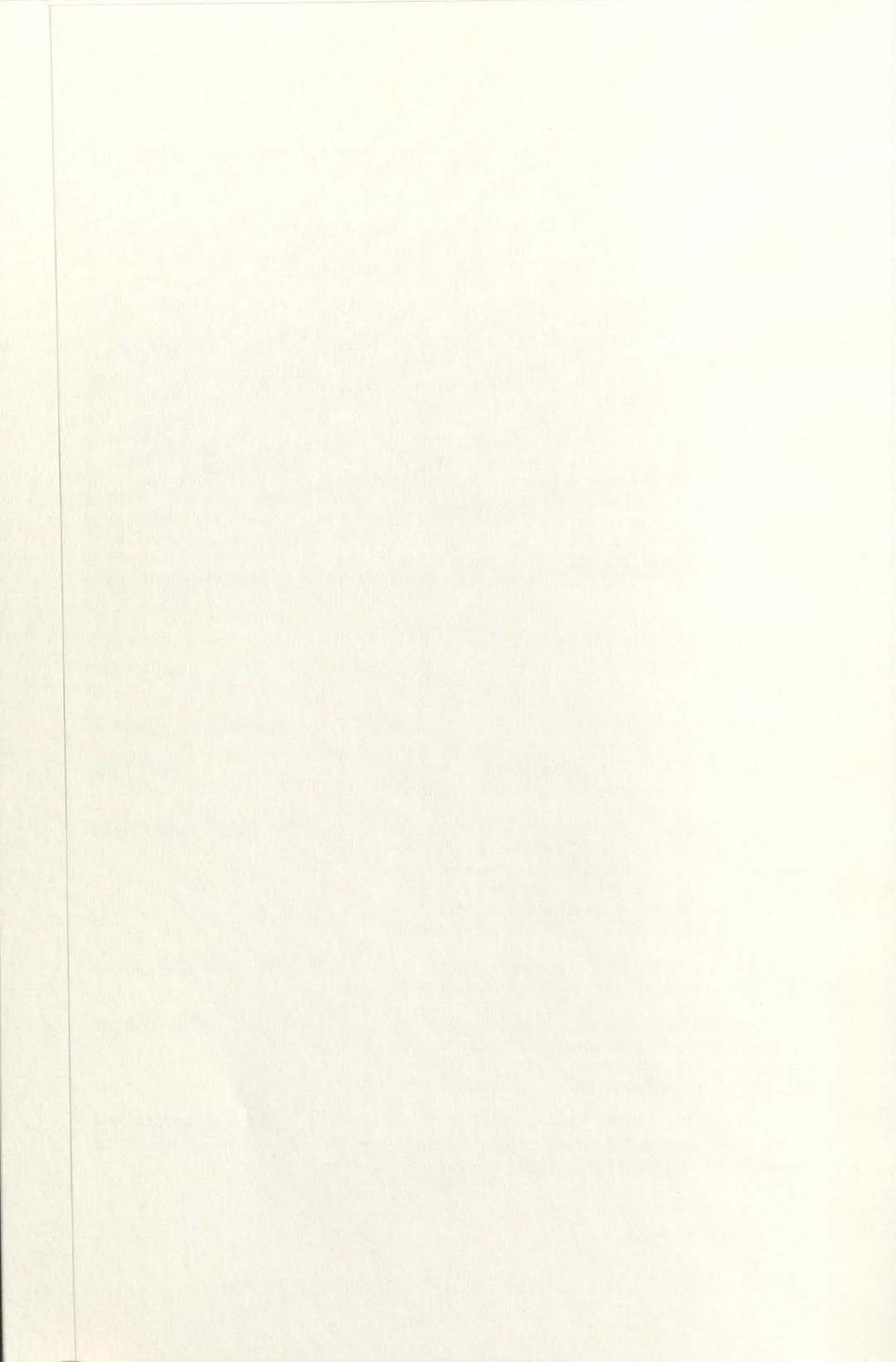
Literaturverzeichnis:

- AARP 1991 Informal Caregiving. A State Legislation Briefing Packet. Washington 1991
- BRANDT/SCHWEIKART 1990 F. Brandt; R. Schweikart: Häusliche Pflegehilfen für schwer Pflegebedürftige. Zwischenbericht zum Modellversuch des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft (unveröffentl. Ms). Saarbrücken 1990
- ESPING-ANDERSEN 1990 G. Esping-Andersen: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Polity Press. Oxford 1990
- KEIGHER 1991 S. Keigher: Wages or Welfare? Differing approaches to compensating relatives who care for kin in two conservative welfare states, in: Journal of Aging and Social Policy, Nr. 3.
- KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE 1991 Pressedienst 3/1991: "Fast alle wollen die Geldleistung". Erste Erfahrungen mit den von den Krankenkassen finanzierten häuslichen Pflegehilfen

- MINISTRY OF SOCIAL AFFAIRS AND HEALTH 1993      The Care of Frail Elderly People in Finland. Finnish National Report for the OECD. Helsinki 1993
- SICHTERMANN 1987      B. Sichtermann: Frauenarbeit. Über wechselnde Tätigkeiten und die Ökonomie der Emanzipation. Wagenbach, Berlin 1987
- SIPILÄ 1991      J. Sipilä: Three ideologies of home care allowances - the American, British and Finnish cases. Paper given at the Conference "Comparative Studies of Social Welfare" of the Nordic Sociological Association. Helsinki (unpublished Paper) 1991
- UNGERSON 1992      C. Ungerson: Payment for Caring - Mapping a territory; paper for the Social Policy Association Annual Conference, University of Nottingham, July 1992







Weitere Veröffentlichungen des DZA (Auswahl)

- 90 Behrend, Ch. (Hrsg.): Frühinvalidität - Ein 'Ventil' des Arbeitsmarkts ? Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten in der sozialpolitischen Diskussion, Berlin 1994, 329 S., DM 8,00
- 89 Kondratowitz, H.-J. von: Verwendung gerontologischen Wissens in der Kommune, Berlin 1993, 373 S., DM 8,00
- 88 Behrend, Ch.: Frühinvalidisierung und soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland - Entwicklungsprozesse und Fallbeispiele, Berlin 1992, 416 S., DM 10,00
- 87 Beckmann, R.: Untersuchungen zur ärztlichen Betreuung Pflegebedürftiger: Modellexpraxis in einem Alten- und Pflegeheim, Berlin 1992, 178 S., DM 5,00
- 86 Hinschützer, U.: Offerten der privaten Versicherungswirtschaft zur Eigenvorsorge bei Pflegebedürftigkeit - Eine vergleichende Darstellung, Berlin 1992, 270 S., DM 7,00
- 85 Schwichtenberg, B.: Empirische Erhebungen zur Altenplanung in den alten Bundesländern. Annotierte Bibliographie, Berlin 1992, 89 S., DM 3,50
- 84 Schmidt, R.: Altenhilfe - (k)ein Geschäft für Profis ? Sekundäranalytische Studien zur Altenhilfeentwicklung seit Mitte der 70er Jahre am Beispiel Bayerns, Berlin 1991, 154 S., DM 4,50
- 83 Frank, K.W.; Knüppel, H.; Wilhelm, J. (Hrsg.): Soziale Altenarbeit im Stadtteil. Eine Problemskizze aus europäischer Sicht, Berlin 1991, 188 S., DM 5,00
- 82 AG Gesundheitsanalysen und soziale Konzepte an der FU Berlin; Interdisziplinäre AG für Angewandte Soziale Gerontologie an der GHS Kassel: Alte Menschen in der Stadt und auf dem Lande, Berlin 1991, 252 S., DM 6,00
- 81 Birk, M.-L.; Knoll, G.; Krauß, B.; Steinacker, B.; Uhlmann, G. (Hrsg.): Gerontopsychiatrie und Altenarbeit II. Beiträge aus der Fortbildungsreihe 'Gerontologisches Forum' im Landkreis Göppingen, Berlin 1991, 198 S., DM 5,50
- 80 Wimalasuriya, B.: Verzeichnis der Altenpläne der Länder, Kommunen und Landkreise, Berlin 1991, 156 S., DM 4,00
- 79 Bardehle, D. (Hrsg.): Übersichten zur Betreuungssituation älterer Bürger in der DDR, Berlin 1990, 166 S., DM 5,00
- 78 Holz, G.: Die Alterslast - ein Gewinn für andere ? Strukturen und Akteure der Gesundheits- und Sozialversorgung in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1985, Berlin 1990, 2 Bände, 889 S., DM 22,00
- 77 Schmidt, R.: Die 'schlaue' Altenhilfe. Zur Entwicklung des Fort- und Weiterbildungsmarktes in den achtziger Jahren, Berlin 1989, 134 S., DM 4,50
- 67 Hirsch, R.D.; Krauß, B. (Hrsg.): Gerontopsychiatrie und Altenarbeit I. Beiträge aus der Fortbildungsreihe 'Gerontologisches Forum' im Landkreis Göppingen, 3. unveränd. Aufl. Berlin 1991, 347 S., DM 6,00

\*\*\*

Versandspesen werden gesondert berechnet. Bezug der Schriften beim DZA.

Die individuelle und gesellschaftliche Gestaltbarkeit von Lebens- und besonders Altersverläufen ist heute in einem nicht mehr erwarteten Ausmaß unsicher und vielgestaltig geworden. „Deregulierung“ auf der Ebene der Arbeits- und Sozialpolitik und „Individualisierung“ auf der gesellschaftlichen Ebene markieren heute die Eckpunkte eines Diskussionszusammenhangs, in dem die gegenwärtigen und zukünftigen Altersverläufe nur ein thematischer Schwerpunkt unter mehreren darstellen.

Durch die Vereinigung und unter dem Eindruck der Wirkungen des demographischen Wandels ist diese in der Zukunft steigende Unsicherheit der Lebens- und Altersverläufe noch in besonderem Maße für die deutsche Situation bedeutungsvoll geworden. Der vorliegende Band verfolgt die möglichen gesellschaftlichen Konsequenzen in mehrfacher Hinsicht. In einem Vergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern wird die unterschiedlich starke Dynamik der Entberuflichung analysiert und auf die verschiedenen Strategien der Situationsbewältigung und der Selbstdeutungen der Älteren hingewiesen. In einem weiteren Abschnitt wird die Pflege thematisiert: die zunehmende Hochaltrigkeit macht es für die Altersverläufe immer wahrscheinlicher, daß die Auseinandersetzung um adäquate Pflegearrangements immer mehr zum biographischen „Normalfall“ wird. Diese Entwicklung wird dabei besonders unter der Fragestellung diskutiert, was dies für weibliche Altersverläufe bedeutet.